

Wir wünschen Ihnen allen
einen schönen Sommer!



Foto: <http://www.bilderbox.com>

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
 so werden wir also am 15. Oktober einen neuen Nationalrat wählen. Der Wahlkampf hat bereits eingesetzt, wird aber in den beiden Monaten Juli und August der Urlaubszeit wegen eher ruhig bleiben. Die letzten sechs Wochen bis zum Urnengang werden aber wohl dazu genutzt werden, alles nachzuholen. Wie sich die innenpolitische Landschaft verändern wird und welche Koalitionsvarianten für die nächste Regierungsbildung rechnerisch möglich sein werden, könnte sich aber schon in den nächsten Wochen zeigen. Der von den Grünen nicht mehr für die Wahl aufgestellte „Aufdecker der Nation“, Peter Pilz, denkt laut darüber nach, eine eigene Partei zu gründen. Fix ist jedenfalls, daß das Team Stronach mangels Finanzierung durch den Parteigründer nicht mehr antreten wird. Nun, wir sitzen in der ersten Reihe und harren dem, was da auf uns zukommt. Die Eintrittskarten haben wir schon bezahlt...

*Liebe Grüße aus Wien
 Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 166

Bundespräsident auf Staatsbesuch in Ungarn und Tschechien	3	Oberwart: Hochwasserschutz und gewässerökologische Maßnahmen	73
25 Jahre Streitbeilegung Südtirol	8	Der Mann von La Mancha in Güssing	74
22. Europa-Forum Wachau	13	-----	-----
Pfingstdialog auf Schloß Seggau	20	Starke Welthandelsimpulse beflügeln unsere Konjunktur	75
25 Jahre Nachbar in Not	26	Immobilien-Durchschnittspreise	77
Internationale Gedenkfeier am Loiblpaß	29	Industrie erhöht Wachstumstempo nochmals deutlich	78
Zur Erinnerung an 5000 jüdische Flüchtlinge	31	Gewerbeordnung erhält Qualifikation und Qualität	79
Weinviertler Windparkprojekt in Mittelschweden	32	Österreichs längstdienende BürgermeisterInnen	80
Österreich koordinierte Warschauer LGBTIQ-Parade	33	Imperiales Fest bei Kaiserwetter	83
PaN-Preis 2017	35	SALON Österreich Wein 2017	85
Kurzmeldungen	37	NÖ: Die Top-Heurigen	86
Österreicher gewinnt Europäischen Erfinderpreis	50	Requiem für Alois Mock: Kirche und Politik sagen Dank	87
Steigende Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft	51	Ehrenplakette für Waltraut Haas	89
Der Urlaubseuro 2017	53	Buchbinder: Wiener Mozart Preis	89
Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2017	55	Organoide mit »Rückgrat«	90
Finanzierungszusage für Unis – Pflegeregreß abgeschafft	55	Gehirn-Computer Schnittstelle	91
Gemeindebund: Staatsreform und Neuordnung der Kompetenzen	58	Neue Präzisionsmessung schärft Blick auf Antimaterie-Atome	92
»Burgenland Journal«		CO2-neutraler Wasserstoff aus Biomasse	93
Regierungsdelegation reiste nach Kanada und in die USA	60	Auf dem Weg in neue Himmelsgebiete	94
Präsident Walter Dujmovits zum 85. Geburtstag	66	Kaltes Wasser: Und es bewegt sich doch!	95
479 Millionen € Wertschöpfung Burgenland verstärkt	67	300 Jahre Freimaurer: Das wahre Geheimnis	96
Forschungsleistung	68	Maria Theresia und die Kunst	101
Verkehrsinfrastruktur Burgenland erhält Miliz-Gütesiegel	69	Peter Paul Rubens - Kraft der Verwandlung	104
Klimaszenarien für das 21. Jahrhundert	70	Kauft bei Juden! - Geschichte einer Wiener Geschäftskultur	105
Stadtbus Eisenstadt: Vierte Linie ist im Anrollen	72	Salzburger Festspiele 2017 – »Jedermann« Neuinszenierung	107
Haus der Musik in Mattersburg	73	Reisetip: Der öö. ALManach 2017	109



Europa Forum Wachau S 13



Pfingst-Dialog auf Schloß Seggau S 20



Burgenland-Delegation in Kanada/USA S 60



300 Jahre Freimaurer S 96



Maria Theresia und die Kunst S 101

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos Seite 2: Europaforum Wachau / Marschik; Peter Ramspacher/ Geist und Gegenwart; Landesmedien-service Burgenland; Österreichische Nationalbibliothek; Belvedere, Wien

Bundespräsident auf Staatsbesuch in Ungarn und Tschechien

Gespräch zwischen Bundespräsident Van der Bellen und Ministerpräsident Orbán – Treffen mit ungarischem Amtskollegen Janos Ader / Erster Besuch in Tschechien – Treffen mit Präsident Zeman – Gespräch mit Ministerpräsident Sobotka



Foto: HBF / Peter Lechner

Der ungarische Staatspräsident János Áder empfängt den Bundespräsidenten mit militärischen Ehren.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat sich am 13. Juni bei seinem Besuch beim ungarischen Premier Viktor Orbán für die Belange von SOS Kinderdorf eingesetzt. Die in Österreich gegründete Kinderhilfsorganisation ist ebenfalls von dem umstrittenen NGO-Gesetz betroffen, das im Budapester Parlament verabschiedet wurde.

Das Gesetz sieht unter anderem vor, daß Nichtregierungsorganisationen, die über ein bestimmtes Maß hinaus aus dem Ausland finanziell unterstützt werden, sich selbst in ihren Publikationen als „vom Ausland unterstützte Organisation“ bezeichnen müssen. Van der Bellen zeigte sich im Anschluß an das Treffen mit Viktor Orbán in Budapest bezüglich SOS Kinderdorf zuversichtlich. Er beschrieb die Begegnung mit dem nationalkonservativen Premier gegenüber österreichischen Journalisten als „sehr informativ und offen“.

Angesprochen wurde bei der Begegnung auch das im April beschlossene umstrittene Hochschulgesetz, das vor allem die Weiterexistenz der vom US-Milliardär George Soros gegründeten Central European University (CEU) in Budapest infrage stellt.

Orbán habe allerdings über dieses Thema nicht sprechen wollen, berichtete Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der in der Früh ungarische Hochschulvertreter getroffen hatte – darunter waren auch welche von der vom US-Milliardär George Soros gegründeten CEU –, um über das im April verabschiedete Hochschulgesetz zu sprechen.

Laut EU verstößt es gegen fundamentale Rechte des EU-Binnenmarktes sowie gegen das Recht der akademischen Freiheit. Die EU-Kommission hatte im April ein diesbezügliches Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet.

Kritiker sehen das Gesetz maßgeschneidert, um die CEU zu schließen. So muß die Universität einen – bisher nicht existierenden – Campus in den USA nachweisen. Ausserdem fordert Ungarn eine diesbezügliche Vereinbarung mit der US-Regierung. In den Vereinigten Staaten hat die Zentralregierung allerdings hinsichtlich Universitäten keine Kompetenzen. Der Staat New York, wo die CEU akkreditiert ist, hat Verhandlungen darüber angeboten.

Der Bundespräsident meinte: „Eine unmittelbare Lösung dieses Konflikts ist nicht absehbar.“ Die Uni-Vertreter hätten sich bei dem Gespräch diesbezüglich allerdings deutlich optimistischer gezeigt, verlautete aus seinem Umfeld

In mehreren Fragen, etwa betreffend die Migration oder die „pauschale Ablehnung des Islam“, wie der Bundespräsident formulierte, habe es deutliche Meinungsverschie-

Österreich, Europa und die Welt

denheiten mit der ungarischen Seite gegeben. „We agree to disagree“ („Wir sind uns einig, daß wir nicht einverstanden sind“), stellte er nach dem Treffen mit Orbán fest.

Van der Bellen besuchte zum Abschluß seines Antrittsbesuchs in Ungarn noch ein österreichisch-ungarisches Wirtschaftsforum, wo er über E-Mobilität sprach. Der ungarische Außenminister Peter Szijjarto, der auch für Außenwirtschaft verantwortlich ist, hatte seine eigene Teilnahme an dem Forum kurzfristig abgesagt, hatte Van der Bellen jedoch bereits zuvor gemeinsam mit Viktor Orbán getroffen.

Der Bundespräsident traf auch seinen ungarischen Amtskollegen Janos Áder

Van der Bellen hat bei seinem Besuch seine Hoffnung ausgedrückt, daß „sich die Spannungen zwischen der Central European University (CEU) und der ungarischen Regierung beilegen lassen“. Van der Bellen traf seinen Amtskollegen Janos Áder in Budapest.

Ein weiterer aktueller Diskussionspunkt in Ungarn ist das umstrittene Gesetz über Nichtregierungsorganisationen (NGOs), das just zum Zeitpunkt der Pressekonferenz von Van der Bellen und Áder im Parlament beschlossen worden war. Auf eine diesbezügliche Journalistenfrage antwortete Ungarns Präsident ausweichend, er wolle das Gesetz nicht kommentieren, solange es nicht verabschiedet sei. Er verwies auf die Veränderungen, die aufgrund der Vorschläge der Venedig-Kommission des Europarates vorgenommen wurden. Diese würden laut Kritikern jedoch nicht den Kern des Gesetzes betreffen, wonach NGOs, die mehr als eine bestimmte Summe jährlich an ausländischen Förderungen erhalten, sich selbst auf allen ihren Publikationen als „aus dem Ausland finanzierte Organisation“ bezeichnen müssen.

Auch das Thema Flüchtlingsquoten, wegen denen die EU-Kommission unter anderem gegen Ungarn am 14. Juni ein Vertragsverletzungsverfahren einleitet hatte, wurden angesprochen. Áder betonte: Die Relocation, an denen sich Budapest nicht beteiligt, sei „nicht die Lösung“. Flüchtlinge müßten „im ersten sicheren Land angesiedelt werden – vorübergehend“, betonte er. Anschließend sei eine Rückkehr in ihr Heimatland notwendig, wobei „ein neuer Marshall-Plan“ zum Wiederaufbau und zur Schaffung von Existenzgrundlagen notwendig sei, an dem sich auch die USA, Kanada und Australien beteiligen, forderte Áder.



Fotopoint der beiden Staatsoberhäupter auf der Terrasse des Palais Sándor...



... und beim Arbeitsgespräch im Beisein von LH Hans Niessl und der Delegationen



Der Bundespräsident trifft mit Ministerpräsident Viktor Orbán zusammen

Fotos: HBF / Peter Lechner

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Landeshauptmann Hans Niessl, Botschafterin Elisabeth Ellison-Kramer, Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen und Landesrätin Verena Dunst wurden in der Botschaft von den AbsolventInnen der Weinbauschule Eisenstadt mit selbst hergestellten Produkten beschenkt

Empfang in der Residenz der Österreichischen Botschaft in Budapest

Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl, der den Bundespräsidenten bei seinem zweitägigen Besuch in Ungarn begleitete, traf am 12. Juni bei einem Empfang in der Residenz der Österreichischen Botschaft in Budapest an der Spitze einer burgenländischen Delegation mit zahlreichen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie mit hochrangigen Vertretern des Diplomatischen Corps zu informellen Gesprächen zusammen. Im Mittelpunkt dieses bereits traditionellen Sommerfestes, das von der Weinbauschule Eisenstadt mit edlen Tropfen begleitet und vom Joseph-Haydn-Brass musikalisch umrahmt wurde, standen die Pflege bestehender Kontakte sowie die Vertiefung der guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern. „Diese guten Kontakte mit Ungarn sind uns sehr wichtig, denn als Nachbarländer verfolgen wir gemeinsame Interessen in Fragen der Aufwertung des Wirtschaftsstandortes unserer Region, in Fragen der Verkehrspolitik, in Fragen des grenzüberschreitenden Einsatz- und Katastrophenschutzes, aber auch im Tourismus, wo es beispielsweise mit dem Nationalpark Neusiedler See Seewinkel, viele Anknüpfungspunkte gibt. Daraus resultierend hat sich in den vergangenen Jahren hier eine bei-

spielhafte Zusammenarbeit zwischen dem Burgenland und Ungarn etabliert, die für beide Seiten Vorteile bringt und im Bereich der grenzüberschreitenden Entwicklungen auch als Beispiel für andere europäische Länder und Regionen dienen kann“, betonte der Landeshauptmann.

So konnte der Landeshauptmann erst vor wenigen Wochen gemeinsam mit dem ungarischen Staatssekretär Levente Magyar ein weiteres grenzüberschreitendes Projekt – eine Kooperation zwischen dem Burgenland und Ungarn für den Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur – präsentieren. Dieses „CrossBorder Rail“ Interreg-Projekt bringt bei einem Investitionsvolumen von rund 12,7 Millionen Euro kürzere Fahrzeiten, mehr Verkehrssicherheit und attraktivere Bahnhöfe mit sich. Weiters werden bis zum Jahr 2020 in der österreichisch-ungarischen Grenzregion sechs neue Strassenverbindungen hergestellt.

Niessl dazu: „Diese bilaterale Zusammenarbeit wird auch künftig für das Land Burgenland vorrangig sein. Der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur ist für das Land Burgenland von immens wichtiger Bedeutung – für eine weiterhin dynamische wirtschaftliche Entwicklung, für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und für den Tourismus in der Region. Das Bur-

genland hat sich in den vergangenen Jahren zu einer modernen Zukunftsregion mit höchster Lebensqualität entwickelt. Dazu hat auch die gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn, die von der Österreichischen Botschaft in Budapest stets gefördert wurde, wesentlich beigetragen. Ich danke daher den MitarbeiterInnen der österreichischen Botschaft hier in Budapest – mit Botschafterin Mag. Ellison-Kramer an der Spitze – für die Förderung dieser Beziehungen unserer Länder und Regionen, für die Verbundenheit mit dem Burgenland, für die Verdienste um ein freundschaftliches und partnerschaftliches Miteinander.“

Für das Burgenland ist es aber auch in Zukunft von großer Bedeutung, daß mit Unterstützung von Brüssel grenzüberschreitende Projekte umgesetzt werden und mit den Nachbarn aktiv zusammenarbeitet wird. „Dieser Besuch steht deshalb ganz im Zeichen der freundschaftlichen Verbundenheit und des bilateralen Austausches. Diese bilateral vielfältigen Bezugspunkte stehen auf einem guten Fundament, müssen weiter dynamisch entwickelt und im gemeinsamen zukünftigen Interesse unter Fortführung der bereits bestehenden gut nachbarschaftlichen Beziehungen im Rahmen der Europäischen Union weiter ausgebaut werden“, so Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Österreich, Europa und die Welt

Der Bundespräsident in Prag: »Enge Verwandte sind nicht immer beste Freunde.«

Knapp zwei Wochen nach seinem Besuch in Ungarn war Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 26. Juni zu einem Antrittsbesuch nach Tschechien gereist. Nach der Ankunft mit dem Zug traf er am späten Nachmittag mit Ministerpräsident Bohuslav Sobotka zusammen. Das Treffen fand in der Präsidentenlounge des Prager Hauptbahnhofs statt.

Tschechien ist das letzte große Nachbarland, das Van der Bellen im Rahmen seiner Antrittstour besuchte. Seit seinem Amtsantritt war er bereits in der Schweiz, Deutschland, in der Slowakei, Italien, Slowenien und Ungarn. Ein Besuch in Liechtenstein ist laut Präsidentschaftskanzlei im Herbst geplant.

Zu Beginn des nicht medienöffentlichen Treffens mit Sobotka gratulierte der tschechische Premier Van der Bellen zur Wahl des Bundespräsidenten. Thema des Gesprächs mit Sobotka waren die bilateralen Beziehungen und insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen, wie es hieß. Tschechien ist für Österreich nach Deutschland und Italien der dritt-wichtigste Handelspartner innerhalb der EU. Beide Seiten befürworten eine Beschleunigung des schleppenden Ausbaus der Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Ländern.

Tags darauf, am 27. Juni, haben sich der Bundespräsident und der tschechische Präsident Milos Zeman bei einem Treffen auf der Prager Burg bemüht, trotz offensichtlicher unterschiedlicher Ansichten in vielen Bereichen die Gemeinsamkeiten zu betonen. „Wir sind enge Verwandte, und wie Sie wissen, sind enge Verwandte nicht immer die besten Freunde“, sagte Van der Bellen bei der gemeinsamen Pressekonferenz. „Aber insgesamt können wir uns aufeinander verlassen“, fügt er hinzu. Im Gespräch hätten die beiden Politiker viele Themen gefunden, in denen sie übereinstimmen würden.

Keine Einigkeit gab es wie erwartet beim Thema Atomkraft. Aber dies sei „eines von ganz wenigen Themen, wo wir sagen: We agree to disagree“ (*Wir stimmen darüber ein, nicht einig zu sein, Anm.*), betonte Alexander Van der Bellen. In Österreich gebe es den Konsens, daß Atomkraft keine Zukunft habe, „aber wir akzeptieren, daß dies eine Angelegenheit der nationalen Souveränität ist“, so der Bundespräsident.

Zeman warf Österreich vor, die Atomkraft aus einer privilegierten Position heraus



Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) wird am Prager Hauptbahnhof von Ministerpräsident Bohuslav Sobotka empfangen...



... wo in der Präsidentenlounge ein Gespräch stattfand. Zur Linken von Van der Bellen ist WKÖ-Vizepräsident Richard Schenz, der eine Wirtschaftsdelegation anführte.



Teilnahme des Bundespräsidenten am Empfang an der österreichischen Botschaft in Prag

Fotos: HBF / Carina Karlovits



Begrüßung mit militärischen Ehren im 3. Burghof der Prager Burg – Amtssitz des tschechischen Präsidenten

zu kritisieren. „Wenn wir hier so viele Alpenflüsse hätten wie in Österreich, dann wäre ich vielleicht auch kein Freund der Atomkraft.“ Außerdem stellte der tschechische Präsident die Frage in den Raum, was passiert wäre, wenn die Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf 1978 in Österreich anders ausgefallen wäre. „Dann würde hier heute vielleicht kein Grüner sitzen und es gebe jetzt in Österreich ein funktionierendes Kernkraftwerk“, so Zeman. Tschechien plant den Ausbau der beiden grenznahen Atomkraftwerke Temelin und Dukovany.

Die beiden Präsidenten lobten die guten Wirtschaftsbeziehungen und betonten die Wichtigkeit des Ausbaus der Verkehrsverbindungen zwischen Österreich und Tschechien. Dies sei einer der Punkte, wo man sich völlig einig sei, so Van der Bellen.

Der tschechische Präsident bemängelte die Asymmetrie in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Tschechien und Österreich. Während 3800 österreichische Unternehmen in Tschechien aktiv seien, gebe es nur 300 tschechische Unternehmen in Österreich. „Ich hoffe, daß wir das irgendwann einholen können“, so Zeman. Van der Bellen pflichtete ihm bei.

Am Nachmittag nahm der Bundespräsident, der mit einer Wirtschaftsdelegation unter Führung von WKÖ-Vizepräsident Richard Schenz angereist war, dann an einem österreichisch-tschechischen Wirtschaftsforum teil. Dort lobte Van der Bellen das gute Gespräch mit Zeman. „Präsident Zeman mag keine Grünen im Allgemeinen, aber er macht offenbar eine Ausnahme bei meiner Person“, scherzte er. Er betonte, daß Tschechien für Österreich nach Deutschland und Italien der dritt wichtigste Handelspartner innerhalb der



Fotos: HBF / Carina Karlovits

Pressekonferenz der beiden Staatsoberhäupter in der Prager Burg

EU sei. Angesichts des Fachkräftemangels in Tschechien, empfahl er dem Nachbarland, „das Migrationsthema vielleicht mehr unter dem ökonomischen Gesichtspunkt“ zu betrachten.

Daß Tschechien das letzte große Nachbarland war, das Van der Bellen im Rahmen seiner Antrittstour besucht hat, wurde im Vorfeld auch in tschechischen Medien vermerkt.

Seit seinem Amtsantritt im Jänner er nach der Reihe die Schweiz, Deutschland, die Slowakei, Italien, Slowenien und Ungarn besucht. Eine Reise nach Liechtenstein ist laut Präsidentschaftskanzlei für Herbst geplant.

Große Aufmerksamkeit wurde in tschechischen Medien auch der Tatsache zuteil, daß der österreichische Bundespräsident mit dem Zug angereist kam. In den vergangenen Jahren war nur der mongolische Präsident

Tsakhia Elbegdorj und Heinz Fischer im vergangenen Jahr zu offiziellen Besuchen per Bahn nach Tschechien gekommen, hieß es.

Die Beziehungen zwischen Österreich und Tschechien sind traditionell schwierig, haben sich zuletzt aber etwas verbessert. Historische Streitthemen sind die Atomkraft und die Benes-Dekrete zur Enteignung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) und sein Amtskollege Zaoralek riefen bei einem Treffen 2014 einen „Neustart“ in den Beziehungen aus und kündigten ein gemeinsames tschechisch-österreichisches Geschichtsbuch an.

Zuletzt hatte Bundespräsident Heinz Fischer im April 2016 Prag besucht. ■

<http://www.bundespraesident.at>

Quelle: Präsidentschaftskanzlei /apa/prk

25 Jahre Streitbeilegung

Die Staatspräsidenten von Italien und Österreich, Sergio Mattarella und Alexander Van der Bellen, waren Ehrengäste einer großen Autonomiefeier in Meran.



Foto: HBF / Peter Lechner

Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen beim Festakt im Kurhaus Meran

Südtirol und Südtirols Autonomie waren am 11. Juni Hauptdarsteller im Meraner Kurhaus. „Südtirol hat mit Leidenschaft die europäische Identität verteidigt“, sagte der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella. Und sein österreichischer Amtskollege Alexander Van der Bellen erklärte: „Südtirol ist für mich eine Herzensaufgabe.“ Mit über 500 geladenen Gästen wurde der 25. Jahrestag der Streitbeendigung zwischen Italien und Österreich in Sachen Südtirol-Autonomie gefeiert.

Landeshauptmann Arno Kompatscher

Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher begann seine Ansprache mit einer Erinnerung an das Vorjahr, als auf Schloß Sigmundskron gemeinsam mit den Außenministern Italiens und Österreichs, Paolo Gentiloni und Sebastian Kurz, der 70. Jahrestag der Unterzeichnung des Pariser Vertrages begangen wurde. Nun erinnere man sich im

ebenfalls (autonomie-)geschichtsträchtigen Meraner Kursaal an ein Vierteljahrhundert Streitbeilegung. „Es ist eine große Ehre und unterstreicht die Bedeutung dieses Ereignisses, daß dies in Anwesenheit und unter Beteiligung der beiden Staatsoberhäupter der Signatarstaaten des Pariser Vertrages geschieht“, so der Landeshauptmann.

Genau am 11. Juni haben 1992, vor 25 Jahren, hat der damalige Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, Alois Mock, nach 20jährigen Verhandlungen den Streit um die Südtirol-Autonomie die Streitbeendigungserklärung dem italienischen Botschafter in Wien, Alessandro Quaroni, übergeben, der heute in Meran zu Gast zu war. Nur wenige Tage später, am 19. Juni, notifizierten die österreichische Bundesregierung und die italienische Regierung mit jeweils eigener, aber aufeinander abgestimmter Note die Streitbeendigung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Den Weg bis zur Streitbeilegung ließ Landeshauptmann Kompatscher in seiner Rede wieder lebendig werden: vom Gruber-De Gasperi-Abkommen, dem Pariser Vertrag, der völkerrechtlichen Grundlage des Südtirol-Autonomie von 1946, über das Los von Trient auf Schloß Sigmundskron 1957 über die Feuernacht, ebenfalls an einem 11. Juni und zwar im Jahr 1961, bis zum Inkrafttreten des zweiten Autonomiestatuts am 20. Jänner 1972. Dann die jahrelangen Verhandlungen um die Durchführungsbestimmungen und schließlich die nicht unumstrittene Streitbeilegungserklärung 1992.

„Südtirol steht heute dank der auf diese Weise erwirkten Autonomie kulturell und wirtschaftlich gut“, erklärte Kompatscher. Die befürchtete Assimilierung der Minderheiten sei nicht eingetreten, auch die vielzitierte ethnische Trennung in Käfige habe nicht stattgefunden. Vielmehr hätten die Schutzinstrumente der Autonomie die solide Basis ge-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: LPA / Oskar Verant



Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher bei der Begrüßung der 500 geladenen Gäste

schaffen „für ein Aufeinanderzugehen, das aus einem friedlichen Nebeneinander ein sich wertschätzendes Miteinander“ mache.

Von einer armen Bergregion habe sich Südtirol zum Wohlstandsland entwickelt. „Südtirols Autonomie kostet den Staat nichts“, sagte Kompatscher, „im Gegenteil: Sämtliche öffentliche Leistungen werden durch das lokale Steueraufkommen finanziert. Darüber hinaus leistet das Land gemäß dem nunmehr auch international abgesicherten Finanzabkommen einen jährlichen Beitrag zur Sanierung des Staatshaushaltes. Südtirol zählt somit zu den wenigen Nettozahlern unter den Regionen Italiens.“ Die Autonomie müsse auch heute ständig weiterentwickelt und an neue Erfordernisse angepaßt werden, „schon allein aufgrund der auch völkerrechtlich verbürgten Notwendigkeit, zumindest den Standard zu halten, der 1992 zur Abgabe der Streitbeendigungserklärung geführt hat“.

So soll es gelingen, Südtirols Autonomie als wirksames Schutz- und Entwicklungsinstrument zu bewahren, das Identitäten stärkt und den Mehrwert der vorhandenen Vielfalt nützt. „Eng verbunden mit unserer Heimat und stark verwurzelt in unserer Kultur und Tradition können und wollen wir offen sein“, richtete Kompatscher den Blick nach Europa und erklärte, Südtirol wolle die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino noch stärker ausbauen, „weil wir uns mit unserem kulturellen Reichtum und unserer Mehrsprachigkeit als Brücke zwischen dem deutsch-österreichischen und dem italienischen Kultur- und Wirtschaftsraum verstehen, als kleines Europa in Europa“.

Foto: LPA / Oskar Verant



Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella: Autonomiestatut ist Akt der Kultur und Zivilisation

Staatspräsident Sergio Mattarella

Als Akt der Kultur und der Zivilisation bezeichnete der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella das Autonomiestatut. Die Vorgaben der Verfassung, der Gleichbehandlung und des Minderheitenschutzes seien damit erfüllt worden. Der Schutz der Minderheiten und die Autonomie seien heute im Rahmen des großen europäischen Integrationsprojektes zu sehen. „Und in dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist Südtirol als Teil der Europaregion europäische Avantgarde“, erklärte Mattarella.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Einen Blick in die Geschichte warf auch der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der daran erinnerte, daß vor 25 Jahren nicht alle glücklich waren, über die Streitbeilegung. Doch bilde sie nun einen wichtigen Baustein in der völkerrechtlichen Grundlage für den Schutz der deutschen und ladinischen Minderheit Südtirols und die Schutzfunktion Österreichs: „Die Autonomie Südtirols gilt heute als international anerkanntes Beispiel einer Lösung von Minderheitenkonflikten“, sagte er, sie habe eine Entwicklung ermöglicht, von der alle Sprachgruppen in gleichem Maße profitieren könnten. Für die Zukunft gelte es, die „Autonomie den Bedürfnissen aller Sprachgruppen anzupassen und sie weiterentwickeln“.

„Der Blick in die Zukunft sagt uns, daß sich die Autonomie Südtirols in einer leben-

digen politischen Umwelt dynamisch weiter entwickeln wird. Das ist das erklärte Ziel der Landesregierung und entspricht auch dem Wunsch der Südtiroler Bevölkerung. Dabei geht es auch darum, daß die italienische Regierung mit Südtirol erfolgreiche Gespräche über die Wiederherstellung verloren gegangener Zuständigkeiten und den weiteren Ausbau der Autonomie Südtirols führt“, so Van der Bellen. Österreich unterstütze diesen Entwicklungsprozeß, um die Autonomie an die Erfordernisse der Zeit und die aktuellen Bedürfnisse der SüdtirolerInnen anzupassen.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: HBF / Peter Lechner



Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen beim Festakt im Kurhaus Meran

Österreich zähle darauf, daß Italien auch bei diesen künftigen Anpassungen der Autonomie den bewährten Weg der einvernehmlichen bilateralen Abstimmung gehen werde.

„Daß ich vor kaum mehr als einem Monat meinen ersten offiziellen Besuch in Italien abstaten durfte und nun bereits wieder die Ehre und Freude habe, mit meinem ita-

lienischen Amtskollegen, Staatspräsident Sergio Mattarella, zusammenzutreffen, ist nicht nur ein freudiges Ereignis, sondern auch Ausdruck der engen nachbarschaftlichen Beziehungen, die heute das Verhältnis zwischen Italien und Österreich bestimmen. Südtirol ist dabei nicht wie in der Vergangenheit ein Problem- und Streitfall, sondern ein ganz

besonderes Land, das uns zusätzlich miteinander verbindet. Erlauben Sie mir zum Abschluß noch eine persönliche Bemerkung: Österreich war auf dem langen Weg durch die Geschichte stets an der Seite Südtirols. Ich erinnere hier besonders auch an Alois Mock, der sich als großer Europäer maßgeblich um Südtirol und die Streitbeilegungserklärung verdient gemacht hat. Österreich wird auch in Zukunft an der Seite Südtirols stehen. Denn für mich, der ich gleich hinter diesen Bergen im Tiroler Kaunertal aufgewachsen bin, ist Südtirol nicht nur eine politische Frage, sondern auch eine Herzensangelegenheit!“

Man könne heute gemeinsam auf das Erreichte stolz sein in der Überzeugung, daß man auch in Zukunft in Freundschaft und Zusammenarbeit das Beste für Südtirol erreichen wolle und werde.

An seinen italienischen Amtskollegen gerichtet, betonte Van der Bellen, es sei das zweite Mal, daß er mit Mattarella zusammen treffe: „Das ist Ausdruck des engen Verhältnisses, das unsere Beziehungen bestimmt, und Südtirol ist dabei ein Faktor, der nicht mehr trennt, sondern uns zusätzlich verbindet.“

Foto: LPA / Oskar Verant



Über 500 Gäste wohnten dem Festakt zum Jubiläum der Streitbeilegungserklärung Österreichs an Italien im Kursaal von Meran bei.

Österreich, Europa und die Welt

Landeshauptmann Günther Platter

„Die Streitbeilegung und das damit zusammenhängende Paket waren für die Autonomieentwicklung von Südtirol von großer Bedeutung und hat unseren Landesteilen Tirol, Südtirol und Trentino erst die Gründung der Europaregion Tirol ermöglicht. Mit der Gründung des gemeinsamen länderübergreifenden Büros der Europaregion in Brüssel haben wir eine Vorreiterrolle unter den Regionen der EU eingenommen“, erklärte Tirols Landeshauptmann Günther Platter.

Seit den 90er-Jahren besteht eine enge Zusammenarbeit in zahlreichen Gebieten der Wirtschaft sowie des sozialen und kulturellen Lebens. „Als Landeshauptmann von Tirol wünsche ich mir für die Zukunft, daß diese Zusammenarbeit in noch mehreren Bereichen vertieft und ausgebaut wird.“

Vor allem die jungen Menschen würden die politischen Querelen von damals nicht mehr kennen, die auch eine politische Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südtirol massiv erschwert haben. Stundenlanges Warten an der Brenner- oder Reschengrenze, das Filzen durch die Zollbeamten, die mühseligen Umstiege mit der Bahn und einige Unannehmlichkeiten mehr prägten damals das tägliche Leben auf beiden Seiten.

Demgegenüber stellte Platter die heutige Situation mit dem Bemühen, neue Wege der Kooperation, des Zusammenarbeitens und Austausches in einem gemeinsamen Europa zu finden. „Unser Blick muß nach vorne gerichtet sein, ohne dabei zu vergessen, was unsere Väter und Großväter erlebt haben. Aber auch mit der Kraft, Neues und Besseres für künftige Generationen zu schaffen. In diesem Sinne hat die Streitbeilegung einen wesentlichen Anteil an den Entwicklungen einer gemeinsamen, engeren Zusammenarbeit geschaffen.“

Die Südtiroler gehören mittlerweile zu den am besten geschützten Minderheiten der Welt. Platter: „Die internationale Verankerung der Südtiroler Autonomie ist ein Garant der weltweiten Anerkennung und ein Modell, das weltweit Beachtung findet. Die Schutzfunktion Österreichs für die Interessen Südtirols hat sich über die Jahre gewandelt, sie bildet aber weiterhin ein wichtiges Fundament für die Entwicklung des Landes und seiner Autonomie. Südtirol wird in Wien und auch in Innsbruck stets einen verlässlichen Ansprechpartner für seine berechtigten Belange haben – auch für den weiteren Ausbau der Autonomie, der für Südtirol und die Europaregion unglaublich wichtig ist“, schloß der Tiroler Landeshauptmann.



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Staatspräsident Sergio Mattarelli



Foto: Land Tirol/Simon Lochmann

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) mit seiner Frau Doris Schmidauer und Tirols Landeshauptmann Günther Platter nach dem Festakt

Dokumentarfilm

Ein Dokumentarfilm des Südtirolers Andreas Pichler durchläuft die wichtigsten Stationen der Debatten, der Kämpfe und der Umsetzung der Autonomie für Südtirol. Er erzählt die Geschichte als spannende Erfolgsgeschichte lokaler und internationaler

Diplomatie, die sich bis heute in einem ständigen Prozeß befindet, und die das Leben der Menschen in Südtirol grundlegend prägt. Die Doku ist auf dem Youtube-Kanal der Südtiroler Landesregierung zu sehen:

<https://youtu.be/FW5KjYrzw9s>

<http://www.provinz.bz.it/>



© Andreas Pichler

Bures: Südtirol ist Musterbeispiel gelebter Autonomie



Nationalratspräsidentin Doris Bures: »Südtirol ist heute Musterbeispiel gelebter Autonomie...«



Südtirols Landeshauptmann a.D. Luis Durnwalder: »Gemeinsam haben wir es geschafft«

„Südtirol ist heute ein Musterbeispiel gelebter Autonomie mit sprachlicher und kultureller Sicherheit für die deutschsprachige und ladinische Bevölkerung. Es gilt weltweit als Vorbild für Minderheitenschutz.“ Mit diesen Worten begrüßte Nationalratspräsidentin Doris Bures zahlreiche Gäste – unter anderem LH a.D. Luis Durnwalder sowie den ehemaligen NR-Präsidenten Andreas Khol – im Rahmen eines Empfangs, zu dem sie anlässlich des 25. Jahrestags der Streitbeilegung am 28. Juni eingeladen hatte. Auch die Aktuelle Stunde im Plenum des Nationalrat war diesem Jubiläum gewidmet.

Das Thema Südtirol bleibe in Österreich auch ein Vierteljahrhundert nach dieser historischen Einigung nicht nur eine Angelegenheit des Kopfes, sondern eine Herzensangelegenheit, sagte Bures. Südtirol sei kein Anlaß mehr für Konflikte zwischen Österreich und Italien, es verbinde beide Länder, so die Nationalratspräsidentin. Dazu habe ganz entscheidend auch die Europäische Integration beigetragen, die unter anderem den Wegfall der so symbolischen Grenze zwischen Österreich und Südtirol gebracht hat. Österreich werde im Zeichen seiner Schutzfunktion auch in Zukunft ein verlässlicher und engagierter Partner Südtirols bleiben, versicherte Bures.

„Gemeinsam haben wir es geschafft“, replizierte der ehemalige Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder. „In dem langen und schwierigen Prozeß haben alle mitgespielt: Demokraten in Italien, die Südtiroler Bevölkerung und Österreich“, das immer auf der Seite des Landes gestanden sei. Autonomie sei nie fertig, betonte Durnwalder, sie müsse immer angepaßt werden. ■

<http://www.parlament.gv.at>



Fotos: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

22. Europa-Forum Wachau

Mikl-Leitner: Europäische Union muß bei großen Herausforderungen weg vom Einstimmigkeitsprinzip – Kurz: Unser Europa ist auf dem Grundprinzip der Subsidiarität aufgebaut – Brandstetter: Es gibt nichts Wichtigeres für die Bürger als die Friedenssicherung



Foto: Europaforum Wachau / Marschik

Gruppenfoto vor der Stiftskirche des Stiftes Göttweig (v.l.): Bundesminister für Inneres Wolfgang Sobotka, erster Vizepräsident des Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz, Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine Pawlo Klimkin, Präsidentin des Europa-Forum Wachau und Landesrätin Barbara Schwarz, Mitglied der Schottischen Regierung, zuständig für Kultur, Tourismus und auswärtige Angelegenheiten, Fiona Hyslop, Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen in der Bayrischen Staatskanzlei Beate Merk, Amtierender Premierminister und Außenminister der Republik Serbien Ivica Dačić, Abt von Göttweig Prälat Columban Luser, Leiter des ORF-Europastudios Paul Lendvai und Kommissar für europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsangelegenheiten Johannes Hahn.

Mit 1. Jänner 1995 traten neben Österreich auch Schweden und Finnland der Europäischen Union bei und erhöhten damit die Anzahl der Mitgliedsstaaten von 12 auf 15. Gleichzeitig wurde in diesem Jahr das Europa-Forum Wachau ins Leben gerufen. „Persönlichkeiten wie Jean-Claude Juncker, Wolfgang Schüssel, Erwin Pröll sowie auch Alois Mock waren vor 22 Jahren Hauptredner beim Europa-Forum und haben damals Europa entscheidend mitgestaltet“, erinnerte sich Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, die das Projekt von Beginn an mitbegleitet hat, am 10. Juni bei ihrer Rede am Eröffnungstag des Europaforums. „Gerade in die-

sen Tagen erinnern wir uns an den großen Europäer Alois Mock, der den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union stark unterstützt hat. Am heutigen Tag wäre er 83 Jahre alt geworden und daher wollen wir ihm das diesjährige Europa-Forum widmen“, so Mikl-Leitner.

Trotz der Krisen und Umbrüche in den letzten Jahren hat der Gründungsgedanke der EU – eine Vereinigung der europäischen Länder zur Sicherung des dauerhaften Friedens zu schaffen – immer Bestand. „Das ist auch der Grund, warum aus ursprünglich sechs Gründungsländern mittlerweile 28 Mitgliedsstaaten wurden und warum eine

gemeinsame Währung eingeführt wurde“, hielt Mikl-Leitner fest, die in diesem Zusammenhang auf die Wichtigkeit der Europäischen Union, trotz neuer Herausforderungen, wie zum Beispiel dem Austritt von Großbritannien, verwies.

„Wir leben in einer Zeit, in der die EU Rückschläge einstecken muß und populistische Parteien zu fixen Größen in manchen Mitgliedsstaaten werden. Es ist daher notwendig, daß wir alle gemeinsam Europa neu positionieren und wieder ein modernes, starkes und handlungsfähiges Europa schaffen, dem die Menschen vertrauen können“, erklärte Mikl-Leitner.

Österreich, Europa und die Welt

Studien würden belegen, daß regionale Politik und damit die Nähe zu den Bürgern Vertrauen schafft. Daher stünde das diesjährige Europa-Forum unter dem Titel „A Europe closer to its Citizens“ – „Bürgernähe in Europa“. „Jeder Regionalpolitiker kennt die Sorgen und Anliegen der Menschen in seinen Regionen. Hier spüren die Menschen unmittelbar, daß Politik für sie gemacht wird. Diese Stärke muß auch Europa für sich nutzen“, so Johanna Mikl-Leitner, die sich diesem Thema anhand zweier Fragen näherte:

Wie geht es eigentlich den Menschen in und mit Europa und was trägt die Art der Zusammenarbeit innerhalb Europas bei?

Die erste Frage war für die Landeshauptfrau einfach zu beantworten: Viele Menschen hätten eine Grundskepsis gegenüber der Europäischen Union und ihren Institutionen. Dem könne mit Vertrauen und Nähe zu den BürgerInnen entgegengesteuert werden. Das hieße, daß die echten Anliegen der Menschen im Mittelpunkt stehen sollten und nicht Randthemen. Bei der zweiten Frage sprach die Landeshauptfrau unangenehme Themen an. Beispielsweise seien während der Migrationskrise Regeln oder Verpflichtungen – wie die Dublin-Verordnung – der einzelnen Mitgliedsstaaten nicht eingehalten worden. Dadurch sei Österreich gezwungen gewesen, einen eigenen Weg – wie die Schließung der Balkanroute – zu gehen.

„Dies war ein notwendiger und wichtiger Schritt zum Schutz der Österreicherinnen und Österreicher – wenn es auch nur der zweitbeste Weg war. Eine gemeinsame Lösung der EU hätte allen Europäerinnen und Europäern gezeigt, daß wir innerhalb der Europäischen Union an einem Strang ziehen“, erklärte Mikl-Leitner und zeigte sich überzeugt, daß vor allem mit einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Außenpolitik wieder für mehr Vertrauen in die Europäische Union geschaffen werden kann.

Dazu brauche es einen europäisch organisierten Grenz- und Küstenschutz sowie eine enge Verzahnung der nationalen Streitkräfte. Dabei benötige Europa vor allem mehrheitlich gefaßte Beschlüsse, um möglichst rasch und effektiv handeln zu können.

Einsatz von EU-Mitteln

Ein weiterer Schwerpunkt in der Rede der Landeshauptfrau war der Einsatz von EU-Mitteln. Dabei war für Mikl-Leitner klar, daß es in Zukunft trotz großer Herausforderungen weniger Geld zu verteilen gäbe. Das bedeute, daß alle Ebenen mit weniger Budget



Columban Luser, Abt und Hausherr beim Europa-Forum Wachau



Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner bei ihrer Begrüßungsrede am ersten Tag des Europa-Forums im Stift Göttweig

mehr leisten müßten. Entscheidend ist dabei, wo und wie die Mittel eingesetzt würden. „Ich plädiere dafür, daß auch in der nächsten Finanzperiode EU-Regionalfördermittel punktgenau eingesetzt werden. Gerade über die Regionalfördermittel und die dadurch initiierten Projekte wird die Europäische Union für die Menschen spürbar und sichtbar, die regionale Wirtschaft wird gestärkt und regionale Arbeitsplätze werden gesichert. Damit wird Vertrauen in die Europäische Union gewonnen“, so die Landeshauptfrau.

Auch der Bereich Wissenschaft und Forschung sei für den Einsatz der EU Mittel ein zentrales Thema. In diesem Bereich habe die Europäische Union vielen Regionen – auch Niederösterreich – zu einer dynamischen Ent-

wicklung verholfen und das soll auch zukünftig so bleiben.

Abschließend betonte Mikl-Leitner: „Für die nächste Generation soll es selbstverständlich sein, daß sie ein Teil der EU ist. Sie sollen jene Werte erhalten und weitergeben, von denen wir bereits profitiert haben und noch profitieren werden“.

Landesrätin Barbara Schwarz

Auch die Präsidentin des Europa-Forums Wachau, Landesrätin Barbara Schwarz, erinnerte in ihrer Begrüßung an Alois Mock als „einen der Gründungsväter des Europa-Forums“, der „die Europäische Union im Herzen getragen hat“. Mock habe „selbst an diese Idee vollinhaltlich geglaubt“ und habe

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Karl Gruber / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0



Landesrätin und Europa-Forum Wachau-Präsidentin Barbara Schwarz

Foto: BMEIA / Dragan Tatic



Außenminister Sebastian Kurz

Foto: Karl Gruber / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0



EU-Kommissar Johannes Hahn

dadurch „die Menschen begeistern und mitnehmen können“, betonte sie.

Hauptredner

Hauptredner waren neben Bundesminister Sebastian Kurz, EU-Kommissar Johannes Hahn, der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin und der serbische Premier- und Außenminister Ivica Dacic. Kurz wies in seiner Eröffnungsrede auf die vielen Krisen hin, die Europa in den vergangenen Jahren durchlaufen mußte und betonte, daß es ein neues Grundverständnis in der Europäischen Union braucht: „Unser Europa ist auf dem Grundprinzip der Subsidiarität aufgebaut. „In Vielfalt geeint“ ist das Motto der Europäischen Union. Subsidiarität heißt, den Mut zu haben, diese Vielfalt auch zu zulassen“, so Kurz. Große Fragen der Sicherheit etwa sollen auf europäischer Ebene und kleine Fragen auf nationaler und regionaler Ebene gelöst werden.

Alois Mock sei nicht nur ein „überzeugter Europäer“ gewesen, sondern auch „das Symbol für das geeinte Europa nach dem Fall des Eisernen Vorhanges“, Kurz. Mock habe den Weg Österreichs in die Europäische Union geebnet und er sei „dankbar, daß Alois Mock diese Weichenstellung für unser Land zustande gebracht hat“. „Er wird uns stets ein Vorbild sein.“

EU-Kommissar Johannes Hahn

„In einer globalen, digitalen Welt sollten wir versuchen zu gestalten. Es gibt viele Bereiche, wo nur ein gemeinsames europäisches Agieren den Erfolg bringt“, meinte der Kommissar für europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn. In einer Vielzahl von Fragen könne Europa „nur erfolgreich sein, wenn wir zusammenrücken“, so sein Appell.

Minister Pawlo Klimkin

Er danke für die Möglichkeit, sich hier in Göttweig über die Herausforderungen für Europa auszutauschen, sagte der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, Pawlo Klimkin. Er sprach von „besonderen Tagen“ für sein Land, denn tags hat die Reisefreiheit für die Ukraine begonnen. Klimkin: „Dieser Moment bedeutet für mich und für alle Ukrainer unglaublich viel.“

AdR-Vizepräsident Karl-Heinz Lambertz

Karl-Heinz Lambertz, der Erste Vizepräsident des Ausschusses der Regionen und Vizepräsident des Kongresses der Gemein-

Österreich, Europa und die Welt



Pawlo Klimkin, Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine



Karl-Heinz Lambertz, der Erste Vizepräsident des Ausschusses der Regionen



Beate Merk, bayerische Staatsministerin für Europaangelegenheiten

den und Regionen des Europarates, betonte in seiner Rede: „Wir müssen uns rückbesinnen, daß die EU mehr als ein Binnenmarkt ist – sie muß eine Wertegemeinschaft sein. Und Europa muß seine Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen.“

Ministerin Beate Merk

„Niederösterreich ist ein sehr starker Mitstreiter für die Regionen in Europa“, bedankte sich Beate Merk, die Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen in der Bayerischen Staatskanzlei, für die „enge Zusammenarbeit für den Erhalt der europäischen Strukturförderung“. Das beste Mittel gegen Europaskepsis und für mehr Vertrauen in die europäischen Institutionen sei die Subsidiarität.

Minister Ivica Dacic

Der amtierende Premierminister und Außenminister der Republik Serbien, Ivica Dacic, erinnerte an seinen Besuch des Europa-Forums Wachau vor vier Jahren. In einer Zeit, in der die EU in den Mitgliedsstaaten nicht mehr so populär sei, sei die EU am Westbalkan auch weiter populär, meinte er: „Die EU ist dort nicht nur populär, sondern auch notwendig als Idee. Als Idee, die dazu beitragen kann, daß die Stabilität am Westbalkan gewahrt wird.“

Vier Arbeitskreise zu den Themen Sicherheit, Subsidiarität, Wirtschaft und Kultur hatten zum Ziel Lösungsansätze zu entwickeln, die Europa krisenresistenter und zukunftsfähig machen.

Der zweite Tag

Der zweite Tag begann mit einer Heiligen Messe in der Stiftskirche im Gedenken an den ehemaligen Vizekanzler und Außenminister Alois Mock, der am 1. Juni 2017 im 83. Lebensjahr verstorben war. Nach den einleitenden Worten von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner sprachen auch Univ.-Prof. Ulrike Guérot, Leiterin des Departments für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems, Fiona Hyslop, Mitglied der Schottischen Regierung, zuständig für Kultur, Tourismus und auswärtige Angelegenheiten, Ekaterina Zaharieva, Vizepremierministerin für Justizreform und Außenministerin der Republik Bulgarien, sowie Vizekanzler und Justizminister Wolfgang Brandstetter zu den TeilnehmerInnen und Teilnehmern.

Man habe sich am Eröffnungstag intensiv damit auseinandergesetzt, wie Europa bürger-

Österreich, Europa und die Welt

näher werden könne, betonte die Landeshauptfrau, daß die TeilnehmerInnen des Europa-Forums Wachau „mit großem Elan“ und „mit großer Motivation“ dabei seien. Es sei „spürbar und fühlbar, daß man von Europa begeistert ist und willens, andere für die europäische Idee zu entfachen“, so Mikl-Leitner. Es habe in der Europäischen Union Fehlentwicklungen gegeben und man müsse nun vertrauensbildende Maßnahmen setzen, „um das Vertrauen zu stärken“. Für ein besseres, starkes und gemeinsames Europa müsse man das Prinzip der Subsidiarität leben. Man sei sich auch einig gewesen, daß es wichtig sei, „daß sich Europa auf die großen Herausforderungen konzentriert und sich nicht mit Randthemen beschäftigt“. Die Europäische Union müsse bei großen Herausforderungen „weg vom Einstimmigkeitsprin-



Univ.-Prof. Ulrike Guérot von der Donau-Universität Krems



Fiona Hyslop, Mitglied der Schottischen Regierung



Ekaterina Zaharieva, Vizepremierministerin und Außenministerin von Bulgarien

zip und hin zu mehrheitlichen Beschlüssen“, so Mikl-Leitner.

Es habe tags zuvor „eine Fülle an Maßnahmen und Impulsen gegeben“, von denen sie denke, wenn diese eingehalten werden, „daß wir zu schnelleren Entscheidungen kommen“, so die Landeshauptfrau. Die Themen seien in den Arbeitsgruppen aufgenommen und diskutiert worden, diese seien mit hochkarätigen Experten besetzt und die TeilnehmerInnen seien mit Begeisterung dabei gewesen, hielt Mikl-Leitner fest, daß die SchülerInnen des BG/BRG Klosterneuburg ein Vorzeigebispiel dafür seien, daß sich junge Menschen erfreuen, mitzudiskutieren und mitgestalten zu können.

Neuerungen im Europa-Forum

„Mir ist es wichtig, daß wir uns nicht allein mit den Inhalten der Festrede und der Arbeitskreise begnügen, sondern, daß wir diese wissenschaftlich aufarbeiten lassen“, informierte die Landeshauptfrau über eine der Neuerungen des Europa-Forums Wachau. Es solle ein Dokument erarbeitet werden, das man Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker überreichen werde und dieses solle in die Zukunftsentwicklung der Europäischen Union eingehen. Eine zweite Neuerung sei, daß man die BürgerInnen mitnehmen wolle und auch beim Europa-Forum Wachau BürgerInnenbeteiligung erreichen wolle. Mit Diskussionsplattformen wolle man die BürgerInnen „von außen hereinholen“. „Das ist dann auch gelebte Bürgernähe“, so Mikl-Leitner.

Die Landeshauptfrau bedankte sich bei allen Verantwortungsträgern des Europa-Forums Wachau: „Wir gehören zu jenen, die die Zukunft mitgestalten wollen.“ Mikl-

Österreich, Europa und die Welt

Leitner sagte auch „Danke“ an Prof. Paul Lendvai, „daß du zum 22. Mal dabei bist“: „Du bist einfach ein fixer Bestandteil des Europa-Forums Wachau“. Die Landeshauptfrau bedankte sich weiters bei der Präsidentin des Europa-Forums Wachau, Landesrätin Barbara Schwarz, für die Koordination und „für deine Initiative, die jungen Menschen ins Europa-Forum Wachau hereinzuholen.“

Univ.-Prof. Ulrike Guérot

Es sei „eine Ehre und Bürde zugleich“ die Querdenkerrede am Europa-Forum Wachau zu halten – eine Ehre, weil schon so viele namhafte Persönlichkeiten vor ihr gesprochen hätten, eine Bürde, weil die Querdenkerrolle eine kritische Stimme sei, sagte Univ.-Prof. Ulrike Guérot, Leiterin des Departments für Europapolitik und Demokratieforschung der Donau-Universität Krems. Die EU müsse „vom Kopf auf die Füße gestellt werden“, nahm Guérot auf die Vulkansulptur „Europa umstülpen“ – das Kunstprojekt „Die Botschaft von Amikejo“ – Bezug. Ständig werde in der EU etwas entschieden, was alle betreffe, aber keiner sei dafür verantwortlich, betonte Guérot, daß man die europäischen Bürger wieder in politische Entscheidungsgewalt bringen müsse. „Die EU muß umgestülpt werden, um wieder ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt zu werden, nämlich den Menschen zu dienen“, meinte Guérot, daß eine Europäische Republik der erste Schritt zu mehr Bürgernähe in Europa sei.

Fiona Hyslop

Fiona Hyslop, Mitglied der Schottischen Regierung, zuständig für Kultur, Tourismus

und auswärtige Angelegenheiten, führte aus, daß bei der Wahl in Großbritannien eine Million junge Menschen wählen gegangen sei, das seien jene Menschen gewesen, die für den Verbleib in der EU gestimmt hätten, die aber bei der Brexit-Entscheidung zu wenige gewesen seien. Die heutige Generation sei in die EU hineingeboren, sie würde diese als ihr Recht ansehen, man könne viel von dieser Perspektive lernen. Viele hätten gesagt, daß der Brexit ein Warnruf für die EU sei, daß sie bürgernäher werden müsse. Großbritannien habe sich entschieden, die EU zu verlassen, 62 Prozent der Schotten hingegen wollten in der EU bleiben, betonte Hyslop, daß Schottland immer ein pro-europäisches Land gewesen und immer noch für den Verbleib in der EU sei. Sie sagte, daß man einen großen Fokus auf die zukünftige Generation legen müsse.

Ekaterina Zaharieva

Das Europa-Forum Wachau sei eine Diskussionsplattform, von der bereits viele Anreize ausgegangen seien, betonte Ekaterina Zaharieva, Vizepremierministerin für Justizreformen und Außenministerin der Republik Bulgarien. Man könne stolz auf die Errungenschaften der Europäischen Union sein, stellte sie zugleich fest, daß es aber auch große Veränderungen in der Zukunft brauche. Man müsse sich mehr mit den Besorgnissen der Bürger beschäftigen. Die Welt befinde sich in einer Krise, führte Zaharieva aus, daß es zu einer Enttäuschung mit der Mainstream-Politik innerhalb und außerhalb der EU gekommen sei und viele Studien gezeigt hätten, daß das Vertrauen zurückgegan-

gen sei. Es sei entscheidend, mehr Bürgernähe zu schaffen, wenn man die bisherigen Errungenschaften der EU aufrecht erhalten wolle. Es brauche einen Abbau der Bürokratie und damit verbunden einfachere Verfahren. Man müsse die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stärken.

Vizekanzler und Justizminister Wolfgang Brandstetter

Vizekanzler und Justizminister Wolfgang Brandstetter erörterte im Rahmen seiner Rede das Thema des diesjährigen Forums – Bürgernähe in Europa – sehr kritisch: „Die EU braucht dringend eine auf einer ehrlichen und schonungslosen Analyse der Schwachstellen beruhende Reform, um sie für den Bürger wieder attraktiv zu machen. Dazu gehört vor allem eine Änderung der Prioritätensetzung in der Legistik. Wir haben zu viel an Regelungen, die den Menschen wenig bringen oder sie sogar unnötig beschränken, und schmerzliche Defizite in Regelungsbereichen, die sinnvollerweise nur auf EU-Ebene bewältigbar sind, wie z.B. der Kampf mit den Internetgiganten gegen Auswüchse und Sicherheitslücken im Internet oder den notwendigen Abschluß von Rechtshilfeverträgen mit Heimatländern von Migranten.“

Dennoch sei die EU als Friedensprojekt jede Anstrengung wert, um sie wieder bürgernähe zu machen, denn es gäbe für die Menschen nichts Wichtigeres als die Friedenssicherung, so der Vizekanzler.

„Wir sind diese Reformanstrengungen den Menschen schuldig, und wir schulden diesen Kampf um eine bessere und attraktivere EU auch jenem großen Staatsmann, der



Fotos: Karl Gruber / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0

Studierende der Universität Wien mit Landeshauptfrau Mikl-Leitner, LR Barbara Schwarz, Vizekanzler Brandstatter u.a. beim Europaforum 2017

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMJ

Vizekanzler und Justizminister Wolfgang Brandstetter

das EU-Forum Wachau mitbegründet hat: Unserem früheren Vizekanzler und Außenminister Dr. Alois Mock“, so der Vizekanzler.

Résumés der Arbeitskreise

Im Zuge der abschließenden Plenarveranstaltung wurden auch die Résumés der Arbeitskreise unter Einbeziehung der SchülerInnen des BG/BRG Klosterneuburg präsentiert. Getagt wurde zu den Themen „Die EU Globalstrategie: wie kann sie der EU helfen, für ihre Sicherheit zu sorgen?“, „Europa der Vielfalt und Subsidiarität: Entscheidungsfindungen effizient und bürgernah!“, „Zwischen Asien und USA: wie kann Europa wettbewerbsfähig bleiben?“ und „Alles Kultur? Migration, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Spannungsverhältnis“.

Dank zum Abschluß

Die Landeshauptfrau bedankte sich bei allen VerantwortungsträgerInnen des Europa-Forums Wachau: „Wir gehören zu jenen, die die Zukunft mitgestalten wollen.“ Mikl-Leitner sagte auch „Danke“ an Prof. Paul Lendvai, „daß du zum 22. Mal dabei bist“: „Du bist einfach ein fixer Bestandteil des Europa-Forums Wachau“. Die Landeshauptfrau bedankte sich weiters bei der Präsidentin des Europa-Forums Wachau, Landesrätin Barbara Schwarz, für die Koordination und „für deine Initiative, die jungen Menschen ins Europa-Forum Wachau hereinzuholen.“

Europa-Forum Wachau in Kooperation mit Uni Wien

Vor 60 Jahren wurde mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge der Grund-

stein für Europa in seiner heutigen Form gelegt. Und mit einer neuen Form der Kooperation erweiterte das Europa-Forum Wachau im Jahr 2017 das Spektrum der politischen Kommunikation und politischen Bildung dieses Friedensprojektes. „Gemeinsam mit Wikimedia Österreich und der Universität Wien setzt das Forum heuer mit dem Thema ‚Bürgernähe‘ neue Impulse zur Schaffung freien Wissens als wesentliches Instrument der Demokratisierung und der Bürgerbeteiligung“, so Landesrätin Barbara Schwarz, Präsidentin des Europa-Forum Wachau, im Vorfeld der Veranstaltung.

Wikimedia ist die weltweit größte Bewegung zur Förderung freien Wissens. Gemeinsam mit dem Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Wien betreibt Wikimedia Österreich das Projekt „Wiki-

pedia meets University“. Auf der Lehr- und Lernplattform Wikiversity lernen Studierende, freies Wissen selbst zu generieren. Ziel ist die Sensibilisierung der angehenden AkademikerInnen für eine nachhaltige und faire Nutzung freien Wissens im Wissenschaftsbetrieb und in den Bildungssektoren sowie im Beruf.

Zum Europa-Forum Wachau 2017 haben Schwarz und Projektleiter Prof. Friedrich Schipper nun ein neues Kapitel dieses Projekts eröffnet. Ein Semester lang wurden die Studierenden im Nützen und Erzeugen freien Wissens und in der Verwendung der Wiki-Software trainiert. Zunächst wurde ein Wikipedia-Beitrag zum Europa-Forum Wachau erarbeitet und online gestellt.

Der Beitrag soll künftig in mehreren Sprachen, schlußendlich in allen Sprachen Europas abrufbar sein. Im Rahmen des Europa-Forum Wachau wurden die Grundlagen für eine Vielzahl von Beiträgen zum allgemeinen Thema „Bürgernähe“ generiert, die schlußendlich als freies Wissen auf Wikiversity und in der Wikipedia zur Verfügung stehen sollen.

„Die Bedeutung von freiem Wissen in unseren Wissensgesellschaften, insbesondere in diesen turbulenten Zeiten, nimmt immer mehr zu. Vor diesem Hintergrund genießt das aktuelle Projekt von Wikimedia Österreich und der Kommunikationswissenschaft der Universität Wien gemeinsam mit dem Europa-Forum Wachau im Bereich der politischen Kommunikation für Österreich eine besondere Bedeutung“, sind sich Schwarz und Schipper einig. ■

<http://www.europaforum.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Europa-Forum_Wachau



Screenshot <http://de.wikipedia.org/>

Geist und Gegenwart

Pfingstdialog auf Schloß Seggau
USA - Europa: Die natürlichste Partnerschaft der Welt



Foto: Peter Ramsbacher/ Geist und Gegenwart

v.l.: Prof. Daniel S. Hamilton, Eugene Young (Geschäftsträger der US-Botschaft in Österreich), Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Vizekanzler und Justizminister Wolfgang Brandstetter, Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl, Landesrat Christopher Drexler, und »Geist und Gegenwart«-Koordinator Herwig Hösele

Die hochaktuelle Thematik der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Europa und den USA diskutierten rund 50 internationale ReferentInnen im Rahmen des diesjährigen „Geist und Gegenwart“ Pfingstdialogs auf Schloß Seggau im steirischen Leibnitz. Das von 31. Mai bis 2. Juni stattgefunden Diskussionsforum wurde im Beisein zahlreicher Ehrengäste und internationaler renommierter Persönlichkeiten feierlich eröffnet.

Nach Grußworten von Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl, Superintendent Hermann Miklas, dem Geschäftsträger an der US-Botschaft in Österreich Eugene Young, Vizekanzler Wolfgang Brandstetter sowie Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl und Landesrat Christopher Drexler, konnte Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer den Pfingstdialog offiziell eröffnen und dazu auch den Hauptreferenten des Abends, Daniel S. Hamilton begrüßen.

Schützenhöfer bezeichnete den Pfingstdialog als Visitenkarte der Steiermark, die die geistige Auseinandersetzung mit aktuel-

len Strömungen fördert. Zum Thema der transatlantischen Beziehungen meinte er: „Wir werden den USA für den Marshall-Plan immer dankbar sein. Ohne ihn hätte der Wiederaufbau und das Zusammenrücken Europas nicht oder nicht so schnell funktioniert. Trotzdem muß man in der aktuellen Situation fragen, ob nicht oberste Repräsentanten sich einer Sprache bedienen, bei der Grenzen über- und das Niveau unterschritten wird.“ Weiters mahnte er: „Egoismen wachsen aber nicht nur in den USA, sondern auch bei uns, weil wir auf wichtige Fragen keine gemeinsame Antwort finden.“

Eröffnungsdredner war Daniel Hamilton, Professor der Marschallplan-Jubiläumsstiftung und Direktor des Zentrums für Transatlantische Beziehungen der John Hopkins University's School of Advanced International Studies (SAIS). Hamilton zeigte anhand der Geschichte auf, daß sich in den USA Phasen des Engagements in Europa immer wieder mit Phasen des Rückzugs abgewechselt hätten.“ Trumps Sieg war ein Triumph für das jacksonische Amerika. Der Jackso-

nismus war „eine wichtige Bewegung in den 1940er-Jahren, die zum Ziel hatte, Amerika aus noch einem weiteren europäischen Krieg herauszuhalten.“ Aber die Geschichte hätte immer wieder gezeigt, daß der politische Preis für ein „Heraushalten“ zu hoch sei. Deswegen glaube er auch, daß sich Amerika auch weiterhin für starke transatlantische Beziehungen einsetze. „Denn das amerikanische Interesse an einem Europa, das frei von Konflikten ist, zuversichtlich und fähig sowie nach außen gerichtet ist und das amerikanischen Interessen und Waren positiv gegenübersteht, ist größer als Trump.“

Die Brisanz des diesjährigen Generalthemas hob auch Wissenschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl in ihren Grußworten hervor: „Mit den Beziehungen zwischen Europa und den USA greift der diesjährige Pfingstdialog ein aktuell besonderes brisantes und vieldiskutiertes Thema auf. Seit der Übernahme der US-Präsidentschaft durch Donald Trump sieht sich Europa mit neuen Fragestellungen konfrontiert, insbesondere auch was die Gestaltung der zukünftigen Be-

Österreich, Europa und die Welt



Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer bezeichnete den Pfingstdialog als Visitenkarte der Steiermark, die die geistige Auseinandersetzung mit aktuellen Strömungen fördert.



Vizekanzler und Justizminister Wolfgang Brandstetter erklärte, in Partnerschaften würden Irritationen besprochen werden, denn durch das Reden kämen die Leute zusammen.

ziehungen mit den USA betrifft. Vor diesem Hintergrund freut es mich umso mehr, rund 50 renommierte Expertinnen und Experten aus verschiedenen Gesellschaftsbereichen – von der Wissenschaft und Forschung über die Wirtschaft bis hin zur Religion – auf Schloß Seggau begrüßen zu dürfen und freue mich auf anregende und spannende Diskussionen zu dieser hochaktuellen Thematik.“

Landesrat Christopher Drexler, der sich für das heurige Pfingstdialog-Thema schon vor eineinhalb Jahren stark gemacht hatte, bevor noch irgendjemand in Europa an einen Präsidenten Trump gedacht hat, sprach von den transatlantischen Beziehungen als „der natürlichsten Partnerschaft der Welt“. „Es ist eine Partnerschaft, die der Freiheit, der De-

mokratie und der Aufklärung verpflichtet ist. Ich glaube nicht an Isolationismus. Auch wenn das Verhältnis jetzt schwieriger scheint, sind wir doch gefordert, die vielen gemeinsamen Werte zu verteidigen und neue gemeinsame Wege zu beschreiten. Wenn dieser Pfingstdialog zur besseren Verständigung beiträgt, dann haben wir damit einen kleinen, aber nicht unwichtigen Beitrag für eine gute gemeinsame Zukunft geleistet.“

Lesen Sie hier nun die Rede von Daniel S. Hamilton, Professor der österreichischen Marshallplan-Jubiläumsstiftung (Austrian Marshall Plan Foundation) Johns Hopkins University SAIS zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Marshall Plans im Wortlaut:

Die Vereinigten Staaten und Mitteleuropa

Ein Blick in die Zukunft

Vielen Dank für die freundliche Vorstellung und die Möglichkeit, heute am Pfingstdialog teilnehmen zu können. Mein Dank gilt unseren Gastgebern für ihre Gastfreundschaft und ihre Fähigkeit, eine außerordentliche Gruppe von Menschen hier zu versammeln. Mein besonderer Dank gilt auch der Marshallplan-Jubiläumsstiftung für ihre führende Rolle bei der Aufrechterhaltung enger Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich, und für ihre Unterstützung meiner Arbeit und der Arbeit meines Zentrums, was uns ermöglicht die europäische Stimme in Washington zu stärken und neues Wissen über die Dynamik Mitteleuropas zu schaffen.

In diesen Tagen, wenn wir die Zukunft dieser dynamischen Region betrachten, erinnern wir uns an wichtige Meilensteine in der Beziehung von Amerika zu Mitteleuropa – eine Beziehung, die in den letzten Jahrzehnten durch Zyklen amerikanischen Engagements und Rückzug gekennzeichnet waren.

Insbesondere erinnern wir uns an die letzten Tage des Zweiten Weltkriegs in Europa – jene dramatischen Tage der Befreiung vor 72 Jahren.

Leider führte in den meisten Teilen Mitteleuropas die Befreiung von den Fesseln des Dritten Reichs nicht zu Freiheit, wie dies in Westeuropa, Österreich und Deutschland selbst der Fall war. Bis Ende Mai 1945 hatten sich der amerikanische General George Patton und seine vorrückenden Truppen bereits aus Westböhmen, das sie befreit hatten, zurückgezogen und überließen der Roten Armee nicht nur die Kontrolle über tschechische und slowakische Gebiete, sondern über die gesamte Region. Die Hoffnung auf Befreiung wich bald der nüchternen Realität von Fremdherrschaft und eines neuen Kalten Krieges.

Der Rückzug Amerikas aus dieser Region war ein wesentlicher Bestandteil eines allgemeinen Rückzugs aus der globalen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten Amerikas in diesen ersten Nachkriegsjahren, als amerikanische Soldaten und die Gesellschaft, die sie in den Einsatz fernab von amerikanischen Ufern schickte, sich nach deren Rückkehr sehnten, um die Dividende des Sieges einzufahren und zuhause eine bessere Zukunft aufzubauen. Nachdem so viele Menschen und so viel für Europa geopfert wurde, waren die Amerikaner bereit, heimwärts zu

Österreich, Europa und die Welt

blicken. Die weitverbreitete Grundstimmung war klar – es war Zeit, die Interessen Amerikas an erste Stelle zu setzen.

Europa lag inzwischen am Boden, verwüstet von seinen Kriegen und nicht in der Lage, die Mittel für eine friedliche Zukunft zu generieren. Zwischen 1945 und 1948 stellten die Vereinigten Staaten Unterstützung in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar zur Verfügung – ein damals enormer Betrag. Anfang 1948 wurde es jedoch klar, daß amerikanische Großzügigkeit alleine den Kontinent nicht wiederbeleben hatte können, welcher weiterhin traumatisiert und durch Spaltungen innerhalb und zwischen Gesellschaften zerrissen war.

Erst dann, als die Sorgen über die Zukunft Europas zunahmen, verstand die amerikanische Führung, daß sich die Vereinigten Staaten einen Rückzug nicht leisten konnten und daß Scheckbuch-Diplomatie alleine nicht ausreichte, um die eigentlichen Interessen und Werte der Vereinigten Staaten zu wahren, für deren Verteidigung sie während der zwei Weltkriege so viel geopfert hatten.

Erst dann begann wirklich ein neuer Zyklus, der von einer klaren Botschaft geprägt war, verkündet von Außenminister George Marshall am 5. Juni 1947: die Vereinigten Staaten würden sich aktiv auf dem europäischen Kontinent einbringen und so gut wie möglich zu einer besseren Zukunft Europas beitragen – aber die Europäer müßten die Richtung weisen. Wenn Europäer amerikanische Unterstützung wollten, dann müßten sie die Dinge, die sie trennen, überwinden und zeigen, wie sie eine bessere Zukunft bauen werden – und zwar gemeinsam.

Das war der „Plan“ des Marshall-Plans – Amerika würde Europas wirtschaftliche Erholung anheizen, Amerika würde hinter Europa stehen, doch Europa sollte zusammenarbeiten um den künftigen Weg abzustecken.

Der Marshall-Plan war ein riesiger Erfolg – und sein Erbe macht sich auch weiterhin für unsere Beziehungen bezahlt, was man anhand der guten Arbeit der Marshallplan-Jubiläumstiftung sehen kann. Wohl kaum ein Land profitierte so sehr vom Marshall-Plan wie Österreich, denn Österreich erhielt mehr Geldmittel pro Kopf als nahezu jedes andere Empfängerland. Ohne den Marshall-Plan wäre die wirtschaftliche Wiederbelebung Österreichs nach dem Krieg schwierig gewesen, wenn nicht gar undenkbar. Bruno Kreisky befand einst, daß Österreichs Beteiligung als Antwort auf Marshalls Herausforderung das war, was Österreicher zu Europäern machte.



Foto: Peter Ramsbacher/Geist und Gegenwart

Prof. Daniel S. Hamilton

Heute erinnert sich jeder an das Geld hinter dem Marshall-Plan – doch letztendlich belief sich der Marshall-Plan auf 13 Milliarden US-Dollar – weniger Geld als die 15 Milliarden US-Dollar, welche die Vereinigten Staaten in den drei Jahren nach dem Krieg in Europa investiert hatten.

Es war nicht nur Geld, das den Marshall-Plan ausmachte, sondern es war der „Plan“ hinter dem Plan – und sein wahres Vermächtnis für eine bessere Zukunft Europas. Die Europäer mußten den Amerikanern nicht nur mitteilen, wie sie die Mittel verwenden, sondern sie mußten dies gemeinsam tun. Der Effekt war, die Europäische Bewegung zusammenschweißen und das, was bisher nur ein Traum gewesen war, Wirklichkeit werden zu lassen – eine wahre Europäische Gemeinschaft. Diesen Monat feiern wir auch diesen Erfolg – den 67. Jahrestag des Schuman-Plans, mit dem die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl geschaffen wurde, die Vorläuferorganisation der Europäischen Union, deren Gründungsvertrag vor 60 Jahren in Rom unterzeichnet wurde, was wir in diesem Frühjahr gefeiert haben.

Mit neu gewonnenem und gemeinsamem Engagement schufen die Vereinigten Staaten und ihre Partner andere Institutionen, darunter das GATT, die OECD und die NATO. Das Atlantische Bündnis schuf einen Rahmen, in dem sich die Europäische Einheit entwickeln konnte und diese Institutionen trugen gemeinsam dazu bei, ein halbes Jahrhundert

lang beispiellosen Frieden und Wohlstand herzustellen – jedoch nur für einen halben Kontinent.

Die Vereinigten Staaten weiteten ihr Angebot der Marshall-Plan-Hilfe auf ganz Europa aus, darunter auch auf die Sowjetunion. 16 westeuropäische Staaten akzeptierten sie, so auch die Tschechoslowakei. Doch nach einem diesbezüglichen Treffen mit Stalin war der tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk gezwungen, das Angebot der Vereinigten Staaten abzulehnen. Der entmutigte Masaryk sagte dazu: „Ich bin als Außenminister eines unabhängigen souveränen Staates nach Moskau gereist. Ich kam als Lakai der sowjetischen Regierung zurück.“

Streitigkeiten über die Hilfe wurden bald zu Mauern, die Menschen voneinander trennten, und Europas lebendige Mitte wurde aufgelöst in zwei künstliche Europas – „Ost-“ und „Westeuropa“. Junge Tschechen wuchsen auf und wußten mehr über Moskau als über Wien. Junge Wiener wußten mehr über Mailand als über Bratislava. Junge Grazer wußten mehr über München als über Budapest. Hamburger und Frankfurter wußten alle etwas über London und nichts über Leipzig.

Und dann, vor 28 Jahren, kamen der ungarische Außenminister Gyula Horn und der österreichische Außenminister Alois Mock zusammen – ich sollte vielleicht anmerken, Alois Mock ist ein bekannter Absolvent des Bologna Center unserer Einrichtung/Universität – um den Eisernen Vorhang aufzuschneiden. Dieses Ereignis verlieh der einzigartigen Botschaft, die viele einsame Seelen jahrelang geäußert hatten, eine Stimme, welche dann zu einem Crescendo auf den Straßen von Budapest, Danzig, Prag, Leipzig, Bukarest und anderen mittel- und osteuropäischen Städten heranwuchs. „Wir wollen zurück nach Europa“, war die Botschaft jener auf den Straßen und in ihren Trabis, Skodas und Ladas – Teil eines Europas zu sein, zu dem sie immer gehört hatten und dem sie nicht beitreten konnten, da sie daran gehindert wurden, weil dort die Rote Armee im Sommer 1945 Halt gemacht hatte.

Diese Botschaft aus Mitteleuropa löste ein Erdbeben aus, das immer noch den Kontinent und seine Institutionen erschüttert.

Diese Botschaft gab uns eine Richtung.

Diese Botschaft ist sowohl Chance als auch Verpflichtung – die Chance, einen Kontinent zu schaffen, der wahrhaft vereint, frei und im Frieden geeint ist, und die Verpflichtung, dies durchzuziehen.

Es war in diesen letzten Tagen des Kalten Krieges jedoch unklar, ob sich die Amerika-

Österreich, Europa und die Welt

ner, konfrontiert mit der Friedensdividende im Ausland und gewaltigen Herausforderungen im Inland, zurückziehen oder engagieren würden.

Im Herzen Mitteleuropas engagierten sich Amerika und seine Partner tatkräftig, die historische Chance zu ergreifen und seine Verpflichtung einzuhalten, indem sie Deutschland halfen, sich in Frieden wieder zu vereinigen und Polen, Tschechien und Ungarn, unseren Institutionen beizutreten. Österreich beteiligte sich auch an diesem historischen Prozeß der Versöhnung und Integration.

In Südosteuropa scheiterten wir jedoch, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Als sich die Gewalt am Balkan immer mehr ausbreitete, zog sich Amerika zurück. Die US-Regierung gab bekannt, daß die USA „kein Pferd im Rennen“ hatten. Viele Europäer schienen dem zuzustimmen und nannten es die „Stunde der Europäer“.

Amerikas Scheitern, der historischen Versuchung des Rückzugs zu widerstehen, und unser gemeinsames Scheitern, Amerikas anhaltende Rolle als europäische Macht zu verstehen, statt als eine Macht in Europa, führte zum größten kollektiven Versagen des Westens seit dem Zweiten Weltkrieg. Erst nach einer großen Tragödie – an die dieses Jahr der 22. Jahrestag des schrecklichen Genozids in Srebrenica erinnert – verstanden die Vereinigten Staaten und ihre Europäischen Partner wieder die Lektionen, die sie 40 Jahre zuvor gelernt aber dann vergessen hatten.

Wieder einmal wandten wir diese gelernten Lektionen an, indem wir zusammenar-

beiteten um die Konflikte am Balkan zu beenden und diesen Teil des Kontinents auf einen Kurs zu bringen, sich „Europa“ wieder anzuschließen – einem Europa, wo Krieg einfach nicht passiert, wo Demokratie und Wohlstand an erster Stelle stehen.

Wieder einmal war finanzielle Hilfe des Westens – und diesmal vor allem Europas – wichtig, doch wichtiger war die Botschaft hinter dem Geld: Stabilität kann nicht von außen auferlegt werden, sondern muß von innen aufgebaut werden. Nur wenn sich die betreffenden Länder verpflichten, Zustände zu schaffen, in denen deren Integration in diese Gemeinschaft möglich sein kann – und zwar durch die Beilegung bilateraler Streitigkeiten und ethnischer Spannungen sowie durch das Einleiten wahrer politischer und wirtschaftlicher Reformen und die Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, Zusammenarbeit statt Abgrenzungen – dann ist davon auszugehen, daß sie ihre turbulente Geschichte hinter sich lassen werden.

Wenn wir auf über 70 Jahre zurückblicken, können wir stolz sein. Aber wir können nicht selbstgefällig sein.

Trotz unserer Bemühungen ist Europa noch nicht ein Ganzes, frei oder in Frieden geeint.

Der Westen Europas sieht sich einer Verquickung von Krisen gegenüber – Migration, Terrorismus, Brexit, geringes und ungleichmäßiges Wachstum, hohe Jugendarbeitslosigkeit und beträchtliche Herausforderungen aufgrund der Schulden in vielen Ländern,

der Krebs „illiberaler Demokratie“ – welche die europäische Politik, Wirtschaft und Sicherheitspolitik verunsichert haben.

Europas Süden und Osten stehen nicht besser da.

In den westlichen Balkanländern gibt es weiterhin Turbulenzen, die 20 Jahre Fortschritt bedrohen.

Ein Jahrzehnt nachdem die Europäische Union sechs Ländern im Osten ihre „Östliche Partnerschaft“ vorgeschlagen hatte, ist Rußland in zwei dieser Länder eingedrungen und hat Russische Truppen in fünf dieser Länder stationiert.

Einige Jahre lang war Weißrußland als „letzte Diktatur Europas“ bekannt. Das ist es nicht mehr – nicht weil es keine Diktatur mehr ist, sondern weil andere Diktaturen dazukamen.

Direkt vor unseren Augen verbreitet sich der Krebs der sogenannten „illiberalen Demokratie“ aus Ostmitteleuropa und befällt die gesamteuropäische Politik.

Direkt vor unseren Augen wachsen zwei künstliche Europas wieder heran – eine turbulente Grauzone im Osten und Südosten, in der die Menschen nicht wissen, wo ihre Zukunft liegt; und eine nach innen gerichtete, zerrissene Uneinigkeit im Westen, wo die Menschen vergessen haben, warum sie je zusammengeschlossen haben, um eine „immer engere Union“ zu schaffen.

Natürlich ist Europa in seiner Dysfunktion nicht alleine. Die Wahl von Donald Trump, einem Anti-Establishment Wirtschaftsnationalisten, zum 45. Präsidenten der Vereinig-



Foto: Peter Ramsbacher/ Geist und Gegenwart

v.l.: Edward Rhodes (Professor für Internationale Beziehungen und Staatsorganisation an der George Mason University), Landesrat Christopher Drexler, Marc R. Pacheco (US-State Senator und Präsident Pro Tempore des Massachusetts State Senate), Rainer Nowak (Chefredakteur und Herausgeber der »Presse«), Hannelore Veit (US-Korrespondentin und Bürochefin des ORF in Washington), Alfred Gusenbauer (Bundeskanzler a.D. und Vizepräsident der Sozialdemokratischen Partei Europas) und Erhard Busek (Vizekanzler a.D. und Vorstandsvorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa)

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Peter Ramsbacher/ Geist und Gegenwart



v.l.: Kurt Scholz (Vorsitzender des Zukunftsfonds der Republik Österreich), Landeshauptfrau a.D. Waltraud Klasnic und em. Bischof Egon Kapellari

ten Staaten hat die transatlantische Partnerschaft in ihren Grundfesten erschüttert.

Trumps Sieg war ein Triumph für das jacksonische Amerika – eine wichtige minoritäre politische Strömung, die immer unsere Diskussionen beeinflusst hat, wie sich die Vereinigten Staaten gegenüber dem Rest der Welt verhalten sollen. Von allen großen politischen Traditionen Amerikas ist der Jacksonismus für Europäer wohl der Verblüffendste. Doch es ist das Amerika, das immer schon elitäre Meinungen ablehnte, einer zentralisierten Amtsgewalt in Washington gegenüber skeptisch war, aber ein starkes Militär unterstützte, und skeptisch gegenüber dem war, was sie „do-gooding“ nennen, sei dies nun Wohlfahrt im Inland oder ausländische Hilfe.

Jacksonianismus war eine wichtige Bewegung in den 1940er-Jahren, als die ursprüngliche „America First“-Bewegung das Ziel hatte, die Vereinigten Staaten aus noch einem weiteren europäischen Krieg herauszuhalten. Jacksonischer Einfluß stand hinter dem Beharren von Präsident Franklin D. Roosevelt, daß eine „bedingungslose Kapitulation“ die einzige akzeptable Option für die Achsenmächte sei, um den Zweiten Weltkrieg zu beenden. Der Einfluß war sichtbar nach den Angriffen vom 11. September 2001, als Präsident George W. Bush im Hinblick auf den Kampf gegen den Terrorismus erklärte: „Entweder seid ihr für uns oder gegen uns“. Und wieder wird der Einfluß bei der Priorität von Donald Trump – „America First“ sichtbar.

Eine jacksonische Außenpolitik ist im Grunde genommen unilateral. Sie bevorzugt

harte (Macht) gegenüber weicher Macht. Sie versucht, sich von Lasten zu befreien und diese nicht gemeinsam zu tragen. Jacksonianer haben kein Interesse an Demokratieförderung multilateraler Prozesse. Trump will die Unterstützung der USA für die Vereinten Nationen drastisch reduzieren, die US-Entwicklungshilfe kürzen und von Verpflichtungen der USA im Klimaschutz-Übereinkommen von Paris abrücken. Er möchte „Gegenseitigkeit“ bei Handelsabkommen und „amerikanisch kaufen und amerikanisch einstellen“. Er möchte unsere Diplomatie drastisch kürzen und unser Militär verstärken.

Jacksonianer sehen europäische Verbündete als potentielle Wertschöpfungspartner, wenn es um den Kampf gegen Terrorismus geht, oder um das Eindämmen von Sicherheitsrisiken aus dem Nahen Osten, aber stellen die Haare auf, sobald sie den Eindruck haben, daß sich Europäer als Trittbrettfahrer amerikanische Verteidigungsausgaben zunutze machen, den Feinden Amerikas durch Handel oder andere Mittel helfen, die amerikanische Souveränität oder Handlungsfreiheit einschränken oder europäische Sichtweisen nach Amerika ausweiten.

Der jacksonische Impuls ist der Rückzug aus Europa. Doch trotz allem Sturm und Drang seitens Donald Trump schlage ich vor, daß die Vereinigten Staaten drei Kerninteressen im Hinblick auf Europa beibehalten, die größer als Trump sind und seine Präsidentschaft überdauern werden.

Erstens haben die Vereinigten Staaten ein fortwährendes Interesse an Europa, das den Frieden fördert und amerikanischen Waren,

Investitionen und Ideen offen gegenübersteht. Jacksonianer sind deutlich weniger gewillt als andere, beträchtliche Energie oder Ressourcen zu investieren, um dieses Interesse zu erhöhen, doch sie erkennen, daß Amerikas Demokratie in einer Welt, in der andere Demokratien auch gedeihen, wahrscheinlich sicherer ist.

Zweitens haben die Vereinigten Staaten ein Interesse an Europa, das frei von jenen Konflikten ist, welche übermäßige Ressourcen aus den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt erschöpfen. Die Jacksonianer wären die ersten, die sich darüber freuen würden, wenn Europäer beweisen könnten, europäische Konflikte selbst zu lösen. Leider zeigte sich, daß dies nicht der Fall ist, wie man anhand der russisch-ukrainischen und russisch-georgischen Konflikte, der Balkan-Kriege der 1990er und Amerikas Militärpräsenz, seinen Friedenstruppen und Bemühungen zur Versöhnung und Beruhigung sehen kann, die – auf europäische Einladung – heute fortbestehen.

Drittens herrscht Übereinstimmung, daß die Vereinigten Staaten ein reges Interesse an einem zuversichtlichen, fähigen und nach außen orientierten Europa haben, mit dem sie daran arbeiten können, sich einer Reihe von Herausforderungen zu stellen, die keine Nation alleine bewältigen kann. Während Jacksonianer zögern, amerikanische Energie oder Ressourcen in globales Wunschdenken zu investieren, haben sie nichts dagegen zuzusehen, daß andere Länder Ressourcen für die Vereinten Nationen, Entwicklungshilfe oder humanitäre Hilfe bereitstellen.

Diese Kerninteressen werden weiterhin die US-Politik leiten, auch wenn die Trump-Regierung weiterhin ein turbulenter Partner sein wird. Dies bringt mich zurück zu Europa – und zur Geschichte.

Über viele Jahrhunderte hinweg war die Beschaffenheit Europas durch die Beschaffenheit ihrer Mitte bestimmt – oft als Wegkreuzung, oft als Schlachtfeld.

Während der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts versuchte Europas Mitte den Kontinent zu dominieren, das Ergebnis war Krieg, Wirtschaftskrise und weitreichende Verwüstung.

Während der nächsten 40 Jahre wurde Europa von seiner Peripherie geordnet. Das Ergebnis war ein Kalter Krieg, massive militärische Aufrüstungen und ein geteilter Kontinent, von dem eine Hälfte florierte und die andere Hälfte stagnierte. Vor 28 Jahren riß Europas Mitte diese Mauern nieder und gestaltete erneut den Kontinent.

Österreich, Europa und die Welt

Heute sind wir jedoch am Ende dieses Zyklus angelangt. Ich möchte daher anregen, daß unser Traum von einem vereinten, freien und im Frieden geeinten Europa nur verwirklicht werden kann, wenn Europas Zukunft letztlich durch die Beschaffenheit seiner Mitte bestimmt wird, und nicht durch die Anliegen seiner Peripherien.

Über unzählige Generationen hinweg wurden die Nationen von Europas Mitte ausgelöscht und sind wiederauferstanden, seine Völker drängten über Grenzen hinweg. Eine 99jährige Einwohnerin Galiziens beispielsweise wurde in der Österreichisch-ungarischen Monarchie geboren, wuchs in der Polnischen Republik auf, überlebte den Zweiten Weltkrieg als Sowjetbürgerin unter deutscher Besatzung, wurde in die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik eingegliedert und lebte die letzten 19 Jahre lang als ukrainische Staatsbürgerin – alles ohne jemals ihr Haus zu verlassen. Sie durchlebte farbige Revolutionen: rot und schwarz, rot und weiß, orange und blau. Wenn man durch die Straßen ihrer Heimatstadt L'viv spaziert – oder Lvov, oder Lwow, oder Lemberg – dann kann sie die Vergangenheit überall sehen: in den Marmorstufen der Habsburger, den deutschen Namen, die auf öffentlichen Armaturen eingraviert sind, in der Barockkirche des alten polnischen Königreichs, in den gesprungenen Fensterscheiben der Synagoge oder im Innenhof der armenischen Kirche, und in Gebäuden, die ungarischen Händlern gewidmet, oder mit jiddischen oder kyrillischen Inschriften verziert waren. Die Vergangenheit ist überall.

Die Frage, die uns beschäftigen sollte, ist nun, wie und wo ihre Kinder und Enkelkinder ihre Zukunft sehen sollen und ob sie glauben, daß ihre Nachbarn für sie da sein werden, wenn sie sie brauchen.

Heute ist diese Region wechselnder Grenzen und Völker, eine Region deren Unruhen sich so oft auf den Kontinent ausbreiteten, wieder einmal unsere Grenze der Chancen und Verpflichtungen – der Chance, die Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte zu konsolidieren hin zu einem Kontinent, der wahrhaftig vereint, frei und im Frieden geeint ist, und die Verpflichtung dies durchzuziehen. Und wieder einmal stehen wir vor der Wahl zwischen Rückzug und Engagement.

Ein Teil von Europas Mitte ist in die europäische und euro-atlantische Hauptströmung integriert. Doch ein weiterer Teil ist es nicht. Die Aussichten dieser Länder, in absehbarer Zeit Mitglieder europäischer und euro-atlantischer Institutionen zu werden,



Foto: Peter Ramspacher/ Geist und Gegenwart

v.l.: Wolfgang Petritsch (Präsident der Marshallplan Jubiläumsstiftung, Vorsitzender des Herbert Kelman-Instituts für interaktive Konfliktlösung), Prof. Daniel S. Hamilton, Stefan Winkler (Leiter der Außenpolitischen Redaktion der »Kleinen Zeitung«), Michaela Hoenicke-Moore Associate Professor für Geschichte an der Universität von Iowa, Fulbright Gastprofessorin in Innsbruck) und Stephen A. Hubler (Botschaftsrat für wirtschaftliche und politische Angelegenheiten in der US-Botschaft in Wien)

sind gering. Alles in allem hatten sie weniger Erfolg bei ihren wirtschaftlichen und politischen Reformen, müssen erst anhaltende bilaterale Spannungen oder schwelende Konflikte lösen, und sind durch ethnische und nationalistische Konflikte erschüttert. Moskau steht jeglichen Bemühungen dieser Länder, engere Bindungen mit dem Westen einzugehen, skeptisch gegenüber und sowohl die EU als auch die Vereinigten Staaten sind durch ihre eigenen Herausforderungen abgelenkt.

Die Alternative ist jedoch dutzende Millionen Europäer zwischen einer wohlhabenden, demokratischen EU, einem großteils autoritären Eurasien und einem unruhigen Nahen Osten hängen zu lassen. Wie wir schmerzvoll wissen, sind derartige „Zwischenländer“ oft Cockpits für Gewalt, Konflikte und geopolitischen Wettbewerb.

Die Fähigkeit der Regierungen in der Region, diese Probleme zu bewältigen, und die Bereitwilligkeit Europas und der Vereinigten Staaten, mit diesen und mit Russland zusammenzuarbeiten, könnte nicht nur bestimmen, wohin „Europa“ geht, sondern was „Europa“ bedeutet.

Trotz transatlantischer Turbulenzen wird Amerika weiterhin hinter Europa stehen. Doch Europäer müssen zusammenarbeiten, um den künftigen Weg abzustechen. Und wie so oft in der Vergangenheit werden sich Signale aus Europas Mitte als entscheidend erweisen.

Im vergangenen Vierteljahrhundert sind Millionen Menschen in Europas Mitte nach „Europa zurückgekehrt“. Es ist eine historische Errungenschaft, auf die wir alle stolz sein können. Doch das ist nicht genug. Wenn wir wirklich ein vereintes Europa, ein freies Europa, ein im Frieden vereintes Europa wollen, dann müssen jene, die nach „Europa zurückgekehrt“ sind, die größere Bedeutung Europas erneuern und neue Kraft verleihen. Durch unser Handeln – gemeinsam – können wir, und müssen wir, uns selbst ein höheres Ziel setzen: keine Grauzonen mehr in Europa, kein „Zwischeneuropa“ mehr.

Wenn es uns nicht gelingt, jetzt eine entschiedene Haltung einzunehmen, wenn wir der Versuchung erliegen, uns zurückzuziehen, uns nach innen zu kehren, dann müssen wir – Amerikaner und Europäer gemeinsam – später vielleicht einen viel höheren Preis dafür bezahlen.

Denn es gibt kein „vereintes und freies Europa“ ohne Amerika.

Und es gibt kein „America First“ ohne Europa.

Das ist die Lehre aus dem Marshall-Plan.

Das ist die Lehre aus dem Jahr 1989.

Das ist die Lehre aus unserer Partnerschaft.

Das ist die Lehre aus der Geschichte.

Vielen Dank. ■

<http://www.pfingstdialog-steiermark.at>
<http://www.marshallplan.at>

25 Jahre Nachbar in Not

Weltweite Hilfe durch ORF-Aktion – Bundespräsident Van der Bellen empfängt ORF, Hilfsorganisationen und diplomatische VertreterInnen in der Hofburg



Foto: HBF / Peter Lechner

*Bundespräsident und Schirmherr von Nachbar in Not Alexander Van der Bellen bei seiner Rede in der Wiener Hofburg:
»Seit einem Vierteljahrhundert leistet diese Aktion vorbildliche Arbeit und ist ein Synonym geworden für Hilfe und Solidarität.«*

Zum 25. Jubiläum der ORF-Aktion Nachbar in Not fand am 19. Juni ein international besuchter Empfang beim Bundespräsidenten und Schirmherren der Hilfsaktion, Alexander Van der Bellen, in der Wiener Hofburg statt. Geladen und gekommen waren nicht nur hochrangige VertreterInnen des ORF und der Nachbar in Not-Hilfsorganisationen – Caritas, Care, Diakonie, Hilfswerk, Malteser, Rotes Kreuz, Samariterbund und Volkshilfe –, sondern auch zahlreiche BotschafterInnen jener Länder, denen Nachbar in Not in den vergangenen 25 Jahren in Krisen- und Katastrophenfällen geholfen hat.

Insgesamt 223,1 Millionen Euro sind seit der Gründung der Hilfsaktion, die 1992 als Hilfe für die Flüchtlinge und Vertriebenen des Jugoslawienkrieges ins Leben gerufen wurde, von den ÖsterreicherInnen gespendet worden. Zehn Jahre half Nachbar in Not den notleidenden, zivilen Opfern des Bürgerkriegs beim Überleben und schließlich auch beim Wiederaufbau. Die Aktion wurde zum Synonym für rot-weiß-rote Hilfe und ist es bis heute geblieben. Nachbar in Not wurde 2003 in eine Stiftung umgewandelt und hat sich in einem Vierteljahrhundert von der Jugoslawienhilfe zur Österreich-Dachmarke von ORF und NGOs für internationale Hilfseinsätze entwickelt.

Bundespräsident Van der Bellen: Synonym für Hilfe und Solidarität

Der Bundespräsident erinnerte an die Anfänge von Nachbar in Not: „Eineinhalb Millionen Menschen waren im auseinanderfallenden Jugoslawien auf der Flucht, die größte Flüchtlingswelle innerhalb Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. In dieser Situation

wurde eine Idee geboren, von einem umtriebigen Medienmanager des ORF: Kurt Bergmann.“ Und er unterstrich ausdrücklich „diese Beharrlichkeit, diese Empathie und diese Nachhaltigkeit“, mit der sich Nachbar in Not nicht allein mehr als zehn Jahre im ehemaligen Jugoslawienkrieg bewährt hat, „sondern diese Aktion reicht langsam bis



Foto: ORF / Thomas Jantzen

v.l.: ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz, Leiterin des ORF-Humanitarian Broadcasting Sissy Mayerhoffer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Nachbar in Not-Vorstandsvorsitzender Michael Opriesnig

Österreich, Europa und die Welt

über den ganzen Erdball.“ Van der Bellen: „Seit einem Vierteljahrhundert leistet diese Aktion vorbildliche Arbeit und ist ein Synonym geworden für Hilfe und Solidarität.“ Der Bundespräsident dankte abschließend allen Unterstützern von Nachbar in Not, „allen voran dem ORF, der sich hier maßgeblich engagiert, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hilfsorganisationen und allen Spenderinnen und Spendern für ihr Mitgefühl und ihre Empathie. Danke für Ihre Kreativität, Organisation und Umsetzungsfähigkeit, die dahinter steht.“

ORF-GD Wrabetz: Dem Nachbarn zu helfen, heißt global zu helfen

Auch ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz würdigte die Verdienste der Anfangsjahre der Hilfsaktion unter Kurt Bergmann für die Opfer des Bürgerkriegs am Balkan. „Eine Nachbarschaftshilfe, die viel mehr geleistet hat, als Lebensmittel zu liefern und Häuser wieder aufzubauen. Sie hat unseren Nachbarn vor allen Dingen gezeigt, daß sie nicht alleingelassen sind, sondern Menschen da sind, denen ihr Schicksal nahe geht.“ Wrabetz unterstrich aber auch die Bedeutung der Stiftungsgründung von Nachbar in Not durch Caritas, Rotes Kreuz und den ORF als Medienpartner. „2003 wurde Nachbar in Not in eine Stiftung umgewandelt, die den Aktionsradius enorm vergrößerte – das zeigt auch, daß wir den Nachbarschaftsbegriff im Sinne des globalen Dorfes verstanden und erweitert haben.“ Wrabetz lobte das Engagement im eigenen Unternehmen und unterstrich: „Der ORF ist stolz, daß wir als Rundfunk der Gesellschaft unseren Beitrag dazu leisten können, Bewußtsein dafür zu schaffen, daß dem Nachbarn zu helfen heißt, global zu helfen.“ Und weiter: „Dafür braucht man journalistische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, braucht es verschiedene Blickwinkel auf humanitäre Krisen und Katastrophen, auf ihre Auswirkungen und ihre Ursachen.“ Der Dank für den Erfolg von Nachbar in Not gelte „den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ORF, den Hilfsorganisationen und natürlich den Spenderinnen und Spendern.“

Opriesnig: Konsequente Umsetzung des humanitären Imperativs

„Seit nunmehr 25 Jahren verkörpert Nachbar in Not die konsequente Umsetzung des humanitären Imperativs, der da lautet: ‚Wir müssen helfen, wenn wir helfen können!‘ Nachbar in Not hat sich in den letzten Jahren unabhängig von geografischen Distanzen



2005, Flut in Pakistan: Günter Stummer (r.) Rotkreuz-Mitarbeiter des ÖRK, und ein Mitarbeiter des Pakistanischen Roten Halbmondes vor Paketen mit Hilfsgütern.



2010, Hilfslieferungen für die Bebenopfer in Haiti – Verladung am Flughafen Wien



2014, Baumaterialien zur Reparatur von beschädigten Häusern in Serbien

Österreich, Europa und die Welt

Foto: NIN / ÖRK



2013: Michael Opriesnig, Vorstandsvorsitzender Nachbar, in Not reiste nach Jordanien, um die Hilfsprojekte zu besichtigen.

gemacht. Die Aktion steht für notleidende Menschen, deren Schicksal uns nahe geht. Nachbar in Not ist zu einer humanitären Visitenkarte Österreichs geworden“, meinte Nachbar in Not-Vorstandsvorsitzender Michael Opriesnig, stv. Generalsekretär des Österreichischen Roten Kreuzes. „Man könnte auch sagen, sie ist eine Glocke des sozialen Gewissens – und jedes Mal, wenn sie erklingt, wissen die Österreicherinnen und Österreicher, daß jemand dringend ihre Hilfe braucht. Weil es nicht egal ist, wenn Menschen in anderen Ländern keine Perspektive haben“, so Opriesnig.

Multikulturelle Vielfalt in der Hofburg

ORF-GD Wrabetz, zahlreiche Mitglieder der ORF-Geschäftsführung sowie viele JournalistInnen des Hauses, die der Aktion seit ihrer Gründung Gesicht und Stimme verleihen, die Repräsentanten der insgesamt acht Hilfsorganisationen, die unter dem Dach von Nachbar in Not zusammenarbeiten, Sissy Mayerhoffer, Leiterin des ORF-Humanitarian Broadcasting, und zahlreiche Eminenzen – darunter BotschafterInnen und diplomatische VertreterInnen aus Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, dem Kosovo, Serbien, dem Irak, Indonesien, Rumänien, Bulgarien, Jordanien, Nigeria und dem Libanon – waren der Einladung in die Hofburg gefolgt. Der ORF erinnerte in Zuspelungen an die diversen internationalen Hilfseinsätze von Nachbar in Not. ORF-ZiB-Redakteurin und Afrikaexpertin Margit Maximilian, gerade erst zurückgekehrt aus Uganda, von wo sie über Nachbar in Not-Hilfsprojekte berichtete, las aus ihrem Buch „Woza Sisi: Die

mutigen Frauen Afrikas“. Nachbar in Not-Vorstand und Auslandshilfeschef der Caritas, Christoph Schweifer, der sich derzeit in Kenia aufhält, schickte eine Videobotschaft zum 25. Geburtstag. Für den musikalischen Rahmen sorgte das afrikanische Ensemble „MoZuluArt“ mit den Musikern Vusa Mkhaya Ndlovu, Ramadu und Blessings Nqo Nkomo, die mit den Stücken „Qula“, „Hard Times“ und „Zumba“ unter der Leitung und in Begleitung von Prof. Roland Guggenbichler ihre mitreißenden Mozart-Interpretationen vokal und instrumental zum Besten gaben.

Die Ursprünge

Am 26. Mai 1992 wurde in einer gemeinsamen Pressekonferenz von ORF, Caritas und Rotem Kreuz der Start einer Hilfsaktion mit Namen Nachbar in Not für die Flüchtlinge und Vertriebenen im auseinanderfallenden Jugoslawien bekanntgegeben. Alle glaubten an eine Blitzkampagne, doch das Gegenteil war der Fall, insgesamt zehn Jahre lang, von 1992 bis 2002, half Nachbar in Not – mit immer wieder neuen Schwerpunkten – den Menschen in dem vom Bürgerkrieg zerrissenen Land beim Überleben und schließlich auch beim Wiederaufbau.

Die Bilanz der Nachbar in Not-Jugoslawienhilfe in Zahlen: 125 Millionen Euro an Spenden. 5.700 LKW-Transporte, beladen mit 114.000 Tonnen Hilfsgütern, allein im Kosovo Überlebenshilfe für 300.000 Menschen, Unterbringung von 50.000 Menschen in winterfesten Quartieren, Wiederaufbau von 4.800 zerstörten Häusern.

2003, elf Jahre nach dem Jugoslawienkrieg, wurde Nachbar in Not in eine Stiftung

umgewandelt, die über einen weltweiten Aktionsradius verfügt. Auf Basis der bewährten Zusammenarbeit zwischen dem Medienunternehmen ORF und österreichischen Hilfsorganisationen sind – neben den Stiftern Caritas und Rotes Kreuz – sechs weitere österreichische Hilfsorganisationen Kooperationspartner der Stiftung Nachbar in Not: Care, Diakonie, Hilfswerk Austria, Malteser Hospitaldienst, Samariterbund und Volkshilfe. Seither ist Nachbar in Not weltweit 13 Mal (mit Jugoslawien 14 Mal) aktiv geworden und hat in den 25 Jahren ihres Bestehens 223,5 Millionen Euro Spenden in Österreich für die weltweite Hilfe im Ausland lukriert.

Hier noch zwei Beispiele für die bewundernswürdige Spendebegeisterung der ÖsterreicherInnen:

Tsunami-Katastrophe

Am 28. Dezember 2004 startet die ORF-Hilfsaktion „Nachbar in Not – Die Flutkatastrophe“. Die Hilfsbereitschaft angesichts der Tsunami-Katastrophe ist überwältigend: Innerhalb weniger Monate werden 32,6 Millionen Euro gespendet. Es ist dies die größte Summe, die jemals in so kurzer Zeit in Österreich für eine Katastrophe im Ausland lukriert wurde.

Bürgerkrieg in Syrien

Mai 2013: In Syrien herrscht blutiger Bürgerkrieg, der täglich neue Opfer fordert. Laut UNHCR werden in den Nachbarländern täglich 7.000 neue Flüchtlinge registriert. Millionen Menschen brauchen dringend Hilfe, die meisten davon sind Frauen und Kinder. 70.000 Menschenleben hat der Konflikt bisher gefordert, täglich werden in Syrien auch Buben und Mädchen getötet oder verwundet, viele fliehen in die Nachbarländer, oft ohne ihre Eltern. Die verschiedenen Nachbar in Not-Hilfsorganisationen sind seit Beginn der Krise im Frühjahr 2011 im Einsatz, um die betroffenen Menschen zu unterstützen. Um die bestehenden Hilfsaktivitäten aufrechtzuerhalten und um dringend notwendige, zusätzlich Hilfe leisten zu können, fehlen aber die Mittel.

Deshalb geben der ORF und die unter dem Dach von Nachbar in Not arbeitenden Hilfsorganisationen am 6. Mai 2013 den Start der Hilfsaktion „Nachbar in Not – Flüchtlingshilfe Syrien“ bekannt und bitten um Spenden. Mit zweimaligen Winterhilfen und Schwerpunktaktionen beläuft sich der Spendenstand der Nachbar in Not-Syrienhilfe bisher auf 13 Millionen Euro. ■

<http://nachbarinnot.orf.at>

Internationale Gedenkfeier am Loiblpaß

Landeshauptmann Kaiser: Engagement für die Demokratie ist der einzig wirkliche Dank an jene, die damals bereit waren, ihr Leben gegen die Barbarei einzusetzen.



Foto: LPD / Peter Just

Auf dem Weg zur Kranzniederlegung auf der Kärntner Seite des Loibltunnels am ehemaligen Appellplatz des KZ Loibl.

Das Bemühen, das lange Zeit „vergessene“ Außenlager von Mauthausen im kulturellen Gedächtnis Österreichs und Kärntens zu verankern, standen im Mittelpunkt der Gedenkveranstaltungen beim ehemaligen KZ Loibl. Vor 70 Jahren wurden die Häftlinge aus dem Konzentrationslager Mauthausen und seinen 49 Außenlagern, darunter das KZ Loibl Nord, befreit. Am 10. Juni fand wieder die Internationale Gedenkveranstaltung in Erinnerung an die Opfer des KZ Loibl Nord auf der Kärntner Seite des Loibltunnels am ehemaligen Appellplatz statt. Das Programm umfaßte Gedenkreden, Stimmen von Zeitzeugen, Kranzniederlegungen und den Besuch der Gedenkstätte KZ Loibl Süd.

Landeshauptmann Peter Kaiser

„Das Motto der Veranstaltung ‚Internationalität verbindet‘ ist ein Bekenntnis und wird durch die Teilnahme vieler internatio-

ner Delegationen an der heutigen Gedenkveranstaltung verstärkt“, sagte der Landeshauptmann. Bereits dadurch werde der internationale und grenzüberschreitende Zusammenhalt signalisiert und das kollektive Gedächtnis gestärkt. „Nur in der Internationalität können wir all jenen Opfern des 2. Weltkrieges – all jenen, die Widerstand geleistet haben –, gedenken, denn viele dieser sind fern ihrer Heimat zu Tode gekommen“, betonte Kaiser.

Stätten wie diese sollten in den heutigen Tagen auch ermahnen, die friedensbewahrende Gemeinschaft der europäischen Union wachsam zu beobachten und den Anfängen ihrer Zerstörung zu wehren. „Eine Aufgabe, die in einer von Drohgebärden und Kriegsrhetorik geprägten Welt nicht immer leicht fällt, die aber wichtiger denn je ist“, so der Landeshauptmann. Diese Warnsignale würden Mut zum aufrechten Gang und Mut, das

in sich kämpfende zuzulassen und sich zu entscheiden, fordern. „Engagement für die Demokratie ist der einzig wirkliche Dank an jene, die damals bereit waren, ihr Leben gegen die Barbarei einzusetzen“, sagte Kaiser. Demokratie, Miteinander und internationale Solidarität drohten manchmal zu Begriffen, die so nicht mehr vorhanden seien, zu verkommen. „Wehren wir den Anfängen – Demokratie und Humanität müssen es uns wert sein“, betonte der Landeshauptmann.

Peter Gstettner für das Mauthausen Komitee Kärnten

„Das Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška fühlt sich als Veranstalter den KZ-Opfern vom Loiblpaß verpflichtet, ihre Geschichte des Leidens und Sterbens, aber auch ihre Geschichte des mutigen Widerstandes und Überlebens in ehrender Erinnerung zu bewahren“, sagte Peter Gstettner für das

Österreich, Europa und die Welt

Foto: LPD / Peter Just



v.l.: Polnischer Konsul Ferdinand Sammer, Polnischer Botschafter Artur Lorkowski, Peter Gstettner und Landeshauptmann Peter Kaiser

Mauthausen Komitee Kärnten. Man habe die Hoffnung, daß am Loibl etwas entstehe, das zu Recht den Namen Europäische Gedenkstätte tragen werde.

Botschafter Valentin Inzko

Botschafter Valentin Inzko, seit 2009 Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, betonte, daß durch die gewaltige Energie von Gstettner und seinen MitarbeiterInnen rund um diese Gedenkstätte am Loibl eine Gedenkkultur entstanden sei. „Diese Veranstaltung ist nicht in die Vergangenheit gerichtet, ihre Botschaften sind universell und sollen auch so verbreitet werden.“

Daniel Simon, Amicale de Mauthausen Paris

Daniel Simon von der Amicale de Mauthausen Paris verwies auf das Motto der Veranstaltung „Internationalität verbindet“: „Es handelt sich um die Beziehung erinnernder, ideologischer, kultureller, philosophischer Art mit dem tragischen Kapitel Naziherrschaft in Europa, die wir zu bewahren anstreben, um unsere Gegenwart zu erhellen und uns zu helfen, an die Zukunft zu denken.“

Als Zeitzeugin sprach Hermine Liska, Überlebende eines NS-„Umerziehungsheimes“ und als Jugendliche im Widerstand der Zeugen Jehovas. „Als Achtjährige bekam ich damals das ganze Ausmaß an Ausgrenzung zu spüren, heute erzähle ich meine Lebensgeschichte in Schulen und versuche so dazu beizutragen, daß Jugendliche ein Selbstbewußtsein entwickeln und Nein sagen zum negativen Gruppenzwang.“

Stimme der Jugend Katja Weiss

Als Stimme der Jugend verlas Katja Weiss, Kärntner Slowenin und Tochter einer von den Nazis in ein Arbeitslager verschleppten Familie, einen Text von ihrer Schwester Lenka. Erzählt wurde die Familiengeschichte an Hand eines kleinen Koffers, der ihre Großmutter bei der Deportation 1942 ins Arbeitslager Hesselberg begleitet hatte.

Schriftsteller Alois Hotschnig

In seiner Gedenkrede betonte der Schriftsteller Alois Hotschnig, daß es darum gehe, Position zu beziehen: „Der Blick ist nicht in die Vergangenheit sondern mitten ins Leben gerichtet. Es geht um das Wissen wollen.“

Es gelte dort, wo wieder Wachtürme errichtet werden, diese im Auge zu behalten. „Das Hinsehen und das Wegsehen – beides sind wir, die Entscheidung darüber ist eine Entscheidung über uns selbst.“

Hochranigig Beteiligung

Internationale und österreichische Delegationen, viele VertreterInnen von NS-Opferverbänden, nahmen am Gedenken teil, vom Innenministerium waren gekommen Jochen Wollner und Stefan Matyus, seitens des Landes, neben Landeshauptmann Kaiser auch Umweltreferent Landesrat Rolf Holub. Weitere Gäste waren Bundesrätin Ana Blatnik, Militärkommandant Walter Gitschtaler, Sicherheitsdirektor Helmut Mayer, der slowenische Generalkonsul Milan Predan, Helmut Edelmayr vom Mauthausen Komitee Österreich, Klagenfurts Vizebürgermeister Jürgen Pfeiler und Villachs Alt-Bürgermeister Helmut Manzenreiter. Außerdem der polnische Botschafter Artur Lorkowski, Honorarkonsul Ferdinand Sammer, Christophe De Winter, Attaché aus der Kulturabteilung der französischen Botschaft. Von der italienischen Botschaft waren Gesandter-Botschaftsrat Marco Di Ruzza sowie Militärattaché Oberst Onofrio Picarelli anwesend. Von der Botschaft der Tschechischen Republik Botschaftssekretärin Jana Půlpán Kheková.

Für die musikalische Umrahmung sorgte der Jugendchor Danica/Mladinski zbor Danica, St. Primus/Šentprimož unter der Leitung von Barbara Mistelbauer-Stern. Am Saxophon war Edgar Unterkirchner. ■

<http://loibl-memorial.uni-klu.ac.at>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Loiblpass>

Foto: LPD / Peter Just



v.l.: Landesrat Rolf Holub, die Mitglieder des Mauthausenkomitees Theodor und Helga Maier und Landeshauptmann Peter Kaiser

Zur Erinnerung an 5000 jüdische Flüchtlinge

Bundespräsident Alexander van der Bellen, LH-Stvin Astrid Rössler und LR Martina Berthold bei Festakt »70 Jahre jüdischer Exodus Krimmler Tauern« sowie zehn Jahre Friedensprojekt Alpine Peace Crossing

In Krimml, im Nationalpark Hohe Tauern, ereignete sich vor 70 Jahren ein Stück Weltgeschichte: In den Sommermonaten 1947 sind tausende jüdische Männer, Frauen und auch Kinder von jeweils zirka 200 Personen über den 2633 Meter hohen Krimmler Tauernpaß nach Südtirol geflüchtet und von dort weiter nach Genua mit Ziel Palästina. Österreich und besonders Salzburg waren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur Drehscheibe des Exodus für 200.000 Juden aus Zentral- und Osteuropa geworden. Die Grenze nach Italien war ihnen versperrt. Der bis zu zehnstündige Fußmarsch über die Hohen Tauern war die anstrengendste und spektakulärste Fluchtroute für 5000 Menschen.

An diesen Weg in die Freiheit erinnert seit zehn Jahren die Initiative „Alpine Peace Crossing“ (APC), mit einem Marsch der Erinnerung auf den Spuren dieser Flüchtlinge. Die Wanderung führt vom Krimmler Tauernhaus über die Paßhöhe des Krimmler Tauern nach Kasern in Südtirol.

„Der Krimmler Tauernpaß ist zu einem Symbol geworden, was Menschen auf der Flucht alles auf sich nehmen, um ein sicheres Land zu erreichen. Damals wie heute sollen wir uns die Frage stellen, was wir beitragen können, um Menschen Sicherheit und Frieden gewährleisten zu können“, so Nationalparkreferentin und Salzburgs Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler am 23. Juni anlässlich der Eröffnung des Friedensprojekts in Krimml.



Foto: LMZ / Franz Neumayr

v.l.: LH-Stvin Astrid Rössler, Doris Schmidauer (Gattin des Bundespräsidenten), Bundespräsident Alexander van der Bellen, Ernst Löschner (Gründer und Vorsitzender von Alpine Peace Crossing - APC) und Erich Czerny (Bürgermeister von Krimml).

Nach der Eröffnungsansprache von Bundespräsident Alexander Van der Bellen wurden die Themenschwerpunkte „Flüchtlinge sind Menschen“ sowie „Der Pinzgau unter dem Hakenkreuz“ behandelt. Die Podiumsdiskussion zum Thema „70 Jahre jüdischer Exodus Krimml – Fluchtbewegung durch Europa“ bildete den Abschluß des Festaktes. Tags darauf machte man sich auf zur Friedenswanderung über den Krimmler Tauern.

„Ich danke dem Verein Alpine Peace Crossing, der auf das Schicksal der jüdischen Flüchtlinge aufmerksam macht. Der Krimmler Friedensdialog und die Gedenküberquerung erinnern an die gefährliche Flucht der Menschen vor 70 Jahren über den Krimmler Tauernpaß. Alpine Peace Crossing

weist aber auch auf das Leid jener Menschen hin, die gegenwärtig auf Flucht und Asylsuche sind. Heute sind weltweit mehr Kinder, Frauen und Männer von Flucht und Vertreibung betroffen, als je zuvor. Ende 2016 waren es 65,6 Millionen Menschen. Das sind um 300.000 mehr Menschen als im Jahr zuvor und mehr Menschen als heute in Großbritannien leben. Wo menschliche Tragödien und Leid passieren, dort darf das zivilisierte Europa nicht wegschauen“, so Integrationslandesrätin Martina Berthold, die – mit dem Bundespräsidenten und seiner Gattin Doris Schmidauer – beim Alpine Peace Crossing mitwanderte. ■

<http://www.hohetauern.at>

<http://www.alpinepeacecrossing.org>



Foto: HBF / Carina Karlovits

Weinviertler Windparkprojekt in Mittelschweden

Niederösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter Stephan Pernkopf: Erneuerbare Energie schafft Green Jobs und drängt Atomkraft zurück

Im Rahmen einer Delegationsreise unter der Leitung von LH-Stv. Stephan Pernkopf nach Mittelschweden wurde bekanntgegeben, daß die Ökoenergie Wolkersdorf ein großes Windpark-Projekt in der Provinz Västernorrlands realisieren wird. Nach Abschluß behördlicher Verfahren und der Umweltverträglichkeitsprüfung wurde kürzlich die Genehmigung für den Windpark erteilt. In Summe dürfen nun 62 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von bis zu 240 MW zur nachhaltigen Stromerzeugung errichtet werden. Als Investitionssumme können mehr als 350 Millionen Euro gerechnet werden. Das umfangreiche, mit den BürgerInnen und den Kommunen geplante Projekt der Ökoenergie Projektentwicklung GmbH und der Timrå Vind AB zeichnet sich durch einen sehr guten Standort mit hervorragenden Windverhältnissen aus. Der geplante Baubeginn für den neuen Windpark ist 2018/2019.

LH-Stv. Pernkopf: „Anhand dieses Projektes wird erkennbar, wie niederösterreichisches Know-how auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energie nicht nur das Klima schützt, sondern auch der heimischen Wirtschaft nützt und Arbeitsplätze im Weinviertel schafft. Dabei waren die hervorragende Zusammenarbeit mit der Region Västernorrlands und der Gemeinde Timrå ausschlaggebend für die Investition.“

Beim gemeinsamen Arbeitsgespräch mit Landshövding (Landeshauptmann) Gunnar Holmgren und dem Österreichischen Botschafter Arthur Winkler-Hermaden wurden diese guten Beziehungen weiter vertieft und ein diesbezügliches Abkommen unterzeichnet. „Unsere Regionen verbindet eine Partnerschaft zum Ausbau der Erneuerbaren Energie, zur Erhöhung der Energie-Effizienz und zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen, speziell im Energiesektor. Denn es liegt an den Regionen, ihren Gemeinden und Bürgern, den Klimawandel zu bekämpfen und die Atomkraft zurückzudrängen“, so Pernkopf. Dabei verweist er auch auf schon bestehende Partnerschaften mit dem Bundesstaat Kalifornien und mit den deutschen Bundesländern Baden-Württemberg und Sachsen.



LH-Stv. Stephan Pernkopf (l.) mit Landshövding (LH) Gunnar Holmgren



Robert Kalcik (GF Timra Vind) LH-Stv. Stephan Pernkopf, Ewa Lindstrand (Bgm von Timra, der Standortgemeinde), Richard Kalcik (GF Ökoenergie-Wolkersdorf) und Botschafter Arthur Winkler-Hermaden am Standort des künftigen Windparks in der Provinz Västernorrlands

Die schwedische Region Västernorrlands kann aktuell rund 60 Prozent des Strombedarfs aus Erneuerbarer Energie decken, die restlichen Anteile speisen sich aus Atomstrom. Der neue Windpark wird sauberen Strom für 200.000 Haushalte produzieren.

Niederösterreich produziert derzeit 104 Prozent des Strombedarfs aus Erneuerbarer Energie und hilft damit auch anderen Regionen, die Atomkraft zurückzudrängen. ■

<http://www.oekoenergie.com>

<http://www.timravind.se>

Österreich koordinierte Warschauer LGBTIQ-Parade

45 BotschafterInnen und VertreterInnen internationaler Institutionen hatten unterzeichnet



Foto: Österreichische Botschaft Warschau

Botschafter Dr. Thomas Buchsbaum bei der Übergabe des Unterstützungsschreibens in Warschau

Zur heurigen, schon 16. Warschauer „Equality Parade“ am 3. Juni koordinierte die Österreichische Botschaft in Warschau das öffentliche Unterstützungsschreiben von 45 ausländischen BotschafterInnen aus allen Erdteilen und VertreterInnen internationaler Institutionen. Unterstützt wurden darin die „Bemühungen, um ein öffentliches Bewußtsein für Themen zu schaffen, welche die lesbische, gay, bisexuelle, Transgender- und Intersex-/LGBTI-Gemeinschaft und andere Gemeinschaften in Polen betrifft, welche vor ähnlichen Herausforderungen stehen.“

Das geographische Spektrum der BotschafterInnen reichte von Brasilien bis Japan, von Kanada bis Neuseeland, von Finnland bis Südafrika, von Irland über Albanien bis zur Ukraine und Israel, und umfaßte auch mehr als zwei Drittel der EU-Mitgliedsstaaten. Noch nie hat ein derartiges Schreiben in Polen so viele internationalen UnterzeichnerInnen aufgewiesen.

In dem offenen Schreiben – das auch ähnliche Veranstaltungen in Gdansk, Łódz, Kraków, Poznan und Wroclaw miteinbezog – sprachen sich die UnterzeichnerInnen für eine „gemeinsame Arbeit für ein Klima von Nicht-Diskriminierung, Toleranz und gegenseitiges Akzeptanz“ aus, um „alle BürgerInnen vor Gewalt und Diskriminierung zu schützen“ und ihnen „gleiche Möglichkeiten zu sichern. LGBTI-Rechte sind universale Menschenrechte, welche jede Person unterstützen sollte.“

Die 45 in Polen akkreditierten BotschafterInnen und VertreterInnen internationaler Institutionen „loben die harte Arbeit von LGBTI- und anderen Gemeinschaften in Polen und in der Welt, die versuchen, Menschenrechte für LGBTI- und andere Personen, welche vor ähnlichen Herausforderungen stehen, zu sichern, und Diskriminierung insbesondere auf Basis der sexuellen Orientierung oder Gender-Identität zu beenden.“

Dazu sei insbesondere der Schutz dieser Gemeinschaften vor verbalen und physischer Attacken sowie hate speech nötig. Besondere Aufmerksamkeit sei Sektoren wie Unterricht, Gesundheit, Soziales, Staatsangehörigkeit, öffentlicher Dienst und staatliche Dokumente zu widmen.

Das bemerkenswerte Schreiben wurde vom Österreichischen Botschafter in Polen, Thomas M. Buchsbaum, namens aller UnterzeichnerInnen im Amt der polnischen Premierministerin und im polnischen Parlament überreicht und wurde von ihm zu Beginn der „Warsaw Equality Parade“ vorgetragen. Zur Eröffnung der Parade sprachen aus Österreich auch die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Ulrike Lunacek, und – namens der „European Lesbian Conference“ – die Bundesrätin Ewa Dziejic (Grüne).

Die EU-Abgeordnete und Vizepräsidentin der LGBTI Intergroup, Sophie in 't Veld, erklärte im Vorfeld der Parade: „Am Sam-

Österreich, Europa und die Welt

stagen unterstützen wir diejenigen, die in Polen eine moderne, offene und integrative Gesellschaft behalten wollen, in der alle Bürger gleich sind, wo alle frei und sicher sein können.“ Die Polinnen und Polen hätten ihre Widerstandsfähigkeit gezeigt und war sicher, wieder Zehntausende kommen würden, „um ihre Rechte zu verteidigen und Homo- und Transphobie zu bekämpfen“.

Ulrike Lunacek und die EU-Abgeordnete Terry Reintke, Co-Präsidentin und Mitglied der LGBTI Intergroup, ergänzten: „Es ist das Grundrecht jedes Bürgers, sich frei zu versammeln. Die Werte des Respekts und der Vielfalt, die an diesem Samstag gefeiert werden, stehen im Mittelpunkt der EU und der wiederkehrenden Proteste. Die Gewährleistung dieser Rechte ist für die Gesellschaft als Ganzes von entscheidender Bedeutung, da sie die Demokratie fördern. Wir freuen uns auf den Marsch.“

Die polnische EU-Abgeordnete Róża Thun fügte hinzu: „In diesen schwierigen Zeiten für die polnische Demokratie, in der die Regierung die Unabhängigkeit von Gerichten und anderen demokratischen Institutionen erodiert hat, ist diese Gleichheitsparade notwendiger denn je! Gemeinsam werden wir für die Demokratie marschieren, in der alle Menschen ihr Leben frei von Angst leben können. Gleichbehandlung von Personen muß unabhängig von Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, Geschlecht oder sexueller Orientierung gesichert werden.“

Offiz. Hashtags sind #ParadaRownosci2017 und #PR2017 sowie #MakeWarsawProud.
<https://www.bmeia.gv.at/ueb-warschau/>
https://de.wikipedia.org/wiki/Parada_Równości



Ulrike Lunacek, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, bei der Begrüßung



Fotos: Österreichische Botschaft Warschau

PaN-Preis 2017

Beinahe 100 Festgäste bildeten am 19. Juni den festlichen Rahmen bei der Verleihung des PaN-Preises 2017 des BMEIA im Alois Mock-Saal an die Österreichisch-Kroatische Gesellschaft.



Foto: BMEIA / Mahmoud Ashraf

Die TeilnehmerInnen nach der feierlichen Vereihung des »PaN-Preises 2017« im Alois Mock-Saal im BMEIA

Nach einem musikalischen Auftakt mit traditionellen kroatischen Volksliedern, den die Kulturgesellschaft bereitstellte, begrüßte Botschafter Stephan Vavrik als „Hausherr“ des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äusseres“ (BMEIA) die Festgäste und führte anschließend durch den abwechslungsreichen Abend.

PaN-Präsident Prof. Hermann Mückler dankte auch namens des pan-Vorstandes dem BMEIA für die jahrelange ausgezeichnete Partnerschaft, die sich in der aktuellen Preisverleihung aufs Neue manifestierte. Die derzeit 124 bilateralen Freundschaftsgesellschaften im Rahmen von PaN – „Partner aller Nationen“ – leisten seit Jahrzehnten einen wertvollen Beitrag zum friedlichen Miteinander auf den verschiedensten Ebenen und Bereichen unserer Heimat. „Die österreichisch-Kroatische Gesellschaft zählt zwar zu den jüngeren Gesellschaften, hat aber in

wenigen Jahren mit zahlreichen Aktivitäten auf den unterschiedlichsten Gebieten auf sich aufmerksam gemacht, sodaß die Auszeichnung nur eine logische Folge ist“, so der PaN-Präsident, der der Österreichisch-Kroatischen Gesellschaft zur Preisverleihung gratulierte und weiterhin viel Erfolg und Freude bei deren völkerverbindendem Wirken wünschte.

Botschafterin Teresa Indjein, Leiterin der Kulturpolitischen Sektion des BMEIA, ging in ihrer Laudatio auf die langjährigen Beziehungen zwischen Österreich und Kroatien und die wertvollen Aufgaben der Österreichisch-Kroatischen Gesellschaft und der Kroatischen Botschaft in Wien ein, im speziellen auf das „Kulturjahr 2017 Österreich-Kroatien“ und die zahlreichen gemeinsamen Aktivitäten sowohl in Kroatien als auch in Österreich und dankte namens des BMEIA dafür.

Die über 62.000 Menschen mit kroatischem Hintergrund, die heute in Österreich leben, bilden die fünftgrößte Gruppe von ausländischen StaatsbürgerInnen in Österreich. Gemeinsam mit den Burgenland-KroatInnen sind sie heute die wohl wichtigste und tragfähigste Brücke zwischen den beiden Ländern.

„Die Leistungen der Österreichisch-Kroatischen Gesellschaft am Gebiet der Völkerverständigung fanden daher gerade im heurigen Kulturjahr ihre rechtfertigende Würdigung durch den PaN-Preis des BMEIA“, stellte dessen Vertreterin vor der feierlichen Überreichung des PaN-Preises fest.

Der Präsident der Gesellschaft, Abg.z.NR Nikolaus Berlakovich, bedankt sich nach der Überreichung des PaN-Preises 2017 bei den Veranstaltern und InitiatorInnen und würdigte die Verdienste seiner Vorgänger in der Präsidentschaft, die den Grundstein für die heu-

Österreich, Europa und die Welt

tige Auszeichnung gelegt haben. Er ist erst seit rund einem Jahr Präsident und hat in dieser kurzen Zeit eine Fülle von Aktivitäten dieser aktiven PaN-Gesellschaft mitgestalten können, die ihm als zweisprachigem Burgenländer bereits vor seiner Präsidentschaft besonders beeindruckt haben. „Die Preisverleihung ist gleichzeitig Ansporn für weitere völkerverbindende Aktivitäten der Österreichisch-Kroatischen Gesellschaft“, meinte Präsident Berlakovich abschließend.

Der Vorstandsvorsitzende des Beirates der Österreichisch-Kroatischen Gesellschaft und Vizekanzler a.D. Erhard Busek kam auf den Alois Mock Saal zu sprechen, in welchem die Festveranstaltung stattfand, indem er auch die Verdienste des kürzlich verstorbenen großen österreichischen Politikers vor allem nach dem Zerfall Jugoslawiens für die Selbständigkeit Kroatiens und auch Sloweniens verwies. Busek spannte einen geschichtlichen Bogen aus der Zeit der Auflösung Jugoslawiens bis in die Gegenwart und hob die Bedeutung dieser „People to People“-Gesellschaften hin, wie sie im Rahmen von PaN seit dem Ende des zweiten Weltkrieges zu finden und zu bewundern sind. „Die völkerverbindende Tätigkeit der ehrenhalber wirkenden Persönlichkeiten in den einzelnen Gesellschaften tragen nicht unwesentlich zur Festigung des sozialen Friedens und zum freundschaftlichen miteinander aller ÖsterreicherInnen bei“, schloß Busek seine Grußbotschaft an die Festversammlung.

<http://www.bmeia.gv.at>

<http://www.dachverband-pan.org>

<http://www.oekg.at>



Botschafter Stephan Vavrik, Leiter der Abteilung Angelegenheiten der multilateralen Kulturpolitik und Sportangelegenheiten im BMEIA bei seiner Begrüßung



v.l.: Botschafterin Teresa Indjein, Präsident Abg. z.NR. Nikolaus Berlakovich, Vesna Cvjetković, Botschafterin der Republik Kroatien in Österreich, und PaN-Präsident Prof. Hermann Mückler. Im Bild unten ein Blick auf die Festversammlung.



Fotos: BMEIA / Mahmoud Ashraf

Österreich, Europa und die Welt

Kooperation Kärnten-Köln wird intensiviert

Im Schloßhotel Velden fand am 9. Juni der Wirtschaftsdialog „Köln-Kärnten“ statt, zu dem Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung eingeladen hatten. Die Beziehungen zwischen Köln und Kärnten sollen weiter ausgebaut werden. Landeshauptmann Peter Kaiser hieß die Kärntner und Kölner TeilnehmerInnen willkommen und hob die guten Kontakte hervor. „Die Freundschaft und die wirtschaftlichen Beziehungen intensivieren sich mehr und mehr“, sagte Kaiser, wodurch die bestehenden Wirtschaftskontakte weiter ausgebaut werden.

Der Landeshauptmann machte die Anregung, die Kooperationen zu definieren und in einem Memorandum of Understanding zwischen Köln und dem Land Kärnten zu fixieren. Das Land könnte damit seinen Teil an Strukturen und Rahmenbedingungen einbringen und die gemeinsamen Anliegen unterstützen, so Kaiser. Er wies darauf hin, daß in Kärnten auch die Sozialpartner einen sehr hohen Stellenwert haben und im Rahmen von Regierungssitzungen sich einbringen.

Hochkarätig besetzt war der Wirtschaftsdialog mit dem Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Norbert Walter-Borjans,



Foto: LPD / Peter Just

v.l.: WKO-Präsident Jürgen Mandl, IV-Präsident Christoph Kulterer, LH Peter Kaiser, Norbert Walter-Borjans, Finanzminister von NRW, und Prof. Bernhard Felderer

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch von Köln, Christian Kerner vom Wirtschaftsclub Köln, weiters Fiskalratspräsident Professor Bernhard Felderer, Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Mandl, Industriellenvereinigungspräsident Christoph Kulterer, Veldens Bürgermeister Ferdinand Vouk und weitere Gä-

ste. Im Rahmen des Dialogs wurde die aktuelle wirtschaftliche und politische Situation in Europa und speziell in Deutschland diskutiert. Das Kooperationstreffen bot die Möglichkeit zu Kontakten mit rund 40 Unternehmen aus Köln. ■

<http://www.koeln.de>

Kärntner Energie-Know how für Wasserkraftwerk in Chile

50 km südöstlich der chilenischen Stadt Santiago im oberen Flußverlauf des Río Maipo entsteht gerade ein gigantisches Wasserkraftprojekt. Bestehend aus zwei Kraftwerken, wird der Komplex „Alto Maipo“ künftig rund 531 MW grüne Energie für Chiles Hauptstadtregion produzieren. Für die Zuleitung zur Druckrohrleitung zum Kraftwerk „Alfalfal II“ waren ursprünglich Betonrohre geplant – die Projektleitung der STRABAG SE entschied sich aber letztlich für eine Lösung von HOBAS aus glasfaserverstärktem Kunststoff (GFK) mit einer deutlich geringeren Wandstärke und einem wesentlich geringeren Gewicht: Durch den verhältnismäßig kleinen notwendigen Außendurchmesser und das einfache Handling der Rohre werden unter anderem viel Aushub und Kosten eingespart und der Baufortschritt deutlich beschleunigt.

Die imposante 1600 Meter lange Rohrleitung mit 3000 und 3270 Millimetern Durchmesser wird derzeit unter Mitwirkung der beiden Kärntner Unternehmen vor der eindrucksvollen Kulisse der Anden verlegt.

Die Fertigstellung der Verlegung ist für September 2017 geplant. Der Komplex Alto



Foto: Hobas

Kärntner Energie-Knowhow für Wasserkraftwerk in Chile

Maipo wird voraussichtlich Mitte 2019 ans Netz gehen.

Michael Junghans, CEO der WIG Wietersdorfer Holding dazu: „Die Wietersdorfer Unternehmensgruppe ist ein Familienunternehmen, das mit seinem Know-how weltweit zu Hause ist. Wir freuen uns, unsere

hochqualitativen Produkte und Lösungen für solch anspruchsvolle Projekte wie den Kraftwerksbau „Alto Maipo“ einzubringen und werden auch in Zukunft konsequent auf Innovation, Spezialisierung und Internationalisierung setzen.“ ■

<http://www.hobas.at>

NÖ-Tschechien: Grenzüberschreitende Verkehrsprojekte

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner traf am 19. Juni gemeinsam mit dem für Straßenbau zuständigen Landesrat Ludwig Schleritzko den tschechischen Verkehrsminister Dan Ťok zu einem Arbeitsgespräch im Schloß Laxenburg.

Bei ihrer Antrittsrede habe sie gesagt, daß man „in neuen Räumen denken“ müsse, führte Mikl-Leitner aus, daß das auch die Zusammenarbeit von Niederösterreich mit seinen Nachbarregionen betreffe. „Mit der Tschechischen Republik verbindet uns eine enge Freundschaft und Zusammenarbeit“, betonte sie die gute Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, in der Notfallversorgung und im Verkehrsbereich – sowohl auf Straße als auch Schiene.

„Wir haben uns heute auf zwei wesentliche Verkehrsprojekte konzentriert“, führte die Landeshauptfrau aus, daß die Nordautobahn das Herzstück der NÖ Verkehrspolitik und wichtig für die Erschließung des Weinviertels sei. Der Abschnitt Schrick-Poybrunn sei Ende des Jahres fertiggestellt worden, als nächstes Stück werde das Teilstück Poysbrunn bis Drasenhofen umgesetzt werden. Mit der Umfahrung von Mikulov würde 2018



Foto: NLK / Pfeiffer

v.l.: Landesrat Ludwig Schleritzko, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner nach ihrem Arbeitsgespräch mit dem tschechischen Verkehrsminister Dan Ťok

begonnen werden und alle Vorbereitungsarbeiten seien eingeleitet worden.

Zweites großes Projekt sei die S 3, so die Landeshauptfrau. Von Hollabrunn Richtung Znaim gebe es ein großes Verkehrsaufkommen, die Umfahrung von Znaim sei wichtig.

„Der erste Abschnitt ist bereits fertig, der zweite Abschnitt ist in Umsetzung und der dritte Abschnitt ist in der Detailplanung“, so Mikl-Leitner. ■

<http://www.asfmg.at/verkehrsicherheit/bauen/bauprojekte/s-3-weinviertler-schnellstrasse-hollabrunn-bis-gunternsdorf/>
https://de.wikipedia.org/wiki/Weinviertler_Schnellstra%C3%9Fe

417 Millionen Euro an EU-Fördermitteln nach NÖ geholt

Auch 2016 hat Niederösterreich von EU-Förderungen profitiert, wie die Zahlen des aktuellen Förderberichts bei der Präsentation durch EU-Landesrätin Barbara Schwarz und Finanz-Landesrat Ludwig Schleritzko zeigen. So konnte Niederösterreich rund 417 Millionen Euro an EU-Fördergeldern ins Land holen und wesentlich zur Stärkung der Regionen und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit in Niederösterreich beitragen.

„Wir sind auch 2016 unserem Anspruch, keinen Euro in Brüssel liegen zu lassen, gerecht geworden. Der aktuelle Förderbericht des Landes beweist, daß Niederösterreich die zur Verfügung stehenden Fördermittel der EU im größtmöglichen Ausmaß ausschöpft. So konnten wir für jeden einbezahlten Euro drei Euro von der Europäischen Union nach Niederösterreich zurückholen“, freuen sich Landesrätin Schwarz und Landesrat Schleritzko.

Nach dem nun vorliegenden Förderbericht lukrierte Niederösterreich rund 486 Millionen Euro an Förderungen für EU-Projekte in den Bereichen Landwirtschaft und Regionalförderung. Besonderer Schwerpunkt konnte auf den Bereich Forschung und Innova-



Foto:

Finanz-Landesrat Ludwig Schleritzko und EU-Landesrätin Barbara Schwarz

tion gesetzt werden. Im Rahmen des Europäischen Forschungsrahmenprogramms HORIZON 2020 wurden bisher insgesamt 93 Projekte mit niederösterreichischer Beteiligung genehmigt, wobei im Jahr 2016 Mittel der Europäischen Union für 44 neue Pro-

jekte in der Höhe von 22,6 Millionen Euro zugesagt wurden. Damit werden wissenschaftliche Exzellenz und die Innovationskraft der niederösterreichischen Wirtschaft gestärkt und ein Beitrag zur Erfüllung der EUROPA 2020-Ziele geleistet.

Oberösterreich ehrt den Wissenschaftler Prof. Peter Palese

Der international renommierte Virologe Prof. Peter Palese hat am 1. Juni von Landeshauptmann Thomas Stelzer das goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich erhalten. Prof. Palese ist Vorstand des Departments für Mikrobiologie an der Icahn School of Medicine in New York und als einziger Österreicher Mitglied der American Academy of Sciences.

„Oberösterreich ist das Exportland Nr. 1 der Republik. Wir exportieren aber nicht nur Waren und Güter, sondern auch Kompetenzen“, betonte der Landeshauptmann in seiner Rede und erwähnte Prof. Palese als besonders prominentes Beispiel dafür.

Prof. Palese bewege sich, so der Landeshauptmann, weltweit in höchsten wissenschaftlichen Ebenen, habe aber dennoch seine Bodenhaftigkeit nicht verloren und sei seiner oberösterreichischen Heimat vor allem in den Sommermonaten treu geblieben.

Virologe mit über 60 Patenten

Prof. Palese ist es gelungen, Viren, die schon seit Jahrzehnten ausgestorben waren, wieder zu „reaktivieren“. So konnte etwa jener Virus, der seinerzeit nach dem Ersten



Foto: Land OÖ / Stinglmayr

v.l.: Landeshauptmann a.D. Josef Pühringer, Mady Palese, Prof. Peter Palese und Landeshauptmann Thomas Stelzer nach der feierlichen Überreichung des Ehrenzeichens

Weltkrieg die „Spanische Grippe“ verursacht hatte, wieder zu Forschungszwecken verwendet werden. Mit Hilfe dieser Forschungen kann es gelingen, einen Universal-Impfstoff zu entwickeln.

Prof. Palese hat über 60 Patente auf dem Gebiet der Virologie und hat einige Biotechnologie-Unternehmen gegründet. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Palese
<http://icahn.mssm.edu/>

Audi und JKU Linz gründen Zentrum für Künstliche Intelligenz

Audi und die Johannes Kepler Universität forschen künftig gemeinsam am intelligenten Auto der Zukunft. Dazu heben sie jetzt in Linz das „Audi.JKU deep learning center“ aus der Taufe. Durch die Kooperation mit dem Lehrstuhl für Bioinformatik von Univ.-Prof. Sepp Hochreiter will Audi den Einsatz Künstlicher Intelligenz im Automobil vorantreiben.

Hochreiter ist auf dem Forschungsgebiet der Künstlichen Intelligenz (KI) einer der wichtigsten Experten in Europa. Er hat entscheidend zur Grundlagenforschung von Deep-Learning-Technologien beigetragen – einer Methodik, die dem Lernprozeß des menschlichen Gehirns nachempfunden ist. Die von ihm entwickelten „Long short-term Netze“ (LSTM) etwa sind Grundlage für die Spracherkennungssoftware in jedem Handy weltweit. Hochreiters Institut für Bioinformatik an der JKU Linz gilt unter KI-Experten seit Jahren als renommierte Adresse.

Einen Austausch mit Audi zum Thema autonomes Fahren gibt es bereits seit mehreren Jahren, 2016 wurde ein erstes gemeinsames Projekt erfolgreich abgeschlossen. „Mit dem Startschuß für das ‚Audi.JKU deep lear-



Foto: Audi AG

»Die neuen Erkenntnisse sind entscheidend, um unsere Autos Schritt für Schritt intelligenter zu machen«, Peter Steiner, GF der Audi Electronics Venture GmbH

ning center‘ ist für Oberösterreich ein weiterer wichtiger Impuls gesetzt worden, Kompetenzen und Fähigkeiten im Bereich der Künstlichen Intelligenz auszubauen. Mit dergleichen Kooperationen kann die Innovations-

kraft des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich weiter gestärkt werden“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer. ■

<http://www.jku.at>
<https://www.audi.de>

Österreich, Europa und die Welt

Überschuß von fünf Mio. € trotz leichtem Passagierminus

Turbulent war das jüngste Geschäftsjahr des Salzburger Flughafens: Mit dem grossen Umstrukturierungsprozeß von Air Berlin und NIKI und der Neuorientierung von Germanwings/Eurowings wurde die europäische Luftverkehrsbranche kräftig durchgerüttelt und die Neugestaltung des europäischen Luftverkehrsmarktes eingeleitet. Diese Turbulenzen waren auch in Salzburg zu spüren. Anlässlich der jährlichen Pressekonferenz zu den Ergebnissen des Salzburger Flughafens zogen Aufsichtsratsvorsitzender Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl und Airport-Geschäftsführer Roland Hermann am 20. Juni Bilanz.

Natürlich spürt man Einschränkungen, wirtschaftliche Engpässe oder geopolitische Umwälzungen dort am schnellsten, wo sich der touristische und der Geschäftsreisemarkt treffen – in der Transportindustrie. Gehen die wirtschaftlichen Erfolge zurück, gibt es in einem Land Terroranschläge oder sind etwa auf anderen Kontinenten tiefgreifende politische Änderungen zu verzeichnen, ist die Luftverkehrswirtschaft ein verlässliches Meßinstrument für diese Veränderungen. Dort, wo es den Menschen schlecht geht, wird bei



Foto: Salzburger Flughafens

Präsentierten die Jahresbilanz des Salzburg Airport: Flughafen-Aufsichtsratsvorsitzender Landeshauptmann-Stv. Christian Stöckl (r.) und Flughafengeschäftsführer Roland Hermann

Urlaube und Reisen gespart. Anschläge in den Zielmärkten, wie etwa der Türkei, Ägypten oder unseren europäischen Nachbarländern, ein drohender „Brexit“ – all diese Kom-

ponenten bestimmten die täglichen Änderungen im weltweiten Buchungs- und Reiseverhalten. ■

<http://www.salzburg-airport.com>

Aktive Beteiligung an politischen Integrationsfragen

Die Salzburger Integrationsplattform steht bereits seit Dezember 2015 im Austausch mit der Salzburger Landesregierung und berät diese in Integrationsfragen. Sie bezieht kritische Position zur Integrationspolitik und sensibilisiert für die Anliegen von Menschen, die zugewandert sind. Auseinandersetzung und Aufklärung sowie selbstkritische Verständigung und offener Dialog sind die zentralen Anliegen. Ziel ist es, neue Wege der Integration aufzuzeigen und die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund zu vertreten.

„Die Plattform ist eine starke Partnerin für unsere konstruktive und sachliche Integrationspolitik. Sie ist damit auch ein starkes Gegengewicht zu populistischer Stimmungsmache und zeigt neue Wege für ein gutes Zusammenleben in Salzburg auf“, betonte Integrationsreferentin Landesrätin Martina Berthold am 22. Juni. „Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und mir geht es darum, allen Menschen die Möglichkeiten zu bieten, sich aktiv in die Gestaltung unserer Gesellschaft miteinzubringen. Die Arbeit der Integrationsplattform fördert ein wertschätzendes Klima in unserem Land.“



Foto: Land Salzburg / Büro Berthold

Salzburgs Integrationsreferentin Landesrätin Martina Berthold: »Die Arbeit der Integrationsplattform fördert ein wertschätzendes Klima in unserem Land.«

Die Integrationsplattform ist zudem ein wichtiges Sprachrohr für MigrantInnen. Sie fördert Dialog und Verständigung und sie ist in Österreich die erste ihrer Art. Als bundeslandeweites Gremium wurde diese durch

Vereine und Communities von Menschen mit Migrationshintergrund gebildet. Die insgesamt zehn gewählten Mitglieder leben in allen Bezirken des Bundeslandes Salzburg. ■

<https://www.salzburg.gv.at/themen/gesellschaft/integration/integrationsplattform-salzburg>

Österreich, Europa und die Welt

Schwarzenegger erhielt Ehrenring des Landes Steiermark

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer überreichte mit Landeshauptmann-Stv. Michael Schickhofer am 21. Juni in St. Nikolai im Sausal Arnold Schwarzenegger den Ehrenring des Landes Steiermark an. Das ist die zweite hohe steirische Auszeichnung für die „steirische Eiche“ in diesem Jahr. Im März erhielt er den Internationalen Josef-Krainer-Preis, nunmehr mit dem Ehrenring die höchstmögliche Auszeichnung des Landes Steiermark.

Schützenhöfer unterstrich in seiner Laudatio die „Ausnahmepersönlichkeit“ Schwarzeneggers. „Dein Lebensweg und dein Lebenswerk sind einzigartig. Dieses Lebenswerk, das du beständig erweiterst und mit jeder deiner Initiativen reichhaltiger machst, strahlt auch auf deine steirische Heimat zurück und macht uns dankbar und stolz! Du bist der wichtigste Botschafter der Steiermark in der Welt und dafür sowie für deine Loyalität wollen wir unsere Wertschätzung zum Ausdruck bringen.“

LH-Stv. Michael Schickhofer betonte: „Arnold Schwarzenegger ist die ‚steirische Eiche‘ für den Klimaschutz. Er ist ein weltweiter Vorkämpfer für ein gesundes Klima. Hier



Foto: steiermark.at

LH-Hermann Schützenhöfer (l.) und LH-Stv. Michael Schickhofer überreichten gemeinsam das höchste Ehrenzeichen des Landes Steiermark an Arnold Schwarzenegger

ziehen wir alle an einem Strang. Ich danke Arnold außerdem, daß er seine steirische Heimat nie vergessen hat und immer wieder in die Steiermark zurück kommt.“ In Anspielung auf die Aussage von LH Schützenhöfer,

daß er die Heimat nie vergesse, meinte der Geehrte: „Wie kann man so etwas vergessen? Es ist der schönste Platz der Welt! Es ist immer wunderschön, zurückzukommen.“ ■

<http://www.schwarzenegger.com>

Steirischer Arbeitsbesuch in Luxemburg

Am 7. und 8. Juni stattete Steiermarks Landeshauptmann-Stv. Michael Schickhofer dem österreichischen Vertreter im Europäischen Rechnungshof, Oskar Herics, einen Arbeitsbesuch in Luxemburg ab. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Maßnahmen zum Bürokratieabbau bei der Förderabwicklung sowie die Vereinfachung von EU-Förderungsbestimmungen.

„Die Bürokratie geht den Menschen und auch mir so richtig auf den Wecker. Die Regelungswut hat mancherorts Ausmaße angenommen, die wir nicht akzeptieren können. Den großen Ketten, die sowieso Rechtsabteilungen mit Tonnen Papier beschäftigen, kommt man mit vielen Vorschriften entgegen. Die kleinen und mittleren Unternehmen der österreichischen Mittelschicht und unglaublich viele Berufsgruppen aus allen Bereichen haben damit aber ein Problem. Gerade auch bei EU-Förderungen sehen wir, daß große Ketten und Multis leichtes Spiel haben und der österreichische Klein- und Mittelbetrieb auf der Strecke bleibt. Wenn schon ein Drittel des Fördergeldes für den Antrag ‚draufgeht‘, kann man sich als Kleiner das Ganze sparen! Das muß alles deut-



Foto: Europäischer Rechnungshof

LH-Stv. Michael Schickhofer (r.) besuchte Oskar Herics zum Meinungsaustausch.

lich effizienter und einfacher werden. Das ist eine Frage der Fairness und der Gerechtigkeit – und würde auch unser wirtschaftliches Rückgrat, die kleinen und mittleren Unternehmen, wieder so richtig stärken“, so Schickhofer.

Schickhofer und Herics stellen klar, daß potentiellen Förderwerbern und Betreibern von EU-Projekten ein deutlich leichter Zugang zu EU-Fondsmitteln ermöglicht werden muß. ■

<http://www.eca.europa.eu/de/>

Felipe: Wichtiger Beitrag zur Reduktion des LKW-Verkehrs

Ein wichtigen Beitrag zur Stärkung der Schiene sieht die Tiroler LHStvIn Ingrid Felipe in der in der zweiten Juniwoche von der Südtiroler Landesregierung beschlossenen neuen Förderung des LKW-Transports auf der Schiene auf der sogenannten Rollenden Landstraße (RoLa). „Wir müssen angesichts steigenden Verkehrsaufkommens auf der gesamten Brenner-Achse alles in unserer Macht stehende tun, um möglichst viele LKW von der Straße zu bringen“, unterstreicht Felipe, der ein gutes Angebot an wettbewerbsfähigen alternativen Transportmöglichkeiten ein großes Anliegen ist. Konkret werden in Zukunft in Südtirol LKW-Schienentransporte mit 25 bis 33 Euro pro Fahrt unterstützt, in Österreich gibt es eine solche Förderung bereits. Ihrem Südtiroler Amtskollegen Florian Mussner gratulierte sie: „Das ist gut für die Umwelt und gut für die Sicherheit auf der Straße.“

Die RoLa in Tirol als wirksamstes Mittel zur Verlagerung des LKW-Verkehrs von der Straße auf die Schiene liefert derzeit die höchsten Zahlen seit dem Jahr 2012. Die Auslastung des RoLa-Angebots von Wörgl bis zum Brennersee ist im Mai 2017 im Ver-



Foto: Land Tirol / Berger

Arbeiten gemeinsam an der Stärkung der Schiene in Tirol und Südtirol: die MobilitätslandesrätInnen Florian Mussner und Ingrid Felipe und die Landeshauptmänner Günther Platter und Arno Kompatscher.

gleich zum Mai 2016 von 83 auf 95 Prozent gestiegen, in absoluten Zahlen waren das gut 2000 LKW mehr auf der Schiene als im Vorjahres-Vergleichszeitraum. In den letzten Jahren wickelte die RoLa rund 150.000 Fahrten pro Jahr ab. Durch das seit 1. No-

vember gültige und am 1. Mai auf LKW der Euroklassen V und EEV ausgedehnte sektorale LKW-Fahrverbot, das den Transport bestimmter unverderblicher Güter auf die Schiene verlagert, erwartet sich das Land Tirol einen Anstieg der RoLa-Nutzung. ■

Ostafrikanische Delegation zu Besuch bei LH Platter

Erstmals besuchten VertreterInnen des „Grenzüberschreitenden Euregio-Programms zur Stärkung der Lebensbedingungen in Ostafrika“ (EEALIP) aus Uganda und Tansania die Europaregion und machten auch dem Tiroler Landeshauptmann im Landhaus in Innsbruck ihre Aufwartung. „Die Entwicklungszusammenarbeit der Euregio mit den Regionen im Grenzgebiet Uganda-Tansania hilft jungen Menschen in Afrika, eine Zukunft aufzubauen“, erklärte Günther Platter im Zuge des Treffens.

Mit Mai 2017 startete die dritte Phase des Programms, das in der Folge bis April 2020 fortgeführt wird. Die Verlängerung des Entwicklungshilfeprojekts für weitere drei Jahre beinhaltet auch einen Süd-Nord-Austausch, der mit dem dreiwöchigen Besuch der 15 afrikanischen MitarbeiterInnen des EEALIP in der Euregio stattfindet.

„Der Aufenthalt bietet den Gästen die Gelegenheit, mehr über das Wirtschaften und Leben in der Euregio zu lernen und Erfahrungen sowie Konzepte auszutauschen“, freute sich Platter über die Zusammenkunft. Neben dem Besuch bei ihm stand unter anderem auch die Besichtigung einer Flücht-



Foto: Land Tirol / Ennemoser

VertreterInnen des »Grenzüberschreitenden Euregio-Programms zur Stärkung der Lebensbedingungen in Ostafrika« (EEALIP) aus Uganda und Tansania besuchten Tirols Landeshauptmann Günther Platter im Landhaus in Innsbruck.

lingsunterkunft, einer Recyclinganlage, eines Stausees und eines Gletschers auf dem Programm.

Bis 2020 investiert die Europaregio Tirol-Südtirol-Trentino rund 915.000 Euro in lau-

fende Projekte, die unter anderem die ländliche Entwicklung sowie Ernährungssouveränität der betroffenen Bezirke in Tansania und Uganda fördern. ■

<http://www.europaregion.info>

Wien als zeitgenössische Kunstmetropole auf Art Basel

Bereits zum fünften Mal in Folge präsentiert Wien in der Collectors-Lounge der Art Basel von 15. bis 18. Juni sein zeitgenössisches Kunst- und Kulturangebot und spannt dabei – passend zum Jahresmotto 2018 – den Bogen zur Wiener Moderne, einer Epoche, deren kreatives Potential bis in die Gegenwart zu spüren ist. „Wien ist stolz auf seine starken Traditionen und seine reiche Kulturgeschichte, die auch im Hier und Jetzt in starkem künstlerischen und kreativen Potential münden. Wie kaum eine andere Stadt versteht es Wien aus seiner Vergangenheit immer wieder aufregend Neues zu schöpfen – heute wie schon vor 100 Jahren“, verweist Tourismusdirektor Norbert Kettner auf Wiens Jahresmotto 2018 „Schönheit und Abgrund“. Der WienTourismus thematisiert es auf der Art Basel mittels 100 Seiten starkem Magazin, das in der Wien-Lounge aufliegt, und die die Zeitschrift der Secessionisten „Ver Sacrum“ zitiert und neu interpretiert: Interviews, Fotostrecken, Kommentare und sogar Rezepte lassen darin erneut die Geisteshaltung der Wiener Moderne zwischen kreati-



Foto: WienTourismus / Rainer Fehringner

Wien präsentiert sein zeitgenössisches Kulturangebot auf der Art Basel

ven Aufblühen und politischem Weltenbrand aufleben und beschreiben jene DNA, die auch heute noch in Wiens Adern fließt.

Die Wien-Lounge selbst ist als Kaffeehaus konzipiert und dem Design des neuen Markenauftritts Wiens mit dem Claim „Now. Forever“ angepaßt. Die von Studio EEOS designeden Tische mit weißen Oberflächen

und der Thonet Stuhl 107 sowie klassische Identitätselemente des Wiener Kaffeehauses bietet ideales Ambiente, um Wiens kommenden Angebote beim hochkarätigen Publikum der Art Basel, Medien und Multiplikatoren bekannt zu machen. ■

<http://www.wienermoderne2018.info>
<http://www.artbasel.com>

The New Austrian Sound of Music 2018/2019

Die 25 Ensembles bzw. jungen MusikerInnen für die 6. Neuauflage des Musik-Förderprogramms des Außenministeriums „The New Austrian Sound of Music“ für die Jahre 2018/2019 sind nominiert.

Über die große Bandbreite und das hohe Niveau der KünstlerInnen, die im Biennium 2018/2019 durch das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) besonders unterstützt werden, zeigte sich Bundesminister Sebastian Kurz erfreut: „Die jungen Musikerinnen und Musiker repräsentieren hervorragend die Breite und Vielfalt des österreichischen Musikschaffens. Erfreulicherweise haben sich heuer viele Künstlerinnen und Künstler in den Genres Pop/Elektronik und Jazz beworben.“

Eine Fachjury hat in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Musikinformationszentrum mica – music austria sowie mit allen heimischen Musikuniversitäten jeweils die besten fünf Acts in den Genres Klassik, Jazz, Pop/Elektronik, Neue Musik und Welt-

musik ausgewählt. Das Nachwuchsprogramm wurde vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres vor 15 Jahren initiiert.

Die ausgewählten 25 Ensembles bzw. SolistInnen werden durch die Österreichischen Kulturforen, Botschaften und Generalkonsulate des BMEIA bei ihren Auslandsauftritten bestmöglich unterstützt. Dies umfaßt die Empfehlung an ausländische Veranstalter und Festivals sowie die Organisation von Konzerten. Diese Unterstützung durch das Außenministerium bietet somit eine wichtige Starthilfe für junge aufstrebende Musikerinnen und Musiker auf dem Weg zu internationalen Auftritten. Folgende Ensembles wurden ausgewählt:

Klassik

<https://www.hellostage.com/Vera-Karner-and-Duo-Karner-Wagner/home>
<http://www.pacificquartet.com>
<http://stratosquartet.at>
<https://www.trioimmersio.com>
<https://www.vividconsort.com>

Jazz

<http://www.firstgigneverhappened.tk>
<http://hi5music.at>
<http://www.monthofsundays.at>
<http://www.anna-lang-cello-piano.at/de/projekte/29-sinfonia-de-carneval.html>
<http://www.woodyblack4.com>

Weltmusik

<https://www.alpinedweller.com>
<http://diewandervogel.at>
<http://www.golnarandmahan.com>
<https://kusimanten.jimdo.com>
<http://medienmanufaktur.com/turumtayzaric/>

Neue Musik

<http://www.caroline-mayrhofer.net/neue-musik/airborne-extended/>
<https://siedlcao.com/zicla/>
<http://www.kbcfair.com>
<http://www.nimikry.com>
<https://sofiethorsbrodan.com/projects-vierhalbtiert-de/>

Pop

<http://www.heartshearts.net>
<http://www.laubrecords.com/lukas-koenig/>
<http://www.leyya-music.com>
<http://laueremann.tumblr.com>
<http://www.soia.at>
<https://www.musicaustria.at/the-new-austrian-sound-of-music-2018-2019/>
<http://www.bmeia.gv.at>



The NewAustrian Sound of Music

Österreich, Europa und die Welt

Grazer Experte erhält Norbert Freinkel Award

Für seine herausragende wissenschaftliche Leistung über drei Jahrzehnte in der Erforschung der Schwangerschaftsdiabetes wurde Univ.-Prof. Gernot Desoye, Med Uni Graz, in San Diego mit dem renommierten Norbert Freinkel Award ausgezeichnet. Damit ehrt die American Diabetes Association den wertvollen Beitrag des Grazer Experten zum besseren Verständnis und der Therapie von Schwangerschaftsdiabetes.

Der bereits mehrfach international ausgezeichnete Wissenschaftler untersucht an der Medizinischen Universität Graz seit langem intensiv die Auswirkungen des mütterlichen Diabetes auf den Mutterkuchen (Plazenta) und in Folge auf den heranwachsenden Fötus. Diese biochemisch-zellbiologischen Untersuchungen hat Desoye in den letzten Jahren noch um die multidisziplinäre Zusammenarbeit in internationalen Konsortien erweitert. Diese sind notwendig, um die Komplexität der Wechselwirkung zwischen mütterlicher Umgebung, Genen und Mutterkuchen zu verstehen und die Auswirkungen auf das fötale Wachstum studieren zu können. Unter anderem koordinierte er das EU-Projekt DALI „Vitamin D And Lifestyle Interven-

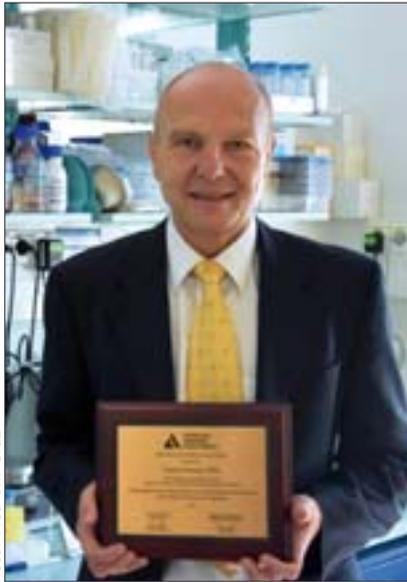


Foto: Med Uni Graz

Univ.-Prof. Gernot Desoye

tion for Gestational Diabetes Mellitus Prevention“, in dem er sich mit seiner Forschungsgruppe intensiv mit der Erforschung und Therapie des Schwangerschaftsdiabetes auseinandersetzte. Darin werden auch Informationen über den Einfluß mütterlicher Ver-

haltensweisen auf die frühe fötale Entwicklung erarbeitet. Dazu wurde eine Sammlung mit den Bioproben von Schwangeren und ihren Babys aufgebaut, in der das mütterliche Serum, Plazentagewebe und Nabelschnurblut analysiert und gelagert wurden. In der europaweiten Folgestudie wird das Team nun die langfristigen Effekte bei den Müttern und ihren Babys untersuchen.

Im Rahmen der 77. Scientific Session der American Diabetes Association in San Diego erhielt Gernot Desoye den Award verliehen, dem weltgrößten wissenschaftlichen Treffen zum Thema Diabetesforschung, -prävention und -therapie. Brenda Montgomery, Vertreterin der Association, überreichte den Preis mit den Worten: „Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank an Gernot Desoye, für seine außerordentliche wissenschaftliche Leistung in der Erforschung des Schwangerschaftsdiabetes. Ihre Arbeit hat nicht nur zum besseren Verständnis dieser Erkrankung, sondern auch zur Entwicklung von Therapie- und Präventionsmöglichkeiten beigetragen, welche Frauen aus der ganzen Welt zu Gute kommen.“

<https://www.medunigraz.at>

Hohe Auszeichnung für Osterr. Marineverbands-Präsidenten

Die Marine Akademie des militärischen St. Stefans-Ordens in der italienischen Stadt Pisa ist ein Zweig der Institution des Stefans-Ordens, einer angesehenen gemeinnützigen Organisation, die offiziell vom Präsidenten der Republik Italien unterstützt wird.

Diese Institution ist eng mit dem Orden der Ritter des St. Stefans-Ordens verbunden, der ins XVI. Jahrhundert zurückgeht und entsprechend des Laufs der Geschichte in einigen Schlachten gekämpft hat, um Christentum und europäische Kultur zu verteidigen.

Der Militärorden wird von Erzherzog Sigismund Habsburg-Lothringen, Großherzog der Toskana, geführt, welcher der legitime – historische – Erbe dieses Titels ist, da die Funktion des „Gran Magistero – Großmeisters“ infolge des Aktes der Praeclara Militiae vom 8. Juni 1748 von der Florentiner Familie der Medici gemäß Unterzeichnung durch Papst Benedikt XIV. an das kaiserliche Haus Habsburg-Lothringen überging.

Obwohl die Akademie eine italienische Organisation ist – offen eigentlich nur für alle Italiener, die während ihres beruflichen, zivilen oder militärischen Lebens die See als gemeinsames Gut erfahren haben und die auch



Foto: Marineakademie S. Stefano, Pisa

Gra.Uff.Ammiraglio Ispettore Capo (ca) Luigi Romani, Präsident der Accademia di Marina dei Cavalieri di S.Stefano (I.) und Oberst Prof. Karl Skrivanek mit Urkunde

eine positive Einstellung zur historischen Dimension des Hauses Habsburg haben – hat die Akademie mit Prof. Karl Skrivanek, Oberst dhmtD aD des Österr. Bundesheeres und dzt. Präsident des Österreichischen Marineverbands (ÖMV) nun am 19. Mai ihr erstes ausländisches Mitglied aufgenommen.

Die Akademie fühlte sich geehrt, daß auch Erzherzog Markus Salvator Habsburg-Lothringen (Vizepräsident des ÖMV) zu dieser besonderen Zeremonie zu Ehren seines Freundes nach Pisa angereist war.

<http://www.istituzionecavalieri.it>
<http://www.marineverband.at>

Österreich, Europa und die Welt

UN-Sonderbotschafterin Dirie zu Gast in ÖIF-Wertekurs

Am 23. Juni war die UN-Sonderbotschafterin Waris Dirie im Rahmen der „Women For Peace“-Konferenz bei einem Werte- und Orientierungskurs des ÖIF zu Gast. Die Menschenrechtsaktivistin und Bestsellerautorin („Die Wüstenblume“) gab dabei auch einen Einblick in ihre eigene Geschichte und ihr Engagement zur Förderung von Frauenrechten. Waris Dirie, die Wurzeln in Somalia hat, interessierte sich besonders für die Vermittlung von Werten wie der Gleichberechtigung von Mann und Frau und sprach lange mit den anwesenden Frauen. Die Teilnehmerinnen stammten großteils aus Syrien und Somalia.

Dirie betonte im Gespräch mit den Frauen: „Nutzt die Chancen, die sich euch hier bieten. Werdet selbständig und verlaßt euch nicht auf andere, ihr müßt Verantwortung für euch selbst übernehmen!“ Für die Integration sei besonders wichtig, die Sprache des Landes zu lernen und mit den Menschen in Kontakt zu kommen: „Versucht die Kultur und Traditionen hier zu verstehen und öffnet euch für Neues. Hier gibt es Regeln und Pflichten, aber auch viele Rechte, die ihr einfordern könnt.“ Besonders betonte sie auch



Foto: Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF)

Als Schirmherrin begleitete UN-Sonderbotschafterin Waris Dirie (mit Hut) die gesamte »Women For Peace«-Konferenz, die der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) als Kooperationspartner unterstützte.

den Wert von Bildung und die Verantwortung von Frauen in ihrer Rolle als Mütter: „Schickt eure Kinder in die Schule, fördert und motiviert sie, damit sie die gleichen Chancen haben wie alle anderen Kinder.“

Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) setzt in der Wertevermittlung für Flüchtlinge einen Schwerpunkt auf die Integration von Frauen. ■

<http://www.integrationsfonds.at>

Eurokrat am Adlermarkt

Nicht hinter dem Schreibtisch verstecken, sondern mit dem Schreibtisch hinaus auf die Straße: Jörg Wojahn, Vertreter der EU-Kommission in Österreich, und damit gewissermaßen der oberste Eurokrat in Wien, verlegte am Nachmittag des 23. Juni sein Büro auf den Viktor-Adler-Markt in Favoriten. Zahlreiche BürgerInnen nutzten trotz Sommerhitze die Gelegenheit, um ihre Fragen rund um die Europäische Union zu stellen. Für die richtige Büro-Atmosphäre sorgte das mobile Europa-Café, das dazu den Kaffee auschenkte.

„Wir als Europäische Union müssen uns nicht verstecken! Im Gegenteil: Wir haben etwas zu bieten. Aber wir müssen hinausgehen und mit den Menschen diskutieren“, erklärte Wojahn. „Was genauso wichtig ist: Wir müssen den Leuten zuhören! Es reicht nicht, nur mit Experten und Politikern über die EU zu sprechen.“

Auf dem Viktor-Adler-Markt interessierten sich die BürgerInnen vor allem für die Themen Migration, Lebensmittelsicherheit, Euro und Arbeitnehmermobilität.

Die Vertretungen in den Mitgliedsstaaten sind die Außenposten der Europäischen Kom-



Foto: Europäische Kommission / APA-Fotoservice / Heutziinger

Jörg Wojahn, Vertreter der EU-Kommission in Österreich, beantwortete ihre Fragen zu EU-Themen in einer temporären EU-Botschaft am Viktor-Adler-Markt. Ein mobiles „Europa Café“ sorgte für Kaffee – und damit für Büro-Atmosphäre.

mission vor Ort. Sie informieren Medien und Öffentlichkeit über die EU-Politik und unterrichten die Zentrale in Brüssel über wich-

tige Entwicklungen im jeweiligen Land. ■

http://ec.europa.eu/austria/home_de

<http://www.facebook.com/ekoesterreich>

Landwirtschaftskammern stimmen GAP-Verhandlungen ab

Namhafte Vertreter der deutschen sowie österreichischen Landwirtschaft stimmten am 13. Juni in Krems (NÖ) die Linie der Landwirtschaftskammern vor den Verhandlungen zur neuen Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab. Dadurch sollen die Interessensvertretungen beider Länder mehr Schlagkraft für den Verhandlungsprozeß erlangen. Zudem konnten sich die deutschen Gäste von den agrarischen Besonderheiten Österreichs im Rahmen von Betriebsbesichtigungen überzeugen. Die TeilnehmerInnen kamen aus allen Bundesländern Österreichs und nahmen gemeinsam mit Delegierten aus Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein und Bremen am Treffen teil.

„Die neue Gemeinsame Agrarpolitik muß so ausgerichtet sein, daß sie flächendeckend, wettbewerbsfähig, nachhaltig und bäuerlich bleibt. Das ist das vorrangige Ziel von Österreich. Wir sind uns mit unseren deutschen Kollegen einig, daß es wichtig ist, daß auch in Zukunft ein 2-Säulen-Modell bestehen bleiben muß. Aber auch der Besonderheit landwirtschaftlicher Märkte muß in der neuen GAP Rechnung getragen werden. Einerseits



Foto: LKÖ

Namhafte Vertreter der deutschen sowie österreichischen Landwirtschaft stimmten in Krems die Linie der Landwirtschaftskammern vor den Verhandlungen zur neuen Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab.

fordern wir mit den sogenannten ‚Flexitools‘ Marktmaßnahmen, die unseren Bäuerinnen und Bauern künftig mehr Sicherheit geben sollen. Andererseits muß auch der Faktor Herkunft – als Sicherheit für die Konsumenten – noch mehr Gewicht bekommen. In Österreich versuchen wir bereits mit der Initiative

„Unser Essen: Gut zu wissen, wo’s herkommt“ in den Großküchen des Landes für mehr Transparenz auf den Speisekarten zu sorgen“, erklärte dazu Hermann Schultes, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich. ■

<https://www.lko.at>

Automobil-Cluster setzt Zusammenarbeit mit BMW fort

Der Automobil-Cluster (AC) der öö. Wirtschaftsagentur Business Upper Austria setzte auch heuer wieder einen Lieferanteninnovationstag bei der BMW Group um. 18 Zulieferunternehmen besuchten am 31. Mai mit dem AC den BMW Group Hauptsitz in München, um ihre neuesten Technologien vorzustellen. Mitgereist war auch das öö. High-Tech-Unternehmen Audio Mobil.

Bereits seit elf Jahren ist der AC regelmäßig mit Firmen aus dem Cluster sowie Partnern von Bayern Innovativ und des AC Styria zu Gast in München. Die Lieferanteninnovationstage, bei denen eine begrenzte Zahl ausgewählter Unternehmen internationale Hersteller besucht, kommen bei den Firmen und auch bei den Autoherstellern sehr gut an.

Heuer besuchten knapp 1300 interessierte Techniker, Entwickler und Einkäufer die Ausstellung der 18 mitgereisten Unternehmen. Von der Innovationskraft der Aussteller überzeugte sich auch das BMW-Group-Management bei einer VIP-Tour.

Der diesjährige Fokus lag seitens der BMW Group auf kundenwahrnehmbaren Innovationen im Interieur und Exterieur.



Foto: BMW Group

Das erfolgreiche Format der Lieferanteninnovationstage findet bei Herstellern und Zulieferern großen Zuspruch.

Durch die von der BMW Group vorgegebenen Themen hatten die ausgewählten Unternehmen auch die Gewißheit, daß die von ihnen präsentierten Lösungen auch beim Hersteller gebraucht und gesucht werden.

Die Chancen, genau den richtigen Ansprechpartner zu treffen, stiegen durch das Auswahlverfahren deutlich. ■

<http://www.biz-up.at>

<http://www.audio-mobil.com>

Österreich, Europa und die Welt

Besuch einer Gruppe des Holocaust Education Centre Toronto

Auf Einladung des Jewish Welcome Service Vienna besuchte eine elfköpfige Gruppe des Holocaust Education Centre Toronto vom 16. bis 23. Mai Wien. Die Gäste waren alle JüdInnen der zweiten Generation und wurden von einem österreichischen Gedenkdiener begleitet.

Das Programm war umfangreich und gleich am ersten Tag gab eine Sightseeing-Tour und am Abend das Welcome Dinner, bei dem die Generalsekretärin des JWS, Susanne Traunek die Gäste begrüßte.

Am Tag nach ihrer Ankunft stand der Besuch von Schloß Hartheim und der Gedenkstätte Mauthausen. Für eine Teilnehmerin war Mauthausen mit noch mehr Emotionalität verbunden, wurde doch ihre Mutter eben dort befreit. Am nächsten Tag war die Gruppe hoch über den Dächern von Wien im Ringturm, Gast der Vienna Insurance Group, Hauptsponsor des Jewish Welcome Service. Danach trafen sie Robert Streibel, den Netzwerkkordinator von BMB/erinnern.at, eine Plattform des Bildungsministeriums, die von Martina Maschke im Jahre 2000 begründet wurde. Mit Streibel konnten sie über ihre Eindrücke sprechen und Fragen zur politischen Bildung in Österreich betreffend Antisemitismus und Rassismus stellen.

Ein für die Gäste interessante Gespräche ergaben sich auch im Außenministerium mit



Foto: privat

Die Gäste aus Toronto vor dem Oberen Belvedere, eines der Besichtigungsziele.

dem Leiter dessen des Presse- und Informationsdienstes, Gesandtem Thomas Schnöll, und mit einigen für Kanada, USA, Nahost und Menschenrechte zuständigen MitarbeiterInnen.

Am Programm standen weiter eine Tour durch das „Jüdische Wien“ und Besuche im Wien Museum, dort wurden sie von Direktor Matti Bunzl begrüßt, im Jüdischen Museum, in der Albertina und eine Führung durch den alten Währinger Friedhof mit Tina Walzer.

Ein weiterer Programmpunkt war das IKG-Straßenfest des Jüdischen Festivals im Arkadenhof des Wiener Rathauses.

Am Tag vor ihrer Abreise gab es ein gemeinsames Mittagessen, bei dem sich alle sehr positiv zu der vergangenen Woche geäußert und übereinstimmend gemeint haben, daß diese Woche für alle ein wichtiger Wendepunkt in ihrer Beziehung zu Wien gewesen war. ■

<https://jewish-welcome.at>

Besuch unter Nachbarn

Guten Tag, dober dan und willkommen in Graz“, hieß es am 22. Juni im Grazer Rathaus. Bürgermeister Siegfried Nagl freute sich über den Besuch seines Amtskollegen Miran Senčar aus der slowenischen Nachbarnstadt Ptuj. Der Bürgermeister der knapp 100 Kilometer entfernt gelegenen Gemeinde besuchte gemeinsam mit seinem Stellvertreter Vizebürgermeister Gorazd Orešek und einer Delegation die steirische Landeshauptstadt. Dabei wurden nicht nur Gastgeschenke, sondern auch Ideen und Erfahrungen ausgetauscht, neue Eindrücke gewonnen und Kontakte geknüpft.

Wie könnten die Verbindungen zwischen Graz und Ptuj weiter ausgebaut werden? Welche Möglichkeiten tun sich im Tourismus auf? Und welche Erfahrungen macht Graz als City of Design – einer Auszeichnung, die die Stadt im Jahr 2011 von der UNESCO verliehen bekam? Diese Themen wurden in einem Gespräch gemeinsam mit City of Design-Koordinator Wolfgang Sker-



Foto: Stadt Graz

Miran Senčar, Bürgermeister von Ptuj (l.) und Bürgermeister Siegfried Nagl

get ausgelotet, anschließend ging es hinaus in die Altstadt: Bei einem Rundgang über die Murinsel sowie einer Führung durch die Altstadt wurden konkrete Beispiele moderner Architektur und Stadtgestaltung unter die Lupe genommen. Künftige Vorhaben stehen

ebenfalls schon auf der gemeinsamen Agenda - schließlich feiern Graz und die nahe Ptuj gelegene Stadt Maribor im kommenden Herbst ihr 30jähriges Jubiläum der Städtepartnerschaft. ■

<http://www.graz.at/cms/ziel/246062/DE/>

FACC erweitert strategische Zusammenarbeit mit Bombardier

Die FACC AG, einer der weltweit führenden Luftfahrtzulieferanten für Leichtbauteile mit Sitz in Ried im Innkreis, wird zukünftig auch die Flügel-Rumpf-Verkleidungen für die neue Regionalflugzeugfamilie C Series von Bombardier Aerospace fertigen. Der entsprechende Vertrag wurde mit dem kanadischen Flugzeughersteller verlängert und heute im Rahmen der Paris Airshow unterschrieben. Der Auftrag wird ein Umsatzvolumen von rund 100 Mio. Euro erreichen.

Der ursprüngliche Vertrag beinhaltete die Entwicklung der Flügel-Rumpf-Verkleidungen, die Fertigung der Erstmuster, die Durchführung der Zulassungstests sowie die Auslieferung der aerodynamischen Verkleidungen für die ersten zehn Flugzeuge der C Series Familie. Aufgrund der langjährigen und erfolgreichen Kooperation hat sich Bombardier letztlich dafür entschieden, FACC mit der mittelfristigen Serienfertigung zu beauftragen. FACC festigt somit diese strategische Zusammenarbeit und rüstet für den kanadischen Konzern die Flugzeuge Global 7000, Global 8000 und nun mehr die beiden C Series Modelle CS100 und CS300 mit Flügel-Rumpf-Verkleidungen aus. „Wir haben über



Foto: FACC

In der FACC Fertigungsstraße für Flügel-Rumpf-Verkleidungen werden zukünftig auch die Komponenten für die Bombardier C Series hergestellt werden.

die Jahre sehr viel Erfahrung in der Fertigung von Flügel-Rumpf-Verkleidungen in verschiedenen Flugzeugprogrammen gesammelt. Darauf basierend konnten wir zahlreiche Innovationen in die C Series Bauteile einbringen,

die zu einer deutlichen Gewichtsreduktion und einer optimierten Bauteileperformance führen“, sagt Robert Machtlinger, Vorstandsvorsitzender der FACC AG. ■

<http://www.facc.com>

Flughafen Wien: UTair fliegt täglich nach Moskau-Vnukovo

Rußland ist noch besser erreichbar: Seit 1. Juni fliegt die russische Fluglinie UTair zwischen Wien und Moskau-Vnukovo. Pavel Permyakov, Chief Commercial Officer von UTair, und Belina Neumann, Leitung Aviation Marketing & Business Development der Flughafen Wien AG, eröffneten die neue Flugverbindung.

„Mit UTair begrüßen wir eine neue Airline am Flughafen Wien, mit der die Hauptstadt Rußlands für Passagiere ab sofort noch besser erreichbar wird. Die russische Fluglinie verbindet Wien mit dem Flughafen Moskau-Vnukovo, der als drittgrößter und ältester internationaler Verkehrsflughafen im Großraum der russischen Hauptstadt am Nächsten zum Stadtzentrum gelegen ist. Damit genießen Passagiere eine noch bequemere Anreise zu Städtetrips nach Moskau. Mit der neuen Flugverbindung bieten wir insgesamt acht tägliche Frequenzen in die russische Hauptstadt an. Das bestätigt, daß sich der russische Markt aktuell sehr gut entwickelt“, freut sich Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG.

„UTair Aviation macht europäische Destinationen für russische Reisende besser



Foto: Flughafen Wien AG

v.l.: Crew UTair, Mag. Belina Neumann, Leitung Aviation Marketing & Business Development der Flughafen Wien AG, Pavel Permyakov, Chief Commercial Officer von UTair, Crew UTair

erreichbar. Die neue Flugverbindung aus und nach Wien schafft kürzere Transferzeiten für unsere Passagiere, die hauptsächlich aus russischen Regionen reisen.“ Man habe sich dafür entschieden, Wien als eine der ersten

europäischen Destinationen aufzunehmen, da Wien 2014 rund 20 Millionen Gäste inklusive Touristen aus Rußland verzeichnete. ■

<http://www.viennaairport.com>

<https://de.wikipedia.org/wiki/UTair>

Österreich, Europa und die Welt

Österreicher übernimmt Vorsitz bei Johanniter International

Johannes Bucher, Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe in Österreich, wurde zum Vorstandsvorsitzenden von Johanniter International gewählt. Er löste Ian Mackenzie ab, der nach zweijähriger Amtszeit regulär sein Amt niederlegte. Ebenfalls neu in den Vorstand gewählt wurde Wolf-Ingo Kunze, Mitglied des Bundesvorstandes der Johanniter in Deutschland. Christian Velten-Jameson aus Frankreich und Eric von Troil aus Finnland bleiben dem Vorstand eine weitere Periode erhalten.

An der Generalversammlung nahmen 26 Delegierte aus 14 Ländern Europas teil, um gemeinsame Aktivitäten abzustimmen. Unter anderem wurde der Ausbau von gemeinsamen Forschungsprojekten beschlossen. Außerdem wurde über das neu etablierte Austauschprogramm für StudentInnen der Medizin berichtet, das den internationalen Austausch und Wissenstransfer innerhalb der Johanniter-Einrichtungen fördern soll.

Dieses Programm bietet ehrenamtlichen Johannitern die Möglichkeit, einige Woche in Johanniter-Einrichtungen im Ausland mitzuarbeiten. Auf diesem Weg können sie die Partnereinrichtungen der Johanniter und de-



Foto: Johanniter

Der neu gewählte JOIN Vorstand (v.l.): Johannes Bucher (A), Vorsitzender, weitere Vorstandsmitglieder Christian Velten-Jameson (F), Wolf-Ingo Kunze (D) und Eric von Troil (FI)

ren Arbeit kennenlernen und zugleich wertvolle praktische Erfahrungen und Know-how sammeln. Derzeit werden Praktikumsplätze im St. John Eye Hospital in Jerusalem sowie in Spitälern und Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland angeboten.

Der erste Austauschstudent, ein Ehren-

amtlicher der St. John Ambulance in London, wird diesen Sommer das St. John Eye Hospital besuchen. Es ist auf Augenbehandlungen und Augenoperationen spezialisiert und verfügt über Einrichtungen in Jerusalem, der Westbank und in Gaza. ■

<http://www.johanniter.at>

ÖW Mailand: Auf Entdeckungsreise im Concept Store

Von 15. bis 18. Juni plazierte die Österreich Werbung (ÖW) Italien einen multimedialen Concept Store an der Darsena in Mailand. Das einzigartige Designobjekt sollte mit dreidimensionalen, begehbaren Berg- und Seenlandschaften aus Karton zu einem Österreich-Urlaub inspirieren.

Nach dem Österreich Wald auf der EXPO 2015 und dem erfolgreichen mobilen Kulturwald 2016 setzt die Österreich Werbung im Marketing nun erneut auf die Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit: So hatten Österreich-interessierte ItalienerInnen vier Tage lang die Möglichkeit, den multimedialen ÖW Concept Store „Casa Austria“ zu besuchen: ein 30 m² großes Designhaus aus 100 Prozent recyceltem Karton, leicht und absolut wetterfest – und einmalig in seiner Ausführung. Platziert an der Darsena, dem ehemaligen Hafenbecken Mailands, das zu einem der beliebtesten Ausgehviertel der Stadt zählt, konnte der Concept Store Tausende BesucherInnen begrüßen.

„Beim Concept Store handelt es sich um ein überraschendes Designobjekt und einen Geschichtenerzähler“, erklärt Michael Strasser, ÖW-Region Manager Italien. „Von



Foto: ÖW / Michele Novaga

Plaziert an der Darsena, dem ehemaligen Hafenbecken Mailands, konnte der Concept Store in den vier Tagen Tausende Besucher begrüßen.

außen betrachtet ein Haus aus Karton, schlicht und klar in seiner Konzeption und seinen Materialien. Im Inneren dann Österreich – dreidimensional begehrbar“. So setzte die ÖW auch in der Innengestaltung auf Karton

und produzierte künstlerisch gestaltete Kullissen, die österreichische Berg- und Seenlandschaften abbildeten und zum Entdecken einluden. ■

<http://www.austria.info>

Österreicher gewinnt Europäischen Erfinderpreis

Biochemiker Oliver Hayden überzeugt mit Blutschnelltest für Malaria

Der österreichische Biochemiker Oliver Hayden gewann gemeinsam mit dem niederländischen Hämatologen Jan von den Boogaart den Europäischen Erfinderpreis. Mit ihrem automatisierten Blutschnelltest für Malaria überzeugten sie die internationale Jury und setzten sich in der Kategorie „Industrie“ durch.

Leichtfried: Hayden ist bereits der dritte Landsmann

„Österreich ist Europameister bei den Erfindungen. Mit Oliver Hayden hat sich bereits der dritte Landsmann den Europäischen Erfinderpreis gesichert. Sein Blutschnelltest gegen Malaria ist eine geniale Entdeckung und ein wirkungsvolles Werkzeug im Kampf gegen die tückische Krankheit“, gratuliert Infrastrukturminister Jörg Leichtfried. Vor dem gebürtigen Steyrer Hayden holten Claus Hämmerle und Klaus Brüstle (2013) und Franz Amtmann (2015) die Trophäe nach Österreich.

Karepova: Verknüpfung verschiedener Wissenschaften

„Der Malaria-Erreger spielt mit unserem Immunsystem Katz und Maus. Die Erfindung des genialen Duos kann zum Gamechanger im Kampf gegen die tückische Krankheit werden“, sagte Patentamtpräsidentin Mariana Karepova am Rande der Preisverleihung in Venedig. „Die beiden Forscher haben über den eigenen Tellerrand geschaut und verschiedene Wissenschaften miteinander verknüpft: Medizin und Informationstechnologie. Eine bemerkenswerte Fähigkeit und eine Leistung, zu der ich den beiden gratuliere“, so Karepova weiter.

Hayden: Können nun tödlichste Krankheit unserer Zeit erkennen

„Wir haben uns mit den Daten auseinandergesetzt und die überraschende Beobachtung gemacht, daß es vor allem die Blutblättchen sind und weniger die Immunzellen, die Informationen über die Malariainfektion liefern“, erklärte Oliver Hayden anlässlich seiner Nominierung Ende April. Die Krankheit kann mit Hilfe dieses „Fingerabdrucks“



Foto: epo.org

Der österreichische Biochemiker Oliver Hayden (l.) und der niederländische Hämatologe Jan von den Boogaart gewannen den begehrten Europäischen Erfinderpreis 2017

wesentlich rascher und bei einer großen Zahl von Blutproben diagnostiziert werden. Bisher waren die Tests zeitintensiv, aufwändig und mußten von gut geschulten Fachkräften gemacht werden. Der automatisierte, computerbasierte Bluttest, macht es möglich, die tödlichste Krankheit unserer Zeit nun zuverlässig zu erkennen. Malaria bedroht die Hälfte der Weltbevölkerung. Alle 12 Sekunden stirbt ein Mensch an der Krankheit. Betroffen sind vor allem Kinder.

Seit 2006 wird der europäische Erfinderpreis jährlich in den Kategorien Industrie, KMU, Forschung, außereuropäische Staaten und Lebenswerk vergeben.

Wissenschaftliche Laufbahn und Forschungsgebiete

Ziel der Forschung von Prof. Oliver Hayden (*1972) ist es, neuartige Verfahren für in-vitro diagnostische und biomedizinische Fragestellungen zu entwickeln. Seine interdisziplinären Forschungsschwerpunkte orientieren sich nach der aktuellen wissen-

schaftlichen Herausforderung und liegen im Grenzbereich zwischen Elektronik, Optik, Mikrofluidik und Materialwissenschaften.

Gegenwärtig beschäftigt er sich mit magnetischen und optischen Methoden zur funktionalen Diagnostik von Blutzellen.

Prof. Hayden studierte Biochemie an der Universität Wien, an welcher er 1999 promovierte. Nach einem Postdoc Aufenthalt an der Harvard Universität und seiner Habilitation an der Universität Wien im Fachbereich Analytische Chemie wechselte er 2005 an das IBM Forschungslabor Zürich.

Seit 2007 beschäftigte sich Prof. Hayden bei Siemens Corporate Technology und Siemens Healthcare mit organischer Elektronik für die medizinische Bildgebung und in-vitro Diagnostik von Blutzellen.

Im Jahr 2017 wurde er auf die Heinz-Nixdorf-Professur für Biomedizinische Elektronik an die Technische Universität München (TUM) berufen. ■

<http://www.lme.ei.tum.de/startseite/>
https://www.epo.org/index_de.html

Steigende Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft

ÖGfE-Umfrage zeigt Skepsis gegenüber vertiefter Euro-Zone – 75 Prozent pro EU-Mitgliedschaft – 21 Prozent dagegen / 59 Prozent gegen Vertiefung der Euro-Zone / 75 Prozent: EU-Position der Parteien wichtig für Wahlentscheidung

Vor dem Hintergrund der Brexit-Entscheidung und der Trump-Wahl ist die Zustimmung der ÖsterreicherInnen zur EU-Mitgliedschaft so hoch wie schon lange nicht mehr. Wahlen in Österreich, den Niederlanden und Frankreich brachten zwar auch Stimmenzugewinne für EU-skeptische Parteien und Positionen, pro-europäische Haltungen konnten sich dennoch klar durchsetzen. Gerade in unsicheren Zeiten sind nationale Alleingänge für eine deutliche Mehrheit keine Option“, analysiert Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), das Ergebnis einer aktuellen ÖGfE-Umfrage. „Dennoch – eine weitere Vertiefung der EU-Integration wird mit Skepsis gesehen. Die politischen Parteien sollten den kommenden Nationalrats-

wahlkampf daher auch dafür nutzen, zu erklären, wie es aus ihrer Sicht mit der EU in Zukunft weitergehen soll.“

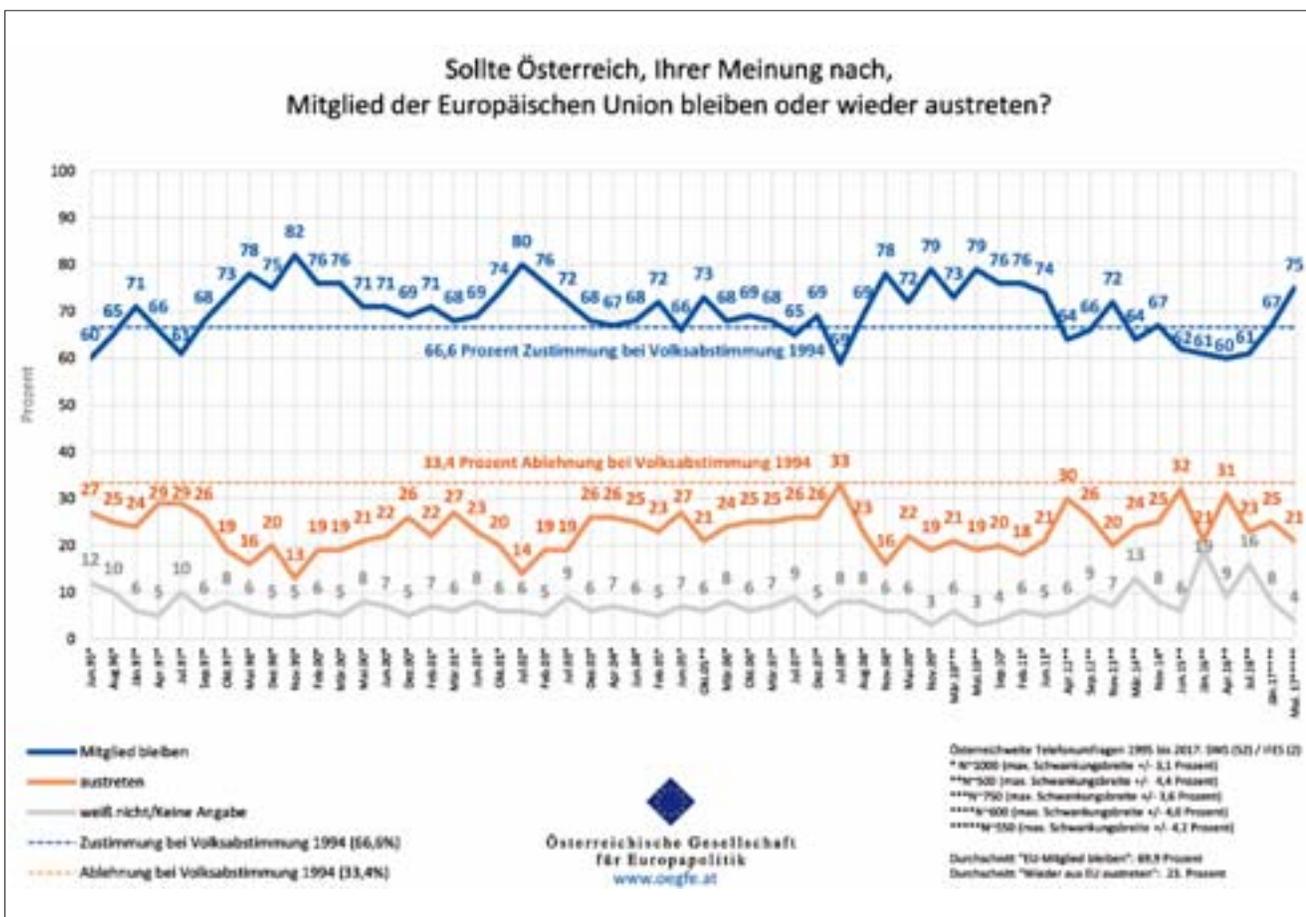
75 % der befragten ÖsterreicherInnen sprechen sich aktuell dafür aus, daß unser Land Mitglied der EU bleibt. 21 % plädieren für einen Austritt aus der Union. 4 % beziehen keine Stellung. Gegenüber Jänner 2017 ist die Zahl der BefürworterInnen der Mitgliedschaft um 8 %punkte gestiegen. Die Zahl jener, die für einen Austritt aus der EU plädieren, ist um 4 %punkte zurückgegangen.

Ein ähnlich hoher Zustimmungswert zur EU-Mitgliedschaft fand sich zuletzt im Februar 2011. Die Ablehnung war zuletzt im Jänner 2016 auf gleich niedrigem Niveau. Die Zahl der Unentschlossenen („weiß nicht /

keine Antwort“) hat sich seit dem Sommer des letzten Jahres um 12 %punkte verringert.

Insgesamt 54 österreichweite ÖGfE-Befragungen seit Juni 1995 zeigen, daß – trotz Schwankungen – die BefürworterInnen der EU-Mitgliedschaft stets in der Mehrheit waren. Im Durchschnitt lag ihre Zahl bei rund 70 %, die Zahl jener, die sich für den EU-Austritt aussprachen, dagegen bei 23 %. Die höchste Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft fand sich im Juni/Juli 2002 (80 %), der stärkste Wunsch nach einem Austritt im Juni/Juli 2008 (33 %).

„Die gestiegene Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft kann nur Bestand haben, wenn es der EU und den Mitgliedstaaten gelingt, wieder Vertrauen in gesamteuropäische Lösungen zu wecken.“



Österreich, Europa und die Welt

Ideen einer künftigen Neugestaltung der Euro-Zone – etwa mit einem gemeinsamen Finanzminister und einem gemeinsamen Budget für die Euro-Länder – werden von einer Mehrheit der ÖsterreicherInnen zurzeit skeptisch begegnet.

59 % lehnen einen solchen Vorschlag für eine vertiefte Euro-Zone ab. 23 % würden eine solche Reform begrüßen. Fast ein Fünftel (18 %) kann oder möchte zu dieser Frage nicht Stellung beziehen.

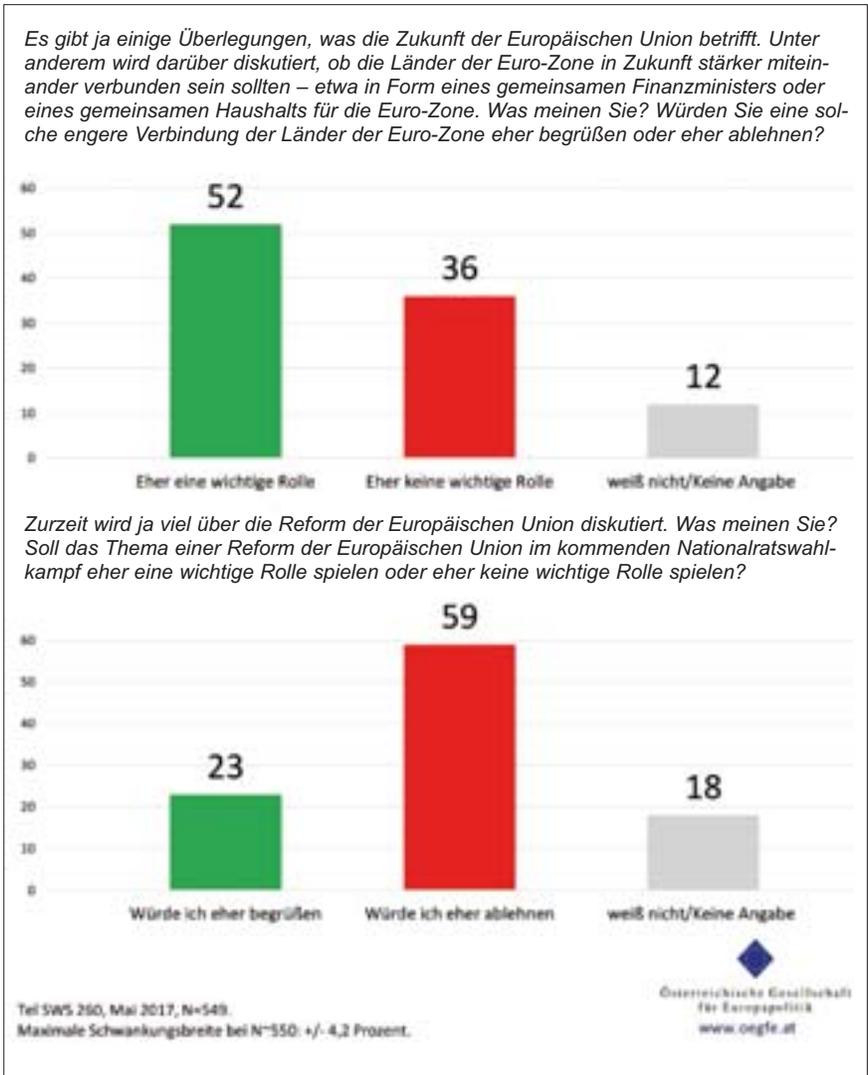
„Das deutsch-französische Tandem Merkel-Macron wird im Herbst neue Integrationsimpulse setzen – gerade, was eine mögliche Neugestaltung der Euro-Zone betrifft. Die öffentliche Debatte hierzu steht jedoch erst am Anfang. Eine Präzisierung der angedachten Vorschläge ist nötig“, hält Schmidt fest.

52 % der Befragten geben an, daß das Thema einer Reform der EU im anstehenden Nationalratswahlkampf eine wichtige Rolle spielen sollte. Für 36 % hat diese jedoch keine Priorität („soll keine wichtige Rolle spielen“), 12 % haben sich dazu noch keine Meinung gebildet (weiß nicht/Keine Angabe).

Drei von vier ÖsterreicherInnen sagen, daß es für ihre persönliche Wahlentscheidung bei den kommenden Nationalratswahlen „sehr wichtig“ (34 %) oder „wichtig“ (41 %) ist, wie eine Partei zur Europäischen Union steht. Für insgesamt 19 % ist dies „weniger wichtig“ (14 %) oder „gar nicht wichtig“ (5 %). 6 % geben zu dieser Frage keine Stellungnahme ab.

„Österreich darf sich vom Wettstreit der Ideen zur Zukunft der EU nicht absentieren. Die bevorstehende Wahlauseinandersetzung bietet den politischen Parteien die Gelegenheit, sich klar zu positionieren“, betonte Schmidt.

<http://www.oegfe.at>



Die Umfrage wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft vom 19. bis 24. Mai 2017 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt (Tel SWS 260). Befragt wurden österreichweit 549 Personen per Telefon (repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahre/Gewichtung nach Geschlecht, Alter und Bildung). Maximale Schwankungsbreite ca. +/- 4,2 %. Differenz auf 100 % aufgrund gerundeter Werte.



Der Urlaubseuro 2017

Weiterhin hohe Kaufkraft im Osten und Süden Europas

Aktuelle Berechnungen von Statistik Austria über Preisniveaus und die damit verbundene Kaufkraft der ÖsterreicherInnen im Ausland ergeben für Mai 2017 weiterhin merkliche Kaufkraftvorteile im Osten Europas und in den klassischen mediterranen Urlaubsdestinationen. Für in Österreich verdiente 100 € erhält man in Kroatien Waren und Dienstleistungen im Wert von durchschnittlich 153 €, in Griechenland 126 €, in Spanien 121 € und auf Zypern 117 €. Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union auszutreten („Brexit“), führte zu deutlichen Kursverlusten des britischen Pfunds und macht derzeit Reisen nach Großbritannien und Nordirland billiger (95 € nach 87 € im Vorjahr). Die mit Abstand teuersten Reiseziele sind weiterhin die Schweiz (66 €), Dänemark (76 €) und Schweden (79 €).

Weiterhin starkes West-Ost-Preisgefälle in Europa

Wie schon in den Vorjahren erhält man in

ausgewählten osteuropäischen Tourismusländern rund doppelt so viel an vergleichbaren Produkten und Dienstleistungen wie in Österreich. Bulgarien rangiert mit einem Wert von 220 € als preisgünstigste Destination vor Rumänien (201 €), Tschechien (172 €) und Ungarn (166 €).

Mit rund 12 % Inflation im Jahresabstand verzeichnete die Türkei einen starken Anstieg der Konsumentenpreise. Gleichzeitig verlor die türkische Lira massiv an Wert (rund -19 %), was insgesamt einen Gegenwert von derzeit 171 € ergibt (2016: 157 €; +8,5 %). Das beliebte Urlaubsland Kroatien bringt für Reisende im Landesdurchschnitt einen Euro-Gegenwert von nahezu unverändert 153 €, in Slowenien beträgt der Kaufkraftvorteil immerhin noch rund ein Viertel (123 €).

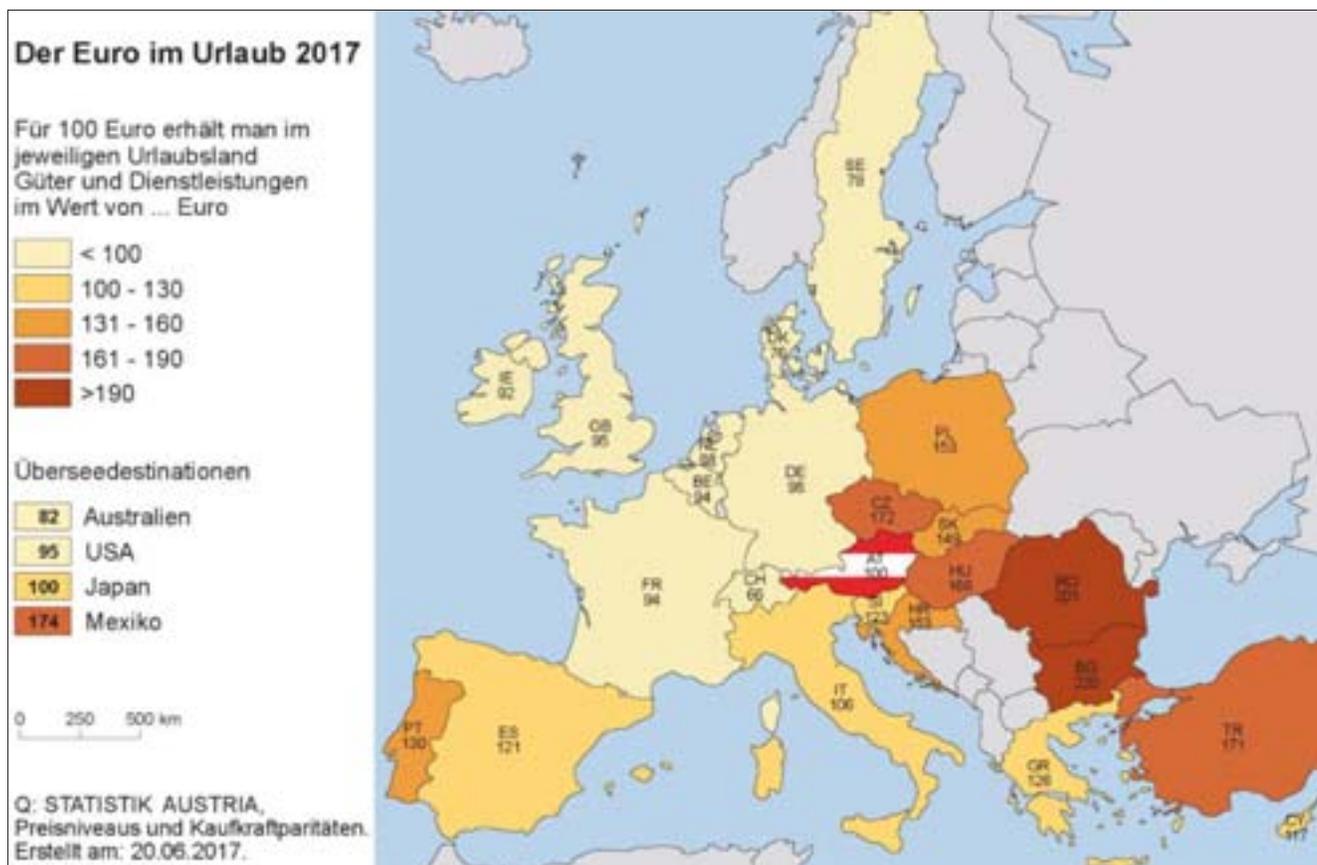
Starke Kursverluste infolge Brexit-Entscheidung

Infolge der Brexit-Entscheidung der britischen Bevölkerung im Juni 2016 verlor das britische Pfund im Jahresabstand rund 10 %

an Wert, gleichzeitig zog auch die Inflation im Mai auf 2,9 % an, was zusammen einen Gegenwert von 95 € ergibt, gegenüber 87 € im Mai 2016 (+9 %).

Differenziertes Bild in Überseedestinationen

Aufgrund leichter Kursgewinne des US-Dollars bietet sich für österreichische USA-Reisende mit 95 € eine praktisch idente Kaufkraftsituation wie auf den Britischen Inseln, jedoch mit leicht fallender Tendenz (2016: 97 €). Verschlechtert hat sich gegenüber dem Vorjahr auch die Kaufkraftsituation von österreichischen Australienreisenden (82 €; 2016: 86 €), da der australische Dollar gegenüber dem Euro an Wert gewonnen hat. Australien bleibt somit weiterhin eine der teuersten Destinationen im 28 Länder umfassenden Vergleich. Der japanische Yen hingegen verlor leicht gegenüber dem Euro, womit Japan (100 €) nunmehr gleichauf mit Österreich liegt (2016: 97 €). Mexiko bleibt trotz einer Inflationsrate von über 6 % im Jah-



Österreich, Europa und die Welt

resabstand die günstigste Überseedestination mit einem Gegenwert von 174 €.

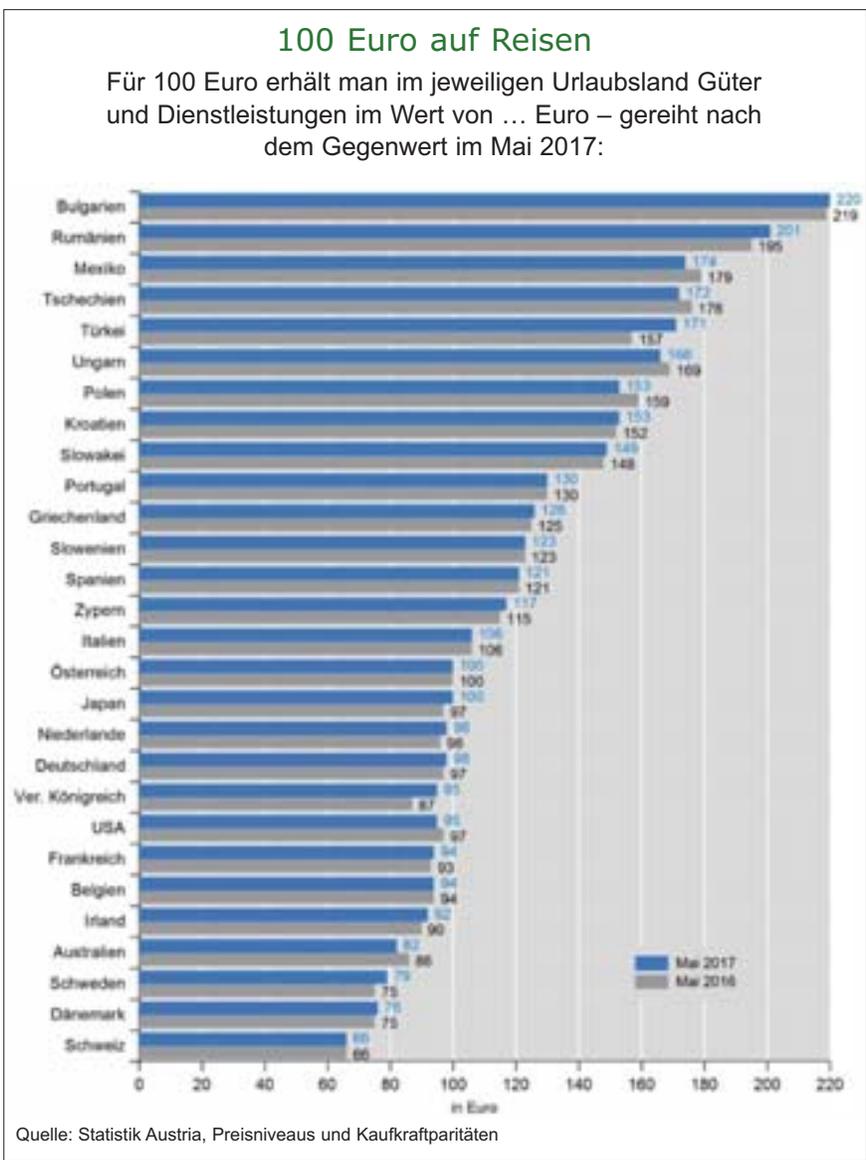
Wenig Veränderung in der Eurozone

Aufgrund der gemeinsamen Währung und der allgemein niedrigen Inflationsraten (zwischen 0,0 % in Irland und 2,1 % in Österreich im Jahresabstand) sind innerhalb der Eurozone nur geringfügige Veränderungen gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Die weiterhin teuersten Reisedestinationen waren Irland mit 92 € sowie Frankreich und Belgien mit jeweils 94 €. In Deutschland und den Niederlanden lag die Kaufkraftsituation bei jeweils 98 €. In Italien (106 €), der beliebtesten Urlaubsdestination der ÖsterreicherInnen, sind Güter und Dienstleistungen im Landesdurchschnitt etwas günstiger als in Österreich.

Die hier präsentierten Ergebnisse enthalten bereits jene Preisdaten, die 2016 in einer europaweit durchgeführten Erhebung im Bereich „Beherbergung, Restaurants und Gaststätten“ erhoben wurden. Die Ergebnisse von 2016 wurden einer Revision unterzogen und sind daher nicht mit früheren Veröffentlichungen vergleichbar.

Methodische Informationen, Definitionen

Kaufkraftparitäten (KKP) sind in ihrer einfachsten Form Preisrelationen in Landeswährung für identische bzw. vergleichbare Güter und Dienstleistungen in verschiedenen Ländern (z. B. Preis für 1 Liter stilles Mineralwasser in Österreich in Euro in Relation zum Preis für 1 l stilles Mineralwasser in der Schweiz in Schweizer Franken – in Slowenien in Euro, etc.; 1 kg Reis, 1 Flasche Whisky, 1 Tagesticket für den öffentlichen Verkehr, 1 Paar Herrenschuhe, 1 Nächtigung im 4-Stern-Hotel, 1 Portion Spaghetti Bolognese im Restaurant etc.). Einzel-KKP werden für sämtliche Positionen eines vergleichbaren Warenkorbs ermittelt und zu Ausgaben-



gruppen hochaggregiert. Die KKP stammen aus Erhebungen im Rahmen des Internationalen Wirtschaftsvergleichsprogramms („European Comparison Programme“ – ECP) unter der Ägide von EUROSTAT und der OECD, das laufend Informationen über etwa 2.400 vergleichbare Güter und Dienstleistungen pro Land liefert. Für die Berechnung des „tourismus-relevanten Preisniveaus“ wurde eine spezielle Gewichtung der einzelnen Ausgabenkategorien vorgenommen, die dem österreichischen Tourismus-Satellitenkonto (Statistik Austria) entnommen wurde. Das Hauptgewicht – rund 60 % – entfällt auf die Bereiche „Beherbergung“ sowie „Restaurants“ und „Gaststätten“. Zur Extrapolation der Daten auf den aktuellen Stand wurden die zuletzt verfügbaren Verbraucherpreisindizes und Wechselkursinformationen der einzelnen Länder herangezogen.

gruppen hochaggregiert. Die KKP stammen aus Erhebungen im Rahmen des Internationalen Wirtschaftsvergleichsprogramms („European Comparison Programme“ – ECP) unter der Ägide von EUROSTAT und der OECD, das laufend Informationen über etwa 2.400 vergleichbare Güter und Dienstleistungen pro Land liefert. Für die Berechnung des „tourismus-relevanten Preisniveaus“ wurde eine spezielle Gewichtung der einzelnen Ausgabenkategorien vorgenommen, die dem österreichischen Tourismus-Satellitenkonto (Statistik Austria) entnommen wurde. Das Hauptgewicht – rund 60 % – entfällt auf die Bereiche „Beherbergung“ sowie „Restaurants“ und „Gaststätten“. Zur Extrapolation der Daten auf den aktuellen Stand wurden die zuletzt verfügbaren Verbraucherpreisindizes und Wechselkursinformationen der einzelnen Länder herangezogen.

<http://www.statistik.at>



Foto: © Wikipedia // Cc-by-sa-3.0 / kallerna

In Bulgarien erhält man für in Österreich verdiente 100 € mit 220 € den höchsten Gegenwert.

Weltbund-Tagung

Auslandsösterreichertreffen 2017

7. bis 10. September in Salzburg

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden. Kontakt: Dr. Irmgard Helderstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

An allen mit einem > gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Donnerstag, 7. September

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** Salzburg Congress, Eingangsfoyer, Haupteingang Kurpark, Auerspergstraße 6
Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte nur eine (!)
Veranstaltung des Rahmenprogramms für Donnerstag, 7. September 2017, ankreuzen.
Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:
- 14.00 - 15.30 Uhr > **DomQuartier Barocke Macht – Barocke Pracht.** Das ehemalige Zentrum fürsterzbischöflicher Macht, der Komplex aus Residenz und Dom, ergänzt um das Benediktinerkloster St. Peter, ist seit Mai 2014 der Öffentlichkeit als ein zusammenhängender Rundgang zugänglich.
Treffpunkt: Herkulesbrunnen vor der Residenzgalerie, Residenzplatz 1 / Domplatz 1a; Dauer der Führung: 1,5 Stunden; Ende der Führung in der Altstadt
Die Teilnehmerzahl ist auf 60 Personen beschränkt! Eintritt in das DomQuartier € 10,- pro Person auf eigene Rechnung!

- 14.00 - 16.30 Uhr > **Stadtführung „Festspielereien“** „Die ganze Welt ist Bühne“ Kaum wo auf der Welt gibt es einen Ort, auf den sich der Satz von William Shakespeare so treffend anwenden läßt wie auf Salzburg. Lassen Sie sich von der Barockstadt verzaubern, wir zeigen Ihnen jene Stätten, an denen gespielt wurde und wir entführen Sie mit Geschichten und Anekdoten in die Welt des Theaters und der Oper.
Treffpunkt: Salzburg Congress, Auerspergstraße 6, vor dem Haupteingang
Dauer der Tour: 2,5 Stunden, Ende der Führung in der Altstadt
Teilnehmerzahl ist auf 120 Personen beschränkt! Eintritt in das Festspielhaus € 7,- pro Person auf eigene Rechnung!
- 14.15 - 17.15 Uhr > **Spezialführung „Shopping auf Historischen Pfaden“** – Salzburg hat weit mehr zu bieten als eine eindrucksvolle Kulisse. Hinter den Mauern etlicher charmanter Stadthäuser verbergen sich zahlreiche traditionsreiche Geschäfte, Manufakturen und alteingesessene Familienbetriebe. Erleben Sie Überraschungen in der Salzburger Bürger- und Handwerksstadt mit



Foto: Tourismus Salzburg / Breitegger Günter

Österreich, Europa und die Welt

ihren engen Gassen, Durchhäusern und beschaulichen Winkeln. Historie und lebendige Gegenwart, individuelle Designs und traditionelles Meisterhandwerk. Wir werden Insider, für uns öffnen sich Türen, an denen andere im touristischen Getriebe vorbeiströmen. Eine „Ver-Führung“ durch Geschichte und Geschichten zum Verlieben, zum Verweilen, zum Wiederkommen.

Treffpunkt: Salzburg Congress, Auerspergstraße 6, vor dem Haupteingang
Dauer der Tour: 3 Stunden, Ende der Führung in der Altstadt, Teilnehmerzahl ist auf 45 Personen beschränkt!

Besuch der Sporer Likör & Punschmanufaktur und Verkostung zweier Sporer Liköre € 6,- pro Person auf eigene Rechnung!

14.30 - 17.00 Uhr

➤ **Salzburg - Verborgene Schätze** – Sie glauben, Salzburg zu kennen? Dann gehen Sie mit uns auf Entdeckungsreise! Wir zeigen Ihnen Verborgenes, kaum Sichtbares und vieles, was leicht übersehen werden kann. Kommen Sie mit uns in das unbekannt Salzburg und genießen Sie es, bei einem Spaziergang auf schöne und lustige Details aufmerksam gemacht zu werden. So werden Sie Salzburg noch mehr lieben und schätzen!
Treffpunkt: Salzburg Congress, Auerspergstraße 6, vor dem Haupteingang; Dauer der Tour: 2,5 Stunden, Ende der Führung in der Altstadt

15.00 - 16.00 Uhr

➤ **Führung durch das Museum der Moderne Salzburg** – Überblicksführung durch 3 Ausstellungen zu den Themen:
* Foto-Kinetik – Bewegung, Körper & Licht in den Sammlungen
* Auf/Bruch – Vier Künstlerinnen im Exil
* William Kentridge – Thick Time.
Installationen und Inszenierungen
Danach eigenständiger Besuch des Museums möglich. Bei Interesse nachzulesen unter <http://www.museumdermoderne.at>

Treffpunkt: Infopoint Museum der Moderne Salzburg auf dem Mönchsberg 32

Erreichbar

* mit der Buslinie 1: Haltestelle „Mönchsberg/Aufzug“, rechts davon befindet sich der Eingang zum Mönchsberg-Aufzug,
* zu Fuß über die Griesgasse bis Anton-Neumayr-Platz

Dauer der Führung: 1 Stunde, Teilnehmerzahl ist auf 60 Personen beschränkt!

Aufzug (Berg- u. Talfahrt) und Eintritt € 8,70 pro Person auf eigene Rechnung!

14.00 - 17.00 Uhr

➤ **Führung durch die Paracelsus Medizinische Privatuniversität Salzburg**
* Begrüßung durch die Universitätsleitung und Willkommensdrink

* Führung mit Herrn Priv. Doz. Dr. Lagler (Human Patient Simulator) und Herrn Univ.-Prof. Dr. Aigner (Erforschung Degenerativer Erkrankungen)



Foto: Tourismus Salzburg

Rosengarten im Mirabellgarten in Salzburg

Österreich, Europa und die Welt

- * Universitätsvorstellung durch den Rektor,
Herrn Univ.-Prof. Dr. Resch
 - * Get-together mit Buffet
 - Treffpunkt: Paracelsus Medizinische
Privatuniversität, Strubergasse 21,
Haus A (Foyer)
 - Erreichbar:
 - * mit den Buslinien 7, 8 u. 24: Haltestellen
„Strubergasse“ und „Stadtwerk Lehen“
 - * zu Fuß entlang der Salzach über
Elisabethkai bzw. Franz-Josef-Kai bis
Strubergasse, links einbiegen
 - Dauer der Führung: 3 Stunden inkl. Buffet
 - Teilnehmerzahl ist auf 50 Personen
beschränkt!
- 19.30 - 22.00 Uhr **> Abendessen im Stieglkeller**
Ort: Festungsgasse 10
Essen auf Rechnung des AÖWB, Getränke
auf eigene Rechnung. Verbindliche
Anmeldung unbedingt erforderlich!
Ausschließlich für Personen mit
Zugangsberechtigung!

Freitag, 8. September

- 09.00 - 17.00 Uhr **Registrierung:** Salzburg Congress,
Eingangsfoyer, Haupteingang Kurpark,
Auerspergstraße 6; Rahmenprogramm:
Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter
Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte
nur eine (!) Veranstaltung des Rahmenpro-
gramms für Freitag, 8. September 2017,
ankreuzen. Die Teilnehmer können aus fol-
genden Programmpunkten wählen:
Die Teilnehmer können aus folgenden
Programmpunkten wählen:
- 10.00 - 11.30 Uhr **> DomQuartier Barocke Macht – Barocke
Pracht.** Siehe Donnerstag, 7. September
- 09.00 - 11.30 Uhr **> Stadtführung Festspielereien“** Siehe
Donnerstag, 7. September
- 09.15 - 12.15 Uhr **> Spezialführung „Shopping auf
Historischen Pfaden“.** Siehe Donnerstag, 7.
September
- 09.30 - 12.00 Uhr **> Salzburg - Verborgene Schätze.** Siehe
Donnerstag, 7. September
- 10.30 - 11.30 Uhr **> Führung durch das Museum der
Moderne Salzburg.** Siehe Donnerstag, 7.
September
- Bierige Entdeckungsreise durch die
Biererlebniswelt der Stiegl-Brauerei**
Im neuen Stiegl-Braukino beginnt die
geführte Tour durch die Biererlebniswelt.
Man entführt Sie in das einzigartige 270°
Erlebniskino, auf eine spannende Reise zum
Ursprung des Bieres und dessen Entstehung.
Beindruckt von der Vielfalt der Bierkultur
endet die Reise mit einer gemütlichen
Bierverskostung im ehemaligen Gärkeller, wo
man die echten Geheimnisse rund um das
Thema Bier erfährt. Nach der Führung erhält
jeder Besucher ein 0,5l-Flasche Goldbräu

Bei Interesse nachzulesen unter

<http://www.brauwelt.at>

Treffpunkt: 15 Minuten vor Führungsbeginn
im Braushop der Stiegl-Brauwelt, Bräuhaus-
straße 9, 5020 Salzburg; Erreichbar: mit den
Buslinien 1 u. 10 ab Station „Ferdinand-
Hanuschplatz“ bis Station „Bräuhausgasse“,
ca. 5 Minuten Fußweg zur Brauerei.
Teilnehmerzahl ist auf 50 Personen pro
Führung beschränkt! Eintritt € 11,50 pro
Person auf eigene Rechnung!

09.45 – 11.30 Uhr
10.15 – 12.00 Uhr
14.00 - 18.00 Uhr

1. Führung
2. Führung

Generalversammlung 1. Teil

Salzburg Congress, Mozart-Saal,
Haupteingang Kurpark
Auerspergstraße 6

19.30 - 22.30 Uhr

Empfang des Landeshauptmanns von Salzburg, Dr. Wilfried Haslauer und des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Salzburg, Dr. Heinz Schaden

Ort: Salzburg Residenz, Residenzplatz 1

Samstag, 9. September

- 10.00 - 12.00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Aus-
landsösterreichers des Jahres 2017“**
Ort: Große Universitätsaula, Max-Reinhardt-
Platz im Festspielbezirk, „Jeanne-Kahn-
Foyer“ (1. Obergeschoß)
- 12.15 Uhr **> Festessen auf Einladung des Herrn
Bundesministers für Europa, Integration
und Äußeres (BMEIA) Sebastian Kurz**
Ort: Salzburg Residenz, Residenzplatz 1
- 14.30 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
Ort: Salzburg Congress, Mozart-Saal,
Haupteingang Kurpark, Auerspergstraße 6
- 20.30 Uhr **> Ball des Auslandsösterreichers-
Weltbundes** Salzburg Congress, Europa-
Saal, Haupteingang Kurpark
Auerspergstraße 6
(Festliche Abendkleidung erwünscht)

Sonntag, 10. September

- 09.30 Uhr **Evangelischer Gottesdienst**
Ort: Christuskirche, Schwarzstraße 25
- 10.00 Uhr **Katholischer Gottesdienst**
Salzburger Dom, Domplatz 1a
- 12.00 Uhr **> Abschlußmittagessen** im Sternbräu,
Griesgasse 23, Essen € 20,- auf eigene
Rechnung; Getränke auf Rechnung des
AÖWB. Verbindliche Anmeldung unbedingt
erforderlich! **Ausschließlich für Personen
mit Zugangsberechtigung!**
*An allen mit einem > gekennzeichneten
Veranstaltungen können Sie nur mit einer
gedruckten Einladung oder einer Zugangsbe-
rechtigung teilnehmen, die Sie bei der
Registrierung erhalten! Änderungen vorbehalten!*

Finanzierungszusage für Unis – Pflegeregreß abgeschafft

Nationalrat beschließt höhere Mittel für die Universitäten – ÖVP sieht Koalitionsbruch / Breite Mehrheit für Abschaffung des Pflegeregresses – Länder sollen im Gegenzug 100 Mio. € pro Jahr erhalten – Gegenfinanzierung ist aber noch offen

In den letzten Sitzungstagen des Nationalrats vor der Sommerpause wurden viele neue Gesetze und Reformen beschlossen, die teils weitreichende Auswirkungen nach sich ziehen. Die meisten davon wurden mit Regierungsmehrheit und auch teilweiser Zustimmung von Oppositionsparteien mit breiter Mehrheit angenommen, einige verfehlten die notwendige Stimmzahl der Abgeordneten.

Durch den Obmannwechsel in der ÖVP (Reinhold Mitterlehner war zurückgetreten und übergab an Sebastian Kurz) erhielt die SPÖ-/ÖVP-Koalition ein verkürztes Ablaufdatum, endet sie doch mit der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 etwa ein Jahr vor dem Ende der Legislaturperiode. Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) hatte Kurz eingeladen, die Funktion des Vizekanzlers anzunehmen und bis zum Herbst 2018 weiterzuarbeiten. Kurz nahm dies nicht an, Justizminister Wolfgang Brandstetter nimmt nun die Funktion des stellvertretenden Regierungschefs wahr. Kern sah dadurch die Koalition sozusagen als beendet und sprach vor den Plenarsitzungen des Parlaments davon, sich – wenn notwendig – nicht an die Koalitionsvereinbarung halten zu wollen, die besagt, sich im Parlament nicht gegenseitig zu überstimmen. Als am 28. Juni auch die Abstimmung über die Finanzierung der Universitäten anstand, wurde diese gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen – die dann ihrerseits die Koalitionsvereinbarung als gebrochen sah. (mm)

Mit Mehrheit stimmte der Nationalrat am 28. Juni für einen Initiativantrag der Regierungsparteien, mit dem ein gemeinsames Studienrecht für all jene Institutionen, die an der PädagogInnenbildung NEU beteiligt sind, geschaffen wird. Überraschend mit Mehrheit angenommen wurde in diesem Zusammenhang auch ein Abänderungsantrag, der von den Grünen eingebracht wurde. Er basiert auf Vorschlägen der SPÖ zur Universitätsfinanzierung für die kommende Leistungsvereinbarungsperiode 2019-2021. Damit sollen die Universitäten Planungssicher-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Mit dem Nationalratsbeschuß vom 28. Juni erhalten die Universitäten 11,07 Mrd. € mehr.

heit erhalten. Während SPÖ und FPÖ ihre Zustimmung zu diesem Vorgehen bekundeten, wandte sich die ÖVP vehement gegen einen solchen Beschluß. Sie befürchtet, daß damit die prinzipiell schon vereinbarte Studienplatzfinanzierung wieder in Frage gestellt wird, und sieht die Zustimmung der SPÖ zum Antrag als Koalitionsbruch.

Universitätsfinanzierung entzweit Koalition

Die Novelle habe Verbesserungen der Studienbedingungen zum Ziel, sagte die Wissenschaftssprecherin der Grünen, Sigrid Maurer. Ein wesentlicher Faktor für die Qualität der Studienbedingungen sei dabei stets die Finanzierung. Für die nächste Leistungsvereinbarungsperiode gebe es noch keine verbindliche Zusage der Regierungsparteien. Aus diesem Grund brachte sie einen Abänderungsantrag ein, in dem die Grundzüge der Finanzierung der Universitäten für Lei-

stungsvereinbarungsperiode 2019 bis 2021 in die Novelle eingefügt werden. Der Gesamtbetrag für die Universitäten wird mit 11,07 Mrd. € festgelegt. Im Antrag gehe es um die Grundsätze der Finanzierung sowie den Auftrag an die künftige Regierung, eine kapazitätsorientierte, studierendenbezogene Universitätsfinanzierung zu schaffen, erläuterte Maurer. Die Frist für den Abschluß der Leistungsvereinbarungen sollte aufgrund der Wahlen im Herbst auf 31. März 2018 verschoben werden. Maurer appellierte im Sinne der Verantwortung für die Universitäten an die Abgeordneten, dem Antrag zuzustimmen.

Andrea Kuntzl (SPÖ) erklärte, ihre Fraktion habe mit der ÖVP bereits seit längerem Gespräche über ein neues Modell der Universitätsfinanzierung geführt. Aufgrund der Neuwahlen sei es nun nicht möglich, diese im geplanten Zeitrahmen abzuschließen, obwohl man den Universitäten zusätzliche Mittel zugesagt habe. Die SPÖ habe der ÖVP

Innenpolitik

einen Initiativantrag unterbreitet, um die Finanzierung der Universitäten abzusichern. Die detaillierte Ausarbeitung der Umsetzung sollte dabei auf März kommenden Jahres verschoben werden, um der nächsten Bundesregierung einen angemessenen Zeitrahmen zu geben. Dieser Antrag habe keine Zustimmung der ÖVP gefunden und sei nun von der Opposition eingebracht worden. Sie bedaure zutiefst, daß es nicht gelungen sei, mit der ÖVP Übereinstimmung in dieser Frage zu erzielen. Die SPÖ werde ihrem eigenen Antrag aber jedenfalls zuzustimmen, da es darum gehe, den Universitäten die bereits zugesicherten Mittel zur Verfügung zu stehen. Die Studienplatzfinanzierung sei damit keinesfalls gescheitert, vielmehr enthalte der Antrag ausdrückliche Vorgaben dafür, wie diese umzusetzen sei.

Karlheinz Töchterle (ÖVP) zeigte sich überrascht und geradezu erschüttert über den Abbruch der Verhandlungen zur Universitätsfinanzierung, umso mehr, als bereits ein fertig ausgearbeitetes Gesetz zur Universitätsfinanzierung vorliege. Auch die Universitäten würden die Vorschläge der ÖVP unterstützen, sagte er. Die SPÖ habe diesen aber die Zustimmung bisher verweigert, da sie offenbar in der Frage des – in Wirklichkeit nur scheinbar – freien Hochschulzugangs nicht über ihren ideologischen Schatten springen könne. Der Vorschlag der SPÖ sei grundsätzlich überflüssig, da noch ausreichend Zeit für den Abschluß der Leistungsvereinbarung mit den Universitäten zur Verfügung stehe. Die Zusage zusätzlicher Mittel für die nächste Periode sei klar an die Studienplatzfinanzierung geknüpft. Die SPÖ wolle nun aber gemeinsam mit der Opposition Geld in Form eines Blankoschecks ausgeben. Das halte er aus seiner Sicht für höchst unverantwortlich. Auch Asdin El Habassi (ÖVP) verwies darauf, daß der Finanzminister bereits 510 Mio. € zusätzlicher Mittel zugesagt habe. Diese seien aber an die Umsetzung eines Gesetzes über die Studienplatzfinanzierung geknüpft. Da diese Bedingung mit dem vorliegenden Antrag aber nicht erfüllt werde, seien diese Zusatzmittel nun ebenfalls nicht gewährleistet, warnte er. Die ÖVP habe zugesichert, bis zum Ende der Regierungsperiode alle notwendigen Vorhaben gemeinsam abzuarbeiten. Eine Zustimmung zum Antrag komme hingegen einem Koalitionsbruch gleich.

Katharina Kucharowits (SPÖ) hielt den Rednern der ÖVP entgegen, es sei wichtig, die Hochschulfinanzierung sicherzustellen. Die Vorgaben, unter denen zusätzliche Mittel

zur Verfügung gestellt werden, seien sehr wohl Teil des Antrags. Auch FPÖ-Wissenschaftssprecher Andreas Karlsböck unterstrich, daß es hoch an der Zeit sei, den Universitäten Planungssicherheit zu geben. Seine Fraktion könne sich dem Antrag anschließen, da damit der entsprechende gesetzliche Rahmen für die Finanzierung geschaffen werde. Die Details habe die nächste Bundesregierung auszuarbeiten.

Albert Steinhauser (Grüne) zeigte sich erfreut über die Ankündigung von SPÖ und FPÖ, dem Abänderungsantrag zustimmen zu wollen. Damit durchbreche man endlich die politische Blockade wichtiger Entscheidungen durch die ÖVP, und es eröffne sich ein Zeitfenster, auch noch andere wichtige Vorhaben, wie Mindestlohn und Abschaffung des Amtsgeheimnisses, umzusetzen. Die Opposition werde damit verantwortlich umgehen. Es gehe nicht um Wahlzuckerl, versicherte er. Die zusätzlichen Mittel, die man den Universitäten zusagen, seien keine populistische Forderung, sondern genau der Betrag, der bereits vom vorigen Wissenschaftsminister, Reinhold Mitterlehner, mit gutem Grund zugesagt wurde. Der ÖVP sei es zuletzt jedoch nur darum gegangen, Zugangsbeschränkungen durchzusetzen.

verhandeln. Bereits Wissenschaftsminister Mitterlehner habe unter bestimmten Auflagen zusätzliche Mittel für die nächste Periode zugesagt. Nun eine reine Finanzzusage zu treffen, ohne dabei aber Änderungen des Managements der Mittel durchzuführen, werde zu keiner Verbesserung der Qualität der Hochschulen führen, warnte Mahrer. Geld ohne Strategie auszugeben löse keine Probleme und sei nichts anderes als Populismus. Die SPÖ wolle statt Sachpolitik offenbar gemeinsam mit den Oppositionsparteien „Theaterpolitik“ betreiben, meinte der Minister. Die SPÖ habe offenbar nicht die Absicht gehabt habe, mit der ÖVP ernsthaft über die Umsetzung der Studienplatzfinanzierung und eine Systemumstellung zu sprechen, obwohl die Universitäten selbst diese Umstellung in der Steuerung der finanziellen Mittel befürworten, sagte Mahrer.

Abschaffung des Pflegeregresses

Der Nationalrat hat am 29. Juni mit breiter Mehrheit für eine Abschaffung des Pflegeregresses gestimmt. Ab Anfang kommenden Jahres ist es den Ländern untersagt, auf das Vermögen von Personen, die in sta-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Auf das Vermögen von Personen in Pflegeeinrichtungen wird nicht mehr zugegriffen werden.

Wissenschaftsminister Harald Mahrer betonte, man habe seit Ende Jänner intensive Verhandlungen über eine neue Universitätsfinanzierung und Zugangsbeschränkungen, zu denen sich auch der Bundeskanzler bekannt habe, geführt. Sein Ressort habe daraufhin einen fertigen Gesetzesentwurf zur Universitätsfinanzierung vorgelegt. Grundsätzlich gebe es noch genug Zeit, um die nächste Leistungsvereinbarungsperiode zu

tionären Pflegeeinrichtungen betreut werden, zurückzugreifen. Gleiches gilt für das Vermögen von Angehörigen und Erblinnen. Im Gegenzug erhalten die Länder jährlich 100 Mio. € zusätzlich über den Pflegefonds. Nicht nur die Abgeordneten, auch Sozialminister Alois Stöger und Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner zeigten sich über den Beschluß erfreut. Kritik kommt hingegen von den NEOS, Abgeordneter Gerald

Innenpolitik

Loacker vermisst ein schlüssiges Gesamtkonzept für eine Pflegereform.

Auf die Abschaffung des Pflegeregresses haben sich die Abgeordneten erst wenige Stunden vor der Debatte im Nationalrat geeinigt. Auch weitere Punkte wie die künftige Ausstattung der E-Cards mit einem Foto und die kostenlose Hepatitis-Impfung für Mitglieder von freiwilligen Feuerwehren mit besonderem Infektionsrisiko wurden mittels Abänderungsantrag im parlamentarischen Schnellverfahren beschlossen. Einsparungen erwarten sich die Abgeordneten von einem geplanten neuen Medikamentenmanagement in Pflegeheimen: Gesundheitsministerin Rendi-Wagner will dazu bis Jahresende eine Regierungsvorlage ausarbeiten.

40.000 Menschen von Abschaffung des Pflegeregresses betroffen

Umgesetzt wird die Abschaffung des Pflegeregresses mit zwei Verfassungsbestimmungen im ASVG. Demnach ist es den Ländern ab 1. Jänner 2018 untersagt, Ersatzansprüche gegenüber BewohnerInnen von Pflegeheimen bzw. deren Angehörigen geltend zu machen. Laufende Verfahren sind einzustellen. Anderslautende landesgesetzliche Bestimmungen werden automatisch ausser Kraft gesetzt. Auch für notwendige Übergangsbestimmungen sollen nicht die Länder, sondern der Bund zuständig sein.

Den gemeinsamen Abänderungsantrag von SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grünen und Team Stronach zum Pflegeregreß brachte Ulrike Königsberger-Ludwig (SPÖ) ein. Sie freue sich für die betroffenen Menschen, sagte sie. Es sei nicht einzusehen, daß – zusätzlich zur Pension und zum Pflegegeld – auch auf Privatvermögen von pflegebedürftigen Personen zurückgegriffen wird, wenn diese in Pflegeheimen betreut werden. Laut Königsberger-Ludwig werden rund 40.000 Menschen von der Abschaffung des Eigenregresses profitieren.

Frage der Gegenfinanzierung offen

Auch SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch und sein Fraktionskollege Kai Jan Krainer äußerten sich darüber erfreut, daß der Pflegeregreß ab 2018 Geschichte ist. Der Eigenregreß sei nichts anderes als eine 100%ige Erbschaftssteuer für Personen, die Pflege brauchen, stimmt Krainer mit Sozialminister Alois Stöger überein. Schade finden es die beiden Abgeordneten, daß das von der SPÖ vorgeschlagene Gegenfinanzierungsmodell, die Einführung einer „moderaten“ Erbschaftssteuer – für Erbschaften über eine

Million Euro – keine Mehrheit gefunden hat. Er warte auf Gegenvorschläge, ist Krainer aber gesprächsbereit. Daß die NEOS die Abschaffung des Pflegeregresses nicht mittragen, wertete Muchitsch als Zeichen sozialer Kälte.

August Wöginger begründete die Zustimmung der ÖVP zur Abschaffung des Pflegeregresses damit, daß dieser eigentumsfeindlich ist. Er setzt, was die Gegenfinanzierung betrifft, nicht zuletzt auf die Ausstattung der E-Cards mit einem Foto, die seiner Meinung nach Einsparungen zur Folge haben wird. Außerdem erwartet er sich eine Kostenreduktion durch ein besseres Medikamentenmanagement in Pflegeheimen.

FPÖ-Abgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein führte die Abschaffung des Pflegeregresses nicht zuletzt auf die Beharrlichkeit der FPÖ über viele Jahre zurück. Österreich werde dadurch ein Stück gerechter, ist sie überzeugt. Auch die „Ur-Uralt-Forderung“ ihrer Fraktion nach einem Foto auf der E-Card werde endlich umgesetzt. Sie sieht in der Maßnahme eine Hemmschwelle für Mißbrauch.

Zufrieden sind auch die Grünen. Es sei nicht gerecht, daß auf bis zu 100 Prozent des Vermögens pflegebedürftiger Personen zurückgegriffen werden kann, sagte Judith Schwentner. Allerdings sieht sie mangels einer entsprechenden Einigung der Regierungsparteien die Frage der Finanzierung ungelöst. Damit gebe man der nächsten Regierung „einen ganz schön großen Brocken mit“.

Daß durch ein Foto auf der E-Card Einsparungen erzielt werden können, glaubt Schwentner ebenso wenig wie NEOS-Abgeordneter Gerald Loacker, dessen Fraktion als

einzigste gegen die Abschaffung des Pflegeregresses stimmte. Für Loacker ist der Pflegeregreß in seiner derzeitigen Form zwar inakzeptabel, vor allem weil es unterschiedliche Regelungen in den Ländern gibt, seiner Meinung nach braucht es aber substantielle Lösungen im Pflegebereich. Konkret drängte Loacker auf einen Ausbau der mobilen Pflege, Pflege in kleinen Einheiten und bundeseinheitliche Qualitätsstandards, er konnte sich mit einem diesbezüglichen Entschliessungsantrag aber nicht durchsetzen. Einigen anderen Punkten des Gesetzespakets stimmten die NEOS in Zweiter Lesung zu.

„Mit von der Partie“ bei der Abschaffung des Pflegeregresses war hingegen die kleinste Fraktion im Nationalrat, das Team Stronach. Waltraud Dietrich wies darauf hin, daß dieser nicht nur ältere Menschen betrifft. Was die Frage der Gegenfinanzierung anlangt, ortet Dietrich, anders als die Grünen und die NEOS, sehr wohl Einsparungspotential durch die Verhinderung von Mißbrauch durch Anbringung eines Fotos auf der E-Card.

Ausdrücklich begrüßt wurde die Abschaffung des Pflegeregresses auch vom fraktionslosen Abgeordneten Rupert Doppler. So ein Vorwahlkampf könne auch etwas Gutes haben, quittierte er den Gesetzesbeschluß.

Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner wies darauf hin, daß es vor allem Frauen sind, die Pflegearbeit leisten. Niemand, der pflegebedürftig wird, müsse in Zukunft Angst haben, daß er alles verliere, was er während seines Lebens gespart hat, hob sie hervor. Ähnlich argumentierte Sozialminister Alois Stöger. ■

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Finden Sie hier beispielhaft einige der Beschlüsse, die der Nationalrats vor der Sommerpause gefaßt hat

Nationalrat verabschiedet im zweiten Anlauf Gewerbeordnungsnovelle

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles!/2017/0617/W4/23006pkGewerbe.htm>

Lohndumping und Sozialbetrug am Bau wird der Kampf angesagt

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles!/2017/0617/W4/23006pkDumping.htm>

Nationalrat beschließt Ökostromnovelle nach Einigung in letzter Minute

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles!/2017/0617/W4/23006pkOekostrom.htm>

Nationalrat begrüßt zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles!/2017/0617/W4/23006pkFTE.htm>

SPÖ, ÖVP und Grüne beschließen Bildungsreform im Nationalrat

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles!/2017/0617/W4/32906pkBildung.htm>

Nationalrat verabschiedet Strafgesetznovelle 2017

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles!/2017/0617/W4/32906pkStrafgesetz.htm>

Novelle der Privatinsolvenz bringt Erleichterung bei Entschuldung

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles!/2017/0617/W4/32906pkPrivatinsolvenz.htm>

Staatsreform und Neuordnung der Kompetenzen

Neuer Gemeindebund-Chef Alfred Riedl beim Gemeindetag in Salzburg:
»Wir können nicht ständig Ausfallshafter für Vorhaben des Bundes sein.«



Foto: Österreichischer Gemeindebund / Schuller

Gemeindebundchef Alfred Riedl bei seiner Eröffnungsrede am Gemeindetag 2017 in Salzburg

Vor mehr als 2.300 GemeindevertreterInnen richtete der neue Chef des Gemeindebundes, Bgm. Alfred Riedl, am 30.06. einige eindringliche Forderungen an die Bundespolitik und eine künftige neue Bundesregierung: „Zum einen sind wir natürlich besorgt darüber, daß kurz vor der Wahl allerlei Beschlüsse und Vorhaben auf den Weg gebracht werden, die viel Geld kosten und die öffentlichen Haushalte – darunter auch die Gemeinden – stark belasten werden“, so Riedl. „Zum anderen haben wir in den Kommunen Reformvorschläge, von denen wir erwarten, daß die nächste Bundesregierung sich darum kümmert.“

„Die letzten Tage“, so Riedl, „erinnern mich an die Nacht des großen Füllhorns im Jahr 2008, als im Spiel der freien Kräfte im Parlament Dinge beschlossen wurden, die

mehr als vier Milliarden Euro gekostet haben.“ Der Gemeindebund werde sehr genau darauf achten, daß es in den nächsten Monaten nicht zu Mehrbelastungen für die Gemeinden komme. „Wir haben im Finanzausgleich einiges erreicht, u.a. einen Strukturfonds für schwache Gemeinden. Wir können uns das nun nicht kaputt machen lassen dadurch, daß auf Bundesebene hemmungslos Geld ausgegeben wird, das Länder und Gemeinden aufzubringen haben.“

Scharfe Kritik übte der neue Gemeindebund-Chef an der überbordenden Bürokratie: „Wir sind tagtäglich mit neuen Vorschriften und Gesetzen konfrontiert“, so Riedl. „Unser Aufwand zur Bewältigung von komplexen bürokratischen Vorschriften steigt jeden Tag. Wir müssen Aufgaben- und Ausgabenverantwortung wieder in eine Hand brin-

gen.“ Die Schulverwaltung sei dafür ein gutes bzw. schlechtes Beispiel. „Anstatt die Bürokratie zurückzudrängen und damit die Ursache zu bekämpfen sollen wir Gemeinden nun den Schulen zusätzliches Verwaltungspersonal zur Verfügung stellen, damit die Symptome bekämpft werden können.“

Österreich brauche, so Riedl, dringend eine Staatsreform, um den gordischen Knoten an Zuständigkeiten zu zerschlagen. „Es ist schade, daß im Österreich-Konvent, wo es über viele wichtige Dinge Konsens gab, am Ende nichts umgesetzt wurde, weil man an den letzten zehn Prozent gescheitert ist“, so Riedl. „Ich appelliere hier und heute an den Herrn Bundespräsidenten, an Minister Sebastian Kurz und an die gesamte Bundesregierung: Lassen Sie uns diese Reform endlich angehen, die Zeit ist reif!“

Innenpolitik

Foto: Österreichischer Gemeindebund / Schuller



Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Außenminister Sebastian Kurz

Ein wesentlicher Teil einer Reform, sagt Riedl, könnte auch die direkte Vertragsfähigkeit für die Gemeinden mit dem Bund und den Ländern sein. „Wir verlieren oft viel Zeit und Kraft, weil alles über 15a-Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern gelöst werden muß, obwohl es eigentlich die Gemeinden betrifft. Es wäre gescheitert, wenn man hier direkte Verträge mit den Gemeinden, respektive den kommunalen Interessensvertretungen, schließt. Das funktioniert ja beim Finanzausgleich genauso.“

In weiterer Folge sprach Riedl einige konkrete Forderungen der Gemeinden an. Eine Wahlrechtsreform mit Verbesserung der Briefwahl und Auszählung aller Stimmen in der Gemeinden ist eine davon. „Was wir mit

Sicherheit nicht brauchen, das ist ein zweiter bundesweiter Wahltag“, so Riedl. Auch den Masterplan für den ländlichen Raum fordert der Gemeindebund ein. „Früher hatten wir einen Grundkonsens darüber, daß es ein Mindestmaß an Infrastruktur für alle Menschen in diesem Land geben muß. Wasser, Kanal, Müllabfuhr, Straßennetz und der Zugang zu Bildung. Darum hat man sich bemüht, um allen Menschen einigermaßen gleichwertige Lebensbedingungen bieten zu können. Dieses Bekenntnis brauchen wir jetzt umso mehr, wir können und dürfen nicht alles zusperrern in den ländlichen Räumen, nur weil sich jeder die Rosinen in der Infrastruktur herauspicken will.“

Die Gemeinden, so Riedl, seien die Orte

der kommunalen Nahversorgung. „Es geht hier um viele Formen der Grundversorgung“, so Riedl. „Wir können nicht überall einspringen, wo die Systeme versagen. Wir können dauerhaft nicht mitzahlen, wenn wir Hausärzte haben wollen, wir können auch nicht an den Bankomaten mitzahlen, weil wir sonst keine mehr bekommen. Wir sind auch nicht dafür da, um Greißler, Wirtshäuser oder Postpartner zu führen. Es ist ein eklatantes Systemversagen, daß wir überhaupt in dieses Dilemma kommen. Wir brauchen hier auch eine Solidarität der Wirtschaft mit dem ländlichen Raum. Es kann nicht sein, daß Unternehmen und Konzerne ihre Gewinne privatisieren und die Verluste sozialisieren wollen.“

„Die Gemeinden“, so Riedl, „sind die mit Abstand bürgernächsten Einheiten. Wir wissen, wo die Menschen Sorgen und Anliegen haben, wir können auch vieles leisten. Aber wir können nicht für alles die Ausfallhaftung übernehmen. Und wir erwarten uns, daß die BürgermeisterInnen nicht nur in Sonntagsreden gelobt werden, sondern auch, daß man uns anhört und einbezieht, wenn es um neue bundespolitische Vorhaben geht.“

„Ich danke Ihnen, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, sehr herzlich für Eure Arbeit. Ihr seid die, die jeden Tag dafür sorgen, daß kommunale Dienstleistungen und Angebote in unseren Gemeinden funktionieren. Ich weiß, daß das nicht immer leicht ist, aber die Menschen wissen das sehr zu schätzen“, so Riedl abschließend. ■

<http://gemeindegund.at>

Foto: Österreichischer Gemeindebund / Schuller



Ein Blick auf die 2.300 GemeindevertreterInnen

Regierungsdelegation reiste nach Kanada und in die USA

Die Besuche von Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung unter Landeshauptmann Hans Niessl hat Tradition. In Toronto, Chicago, Allentown und New York wurden Auszeichnungen an verdiente BurgenländerInnen vorgenommen.



Foto: Landesmedien service Burgenland

Toronto: Verleihung von Ehrenzeichen des Landes an verdiente Persönlichkeiten im Rahmen der Veranstaltung »40 Jahre Burgenländer Club« (v.l.): Roy Perl (Silberne Medaille), Joe Eberhardt (Goldene Medaille), Landesrätin Astrid Eisenkopf, Gabriele Grof (Verdienstkreuz), Landeshauptmann Hans Niessl, Eva Hergovich (Verdienstkreuz), Bernadette Toner (Silberne Medaille) und Landesrat Alexander Petschnig

Eine Delegation der Burgenländischen Landesregierung mit Landeshauptmann Hans Niessl an der Spitze ist in der Zeit vom 26. Mai bis 3. Juni nach Kanada und in die USA gereist, um ausgewanderte BurgenländerInnen und deren Nachfahren zu besuchen. Erste Station war in Toronto, wo ein Zusammentreffen mit VertreterInnen der AuslandsburgenländerInnen auf dem Programm stand.

Toronto

Im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung „40 Jahre Burgenländer Club“ wurden dabei von Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrätin Astrid Eisenkopf sowie Landesrat Alexander Petschnig Ehrenzeichen an verdiente Persönlichkeiten verliehen.

„Heimat ist kein Ort, Heimat ist ein Gefühl. Genau dieses Gefühl steht für die starke und dauerhafte Verbundenheit der AuslandsburgenländerInnen mit unserem Heimatland Burgenland. Sie haben sich die Heimat stets in ihren Herzen bewahrt, sie pflegen in viel-

facher Weise Kontakte mit ihrem Land, mit Verwandten und Freunden. Dies wäre ohne das Wirken des ‚Burgenländer Clubs‘ nicht zu schaffen, der seit nunmehr 40 Jahren diese Heimatverbundenheit pflegt und fördert und damit das Nahverhältnis zum Burgenland aufrechterhält. In diesen vier Jahrzehnten seines Bestehens hat der ‚Burgenländer Club‘ Brücken zwischen der ‚alten‘ und der ‚neuen‘ Heimat gebaut. Ich möchte deshalb dieses Jubiläum zum Anlaß nehmen, um mich für dieses Engagement und für diese ausgezeichnete Arbeit herzlich zu bedanken und für die Zukunft alles Gute zu wünschen“, betonte der Landeshauptmann in seiner Laudatio. In Toronto wurden Auszeichnungen verliehen:

Joe Eberhardt

wurde 1942 in Deutsch Tschantschendorf geboren und zum Werkzeughersteller ausgebildet. 1960 ist er nach Kanada ausgewandert. Er ist langjähriges, verdienstvolles Vor-

standsmitglied im Burgenländer Club Toronto und sehr engagiert bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen. Die Verleihung der Goldenen Medaille ist eine besondere Auszeichnung für seine langjährige Tätigkeit.

Roy Perl

wurde 1960 in Toronto geboren. Seine Eltern stammen aus dem südlichen Burgenland und waren stets bemüht, ihrem Sohn die alte Heimat, deren Sitten und Gebräuche näher zu bringen und ihn für das Burgenland zu begeistern. Er war lange Jahre Präsident des Burgenländer Clubs und ist nunmehr weiterhin ein engagiertes Mitglied dieser Organisation.

Die Verleihung der Silbernen Medaille ist ein sichtbares Zeichen für sein Engagement.

Bernadette Toner

ist 1945 in England geboren. Seit 30 Jahren ist sie in mehreren Funktionen im Burgen-



Überreichung von Geschenken aus der Heimat bei einem Empfang im CN Tower in Toronto (v.l.): Landeshauptmann Hans Niessl, Botschafter Stefan Pehringer, Gabriele Grof, Eva Hergovich und Wirtschaftsdelegierter Christian Lassnig



Fotos: Landesmedienservice Burgenland

länder Club tätig. Sie kümmert sich besonders um Stipendien die von dieser Organisation vergeben werden. Die Silberne Medaille ist ein Dankeschön für ihre Arbeit

Gabriele Grof

ist 1949 in Graz geboren. Im Alter von fünf Jahren kam sie mit ihren Eltern nach Kanada. Beruflich war sie als Bürotechnikerin in der Bibliothek von Toronto tätig und hat sich nebenbei sehr für die Burgenländische Gemeinschaft engagiert. 2014 hat sie die Präsidentschaft des Klubs übernommen.

Das Verdienstkreuz ist eine besondere Auszeichnung für ihr Engagement.

Eva Hergovich

wurde 1943 in Kittsee geboren. Nach ihrer Schul- und Berufsausbildung ging sie nach Kanada, wo sie 30 Jahre lang als Lehrerin tätig war. Seit 2010 ist sie Vorstandsmitglied der Burgenländischen Gemeinschaft und seit 2015 vertritt sie diese Organisation als Repräsentantin im gesamten Gebiet von Kanada. Das Verdienstkreuz ist ein Dankeschön für ihre Leistungen.



Nach der Verleihung der Auszeichnungen in Chicago (v.l.): Prof. Walter Dujmovits (Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft), Tom Steichen (Präsident von Burgenland Bunch), Alan Varga, Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrätin Astrid Eisenkopf, Landesrat Alexander Petschnig, Rudi Spornberger und Emmerich Koller



Tom Steichen und Landeshauptmann Hans Niessl



Die BurgenländerInnen beim gemeinsamen Abendessen

Chicago

Bei einem gemeinsamen Abendessen wurden vom Landeshauptmann drei Auszeichnungen vorgenommen:

Alan Varga

ist 1955 in Chicago geboren. Im Jahre 2000 trat er dem Burgenland Bunch bei, um seine Familie aus Schandorf und Dürnbach zu erforschen. Er unterstützt Burgenland Bunch- Mitglieder bei ihren Forschungen und betreut die Website dieser Organisation. Die Goldene Medaille ist eine besondere Auszeichnung für seine Tätigkeit.

Emmerich Koller

ist 1932 in Pernaubornen geboren. 1956 mußte er flüchten und fand vorerst in Bildein Aufnahme. 1960 ist er nach Amerika ausgewandert, wo er als Universitätsprofessor für Philosophie, Deutsch und Pädagogik an

mehreren Universitäten in den Vereinigten Staaten tätig war. In zwei ausgezeichneten Büchern beschrieb er die damalige Situation im Burgenland, auch hat er in seinen Forschungsarbeiten immer wieder das Burgenland miteinbezogen.

Als Mitarbeiter in der Burgenländischen Gemeinschaft und für sein Engagement ist er mit dem Verdienstkreuz geehrt worden.

Rudi Spornberger

ist 1943 in Wiener Neustadt geboren. Seine Mutter stammt aus dem Südburgenland, er selbst ist 1969 nach Amerika ausgewandert und hat sich 1986 der Burgenländischen Gemeinschaft angeschlossen, wo er jahrelang als Vizepräsident tätig war.

Rudi Spornberger ist nicht nur ein ausgezeichnete Organisator, sondern engagiert sich auch tatkräftig bei der Durchführung von Veranstaltungen der Burgenländischen Gemeinschaft in Chicago. Die Goldene Medaille ist ein Dankeschön für seinen Einsatz.



Landeshauptmann Hans Niessl, LR Astrid Eisenkopf und LR Alexander Petschnig mit dem »Coplay Sängerbund« und dem »Hianzenchor«



Landeshauptmann Hans Niessl und Walt Gröller



Der Landeshauptmann gibt ein Fernseh-Interview

Allentown

In der drittgrößten Stadt von Pennsylvania gab es – ebenfalls im Rahmen eines gemütlichen Besammenseins – eine Auszeichnung für

Fritz Königshofer

Er ist 1944 in Graz geboren und wuchs als Sohn einer Lehrerfamilie in Poppendorf auf. Er studierte angewandte Mathematik und ist 1981 in die USA ausgewandert. Bis zu seiner Pensionierung hat er bei der Weltbank in Washington gearbeitet. Fritz Königshofer ist eines der ersten Mitglieder des Burgenland Bunch und vielen Nachfahren ausgewandeter Burgenländer eine große Hilfe.

Die Landesregierung verlieh ihm die Ehrenmedaille als Dank und Anerkennung.

Fotos: Landesmedienservice Burgenland

Fotos: Landesmedienservice Burgenland



v.l.: Generalkonsul Georg Heindl, Landesrätin Astrid Eisenkopf, Peter Drauch, Landeshauptmann Hans Niessl und Landesrat Alexander Petschnig bei der Verleihung der Ehrenmedaille an Drauch, der der vom südburgenländischen Zehling nach New York ausgewanderte.

New York

Nach weiteren Aufenthalten in Chicago und Allentown machte die Delegation in New York Station, wo u.a. die Jubiläumsveranstaltung „100 Jahre Coplay Sängerbund“ sowie „25 Jahre Hianzenchor“ auf dem Programm stand.

„Das Burgenland konnte sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem bedeutenden Kulturland entwickeln. Diese Kultur ist – wie in kaum einer anderen Region – von Qualität und Vielfalt geprägt. Sie ist aber auch ein wichtiger Bestandteil unserer hohen Lebensqualität. Der ‚Coplay Sängerbund‘ und der ‚Hianzenchor‘ bewahren und pflegen nicht nur dieses einzigartige Kulturgut, sie helfen auch mit, Brücken zwischen der ‚alten‘ und ‚neuen‘ Heimat zu bauen. Deshalb können sie zu Recht als kulturelle Botschafter des Burgenlandes bezeichnet werden. Dafür möchte ich allen Mitwirkenden recht herzlich danken. Sie haben ihre Heimat niemals vergessen und sind – im Herzen – auch heute noch Teil des Burgenlandes“, so Landeshauptmann Hans Niessl, der auch hier Auszeichnungen des Landes zu verlieh:

Peter Drauch

ist 1964 in Zehling geboren und 1988 nach New York ausgewandert. Von Anfang an ist er im 1. Krankenunterstützungs-Verein aktiv und Präsident dieses Vereins und ist um die Nachfahren burgenländischer AuswanderInnen sehr bemüht. Die Ehrenmedaille steht für Dank und Anerkennung.



LR Astrid Eisenkopf, LH Hans Niessl und LR Alexander Petschnig von New Yorks Skyline

Rudi Wolf

ist 1948 in Edlitz geboren und 1969 nach Amerika ausgewandert. Von Anfang an pflegte er Kontakte mit der Burgenländischen Gemeinschaft und arbeitet dort tatkräftig mit. Er ist an der Auswanderungsgeschichte der Burgenländer sehr interessiert und hat dies in einem Buch über die Auswanderung aus Edlitz niedergeschrieben und für die Nachwelt erhalten.

Die Goldene Medaille ist ein Dankeschön für dieses Engagement.

Margaret Kaiser

wurde 1946 in New York geboren. Ihre Mutter wanderte 1938 nach Amerika aus. Sie ist seit Beginn des Burgenland Bunch aktives Mitglied und seit 2003 Editor in dieser Orga-

nisation. Neben der Unterstützung von neuen Mitgliedern schreibt sie zahlreiche Artikel der „Burgenland Bunch Newsletter“ und der „Burgenländischen Gemeinschaft“. Sie unterstützt Nachfahren ausgewanderter Burgenländer bei der Erforschung ihrer Herkunft in verschiedenen genealogischen Gesellschaften. Die Ehrenmedaille steht als Dank und Anerkennung.

Joe Baumann

wurde schließlich für sein Lebenswerk – er war unter anderem einer der Mitbegründer der Burgenländischen Gemeinschaft – mit einer Ehrenurkunde des Landes ausgezeichnet.

<http://www.burgenlaender.com>

<http://www.the-burgenland-bunch.org>

»Burgenland Journal«



Im österreichischen Generalkonsulat in New York (v.l.): Neele Heindl, Generalkonsul Georg Heindl, HR Prof. Walter Dujmovits, Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft, Juliana Belcsak, Präsidentin des Austrian American Council New York, Landeshauptmann Hans Niessl und Peter Drauch nach der Verleihung des »Service Above Self Awards« an HR Prof. Dujmovits in Anerkennung seines jahrzehntelangen und aufopfernden Einsatzes für die AuslandsburgenländerInnen



Fotos: Landesmedienservice Burgenland

Präsident Walter Dujmovits zum 85. Geburtstag

Hofrat Walter Dujmovits, der Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft, wurde am 6. Juli 1932 in Eisenhüttl, Bezirk Güssing, geboren. Er maturierte am Gymnasium in Fürstenfeld und studierte Geographie, Geschichte und Kurzschrift an der Universität Wien. Nach Beendigung seines Studiums wanderte er 1956 in die USA aus und lernte dort erst zahlreiche Familienmitglieder und Verwandte kennen, da viele von ihnen in den Vereinigten Staaten lebten. Sehr bald erkannte der junge Auswanderer aber, daß seine Zukunft doch im Lehrberuf im Burgenland liegt und er kehrte nach einigen Monaten Aufenthalt wieder in die Heimat zurück.

Er trat in den burgenländischen Schuldienst ein, unterrichtete in Eisenstadt und Jahre später führte ihn sein Weg ans Gymnasium in Güssing, wo er nach jahrelanger Unterrichtstätigkeit schließlich zum Direktor bestellt wurde. Neben seinem Beruf als Lehrer und Erzieher war der Jubilar noch auf vielen anderen Gebieten, wie beispielsweise in der Erwachsenenbildung und in der Lehrerausbildung, tätig. Schon lange über das übliche Pensionsalter hinaus, ist der rüstige Pensionist noch immer im öffentlichen Leben aktiv und begeistert durch Vorträge zahlreiche Zuhörer.

Während seiner Auswanderung in die USA kam Dujmovits die Idee für die Erforschung der Amerikawanderung der BurgenländerInnen. Nach der Rückkehr ins Burgenland war er an der Gründung der Burgenländischen Gemeinschaft beteiligt und begann seine Mitarbeit im Verein. Als Organisationsreferent und in anderen Funktionen hat er den Aufstieg von Beginn an mitgestaltet und wesentlich geprägt.

Im Jahre 1981 promovierte er zum Doktor, wobei er in seiner Dissertation die Ergebnisse seiner Forschungsarbeit über die Emigration der Burgenländer verarbeitete. Nun steht Dujmovits bereits seit 1985 als Präsident an der Spitze der Vereinigung und im Laufe der jahrzehntelangen Arbeit ist die Burgenländische Gemeinschaft zur zweiten Familie geworden. Er ist das Urgestein des Vereins.

Auch wenn er mittlerweile seinen 85. Geburtstag feierte, ist er noch immer voller



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Im Österreichischen Generalkonsulat in New York: Landeshauptmann Hans Niessl (l.) im Gespräch mit Präsident HR Prof. Walter Dujmovits (siehe auch Seite 65)

Tatendrang und Leidenschaft für die Interessen der ausgewanderten Landsleute tätig. Sein Wissen über die Geschichte der burgenländischen Auswanderung kann niemand übertreffen.

Seine Dynamik und seinen Ideenreichtum würde man gerne viel jüngeren Zeitgenossen wünschen. Er versteht es Wertvolles zu bewahren und Neues zu fördern und ist dabei stets ein liebenswürdiges, humorvolles, bescheidenes Wesen geblieben. Im Vorstand ist er uns in vielerlei Hinsicht beispielgebendes Vorbild und Freund geworden. Geschätzt werden seine Persönlichkeit, seine Geselligkeit, sein umfangreiches Wissen und seine unterhaltsamen und gern gehörten Anekdoten, die er öfters zum Besten gibt. Auch ist er gern gesehener Gast bei vielen Veranstaltungen und willkommener Gesprächspartner, der mit allen reden kann.

Längst hat Walter Dujmovits schon die Weichen gestellt, damit die Erfolgsgeschichte der Burgenländischen Gemeinschaft, die mit seiner Person untrennbar verbunden ist, nach seiner Ära als Präsident fortgesetzt wer-

den kann. Aber noch ist er als Führungsperson unersetzlich.

Seine Verdienste wurden im Laufe des Lebens vielfach mit hohen Auszeichnungen und Ehrungen gewürdigt. Erst Anfang Juni verlieh ihm Juliana Belcsak, Präsidentin des Austrian American Council New York, den „Service Above Self Awards“ in Anerkennung seines jahrzehntelangen und aufopfernden Einsatzes für die AuslandsburgenländerInnen.

Bleibt nur noch, im Namen des Vorstandes, der Mitglieder sowie der Freunde und Leser der Burgenländischen Gemeinschaft für die bisherige Arbeit und den enormen persönlichen Einsatz für den gesamten Verein Danke zu sagen. Und Gesundheit und Wohlergehen für die Zukunft zu wünschen. Ad multos annos.

Erwin Weinhofer, Vizepräsident
<http://www.burgenlaender.com>

Das „Österreich Journal“ schließt sich – auch im Namen seiner Leserschaft – den Geburtstagswünschen herzlich an!

479 Millionen € Wertschöpfung

Der burgenländische Landesenergieversorger sichert österreichweit mehr als 3.500 Arbeitsplätze, davon rund 1.500 im Burgenland.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Präsentierten die IHS-Studie zur Wertschöpfung der Energie Burgenland (v.l.): EB-Vorstandsdirektor Alois Ecker, Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig, Landeshauptmann Hans Niessl, Michael Gerbavits und IHS-Studienautor Alexander Schnabl

Eine von der Energie Burgenland beim Institut für Höherer Studien (IHS) in Auftrag gegebene Studie zur Wertschöpfung des Unternehmens präsentierte Landeshauptmann Hans Niessl und Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig am 14. Juni gemeinsam mit Michael Gerbavits, Vorstandsvorsitzender, und Alois Ecker, Vorstandsdirektor der Energie Burgenland. Die Studie weist für das Unternehmen eine Gesamtwertschöpfung von 479 Mio. Euro im Jahr 2016, die Sicherung von österreichweit 3.513 Arbeitsplätzen, davon rund 1.500 im Burgenland, und einen fiskalischen Beitrag von 113 Mio. Euro aus.

„Die IHS-Studie bestätigt einmal mehr die wirtschaftliche Bedeutung der Energie Burgenland Gruppe in der Region. Über 3.500 Arbeitsplätze, davon über 1.500 alleine im Burgenland, werden durch das Vorzeigunternehmen gesichert. Damit trägt die Energie Burgenland wesentlich zur erfolgreichen Entwicklung des Landes bei, das sich in den letzten fünf Jahren beim Wirtschaftswachstum im Spitzenfeld aller Bundesländer befindet“, erklärte der Landeshauptmann, der auch auf die wichtige Rolle des Unternehmens bei der Produktion sauberer Energie verwies: „Die Energie Burgenland ist maßgeblich dafür verantwortlich, daß unser Heimatland heute europaweit Vorreiter im Bereich Ökostrom ist“.

„Fast 480 Mio. Euro Gesamtwertschöpfung sind ein exzellentes Ergebnis, das die hervorragende Performance der Energie Burgenland Gruppe eindrucksvoll unterstreicht. Davon profitieren letztlich auch die burgenländische Wirtschaft und der heimische Arbeitsmarkt. Daß das Unternehmen darüber hinaus auch rechtzeitig seine Weichen in Richtung Produktion alternativer Energie gestellt hat, ist ein zukunftsorientiertes, wichtiges Signal des verantwortungsvollen Umgangs mit Ressourcen und sichert der Energie Burgenland einen Startvorteil am heiß umkämpften internationalen Energiemarkt“, so der burgenländischen Wirtschaftslandesrat.

Die Unternehmen der Energie Burgenland Gruppe haben laut aktueller IHS-Studie eine konsolidierte Gesamtwertschöpfung von 479 Mio. Euro im Jahr 2016 ausgelöst, wovon 307 Mio. Euro in Österreich wirksam wurden. Das entspricht einer preisbereinigten Steigerung für Österreich von 8 Prozent in fünf Jahren; im Burgenland stieg die Wertschöpfung preisbereinigt sogar um 19 Prozent. „Die Energie Burgenland hat ihren ökologischen wie auch ökonomischen Weg in den vergangenen Jahren erfolgreich fortgesetzt. Als wirtschaftlicher Motor für das Burgenland, aber auch über das Bundesland hinaus stärken wir nachhaltig die Region“, sagte Vorstandsvorsitzender Gerbavits.

Ebenso haben sich die Beschäftigungseffekte, die durch die Energie Burgenland Gruppe 2016 ausgelöst wurden, positiv entwickelt. In Österreich wurden insgesamt 3.513 Arbeitsplätze (2.990 in Vollzeitäquivalenten) durch das Energieunternehmen gesichert. Davon waren 1.492 Arbeitsplätze (1.279 in Vollzeitäquivalenten) allein im Burgenland. Die Zahl der Beschäftigten ist seit 2010/2011 um rund 30 Prozent im Burgenland und insgesamt gestiegen. „Wir sind einer der wichtigsten Arbeitgeber im Burgenland. Denn unser Team sorgt nicht nur für sauberen Ökostrom, sondern bietet unseren Kunden zudem erstklassige Services und zahlreiche Dienstleistungen an“, sagte Vorstandsdirektor Ecker.

Wichtig für die Region und ganz Österreich

Auch die öffentliche Hand profitierte im vergangenen Jahr von der Energie Burgenland Gruppe: 2016 lagen die fiskalischen Rückflüsse bei knapp 113 Mio. Euro. Naturgemäß profitierten davon vor allem die Sozialversicherung mit rund 47 Mio. Euro und der Bundeshaushalt mit rund 33 Mio. Euro. Neben der eigenen Region profitieren aber auch andere österreichische Bundesländer bzw. das Ausland von indirekten oder induzierten Effekten der Wertschöpfung. ■ <http://www.energieburgenland.at>

Burgenland verstärkt Forschungsleistung

Landeshauptmann Hans Niessl will durch gebündelte Kräfte und Kompetenzen angewandte Forschung forcieren und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen verstärkt in den Vordergrund rücken.

Bündeln und bewegen“ – ganz im Sinne des Leitsatzes der Landesholding Burgenland arbeiten künftig Forschung Burgenland, TOB Technologieoffensive Burgenland und FTI Burgenland unter einem Dach. „Mir ist wichtig, die vorhandenen finanziellen Mittel noch mehr für konkrete Forschungs-, Technologie- und Innovationsprojekte einzusetzen und damit insbesondere burgenländische Unternehmen im Wettbewerb kraftvoll zu unterstützen“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl am 19. Juni. Die Forschungsbündelung sei eines der wesentlichen Projekte dieser Landesregierung, das damit erfolgreich umgesetzt wird. „Der beachtliche Aufschwung in Forschung und Entwicklung kann damit fortgesetzt und der Aufholprozeß des Burgenlandes mit zusätzlichem Schwung vorangebracht werden“, so Niessl. Derzeit arbeiten Forschung Burgenland und Fachhochschule Burgenland an rund 70 Projekten. Marcus Keding wurde zum Alleingeschäftsführer bestellt. Das neue Unternehmen, eine 100%ige Tochter der FH Burgenland, setzt künftig über zwei Millionen Euro um.

Seit gut einem Jahr sei intensiv an der Neuordnung und Konzentrierung des Forschungs- und Innovationsbereiches in der Landesholding Burgenland gearbeitet worden, erklärte Niessl: „Herausgekommen ist die Überzeugung: Gemeinsam sind wir noch stärker.“ Konkrete Zielsetzung der Zusammenführung sei es, den Ressourceneinsatz durch die Nutzung von Einspar- und Synergieeffekten zu verbessern, die Wertschöpfungseffekte für das Burgenland durch verstärkte Kooperation mit der Wirtschaft zu erhöhen und mehr Forschungsgeld in das Burgenland zu holen, erläuterte der Landeshauptmann. Das, was sich das Burgenland in und mit seiner FTI-Strategie vorgenommen hat, werde konsequent umgesetzt, unterstrich Niessl: „Auf ‚Winner-Themen‘ wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz oder Gesundheit zu setzen, war richtig und weitsichtig – jetzt gilt es, diese Palette um Projekte in Megatrends wie Digitalisierung und Industrie 4.0 zu erweitern.“



Foto: Bgfd, LandesmedienService

v.l.: Georg Pehm, GF der Fachhochschule Burgenland, Prof.in Silvia Ettl-Huber, Vizerektorin für Forschung und Innovation, Landeshauptmann Hans Niessl, Marcus Keding, GF der Forschung Burgenland, und Hans Peter Rucker, GF der Landesholding Burgenland

Die Voraussetzungen, die Forschungsleistung im Burgenland weiter anzuhoben, sei besser als je zu vor. „Damit wird ein Innovationsschub ermöglicht, der zu einer weiteren Modernisierung und Stärkung des Wirtschaftsstandorts sowie zu zusätzlichen modernen Arbeitsplätzen führen wird“, sagte Niessl.

Rucker: Weiteres Etappenziel erreicht

Für den Geschäftsführer der Landesholding Burgenland, Hans Peter Rucker, ist damit ein weiteres Etappenziel erreicht. „Die Vernetzung der wesentlichen Forschungsgesellschaften im Konzern macht strategisch Sinn, bringt Synergien und bekräftigt unsere Ausrichtung auf wirtschaftspolitisch wichtige Bereiche“, so Rucker. „Damit bewegen wir Ressourcen zielgerichtet auf einen Weg, der zu einer weiteren Stärkung und Modernisierung des Wirtschaftsstandortes Burgenland führt.“ Man habe sich seit gut einem Jahr intensiv mit der Zusammenführung beschäftigt, die inhaltlichen Felder durch eine klug abgestimmte Vorgangsweise festgelegt und damit den Fokus auf tatsächlich zukunftssträchtige Bereiche gelegt. „Die Ideen

von heute sind die Arbeitsplätze von morgen“, sagte Rucker. Die Forschung Burgenland „neu“ beschäftigt rund 40 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Eisenstadt und Pinkafeld. Die wesentliche Aufgabe der Geschäftsführung und der Führungskräfte sieht Rucker im Ausbau des Netzwerkes und der Zusammenarbeit innerhalb des Konzerns, mit der burgenländischen Wirtschaft, aber auch darüber hinaus. „Eine globalisierte Wirtschaft kennt keine Grenzen, ebenso wenig die Forschung.“

Pehm: Angewandte Forschung durch Kooperation mit rund 430 Unternehmen

„Eines der Erfolgsrezepte im Bereich von Forschung und Innovation im Burgenland ist die gute Abstimmung und enge Zusammenarbeit von Lehre und Wissenschaft geleitet durch die Forschungsstrategie“, betonte Georg Pehm, Geschäftsführer der FH Burgenland. „Sie hat ermöglicht, daß das Forschungsvolumen durch FH und Forschung Burgenland in den letzten fünf Jahren um +79 % (kompetitive Dritt- und auftragsbezogene Industriemittel) gesteigert werden konnte.“ Zudem sei es gelungen, die for-

schungsrelevante Infrastruktur auszubauen. Die Investitionen in Labore, Apparaturen und IT-Infrastruktur betrug für die letzten fünf Jahre rund 3,7 Millionen Euro. „Insgesamt sind in diesem Zeitraum rund 12,9 Millionen Euro in die Forschung investiert bzw. in der Forschung umgesetzt worden“, erläuterte Pehm. Die Anzahl an laufenden Projekten sei aktuell zweieinhalb Mal höher, die Anzahl an forschungsaktiven MitarbeiterInnen verdreifachte sich. „Damit stellen FH Burgenland und Forschung Burgenland die wichtigste Einrichtung öffentlicher, angewandter Forschung im Burgenland dar.“ Dabei sei es auch immer Ziel gewesen, eng mit der Wirtschaft und anderen Forschungszentren zu kooperieren, betonte Pehm: „Unsere Stärke ist die angewandte Forschung – und die versuchen wir voll auszuspielen.“ Aktuell arbeite man mit rund 430 F&E-Partnern zusammen. Thematisch spielen die Themenbereiche Building Technology, Cloud and CPS Security sowie Health und Work Research eine zentrale Rolle.

Keding nun Alleingeschäftsführer

Mit der Zusammenführung der Forschungsgesellschaften wird auch das Management neu aufgestellt. Marcus Keding, der bislang schon für den wissenschaftlich-technischen Bereich der Forschung Burgenland verantwortlich zeichnete, übernahm mit 1. Juni 2017 die Alleingeschäftsführung. Er wird damit von der Leitung des Masterstudiengangs Nachhaltige Energiesysteme entbunden und zur Gänze in die Forschung Burgenland wechseln. Der gebürtige Norddeutsche studierte Verfahrenstechnik an der Technischen Universität Hamburg. Seine beruflichen Stationen führten ihn über das AIT und die FOTEC – Forschungsgesellschaft der FH Wiener Neustadt 2013 an die FH Burgenland. Er war dort zunächst als Studiengangsleiter im Department Energie-Umweltmanagement tätig und später auch Co-Geschäftsführer der Forschung Burgenland. „Es ist für mich persönlich eine unglaubliche Herausforderung aber auch die Chance, noch mehr als bisher die Forschungsarbeit im Burgenland zu unterstützen. Ich kenne das gesamte Forscher-Team seit Jahren und weiß, daß wir im Team Einiges bewegen werden“, so Keding. „Unsere Zielrichtung ist auch weiterhin klar: wir wollen Stärken weiter stärken und unsere wissenschaftliche Energie in neue Produkte und innovative Lösungen einbringen, von denen Unternehmen profitieren.“ Als besonders herausfordernd seien die enormen Umwälzungen zu sehen, die mit

der Digitalisierung in der Wirtschaft verbunden sind. Diese durch professionelle Forschungsarbeit zu begleiten, sei eines der wesentlichen Aufträge an die Forschung Burgenland. „Wir wollen Unternehmen dabei unterstützen, an diesen Entwicklungen dran zu bleiben und für sich gute Lösungen zu finden“, so Keding.

Ettl-Huber: Forschung Burgenland als Partner gefragt

Prof.in Silvia Ettl-Huber, seit Herbst 2016 neben der Managementtätigkeit in der Forschung Burgenland auch Vizerektorin für Forschung und Innovation an der Hochschule, wird sich in Zukunft noch stärker für diese Bereiche an der FH Burgenland einsetzen, aber weiterhin eng mit der Forschung Burgenland zusammenarbeiten. Sie blicke auf

eine erfolgreiche Zeit als Co-Geschäftsführerin der Forschung Burgenland zurück, sagte die Kommunikationswissenschaftlerin. Das „unglaublich engagierte Team“ habe sich wissenschaftlich einen Namen gemacht. Die Forschung Burgenland werde heute als Projektpartner ernstgenommen und geschätzt. Der Aufbau von Kompetenzzentren, den Marcus Keding und sie gemeinsam mit dem Team vorangetrieben haben, sei eine wesentliche strategische Entwicklung gewesen, erläuterte Ettl-Huber: „Dies hat uns ermöglicht, auch bei Projekten der ‚1. Liga‘ mit im Boot zu sein und an angewandter Spitzenforschung mit namhaften Industrieunternehmen mitzuwirken.“ ■

<http://www.fh-burgenland.at>

<http://www.tobgld.at>

<http://www.fti-burgenland.at>

Verkehrsinfrastruktur Burgenland erhält Miliz-Gütesiegel



Foto: VIB

BM Hans Peter Doskozil überreichte das Miliz-Gütesiegel an Andreas Reiner, Geschäftsführer der Verkehrsinfrastruktur Burgenland, sowie an Prof. Gerhard Gürtlich, Geschäftsführer der Neusiedler Seebahn

Die Verkehrsinfrastruktur Burgenland (VIB) und ihr Tochterunternehmen Neusiedler Seebahn (NSB) haben am 9. Juni am „Tag der Miliz“ im Schloß Spielfeld eines der ersten Miliz-Gütesiegel erhalten. Die Auszeichnung wird an Unternehmen für besonderes Engagement um die Miliz verliehen. Andreas Reiner, Geschäftsführer der Verkehrsinfrastruktur Burgenland, durfte von Bundesminister Hans Peter Doskozil die Urkunde entgegennehmen.

„Die Miliz ist eine wichtige und unverzichtbare Säule für den Schutz und die Sicherheit im Land. Die Unterstützung der Miliz sollte deshalb für alle Betriebe selbstverständlich sein. Es freut mich sehr, daß wir nun eines der ersten Unternehmen sind, die

mit diesem Gütesiegel ausgezeichnet wurden“, sagte Reiner bei der Verleihung.

Voraussetzung für die Verleihung des Miliz-Gütesiegels ist die Beschäftigung wenigstens einer im Milizdienst stehenden Person sowie die Unterzeichnung der Pro-Miliz-Charta als Bekenntnis zum Milizsystem. Ziel ist es, den Milizbestand des Bundesheeres aufzustocken und Unternehmen zur Aufnahme von Milizsoldaten zu animieren.

Die Aufgabe der Verkehrsinfrastruktur Burgenland ist die Steuerung der verkehrspolitischen Unternehmen des Landes sowie die Übernahme der Strecke Friedberg-Oberwart von der ÖBB Infrastruktur AG. ■

<http://www.bundesheer.at/sk/miliz/index.shtml>

<http://www.neusiedlerseebahn.at>

Klimaszenarien für das 21. Jahrhundert

Studie untersucht konkrete Auswirkungen des Klimawandels auf das Burgenland

Eine von Umweltschutzlandesrätin Astrid Eisenkopf mit in Auftrag gegebene Studie geht den konkreten Auswirkungen des globalen Klimawandels auf das Burgenland auf den Grund. Fazit: Die Veränderungen sind nicht mehr zu stoppen. Für das Burgenland bedeutet dies bis 2050 einen weiteren Temperaturanstieg bis zu 1,5 °C, bis Ende des 21. Jahrhunderts gar um bis zu 3,8 °, mehr Hitze-, weniger Frosttage, mehr und stärkere Niederschläge und schließlich eine Zunahme der Trockenperioden. Wie stark die Auswirkungen sein werden, läßt sich indes durch wirksame Schutzmaßnahmen beeinflussen. Das Burgenland, seit Jahren europaweit Vorreiter punkto Energiepolitik, setzt dabei auf eine Mehrfach-Klima- und Energiestrategie.

„Angesichts der Tatsache, daß Amerika aus dem Klimavertrag von Paris aussteigen möchte, ist das Thema Klimawandel aktueller denn je. Für viele ist der Klimawandel aber nicht greifbar, weil wir von den unmittelbaren Folgen noch nicht massiv betroffen sind oder sie nicht wahrhaben wollen“, sagte Eisenkopf bei der Präsentation der Ergebnisse. „Tatsache ist auch, daß wir das Ausmaß dieser Veränderungen durch Klimaschutzmaßnahmen wesentlich beeinflussen können. Damit entscheiden wir letztendlich über die Lebensqualität der nächsten Generation“.

Zwei Szenarien: weitermachen wie bisher oder Klimaschutz forcieren

Zur Erhebung der konkret für das Burgenland zu erwartenden klimawandelinduzierten Veränderungen hat Eisenkopf im Vorjahr gemeinsam mit dem Bund und den Bundesländern das Projekt „ÖKS 15“ in Auftrag gegeben. Mithilfe modernster Klimamodelle und auf Basis neuester Erkenntnisse der Klimaforschung wurden darin Klimaszenarien für das Burgenland erstellt und ausgewertet. Zwei Szenarien wurden für die Berechnung der Entwicklung von Niederschlag, Temperatur und weiteren Klimaindizes bis zum Ende des 21. Jahrhunderts zugrunde gelegt: Ein „Business as usual“-Modell („RCP 8.5“), das von der weiteren Verbrennung fossiler Energieträger ohne jegliche Klimaschutzmaßnahmen ausgeht,



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Umweltschutzlandesrätin Astrid und Franz Bauer, Umwelt- und Klimaschutzexperte beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, präsentieren Studie »ÖKS 15«

und ein Schutzszenario („RCP 4.5“) mit wirksamen Klimaschutzmaßnahmen.

Ohne Schutzmaßnahmen 3,8 ° Anstieg bis zum Ende des 21. Jhdts.

Die nun vorliegenden Ergebnisse zeichnen ein klares Bild: Die mittlere Lufttemperatur (30jähriges Mittel 1971 bis 2000 10 °C) wird ohne Gegenmaßnahmen bis Ende des 21. Jahrhunderts im Burgenland um 3,8, bis 2050 um 1,5 °C ansteigen. Im Schutzszenario beträgt der Anstieg bis zum Jahr 2100 2,2, bis 2050 1,3 °C, im Winter und Sommer gleichermaßen. In jedem Fall sind Auswirkungen auf Heiz- und Kühlbedarf, Land- und Forstwirtschaft, Fauna und Flora und kleinräumige Unwetterschäden die Folge.

Bis zu einem Drittel mehr Niederschläge im Winter

Auch bei den mittleren Niederschlagsmengen ist in beiden Szenarien mit einem leichten Anstieg zu rechnen. Die Niederschläge im Sommer werden sich bis Ende des 21. Jhdts. um 2,2 % reduzieren, während „Business as usual“-Szenario im Winter mit einer Zunahme von 33,2 % gerechnet werden kann; im Schutzszenario werden sich bis Ende des 21. Jhdts. im Winter 15,4 %, im

Sommer 4,3 Prozent mehr Niederschlag ergeben.

Mehr Hitze-, weniger Frosttage

Den BurgenländerInnen stehen noch mehr Hitze- und Sommertage (mehr als 30 bzw. 25 °C) bevor – bis 2050 sollen es in beiden Szenarien 4 bzw. 10 Tage sein, wobei die Änderungen unterhalb 1.000 m besonders deutlich ausfallen. Sind es im derzeitigen 30jährigen Mittel 10,1 Hitzetage, wird es bis zum Jahr 2100 mit Klimaschutzmaßnahmen bis zu 15 Hitzetage, ohne Klimaschutzmaßnahmen bis zu 32,3 Hitzetage mehr geben.

Gleichzeitig ist mit einer Abnahme von Frosttagen – unter null Grad Celsius, im 30jährigen Mittel aktuell 91,3 Frosttage – zu rechnen. Bis 2050 könnten es ohne Klimaschutzmaßnahmen um 20,5 bzw. mit Klimaschutzmaßnahmen um 16 Frosttage weniger sein, bis 2100 sogar bis zu 51,5 weniger Tage unter null Grad.

Mehr Trockenperioden

Die Anzahl an Trockenperioden, d.h. eine zumindest fünf Tage andauernde durchgängige Periode mit einer Tagesniederschlagssumme unter 1 mm (30jähriges Mittel: 182,5 Tage), wird sich bis 2100 um 5,6 Tage erhö-

»Burgenland Journal«

hen. Trockenstreß von Pflanzen, Niederwasserstände im Sommer, Wald- und Flurbrandgefahr und Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung sind die Folge.

Mit Energie-Mix und voller Kraft für den Klimaschutz

Um den europaweit anerkannten Weg des Burgenlandes im Bereich der erneuerbaren Energie als Schlüssel zu nachhaltigem Klimaschutz fortzuführen, setzt Eisenkopf auf einen Energie-Mix. „Die vollständige Unabhängigkeit von fossiler und nuklearer Energie ist ein langer Prozeß, der nur schrittweise erreicht werden kann. Wir streben einen Mix aus Energieeffizienzmaßnahmen und der Produktion von Erneuerbarer Energie an. Das

nächste ganz große Ziel lautet, daß wir bis zum Jahr 2050 den gesamten Energieverbrauch aus Erneuerbarer Energie abdecken können“. Die Umweltschutzlandesrätin nennt als wichtige Schwerpunkte auf dem Weg dorthin die Speicherung von Erneuerbarer Energie und die Förderung von Alternativenergieanlagen.

Dialogveranstaltungen in den Gemeinden als Hilfestellung

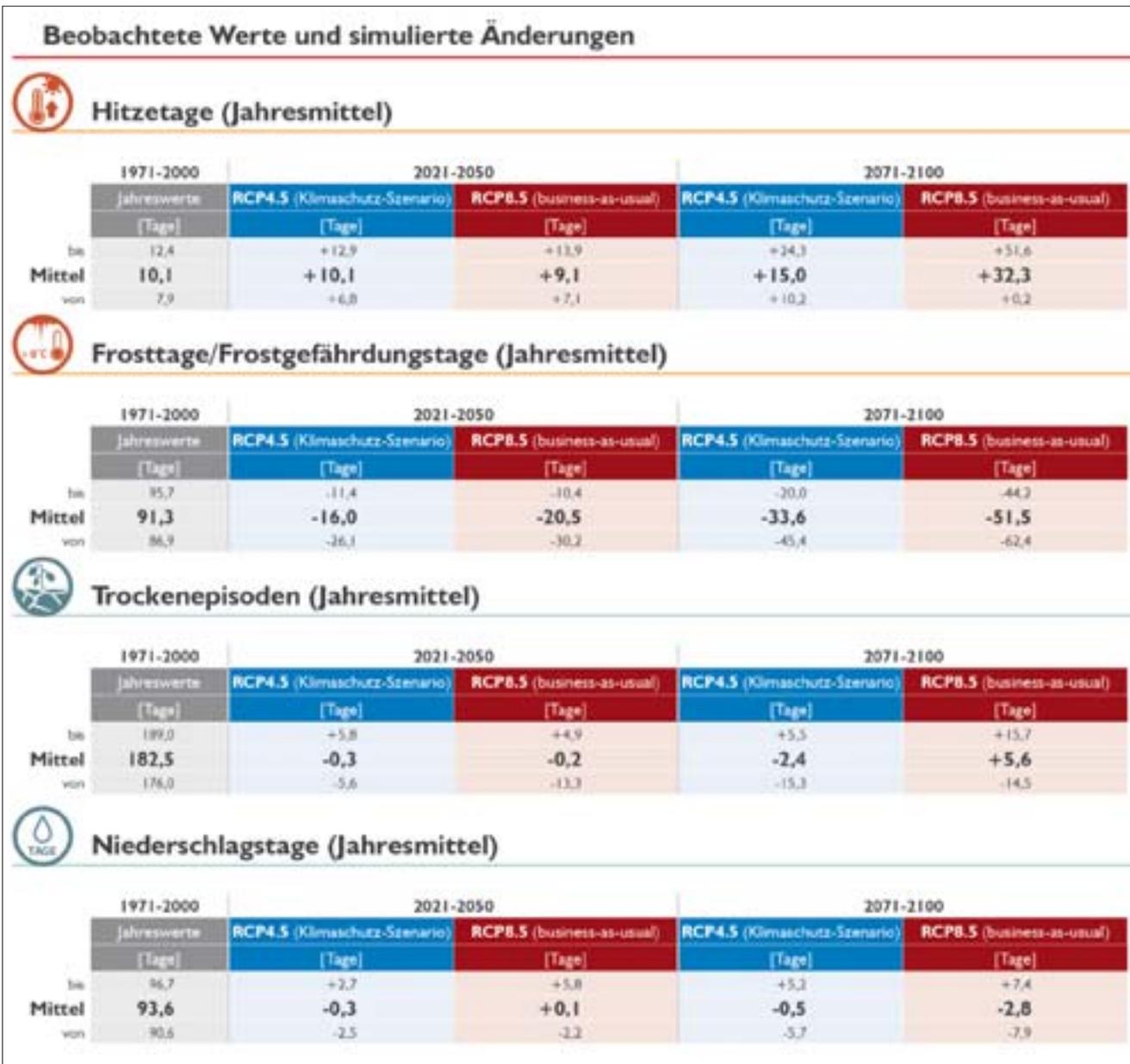
Daneben sei auch die Bewußtseinsbildung ein wesentlicher Faktor. Dialogveranstaltungen in den Gemeinden, vom Land in Zusammenarbeit mit dem Klima- und Energiefonds, dem Ministerium für ein lebenswertes Österreich und dem Umweltbundes-

amt organisiert, sollen die Gemeinden dabei Hilfestellungen bieten und zum Erfahrungsaustausch anregen.

»Clima map«

Ein Nachfolgeprojekt zu „ÖKS 15“ ist bereits auf Schiene: Die „Clima map“ soll Gemeinden und Regionen für das Thema sensibilisieren und sie bei der Vorbereitung auf die Folgen des Klimawandels unterstützen. In einem gemeinsam mit VertreterInnen ausgewählter österreichischer Gemeinden entwickelten Kartenmaterial werden mögliche Auswirkungen von Klimaveränderungen auf geografische und soziale Aspekte in Regionen dargestellt.

<https://data.ccca.ac.at/> (englisch)



Stadtbus Eisenstadt: Vierte Linie ist im Anrollen

In den ersten sechs Monaten wurden bereits 125.000 Personen befördert.

Seit dem 12. Dezember 2016 sind die drei Stadtbusse Georg, Martin und Vitus nun schon in der Landeshauptstadt unterwegs. In den ersten sechs Monaten des Bestehens nutzten rund 125.000 Fahrgäste das öffentliche Verkehrssystem der Landeshauptstadt. Mit dem Fahrplanwechsel 2018/19 wird auch eine neue vierte Linie eingeführt.

Seit dem Start hat sich der Stadtbus hervorragend in Eisenstadt etabliert und ist aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Rund 1000 Fahrgäste nutzen Georg, Martin und Vitus – wie die Linien heißen – täglich, in den ersten sechs Monaten wurden somit etwa 125.000 Personen befördert. Nach dem zweiwöchigen Gratis-Testbetrieb im Dezember 2016 konnte diese hohe Fahrgastzahl auch in den darauffolgenden Monaten gehalten werden.

Die intensive Nutzung der drei Busse hat auch einen positiven Effekt auf das Klima: Rund 170.000 PKW-Kilometer sparten die Fahrgäste des Stadtbusse ein. Das bedeutet, daß in den vergangenen sechs Monaten ca. 25 Tonnen CO₂ in der burgenländischen Landeshauptstadt eingespart wurden. Diese vorzeigbare Bilanz wurde erst kürzlich von „klima:aktiv mobil“ ausgezeichnet.

Sehr gut angenommen wird auch das Angebot, günstige Jahreskarten für den Stadtbus in der Bürgerservicestelle zu erwerben. Insgesamt wurden bisher 627 Jahrestickets verkauft, die Altersklassen sind dabei breit gestreut: Den Großteil davon kaufen Erwachsene (277) und Senioren (220), der Rest teilt sich auf Jugendliche (75) und Personen mit Behindertenausweis (55) auf. Kinder unter 11 Jahren sowie Jugendliche mit dem Top-Jugend-Ticket des Verkehrsverbunds Ost-Region VOR fahren gratis. Auch die kürzlich vorgenommene Evaluierung bestätigte den hohen Anteil an Stammkunden, die mehrmals pro Woche fahren.

Laufende Evaluierung

Der Betrieb wird laufend evaluiert. Die Ergebnisse der ersten Evaluierung flossen in die Fahrplanänderung im Frühjahr 2017 ein. Seit dem 1. April sind die Busse auch an Samstagen von 9 bis 15 Uhr unterwegs. Durch kleine Adaptierungen an den Fahrzei-



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner (r.) und Verkehrsplaner Roman Michalek ziehen eine positive Halbjahresbilanz und präsentieren die Pläne für die vierte Linie.

ten ist der Fahrplan nun noch besser auf die Fahrzeiten der überregionalen Busse sowie der Züge der ÖBB abgestimmt.

Auch die Anzahl der Haltestellen wurde auf 60 erhöht. Auf der Linie Martin wurde vor dem Hochhaus eine neue Haltestelle mit dem Namen „Bahnstraße 14“ eingerichtet. „Die Evaluierung zeigte, daß wirklich alle Haltestellen genutzt werden. Die Einführung einer weiteren Haltestelle geschah auf vielfachen Wunsch der Wohnbevölkerung in der Bahnstraße und stellte auf Grund des guten Zeitpolsters der Linie Martin auch kein Problem dar“, so Bürgermeister Thomas Steiner.

Vierte Linie in Planung

Derzeit in Planung ist die Errichtung einer vierten Linie. „Diese wird gegenläufig geführt und einerseits große Überschneidungen mit der Linie Vitus aber andererseits auch einige ‚weiße Flecken‘ auf der Karte abdecken“, erläutert der Bürgermeister. Die derzeit geplante Route umschließt 30 Haltestellen, wovon 20 bestehende genutzt werden und zehn neu errichtet werden. In Betrieb genommen soll die Linie zum Fahrplanwechsel 2018/19 werden.

Echtzeitanzeigen ab August

Es ist geplant, mittelfristig alle Haltestel-

len mit sogenannten Echtzeitanzeigen auszustatten, die minutengenau anzeigen, wann der nächste Stadtbus kommt. In Phase 1 wird mit jenen zehn Stationen begonnen, die stark frequentiert sind und bereits jetzt die technischen Voraussetzungen (Strom) erfüllen.

Weitere Neuerungen für den Fahrplanwechsel

Weitere Adaptierungen sind für den großen Fahrplanwechsel zum Jahresende vorgesehen, der in enger Abstimmung mit dem VOR über die Bühne geht. Eine weitere Haltestelle wird auf der Linie Georg beim Kaufhaus Jagenbrein in St. Georgen eingerichtet. Weitere Anpassungen und Adaptierungen werden derzeit geprüft. Erklärtes Ziel ist es, weitere Optimierungen vorzunehmen und etwaigen Fahrplanabweichungen entgegenzuwirken.

Erfolgsmodell Stadtbus

Mit dem Stadtbus wurde ein sehr gut funktionierendes System implementiert daß von der Bevölkerung hervorragend angenommen wird. „125.000 Fahrgäste sprechen eine eindeutige Sprache! Georg, Martin und Vitus sind aus Eisenstadt nicht mehr weg zu denken“, so der Bürgermeister abschließend. ■

<http://www.eisenstadt.at>

Haus der Musik in Mattersburg

Foto: Stadtgemeinde Mattersburg



Bei der Eröffnung: Vizebgm. Michael Ulrich, STR Silvia Steiner, STR Rafaela Strauss, Bgm. Ingrid Salamon mit Klaus Leitgeb (Stadtkapelle) Katrin Gstötenbauer (Direktorin ZMS) und Vizebgm. Otmar Illedts.

Mit einem feierlichen Festakt wurde am 21. Juni das „Haus der Musik“ in Mattersburg eröffnet. Adaptiert wurde ein Konzertsaal für ca. 200 Personen, mehrere Proberäume auf zwei Etagen sowie Küche, Sanitäranlagen und Garderoben. Das neue Haus dient dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Stadt und ist auch für BesucherInnen aus der Region interessant. „Musik ist auch die Pflege von Brauchtum und Traditionen. Daher trägt das Projekt sehr wohl zur

kulturellen Vielfalt bei. Musik ist auch sehr wichtig für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Darum ist es mir ein Anliegen, optimale Ausbildungsmöglichkeiten für MusikerInnen anzubieten“, erklärte Bürgermeisterin Ingrid Salamon.

Das Haus ist zentral gelegen und wird sowohl von der Musikschule als auch von der Stadtkapelle verwendet. Es bietet die perfekte Ergänzung zum Kulturangebot in der Bauernmühle und in weiterer Folge auch zum Kul-

turzentrum. Es entsteht ein Kulturdreieck Haus der Musik – Bauernmühle – Kulturzentrum.

„Das Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur dörflichen Infrastruktur. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen wird außerdem das kulturelle und gesellschaftliche Leben in der Stadt gefördert“, so Salamon. ■

<http://zms-mattersburg.msw-bgld.at>

<http://www.bauernmuehle.at>

<http://www.mattersburg.gv.at>

Hochwasserschutz und gewässerökologische Maßnahmen

Foto: Stadtgemeinde Oberwart



Bei der Übergabe der schutzwasserbaulichen und gewässerökologischen Maßnahmen an der Pinka (v.l.): LAbg. Markus Wiesler, Josef Wagner, Maria Patek, LR Helmut Bieler, LT-Präs. Ilse Benkö, Bgm. LAbg. Georg Rosner, Josef Wild und Richard Höbaus

Am 23. Juni hat die Stadtgemeinde Oberwart zur Eröffnung der schutzwasserbaulichen und gewässerökologischen Maßnahmen an der Pinka und am Wehoferbach geladen. Unter Beisein von LR Helmut Bieler und Sektionschefin Maria Patek, Leiterin der Sektion Wasserwirtschaft im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, wurde das Projekt vorgestellt

und offiziell seiner Bestimmung übergeben.

Bürgermeister LAbg. Georg Rosner bedankte sich in seiner Rede für die gute Zusammenarbeit mit allen Verantwortlichen des Ministeriums und der zuständigen Stellen im Amt der Burgenländischen Landesregierung: „Dieses Projekt hat viele positive Entwicklungen für Oberwart gebracht. Nicht nur, daß wir damit die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger besser

vor Hochwasser schützen können, mit der Renaturierung der Pinka ist auch ein wichtiger Schritt in Sachen Umweltschutz passiert. Ziel war die Wiederherstellung eines ökologisch funktionsfähigen Gewässerbettes. Wir sehen, daß dies gelungen ist – und ganz nebenbei ist auch noch ein wunderbares Naherholungsgebiet für alle Oberwarterinnen und Oberwarter entstanden.“ ■

<http://www.oberwart.at>

Der Mann von La Mancha

Premiere ist am 15. September im im Kulturzentrum Güssing.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

40 nationale und internationale Ensemblemitglieder werden im Kulturzentrum Güssing auf der Bühne stehen, Profis und Amateure im Alter von 12 bis 70 Jahren aus Österreich, Ungarn, Deutschland und der Schweiz.

Seit 1994 bringt der Südburgenländische Kulturverein Musical Güssing Musical-Produktionen erfolgreich auf die Bühne. Allein in den letzten zehn Jahren haben die Aufführungen mehr als 100.000 Besucher nach Güssing gelockt.

2017 wird unter der Regie von Intendantin Marianne Resetarits das Musical „Der Mann von La Mancha“ inszeniert; Premiere ist am 15. September. In zehn Vorstellungen wird das Werk vom 15. bis 30. September jeweils Freitag und Samstag im Kulturzentrum Güssing zur Aufführung gebracht. „Die Produktion von Musical Güssing ist ein interessantes pädagogisches Projekt, das hohen Respekt verdient. Es ist beeindruckend, was Profis gemeinsam mit jungen Laiendarstellern im Bereich der sonst im Burgenland seltenen Kunstform Musical jedes Jahr an Qualität auf die Beine stellen. Und zum anderen – und das kann nicht hoch genug eingestuft werden – trägt das Projekt Musical Güssing Großes zur Völkerverständigung bei“, so Kulturandesrat Helmut Bieler am 9. Juni im KUZ Güssing.

Vierzig nationale und internationale Ensemblemitglieder stehen auf der Bühne, Profis und Amateure im Alter von 12 bis 70 Jahren aus Österreich, Ungarn, Deutschland und der Schweiz – darunter SchülerInnen im Alter von zwölf bis 19 Jahren, Menschen mit

besonderen Bedürfnissen und Personen mit Flüchtlingsstatus. Das Orchester ist besetzt mit professionellen und jungen Musikern aus Österreich und Ungarn. Er unterstützt daher sehr gerne dieses Projekt, „weil es das Kulturland Burgenland insgesamt und die Region Südburgenland im Besonderen auch 2017 in höchstem Maße beleben wird“, so Bieler. In diese Kerbe schlägt auch Güssing Bürgermeister Vinzenz Knor. Für ihn sei Musical Güssing als wichtiger Teil des Güssinger Kulturlebens nicht mehr wegzudenken.

Beim Musical „Der Mann von La Mancha“ setzt Regisseurin Marianne Resetarits auf ein bewährtes Team von Profis und Pädagogen aus der Musikbranche. Einstudiert wird das Musical in Workshops mit der Choreographin Evamaria Mayer, dem Amerikaner Gordon Bovient, der auch die musikalische Leitung übernimmt, und dem Jazzpianisten Belush Koreny.

Besucher erwartet ein ausgezeichnet besetztes Ensemble: in der Titelrolle des „Ritters von der traurigen Gestalt“ Kurt Resetarits, Kammersänger Josef Forstner schlüpft in die Rolle seines Gehilfen Sancho, und Simone Niederer spielt die Aldonza, die weibliche Hauptrolle. Regie führt die Intendantin.

„Für mich hat die Geschichte des Musicals ‚Der Mann von La Mancha‘ immer einen besonderen Reiz ausgeübt. In einem

Gefängnis warten Männer und Frauen auf ihre Verurteilung – manche wenige Tage, manche ein ganzes Leben. Die Angst, die Unsicherheit und die damit einhergehende Aggression sind spürbar. An diesem Ort kommt als Häftling ein Dichter, ein Mann mit Phantasie, ein Optimist, und es gelingt ihm, diesen Menschen durch ein Theaterstück Hoffnung zu geben. Er träumt mit den Häftlingen ‚den unmöglichen Traum‘, wie er selbst besingt. Diese Hoffnung will ich mit der heurigen Inszenierung auf die Bühne und ins Publikum tragen“, so Resetarits.

Für den Geschäftsführer des Tourismusverbandes Region Güssing, Harald Pospits, ist Güssing „die Kulturhauptstadt im Süden des Landes“. Um das zu erreichen, habe man viel getan. So konnte durch die intensive Zusammenarbeit der drei großen Kulturveranstalter mit der Stadtgemeinde und dem Tourismusverband das Werbevolumen für das Kulturangebot in Güssing deutlich gesteigert werden. Außerdem habe man heuer erstmals ein gemeinsames Prospekt der Kuluranbieter herausgegeben. Seit Jahresbeginn wurden in Koordination durch den Tourismusverband unter der Marke „Kultur Güssing“ acht Medienkooperationen mit einer Auflage von 150.000 Stück und Online-Werbung mit über 500.000 Kontakten durchgeführt. ■ <http://www.musicalguessing.com>

Starke Welthandelsimpulse beflügeln unsere Konjunktur

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung WIFO präsentierte am 29. Juni seine Prognose für 2017 und 2018

Die von Ostasien ausgehende Beschleunigung des Welthandelwachstums erreichte heuer Österreich. Die heimische Ausfuhr profitiert zudem von der Lösung des Investitionsstaus in Ostmitteleuropa. 2018 dürften die außenwirtschaftlichen Impulse etwas nachlassen, der private Verbrauch wird die Konjunktur weiterhin stützen. Trotz eines prognostizierten Wirtschaftswachstums von 2,4 % 2017 (arbeitstagsbereinigt +2,6 %) und 2,0 % 2018 bleibt die Arbeitslosigkeit relativ hoch, da viele Stellen nicht mit Arbeitsuchenden in Österreich be-

setzt werden. Das Budgetdefizit nimmt heuer deutlich ab, die Fiskalpolitik ist einnahmenseitig aber noch expansiv ausgerichtet.

Höchstes Wachstum seit sechs Jahren verzeichnet

Die österreichische Wirtschaft verzeichnete zu Jahresbeginn 2017 das höchste Wachstum seit sechs Jahren. Dahinter steht vor allem ein günstiges Zusammenspiel außenwirtschaftlicher Faktoren. Zum einen belebte sich seit 2016 die Importnachfrage Chinas. Neben anderen Ländern in Ostasien

profitierten davon Rohstoffexporteure wie Rußland, aber eben auch Österreich (vor allem über Zulieferketten mit Deutschland), da die heimischen Exporteure von Investitionsgütern und Maschinen sehr gut in die weltweiten Wertschöpfungsketten integriert sind. Zum anderen löst sich allmählich der Investitionsstau in Ostmitteleuropa, der 2016 wegen der Verzögerung der Auszahlung von EU-Förderungen entstanden war. Der österreichische Außenhandel profitiert damit zur Zeit mehrfach, denn auch in den USA nahm die Investitionstätigkeit und damit die Nach-

Hauptergebnisse der WIFO-Prognose

		2013	2014	2015	2016	2017	2018
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real		+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,0
Herstellung von Waren		+ 0,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 4,8	+ 4,0
Handel		- 2,1	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,3
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real		- 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5
Dauerhafte Konsumgüter		- 3,0	+ 0,1	- 0,6	+ 3,1	+ 2,5	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 2,2	- 0,9	+ 0,7	+ 3,4	+ 3,2	+ 2,4
Ausrüstungen ²⁾		+ 2,4	- 1,0	+ 3,6	+ 7,5	+ 4,5	+ 3,5
Bauten		- 0,9	- 0,1	- 1,2	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,3
Sonstige Anlagen		+ 0,5	+ 2,3	+ 3,6	+ 1,6	+ 4,2	+ 3,6
Exporte, real		+ 0,5	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,5
Warenexporte		- 0,7	+ 2,2	+ 3,5	+ 1,2	+ 4,9	+ 4,0
Importe, real		+ 0,7	+ 1,3	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,1
Warenimporte		- 2,0	+ 0,8	+ 4,2	+ 3,3	+ 4,0	+ 3,3
Bruttoinlandsprodukt, nominell		+ 1,7	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,9	+ 3,7
	Mrd. €	322,54	330,42	339,90	349,34	363,12	376,46
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	2,0	2,4	1,9	1,7	2,2	2,3
Verbraucherpreise		+ 2,0	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,7
Dreimonatszinsatz	in % des BIP	0,2	0,2	- 0,0	- 0,3	- 0,3	- 0,1
Sekundärmarktrendite ³⁾	in % des BIP	2,0	1,5	0,7	0,4	0,7	1,2
Finanzierung des Staates							
(laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 1,4	- 2,7	- 1,1	- 1,6	- 0,7	- 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,4
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		5,4	5,6	5,7	6,0	5,7	5,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		7,6	8,4	9,1	9,1	8,6	8,4

Q: WIFO-Konjunkturprognose. 2017 und 2018: Prognose. - ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. - ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). - ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. - ⁵⁾ Labour Force Survey. - ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice

frage nach österreichischen Erzeugnissen Anfang 2017 wieder kräftig zu.

Günstige Impulse werden anhalten

Heuer werden diese günstigen Impulse wohl noch anhalten; die Unternehmen bewerten die aktuelle Lage und die Entwicklung in den kommenden Monaten äußerst optimistisch. In Ostmitteleuropa wird sich die Investitionstätigkeit dann wieder normalisieren, und in den USA werden von wirtschaftspolitischer Seite wohl eher die Steuern gesenkt als große Investitionsprojekte angegangen. Zudem ist fraglich, ob der Investitionsboom in China anhält; die Welthandelsdynamik schwächte sich zuletzt ab. Daher wird für Österreich im Prognosezeitraum eine Abschwächung des Wachstumspfades unterstellt.

Wachstum auch 2018

Insgesamt wird die Wirtschaft aber auch 2018 kräftig expandieren, nicht zuletzt aufgrund der robusten Binnennachfrage. Zwar laufen die konsumstützenden Effekte der Steuerreform heuer aus, doch stärkt der Rückgang der Arbeitslosigkeit die Einkommen der privaten Haushalte und ihren Verbrauch. Eine Entwarnung für den Arbeitsmarkt wäre aber verfrüht: Der Großteil der zusätzlichen Beschäftigung wird nicht aus dem bestehenden Reservoir an Arbeitssuchenden rekrutiert. Vor allem aus jenen Ländern in Ostmitteleuropa, für die der Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt 2011 und 2013 liberalisiert wurde, ist der Arbeitskräfteandrang anhaltend stark. Ältere und geringqualifizierte Arbeitssuchende bleiben länger arbeitslos und erhöhen die Sockelarbeitslosigkeit in Österreich.

2017 geringeres Budgetdefizit

Das Budgetdefizit wird heuer deutlich geringer ausfallen als 2016. Dies ist zum einen dem höheren Wirtschaftswachstum zuzuschreiben, zum anderen Sondereffekten im Zusammenhang mit der Steuerreform (Vorzieheffekte im Bereich der Kapitalertragsteuer, die 2016 das Aufkommen dämpften) und den Pensionen („Pensionshunderter“ 2016), drittens dem Wegfall von budgetwirksamen Bankenhilfen und schließlich dem anhaltenden Rückgang der Zinsbelastung.

Einnahmenseitig wirkt die Budgetpolitik 2017 noch expansiv, da Teile der Steuerreform erst heuer wirken und die Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds gesenkt werden. Die Budgetprognose

für 2018 ist nicht zuletzt aufgrund der vorgezogenen Nationalratswahl im Oktober 2017 mit erheblicher Unsicherheit behaftet; ein Budgetprovisorium dürfte vorerst bestehenden Ausgabenpfade fortschreiben.

Mehrheitlich aufwärtsgerichtet

Die Prognoserisiken für das Wirtschaftswachstum sind mehrheitlich aufwärtsgerichtet. Die „Aktion 20.000“ würde dazu beitragen, die erhöhte Sockelarbeitslosigkeit zu senken, der „Beschäftigungsbonus“ könnte zusätzliche Investitionen auslösen. Zudem könnten die günstigen Impulse für die Außenwirtschaft länger anhalten als in der Prognose unterstellt. Die Weltwirtschaft birgt aber auch Abwärtsrisiken, wie etwa die Brexit-Verhandlungen und die hohen weltweiten Aktienbewertungen: Eine Kurskorrektur könnte den fragilen europäischen Finanzsektor destabilisieren. Drohende militärische Konflikte im Nahen Osten sind ein Risiko für den Rohölpreis, da der Iran große Teile der täglichen Rohölfracht kontrolliert. ■

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im nachfolgenden Glossar zusammengefasst:

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Gegensatz zu den an Eurostat gelieferten und auch von Statistik Austria veröffentlichten „saison- und arbeitstägig bereinigten Veränderungen“ der vierteljährlichen BIP-Daten bereinigt das WIFO diese zusätzlich um irreguläre Schwankungen. Diese als Trend-Konjunktur-Komponente bezeichneten Werte weisen einen ruhigeren Verlauf auf und machen Veränderungen des Konjunkturverlaufes besser interpretierbar. Die Formulierung „veränderte sich gegenüber dem Vorjahr ...“ beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere In-

formationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres (t_1), wenn das BIP im Jahr (t_1) auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres (t_0) (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone siehe auch

<http://www.statistik.at>.

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87 % der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) ent-

haltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit

<http://www.konjunkturtest.at>

Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition

Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat:

Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den „unselbständig Beschäftigten“ zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der „unselbständig aktiv Beschäftigten“.

<http://www.wifo.ac.at>

Immobilien-Durchschnittspreise 2016 in Wien und Westösterreich am höchsten

Die für ganz Österreich berechneten Durchschnittspreise für Grundstücke, Häuser und Wohnungen weisen nach Auswertungen von Statistik Austria im Jahr 2016 große regionale Unterschiede auf. Neben Wien sind vor allem die westlichen, alpinen Bundesländer von hohen Immobilienpreisen geprägt. Die hohen Grundstückspreise machen sich hier auch bei den Häusern und Wohnungen bemerkbar. Kann man für 1.000 € im Burgenland über 20 m² Baugrund erstehen, sind es in Vorarlberg im Durchschnitt nur etwas mehr als 3 m². Der Österreich-Durchschnitt lag 2016 bei 75 € je m² für Baugrundstücke, 2.552 € je m² Wohnfläche bei Eigentumswohnungen und 1.346 € je m² Wohnfläche bei Häusern. Bei sämtlichen Objekttypen lagen die Preise in Wien, Salzburg, Tirol und Vorarlberg über dem Durchschnitt. Die Preise für Baugrundstücke in Oberösterreich und Niederösterreich bewegten sich im Österreichschnitt, darunter lagen sie in Kärnten (55 €), der Steiermark (54 €) und im Burgenland (52 €).

Grundstücke: die Lage zählt

Die Grundstückswerte sind das zentrale Merkmal des Immobilienmarkts, und die Lage ist hier ausschlaggebend. Besonders begehrte Lagen fanden sich im urbanen Raum und in Tourismuszentren. Im Fünfjahresdurchschnitt fielen in Wien die Bezirke Meidling und Währing mit 1.081 € und 1.041 € je m² auf. Das begrenzte Angebot in den von urbanem Raum umgebenen Stadtbezirken trieb hier die Preise an. In den Wiener Randbezirken fanden sich jedoch auch preiswertere Baugrundstücke, und die Durchschnittspreise pro m² fielen mit 500 bis 650 € im Jahr 2016 gemäßiger aus. Wien nahm im Direktvergleich der Bundesländer mit durchschnittlich 642 € pro m² den ersten Platz ein. Die Nähe zu Wien war auch bestimmend für die Preise in Niederösterreich und dem Nordburgenland. Die peripheren Regionen im Norden Niederösterreichs und im Mittel- sowie Südburgenland sind die preisgünstigsten des Landes. In Gmünd (NÖ) kostete Baugrund etwa im Durchschnitt 11,90 € und in Güssing (Bgl.) 10,00 € pro m².

Eine andere Situation zeigte sich im Westen Österreichs. Vorarlberg, Tirol und Salzburg folgen mit einem Durchschnitt von 310 €/m², 200 €/m² und 186 €/m² auf den Plätzen hinter der Bundeshauptstadt. Dornbirn,

Feldkirch, Innsbruck und Salzburg konnten in den vergangenen Jahren hohen Bevölkerungszuwachs verzeichnen, was in diesen Städten – in Kombination mit dem limitierten Raumangebot – zu Grundstückspreisen im gehobenen Preissegment beitrug. Im Fünfjahresdurchschnitt stand Innsbruck mit 1.057 €/m² vor der Stadt Salzburg mit 857 €/m² und der Gemeinde Dornbirn mit 499 €/m² an der Spitze.

Der Tourismus spielt ebenso eine große Rolle. In Oberösterreich, Salzburg und Kärnten waren die Seen große Anziehungspunkte, wie der Fünfjahresdurchschnitt zeigt. Der Preis von Pörschach am Wörthersee war mit 159 €/m² mehr als doppelt so hoch wie der Bezirksdurchschnitt von Klagenfurt-Land mit 64,60 €. Die Gemeinde Mondsee im oberösterreichischen Bezirk Vöcklabruck lag mit 391 € sogar noch weiter über dem Bezirksdurchschnitt von 81 €. Noch höhere Preise werden im Westen Österreichs erzielt. Die Wintersportregionen heben sich deutlich vom Rest Österreichs ab: In Kitzbühel erzielte ein durchschnittlicher m² Baugrund 1.521 €, in Lech 1.494 € und in St. Anton am Arlberg 929 €.

Regionale Unterschiede bei Häuser- und Wohnungspreisen

Die Preise von Häusern und Wohnungen zeigen regional ähnliche Muster wie die Baugrundstücke. Teilweise lagen die m²-Preise der Häuser unter den Wohnungspreisen. Auch hier ist die Lage essenziell. Eigentumswohnungen finden sich überwiegend in den Stadt- und Ortszentren. Zusätzlich ist diese Preisdifferenz auch einer durchschnittlich geringeren Qualität der Häuser im Vergleich zu den Wohnungen geschuldet. Viele Objekte bedürfen erheblicher Investitionen in Sanierung und Instandhaltung, oder werden auf Kosten der Käufer abgerissen. In Wien zahlt man für eine 67-m²-Wohnung 227.000 €, während man für den gleichen Betrag im Bezirk Mattersburg im Burgenland durchschnittlich 233 m² bekommt. Im Bezirk Mödling befand sich das durchschnittliche Haus mit einem Preis von 345.800 € auf einem 630 m² großen Grundstück und verfügte über 136 m² Wohnfläche. Im Vergleich dazu bezahlte man im Bezirk Scheibbs 144.000 € für ein Haus mit 150 m² und einem 850 m² großen Garten.

<http://www.statistik.at>

Industrie erhöht Wachstumstempo nochmals deutlich

UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex steigt im Juni auf 60,7 Punkte – damit wurde der zweithöchste Wert seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1998 erreicht – Kräftiges Auftragsplus führt zu starker Produktionsausweitung

Die österreichische Industrie präsentiert sich zu Sommerbeginn 2017 in glänzender Verfassung und ist nicht nur auf Wachstumskurs geblieben, sondern der Aufschwung hat sich sogar beschleunigt. „Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex ist im Juni auf 60,7 Punkte gestiegen. Damit erreicht der Indikator nach Februar 2011 den zweithöchsten Wert seit dem Beginn seiner Erhebung im Herbst 1998. Die Industriekonjunktur zeigt weiterhin keine Ermüdungsercheinungen und startet so dynamisch in den Sommer wie noch nie zuvor“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

Der Aufwärtstrend ist auf breiter Ebene spürbar. Fast alle Teilergebnisse der monatlichen Umfrage unter österreichischen Einkaufsmanagern zeigen eine klare Verbesserung gegenüber dem Vormonat. „Die heimischen Industriebetriebe haben im Juni ihre Produktion sehr kräftig ausgeweitet. Auch zusätzliches Personal wurde aufgenommen, um die hohe Zahl an Neuaufträgen erfüllen zu können. In diesem starken Nachfrageumfeld gehen allerdings die Rohstoffkosten weiter nach oben, trotz des dämpfenden Einflusses des Ölpreises“, so Bruckbauer.

Der stärkste Einfluß auf den Anstieg des UniCredit Bank Austria EinkaufsManager Index ging im Juni von dem deutlichen Plus an Neu- und Folgeaufträgen aus. Der Teilindex für das Neugeschäft kletterte auf 62,1 Punkte, den höchsten Wert seit Jahresbeginn 2011. „Im Juni konnten die österreichischen Industriebetriebe wieder mehr Aufträge aus dem Ausland verbuchen, doch die Nachfrage aus dem Inland erhöhte sich besonders kräftig. Folglich haben die Industriebetriebe die Produktion deutlich ausgeweitet. Der Produktionsindex stieg mit 62,2 Punkten auf den zweithöchsten Wert überhaupt“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Trotz des Ausbaus der Produktionskapazitäten sind im Juni die Auftragsbestände weiter gestiegen. Die österreichischen Industriebetriebe haben die Stärke der Nachfrage offenbar etwas unterschätzt.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Aufwärtstrend ist auf breiter Ebene spürbar

Rückenwind für den Arbeitsmarkt

Der starke konjunkturelle Rückenwind für die österreichische Industrie macht sich immer stärker positiv am Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung ist im ersten Halbjahr 2017 um rund 2,5 Prozent gestiegen, mit jüngst klar zunehmender Tendenz. Erstmals seit dem Krisenjahr 2008 wird die Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 600.000 übersteigen.

Die Anzahl an Arbeitssuchenden im Sektor wird im Gleichschritt auf deutlich unter 30.000 abnehmen.

„Die Arbeitslosenquote dürfte in der Gesamtwirtschaft in Österreich von 9,1 Prozent im Vorjahr auf 8,7 Prozent 2017 zurückgehen. In der Sachgüterindustrie wird die Arbeitslosenquote sogar noch stärker sinken. Mit einem voraussichtlichen Rückgang um einen halben Prozentpunkt auf 4,5 Prozent baut die Branche ihre vergleichsweise günstigere Position 2017 noch aus“, erwartet Pudschedl.

Ölpreis dämpft die Preisdynamik im Einkauf

Der Anstieg der durchschnittlichen Einkaufspreise ließ im Juni zum dritten Mal in

Folge nach, da der sinkende Ölpreis den Auftrieb durch sonstige Rohstoffe, wie unter anderem bei vielen Metallerzeugnissen und Kunststoffen, dämpfte. Auch der Anstieg der Verkaufspreise verlangsamte sich im Juni leicht, so daß sich insgesamt die Ertragslage der Betriebe durch die Preistrends im Vergleich zum Vormonat nicht veränderte.

Gute Aussichten: Stärkstes Industriewachstum seit 2011

Die Industriekonjunktur ist also Mitte des Jahres 2017 gut in Schwung. Der aktuelle UniCredit Bank Austria EinkaufsManager Index weist mit einem Wert von über 60 auf eine besonders dynamische Wachstumsphase hin, die sich in den kommenden Monaten auch weiter fortsetzen sollte. Dafür sprechen zum einen einige Teilergebnisse des aktuellen Indikators. Das Indexverhältnis „Neuaufträge zu Lager“ mit einem sehr hohen Wert von 1,25 signalisiert, daß die Stärke der Nachfrage unter Berücksichtigung der vorhandenen Lagerkapazitäten in den Sommermonaten voraussichtlich zu weiteren starken Produktionsanstiegen im Vergleich zum jeweiligen Vormonat führen wird. Zum anderen zeigt auch das europäische Umfeld weiterhin Stärke. Der vorläufige EinkaufsManagerIndex für die Eurozone ist auf 57,3 Punkte gestiegen und der jüngste IFO-Geschäftsklimaindex für Deutschland hat mit 115,1 Punkten einen Höchstwert seit 1991 erreicht.

„Im derzeit sehr positiven Konjunkturfeld sind die Produktionserwartungen der heimischen Industrie weiterhin klar nach oben gerichtet. Der im Rahmen der EMI-Umfrage ermittelte Erwartungsindex stellt mit hohen 66,8 Punkten im Juni eine spürbare Expansion der Industrie in den kommenden zwölf Monaten in Aussicht. Wir erwarten für 2017 mittlerweile ein Produktionswachstum in der heimischen Industrie von zumindest 3,5 Prozent, das entspräche dem höchsten Wert seit 2011“, so Bruckbauer abschließend. ■

<https://www.bankaustria.at/>

Gewerbeordnung erhält Qualifikation und Qualität

KonsumentInnen können auf Meisterprodukte vertrauen – Reformen im Betriebsanlagenrecht auf Basis von WKÖ-Konzepten erreicht

Die vorliegende Novelle der Gewerbeordnung sichert die Grundsätze von Qualität und Qualifikation wodurch die Ausbildung unserer Fachkräfte und die Meisterqualifikation erhalten bleiben. Gleichzeitig bedeutet der nun deutlich liberalere Zugang zu den Gewerben durch eine Gewerbelizenz eine immense Ausweitung der Möglichkeiten unternehmerischen Tätigkeit, die wir begrüßen“, so Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, am 29. Juni anlässlich der Beschlußfassung des Nationalrats zur Gewerbeordnungsnovelle. Es sei sehr positiv zu werten, daß Österreich die deutschen Fehler vermeide und damit den für den heimischen Standort so wichtigen Faktor der Fachkräfteausbildung außer Streit stelle. Im Betriebsanlagenrecht kommt es zu weitreichenden Verbesserungen u.a. was die Verfahrensdauer betrifft.

Garanten für Meisterprodukte und Dienstleistungen mit Qualität

„Erfreulich ist, daß die gebundenen Gewerbe als Grundpfeiler für Qualität und Qualifikation in der Reform anerkannt werden. So können unsere Betriebe weiterhin die Garanten für ausgezeichneten Fachkräftenachwuchs in Österreich sein und die KonsumentInnen auf Meisterprodukte und Dienstleistungen mit Qualität „Made in Austria“ vertrauen“, unterstreicht Renate Scheichelbauer-Schuster, Obfrau der Bundessparte Gewerbe und Handwerk. Die duale Ausbildung trägt maßgeblich zur Wettbewerbskraft der Gewerbe und Handwerksbetriebe bei. Innovation und Wissen werden damit gebündelt und bedeuten einen Standortvorteil Österreichs. Sehr positiv sei zu werten, daß es insgesamt zu einer Neuorganisation des Bildungswesens und damit zu einer Aufwertung und Anerkennung der beruflichen Qualifikation komme.

Obwohl die für das „One-Stop-Shop“ im Betriebsanlagenrecht wegen fehlender Zustimmung einer Oppositionspartei nicht beschlossen werden konnte, können die heimischen Unternehmen künftig mit einer Reihe wichtiger Verbesserungen rechnen. Die Ver-



Foto: WKNÖ / Hautzinger

Renate Scheichelbauer-Schuster, Obfrau der Bundessparte Gewerbe und Handwerk.

fahrensdauer wird im vereinfachten Verfahren von vier auf zwei Monate und bei den anderen Verfahren von sechs auf vier Monate verringert. Gleichzeitig steigt der Anteil der vereinfachten Verfahren auf 50 Prozent. Wer Anlagen ändern möchte, kann dies künftig in vielen Fällen rasch ohne Genehmigungs- oder Anzeigeverfahren tun. Die Verfahrenskosten werden an mehreren Stellen deutlich abgemildert. Der Grundsatz „Beraten vor Strafen“ wird ausdrücklich im Anlagenrecht verankert, damit „unsinnige“ Strafverfahren gar nicht erst in Gang gesetzt werden, wenn der Betrieb den gesetzmäßigen Zustand herstellt. Auf Wunsch von Investoren können, etwa bei Engpässen von Amtssachverständigen, nichtamtliche Sachverständige beigezogen werden. „Das Reformpaket räumt viele lästige Hürden für Unternehmen im Betriebsanlagenrecht aus dem Weg und setzt Forderungen um, die wir gemeinsam mit Experten der Behörden entwickelt haben“, unterstreicht der WKÖ-Präsident.

Ausweitung der Nebenrechte

Die Ausweitung der Nebenrechte um maximal bis zu 30 Prozent in andere freie Gewerbe und davon um bis zu 15 Prozent in reglementierte Bereiche bedeutet durch den

Entfall von Gewerbebescheiden eine finanzielle Entlastung der Betriebe. Gemeinsam mit den im Rahmen der Reform der Wirtschaftskammer-Organisation beschlossenen Maßnahmen zum Entfall der Grundumlage für Unternehmensgründer im ersten Jahr und dem in der Novelle vorgesehenen Entfall der Anmeldekosten bei Gewerbebeantragung werde, so Leitl, den Unternehmen ein „attraktives Paket“ vorgelegt. Durch die Online-Anmeldung werde „aktiver Bürokratieabbau“ betrieben, da das Zugangsverfahren außerordentlich erleichtert wird.

Reform bedeutet auch Herausforderungen für die WKÖ

„Klarerweise birgt die nun vorliegende Reform der Gewerbeordnung auch Herausforderungen für die Wirtschaftskammer-Organisation. Dies betrifft vor allem die Nachvollziehbarkeit der unternehmerischen Tätigkeit im Sinne eines fairen Wettbewerbs im Rahmen der Ausweitung der Nebenrechte. Insgesamt bildet die nun vorliegende Reform die Notwendigkeiten eines zeitgemäßen Gewerberechts ab und gibt den Startschuß für mehr Modernität am heimischen Standort“, so Leitl abschließend. ■

<http://www.wko.at>

Österreichs längstdienende BürgermeisterInnen

Österreichs längstdienender Bürgermeister heißt Peter Nindl und steht seiner Gemeinde Neukirchen am Großvenediger (Sbg.) seit unglaublichen 38 Jahren vor.

Der Gemeindebund erstellt dieses Ranking fast jedes Jahr“, erzählt Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, der mit 27 Dienstjahren als Bürgermeister von Grafenwörth (NÖ) selbst unter den Top-Ten des Rankings liegt. „Gerade in Zeiten, in denen die Halbwertszeiten von (Bundes)PolitikerInnen immer geringer werden ist das auch ein Beleg dafür, daß die Menschen die Kontinuität auf der kommunalen Ebene zu schätzen wissen. Als BürgermeisterIn ist man jeden Tag sehr unmittelbar mit den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung konfrontiert. Das schafft wahrscheinlich eine andere Basis und ein anderes Vertrauensverhältnis als auf anderen Ebenen“, so Riedl.

Peter Nindl: »Nicht nur reden, sondern umsetzen«

Es war das Jahr 1979, als Peter Nindl mit 29 Jahren aus den Gemeinderatswahlen als jüngster Bürgermeister im ganzen Bundesland Salzburg hervorging. „Völlig überraschend war das“, sagt er heute. Zuvor war er nicht einmal in der Gemeindevertretung. Während der Wahlvorbereitungen kristallisierte er sich im Juni 1979 als der beste Kandidat für die ÖVP heraus. Bei den Wahlen im Oktober erhielt er im Gemeinderat acht Stimmen, ebenso der Kandidat der SPÖ, eine Stimme entfiel auf den Kandidaten der Unabhängigen Heimatliste. Die Bürgermeister-Direktwahl gab es damals noch nicht. Am Ende wurde Nindl überraschend Ortschef, der Gemeinde mit 2.500 Einwohnern.

„Ich war ein Newcomer, wie man heute so schön sagt, und hatte vorher mit der Gemeindepolitik nichts am Hut. Ich wurde ins kalte Wasser geschmissen und mußte schwimmen lernen. Leicht war die Zeit nicht, denn damals war ich noch Bankangestellter und mußte parallel die letzten Kurse auf der Raiffeisenakademie absolvieren“, erinnert sich der heute 67jährige. Er lernte schwimmen. Bei den darauffolgenden Gemeinderatswahlen honorierten die Bürger seine Arbeit mit einem Stimmenplus.

Was war in all den Jahren sein Antrieb? „Ich wollte für die Bevölkerung da sein und



Foto: Niederösterreichischer Gemeindebund

Gemeindevorstandspräsident Alfred Riedl,
Bürgermeister von Grafenwörth



Foto: Archiv Neukirchen

Ein Jahr nach seiner Angelobung im Jahr 1980: Bürgermeister Peter Nindl bei einem seiner Hobbies, dem Radfahren.

das Beste für meine Gemeinde erreichen. Warum es so viele Jahre geworden sind, hat einen ganz einfachen Grund: Es war immer eine Herausforderung, neue Projekte umzusetzen. Ich wollte nicht nur drüber reden,

sondern auch etwas realisieren“, so Nindl. Höhere politische Ämter waren für ihn nie ein Thema: „Die wurden mir zwar vorgeschlagen, aber ich war immer gerne in Neukirchen.“ Fest steht für ihn, daß dies nun seine letzte Amtszeit sein soll. Damit bleibt der Rekord des inzwischen verstorbenen Bürgermeisters von Grafenstein in Kärnten, Valentin Deutschmann, weiterhin aufrecht: der war mehr als 50 Jahre im Amt, ehe er seine Funktion 2008 zurücklegte.

Georg Bantel: In 37 Amtsjahren kein freies Wochenende

An zweiter Stelle des Rankings liegt Georg Bantel, der in seiner Vorarlberger Gemeinde Möggers 37 Jahre lang Bürgermeister ist und bei der nächsten Wahl auch nicht mehr antreten will. 1980 wurde er mit 24 Jahren zum jüngsten Bürgermeister Österreichs. „Eine besondere Situation war das damals“, erinnert sich Bantel. Mit 19 Jahren, als sein Vater starb, übernahm er als Geschäftsführer die Käserei. „Ich war sehr mit der Firma beschäftigt, als ich mit den meisten Stimmen aus der Mehrheitswahl hervorging.“ In Vorarlberg ist es in vielen Gemeinden die gute Tradition, daß eine Mehrheitswahl stattfindet. Dann darf jeder jeden wahlberechtigten Bürger nominieren, der aus seiner Sicht am besten als Bürgermeisterkandidat geeignet ist. „Mir wurde damals nahegelegt, daß ich das Amt auch annehmen sollte. Das war für mich schon eine komische Situation, denn ich war vorher nie in einer Gemeinderatssitzung.“

Was hat den Vater von vier Kindern immer wieder motiviert zu kandidieren? „Die Arbeit ist nicht ausgegangen und ich hätte auch sofort aufgehört, wenn ich den Rückhalt in der Bevölkerung nicht mehr gehabt hätte. Ich war bei jeder Gemeinderatswahl auf dem ersten Platz und bei der letzten Wahl wurde ich mit Vorzugsstimmen überhäuft. Außerdem hatte ich immer noch Ziele.“ Daß er so viel für die Gemeinde erreichen konnte, kommt nicht von ungefähr. „Ich starte um vier Uhr morgens und habe noch keinen freien Sonn- oder Feiertag gehabt. So bringt

Chronik



Foto: ZVG

Georg Bantel ist 37 Jahre Bürgermeister der Vorarlberger Gemeinde Möggers. Er leitet ein europaweit exportierendes Unternehmen und war bei seiner Wahl jüngster Bürgermeister Österreichs.

man die Firma und das Amt unter einen Hut. Außerdem ist das auch nur zu schaffen, wenn man eine Familie hat, die volles Verständnis aufbringt und voll hinter mir steht. Auch wenn ich mit meinen Kindern vier Tage Urlaub gemacht habe, habe ich spätestens am Sonntag wieder alles nachgearbeitet.“ Der einzig längere Urlaub, verrät er, waren die sieben Tage Hochzeitsreise nach Griechenland im Jahr 1988. „Fragen Sie mich nicht, wie hoch die Telefongebühren waren“, erzählt er lachend.

Johann Giefing: »Gemeinde ist mein Leben«

Einen schwierigen Start hatte der Dritte in der Runde, denn Johann Giefing mußte im niederösterreichischen Schwarzenbach für seinen plötzlich verstorbenen Vorgänger einspringen: „Das war damals katastrophal. Mein Vorgänger war erst ungefähr zwei Jahre im Amt und starb innerhalb von 15 Tagen im Alter von 44 Jahren. Die, die das übernehmen sollten, wollten das aber aus beruflichen Gründen nicht. Daher hat man einen Pensionisten, Lehrer oder Gemeindebediensteten gesucht. Und Gemeindebediensteter war ich.“ Giefings steile politische Karriere zeichnete sich aber nicht nur aus diesem Grund ab. Zwei Jahre davor wurde er schon bei seinem ersten Wahlantritt Vizebürgermeister. Seine kommunale Karriere begann er aber nicht bei der Gemeinderatswahl, sondern schon im Jahr 1974 als er Gemeinsekretär im niederösterreichischen 960-Einwohner-Ort wurde. „Meine Frau sagt immer: Du bist verheiratet mit der Gemeinde. Das stimmt wahrscheinlich bis zu einem gewis-

sen Grad auch. Schwarzenbach ist mein Leben“, erzählt er.

Was hat ihn immer wieder motiviert, sich der Wahl zu stellen? „Ich gehöre einer Generation an, in der hat man solche Funktionen aus Idealismus und Überzeugung und nicht wegen des Bezugs gemacht. Wer aus finanziellen Gründen Bürgermeister wird, soll lieber schon gestern aufgehört haben und



Foto: ZVG

Johann Giefing aus dem niederösterreichischen Schwarzenbach ist seit 33 Jahren Chef seiner Gemeinde, mit der er aber schon viel länger beruflich verbunden ist.

nicht auf morgen warten.“ Mittlerweile wurde er acht Mal in ununterbrochener Reihenfolge zum Bürgermeister gewählt und konnte seine Wahlergebnisse von Mal zu Mal steigern. Zuletzt erhielt die SPÖ in Schwarzenbach 73,54 Prozent. Ob er bei der nächsten Gemeinderatswahl nochmal kandidieren wird, läßt er sich offen: „Ich habe es nicht vor, aber das hatte ich bei der letzten Wahl auch nicht. Ich will mich aber auch nicht mit der Bahre aus dem Amt hinaustragen lassen“, ergänzt er mit Augenzwinkern.

Lisbeth Kern geht immer den geraden Weg

Die dienstälteste Bürgermeisterin kommt auch aus Niederösterreich. Lisbeth Kern aus Petzenkirchen ist seit 1996 im Amt und damit schon 21 Jahre Ortschefin der 1.300 EinwohnerInnen. Im Alter von 40 Jahren wurde sie Bürgermeisterin. In der Gemeinde war sie schon davor politisch aktiv: Zuerst als Gemeinderätin, später als Vizebürgermeisterin und als der damalige Ortschef aus beruflichen Gründen sein Amt nicht mehr ausüben konnte, stieg sie an die Spitze auf. Mit

Unterstützung ihres damaligen Arbeitgebers, der NÖ Gebietskrankenkasse, konnte sie ohne Arbeitszeitreduktion das Amt mit dem Beruf verbinden. „Die Arbeit, die für das Amt als Bürgermeisterin angefallen ist, habe ich dann meist in den Abendstunden erledigt“, erzählt die heute 61jährige Pensionistin.

Ihr Vater, Fritz Potzmader, der 25 Jahre lang an der Spitze der Gemeinde stand, war ihr immer ein Vorbild, dennoch war das Amt als Bürgermeisterin für Sie nicht besonders erstrebenswert. „Ich bin da so hineingewachsen. Ich bin in den Gemeinderat gegangen, weil ich dem Vizebürgermeister einen Gefallen tun wollte“, erinnert sich Kern. Als frisch gewählte Bürgermeisterin stand sie damals dennoch vor einer großen Herausforderung: „Der Kanalbau war abgeschlossen, aber wir hatten entsprechend große Schul-



Foto: SPÖ Niederösterreich

Die dienstälteste Bürgermeisterin kommt auch aus Niederösterreich. Lisbeth Kern aus Petzenkirchen ist seit 1996 im Amt.

den. Gleichzeitig mußten die Straßen saniert werden.“ Dabei war es ihr besonders wichtig, die Gemeindefinanzen zu sanieren. „Das habe ich alles geschafft“, betont die Bürgermeisterin. Und zwar mit dem Credo: „Gehe immer den geraden Weg und mache keine Ausnahmen. Ich bin nicht der Typ, der jedem alles verspricht. Dafür muß man mehr erklären, aber die Bürger verstehen es am Ende.“

Der Österreichische Gemeindebund ist als Verein der Dachverband der Interessensvertretungen der Gemeinden auf Bundesebene. Nach außen wird der Österreichische Gemeindebund durch Präsident Bgm. Alfred Riedl vertreten. Generalsekretär Walter Leiss führt die laufenden Geschäfte des Gemeindebundes. ■

<http://gemeindebund.at>

Hundetaufe: Neue Rottweilerwelpen für das Bundesheer

Foto: Bundesheer / Pusch



Hundetaufe mit Bundesminister Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrätin Astrid Eisenkopf. Brit, Brutus, Buma, Baron, Bonny, Blue und Bella gehören nun zu den Militärhunden, die für Aufgaben im In- und Ausland eingesetzt werden.

Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil nahm am 21. Juni an der Hundetaufe im Militärhundezentrum in Kaisersteinbruch teil. Mit dem Festakt und dem Umhängen der Dienstmarke treten sieben Rottweiler-Welpen symbolisch in den Dienst des Bundesheeres und starten ihre Ausbildung zum Wach- und Schutzhund. „Das Bundesheer ist weltweit einer der größten Rottweiler-Halter. Die Hunde werden laufend für den Einsatz vorbereitet. Sie schützen unsere Soldatinnen und Soldaten und begleiten sie in schwierigen Situationen. Ich freue mich,

die Patenschaft für Bella zu übernehmen, die nun ihre Ausbildung beginnt“, so Doskozil.

So wie der Minister übernahmen auch der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl und Landesrätin Astrid Eisenkopf die Patenschaft für jeweils einen der Welpen. Brit, Brutus, Buma, Baron, Bonny, Blue und Bella gehören nun zu den Militärhunden, die für Aufgaben im In- und Ausland eingesetzt werden.

Seit 54 Jahren sind Hunde treue Helfer und ein wichtiger Bestandteil des Bundesheeres. Rottweiler werden als robust und we-

sensfest bezeichnet und zählen damit zu den am besten geeigneten Wach- und Schutzhunden.

Neben den Wach- und Schutz-Aufgaben können die Schäferhunde und Labradore des Bundesheeres zusätzlich auch Sprengstoffe und Suchtmittel aufspüren.

Das Militärhundezentrum im Burgenland züchtet und bildet Diensthunde für das Bundesheer aus. Auf rund acht Hektar bereiten die Trainer und Trainierinnen ihre Hunde für den Einsatz vor. ■

<http://www.bundesheer.at/organisation/beitraege/milthunde/index.shtm>

LH Stelzer ehrt 100.000ste Besucherin der Landesgartenschau

Burgi Prüller wurde zum Jubiläumsgast in Kremsmünster: Die Niederösterreicherin war am 17. Juni die 100.000ste Besucherin auf der OÖ Landesgartenschau 2017.

„Wir gestalten gerade unseren Garten und sind auf der Suche nach vielen Ideen“, beschreibt die passionierte Gärtnerin den Grund ihres Besuches.

„Ich freue mich, daß wir in so kurzer Zeit den 100.000sten Besucher begrüßen können. Das Großereignis ist ein wichtiger Impulsgeber für die Kultur, Wirtschaft und für den Tourismus, ein Motor für die nachhaltige Regionalentwicklung“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer, der zur Erinnerung einen Blumenstrauß überreichte.

Sparkasse OÖ-Direktor Robert Reif gratulierte mit einem 100 €-Gutschein für eine Profitcard und Karin Imlinger-Bauer, Geschäftsführerin der Landesgartenschau, überreichte einen Korb mit Gartenschau-Köst-

Foto: LGS 2017



v.l.: Bgm. Gerhard Obernberger, LH Thomas Stelzer, Melanie, Andreas und Burgi Prüller, Dir. Robert Reif, Imlinger-Bauer und Abt Ebhart Ambros

lichkeiten wie Honig, Wein, Schokolade und dem neuen Buch „Gartengeschichte(n) –

Stift, Markt, Schloss“.

<http://www.kremsmuenster2017.at>

Imperiales Fest bei Kaiserwetter

Musik, Reitkunst und Kulinarik im Kurpark Baden



Foto: zvg

Am Eröffnungstag führte der Festzug – geleitet von den Original Hoch- und Deutschmeistern – zum Hauptplatz.

Bei Kaiserwetter fand am 24. Juni die Eröffnung des Imperialen Festes am Hauptplatz der Kurstadt Baden bei Wien statt, an der heuer zahlreiche Traditionsverbände aus dem In- und Ausland teilnahmen, wie z. B. Deutschmeister-Schützenkorps, k.u.k. Honved Infanterie Brigade aus Budapest, k.u.k. Traditions-Dragoneregiment No 7 „Herzog von Lothringen und Bar“ aus Baden, Linz und Brandeis/Elbe (Tschechien), k.u.k. IR 76 „Freiherr von Savis-Soglio“ aus Neusiedl am See, k. u. k. Gebirgsartillerieregiment Nr. 14 aus Wildschönau in Tirol, um nur einige zu nennen.

Auch die Bürgergarde der Stadt Weilburg an der Lahn nahm wieder mit einer Delegation teil, was Erna Koprax vom Tourismusverein ganz besonders freute, ist doch Baden mit Weilburg eng verbunden.

Für die zahlreichen Besucher gab es im Kurpark ein umfangreiches Musikprogramm mit dem Original Hoch- und Deutschmeister Orchester, das aus einer kaiserzeitlichen Mi-

litärkapelle hervorgegangen ist, ein festliches Kurkonzert des Orchesters der Bühne Baden und beschwingte Musik von Lanner, Strauss,

Strecker und Stolz mit den Original Wiener Deutschmeister-Schrammeln. Mit Wiener Liedern auf der historischen Drehorgel be-



Foto: zvg

v.l. (in der Mitte): LAbg. Bgm. Christoph Kainz, GR HR Ernst Schebesta, Generalmajor iTR Andreas Rotter und STRin Erna Koprax mit der Bürgergarde der Stadt Weilburg an der Lahn

Chronik



Foto: zvg

Martina Wütherich mit ihrem Team vom Lipizzaner Gestüt Stetten in Niederösterreich

geistere Anton Posch, Bgm. a. D. aus Leobersdorf. Ein weiterer Höhepunkt war das Konzert mit der k. u. k. Regimentskapelle, der Traditionskapelle des Hauses Habsburg-Lothringen im Musikpavillon.

Beeindruckt waren die BesucherInnen des Kurparks von den Vorführungen der „Hohen Schule der Reitkunst“ von Martina Wütherich und Team vom Lipizzaner Gestüt aus Stetten/Korneuburg in Niederösterreich. Die Reiterinnen – in festlicher barocker Aufmachung – zeigten klassische Elemente der Reitkunst wie Piaffe und Passage sowie den Spanischen Schritt mit Pferderassen wie Lipizzaner, Pura Raza Española und Irish Tinker.

Die jüngste Reiterin, Emma Bröckling, präsentierte mit ihrem Shettlandpony Zirkuslektionen, die die kleinen aber auch die großen BesucherInnen begeisterten.

Zusätzlich zu den höchst professionellen Reitvorführungen erhielten die BesucherInnen von Moderator Gregor Schweitzer Informationen über die Pferde.

Der Lipizzaner ist eine alte Pferderasse. Dieser Name taucht 1786 zum ersten Mal auf. Der Karster, wie er früher genannt wurde, hat seinen Namen vom Gestüt Lipica, der ursprünglichen Zuchtstätte in der ehemaligen Habsburgermonarchie. Berühmtheit er-



Foto: <http://www.mejla-arts.at>

Emma Bröckling mit ihrem Shettlandpony

langte die Rasse vor allem durch ihren Einsatz in der Spanischen Hofreitschule in Wien.

Die Pura Raza Española ist eine aus Spanien stammende und seit 1912 streng reglementierte Pferderasse. Die Pferde gehören zu den lange unter dem etwas unscharfen Oberbegriff Andalusier bekannten spanischen Rassepferden. Die Rasse ist auch unter dem Namen „Iberisches Pferd“ bekannt und wird vorwiegend in den Regionen Extremadura

und Andalusien gezüchtet. PRE-Pferde haben eine nachgewiesene Abstammung.

Tinker, Irish Tinker oder Gypsy Cob, sind Bezeichnungen für Pferde der Rasse Irish Cob und weitere Pferde ähnlichen Typs, die jedoch nicht als Irish Cobs anerkannt werden. In den USA sind sie als Gypsy Vanner bekannt. Dabei handelt es sich um die ursprünglich als Arbeitstiere fahrender Kesselflicker (genannt Tinker) in Großbritannien und Irland verwendete Pferde, die in den 1990er-Jahren in Mitteleuropa zu Modepferden avancierten.

Das Shettlandpony kommt ursprünglich von den Shetlandinseln. Die Tiere wurden während der industriellen Revolution auf das britische Festland gebracht und dort im Bergbau unter Tage als Grubenponys eingesetzt. Heute erfreuen sich die robusten Ponys als erste Reitpferde für Kinder sowie als kräftige und ausdauernde Fahrpferde großer Beliebtheit.

Das Weingut Philipp Breyer bot Badener Qualitätsweine zu Schmankerln wie zu Kaisers Zeiten im Kurpark in Baden an.

Das Imperiale Fest fand heuer das fünfte Mal statt und wurde vom ehrenamtlich tätigen Tourismusverein 2013 anlässlich 200 Jahre Kaiserhaus Baden ins Leben gerufen. ■

<http://www.baden.at>

SALON Österreich Wein 2017

Pünktlich zu seinem 30jährigen Jubiläum präsentiert der härteste Weinwettbewerb Österreichs die 270 besten Weine des Landes.



Foto: ÖWM / Anna Stöcher

SALON 2017 - Sieger und Auserwählte posieren für das Gruppenfoto anlässlich des Galadiners im Palais Niederösterreich

Die Allerbesten aus diesem erlesenen Kreis, die 16 SALON Sieger und 10 SALON Auserwählten, wurden im Rahmen eines herausragenden SALON Galadiners im Palais Niederösterreich geehrt. Zum runden Geburtstag beschreitet der SALON auch neue Pfade, etwa bei der SALON Tournee.

Qualitätsgütezeichen SALON

Basierend auf der Grundidee, in unabhängigen Verkostungen die besten Weine Österreichs zu ermitteln und ihnen zu Beachtung in der Öffentlichkeit zu verhelfen, wurde der SALON Österreich 1988 von der Österreich Wein Marketing (ÖWM) ins Leben gerufen. Winzer wie auch Händler und Konsumenten profitieren davon: Erstere finden durch die Aufnahme in den SALON öffentliche Reputation, Letztere in Form des SALON Flaschenaufklebers ein verlässliches Qualitätssiegel im Gütezeichenschungel. Der SALON Österreich hat sich zum härtesten Weinwettbewerb Österreichs entwickelt, in dem aus über 7.000 eingereichten Weinen 270 Siegerweine ermittelt werden.

Sieger und Auserwählte

Einmalig ist dabei der Mix aus Blue Chips und Aufsteigern, der durch das duale Wer-

tungssystem entsteht. Zum einen werden im härtesten Blindverkostungs-Marathon des Landes aus den Landessieger-Bewerben erst die Finalisten und dann die definitiven SALON Weine ermittelt, zum anderen nominieren Fachmagazine, unabhängige Weinjournalisten und die Landesverbände der Österreichischen Sommelier-Union 40 Weine von etablierten Spitzenbetrieben für den SALON. Die 10 Bestbewerteten aus diesem Kreis werden als „SALON Auserwählte“ ausgezeichnet und gemeinsam mit den 16 SALON Siegern bei einem Galadinner geehrt.

Große Kunst. Ohne Allüren.

Das diesjährige SALON Galadinner wurde in den prächtigen Räumlichkeiten des Palais Niederösterreich ausgerichtet. Der Ehrenfestakt wurde in ein kulinarisches Passepartout gebettet, das dem Anlaß mehr als gerecht wurde. Der Wiener Starkoch Christian Petz präsentierte sein Können an diesem Abend beeindruckend. Als einer der großen Köche des Landes beherrscht er die Kunst, seine Gerichte auf das Wesentliche zu reduzieren. Er holte klassische Wiener Küche vor den Vorhang, interpretierte sie ebenso präzise wie schnörkellos und stellte sie in das Rampenlicht, das ihr gebührt – ganz im Ein-

klang mit dem neuen Claim von Österreich Wein: Große Kunst. Ohne Allüren.

Im Wandel der Zeit

Nach 30 Jahren ist es auch Zeit für Veränderung und neue Themen. Ein Höhepunkt im Jubiläums-SALON 2017 ist die Präsentation des spektakulären Reservejahrgangs 2015, der auf den dramatischen 2016er trifft, der nach großen Geburtswehen durch den Spätfrost eine herausragende Frische und Präzision zeigt. Stärker denn je legt der SALON heuer zudem einen Fokus auf flaschenvergorene Premiumsekte. Die SALON Tournee schlägt nach einer erfolgreichen langjährigen Partnerschaft mit den Casinos Austria eine neue Richtung ein und geht mit dem Kursalon Hübner in Wien, der Tabakfabrik in Linz und dem Salzraum in Hall in Tirol noch offener auf ihre Fans zu. In bewährter Weise dient dabei das SALON Buch als Verkostungsleitfaden und als Nachschlagewerk zu allen SALON Weinen 2017. Es ist ab diesem Jahr im Eintrittspreis enthalten und wird beim Besuch einer SALON Tournee-Station ausgegeben. Zudem steht es auf der Website der Österreich Wein Marketing gratis zum Download bereit. ■

<http://www.oesterreichwein.at>

NÖ: Die Top-Heurigen

Prämierte Betriebe stellen Weinqualität unter Beweis



Foto: LK NÖ / Erich Marschik

1. Reihe (kniend, v.l.): Johann Schöller jun., Stefan Müller, Bernd Baumgartner; Hintere Reihen (v.l.): Alexandra Mair, Robert Nadler, Angelika Hurst, Bernhard Ecker, Claudia Aumann, Christoph Metzker von der RWA, Vizeweinkönigin Teresa Dietl, Weinkönigin Julia Herzog, NV-Vorstands-Direktor Bernhard Lackner, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Andreas Urban, Vizepräsident der LK-NÖ Otto Auer, Vizepräsident NÖ Weinbauverband Reinhard Zöchmann, Vizeweinkönigin Melanie Moser und Ö-Weinbaupräsident Johannes Schmuckenschlager.

In Niederösterreich wurden die besten Top-Heurigen in sieben Weinbaugebieten ausgezeichnet. Mit Qualität und Gastfreundschaft überzeugten: Weingut Leo Aumann im Bezirk Baden, Weingut Robert Nadler für den Bezirk Bruck an der Leitha, Weinbau und Heuriger Schüttkastenstüberl Urban im Bezirk Hollabrunn, Heuriger Müller sowie Heuriger zum Baumbart – Bernd Baumgartner für Krems-Land, Heuriger im Weingarten-Winzerhaus Hans Schöller für St. Pölten-Land und Weingut & Heuriger Ecker-Eckhof für den Bezirk Tulln.

Gesellige Runden, saisonale Spezialitäten und regionale Erfrischungen: Was wäre der Sommer ohne einen gemütlichen Besuch beim Heurigen? Auch bei der diesjährigen Niederösterreichischen Landesweinprämierung überzeugten die nun schon 130 Top-Heurigenbetriebe wieder mit Spitzenweinen. Rund 695 Weine haben die Top-Heurigen zur Bewertung eingereicht. Die erfolgreichsten Teilnehmer in sieben Weinbaugebieten wurden bei der Niederösterreichischen Landesweinprämierung 2017 mit einem Sonderpreis ausgezeichnet.

„Trotz eines durch Spätfrost turbulenten Frühlings haben unsere Top-Heurigen auch im letzten Weinjahr wieder ihr Können unter Beweis gestellt und präsentieren Weine allerhöchster Qualität. Damit unterstreichen sie nicht nur unsere Stellung als Top-Weinregion, sondern sind Wegweiser für ein perfektes Wienerlebnis“, freut sich Landwirt-

schaftskammer Niederösterreich-Vizepräsident Otto Auer.

Als Leitfaden für Genießer präsentiert sich der Top-Heurigenkalender 2017. Auf rund 85 Seiten finden Gäste alles Wissens-

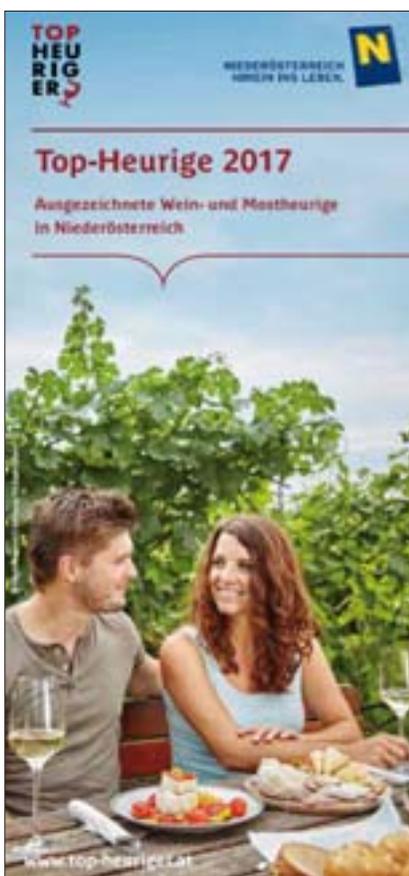


Foto:

werte über Niederösterreichs 130 beste Heurigenadressen – den Top-Heurigen: Von den Aussteckzeiten, über regionale Spezialitäten oder prämierte Weine und Moste, bis hin zu Nächtigungsmöglichkeiten ist er der ideale Begleiter für eine kulinarische Entdeckungstour durch die Heurigenzone. Im handlichen Format paßt der Wegweiser in jede Tasche. Alle Top-Heurigen Niederösterreichs sind auf einer eigenen Webseite aufgelistet, auch kann man sich die Niederösterreich-App kostenlos downloaden und sich zu seinem „Lieblings-Top-Heurigen“ navigieren lassen.

Fünf gute Gründe für einen Besuch beim niederösterreichischen Top-Heurigen sind: die ausgezeichnete und geprüfte Qualität mit mehr als 50 Qualitätskriterien sowie jährlichen Mystery Checks; prämierte Weine und Moste aus eigener Produktion; saisonale Schmankerl aus der Region; vielfältige Speisenauswahl von traditionell bis vegetarisch und kreativ-leicht sowie fachkundige individuelle Betreuung durch die Heurigenfamilie, die durch eine jährlich verpflichtende Qualitätsschulung garantiert wird.

Der Top-Heurigenkalender 2017 kann entweder bestellt werden oder auch kostenlos heruntergeladen – ebenso, wie die beliebte Niederösterreich-App. ■

<http://www.top-heuriger.at>

<https://noe.lko.at>

Kalender-Download (19,5 MB)

[http://www.top-heuriger.at/action/download?id=\(49676851-a24f-8229-8d4f-09e7515d1935\)](http://www.top-heuriger.at/action/download?id=(49676851-a24f-8229-8d4f-09e7515d1935))

Requiem für Alois Mock: Kirche und Politik sagen Dank

Fast die gesamte politische Spitze Österreichs und darüber hinaus erwies verstorbenem früheren Außenminister die letzte Ehre – Weihbischof Krätzl: »Dank an Alois Mock dafür, was er in mehr als drei Jahrzehnten für Österreich getan hat, vor allem aber, wie er sein Zeugnis als christlicher Politiker gegeben hat.«



Foto: Kathpress / Georg Pulling

Mit einem Requiem im Wiener Stephansdom hat sich am Nachmittag des 12. Juni offizielle Österreich vom verstorbenen früheren Außenminister und VP-Obmann Alois Mock verabschiedet, der am 1. Juni im 83. Lebensjahr gestorben war. Dem Gottesdienst stand der Wiener Weihbischof Helmut Krätzl vor. Bundeskanzler Christian Kern, Vizekanzler Wolfgang Brandstetter, Außenminister Sebastian Kurz sowie zahlreiche weitere Minister, die Nationalratspräsidentin Doris Bures und Zweiter Nationalratspräsident und Karlheinz Kopf, zahlreiche Landeshauptleute, Alt-Bundespräsident Heinz Fischer und viele weitere Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft erwiesen Mock die letzte Ehre.

Namens der Kirche wolle er Mock dafür danken, „was er in mehr als drei Jahrzehnten für Österreich getan hat, vor allem aber, wie er sein Zeugnis als christlicher Politiker

gegeben hat“, so der Weihbischof in seiner Predigt, der dem Gottesdienst u.a. mit dem

Linzer Altbischof Maximilian Aichern, dem Göttweiger Abt Columban Luser, Hochmei-



Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F073608-0012 / CC-BY-SA 3.0

Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Alois Mock im Oktober 1986 am 34. Bundesparteitag der CDU in der Rheingoldhalle Mainz)

Personalia

Foto: Kathpress / Georg Pulling



Weihbischof Helmut Krätzl stand Gottesdienst im Wiener Stephansdom vor.

ster Bruno Platter vom Deutschen Orden und den Altäbten Joachim Angerer (Geras) und Berthold Heigl (Seitenstetten) vorstand.

Der Wiener Weihbischof erinnerte u.a. daran, wie Mock am 27. Juni 1989 mit dem ungarischen Außenminister Gyula Horn an der österreichisch-ungarischen Grenze ein Stück des Stacheldrahtes zerschneidet. Es sollte Symbol und Herausforderung sein, „niemals mehr in der Zukunft neue Mauern oder Zäune aufzurichten“, so der Weihbischof: „Und das nicht nur an den Grenzen der Länder, sondern auch nicht zwischen Menschengruppen, Religionen oder Parteien; oder auch innerhalb von Parteien.“

Ebenso unvergeßlich bleibe jenes Bild, als Mock am 1. März 1994 den Beitritt Österreichs zur EU verkünden konnte und in überschwänglicher Freude Europastaatssekretärin Brigitte Ederer herzte. Krätzl: „Für mich ist der emotionale Ausbruch von Alois Mock ein Symbol, aber auch einer Herausforderung, daß es doch möglich ist, über die Grenzen das Parteien hinaus, sich über ein gemeinsam erreichtes Ziel so herzlich zu freuen.“ Das sollte alle belehren, „die in der Politik bisweilen dem anderen einen Erfolg nicht gönnen“.

Dank aus Südtirol

Bundespräsident Alexander van der Bellen konnte wegen eines Staatsbesuchs in Ungarn nicht am Requiem teilnehmen. Er hatte sich zuvor im Kondolenzbuch im Außenministerium eingetragen und Mock als „großen

Staatsmann und echten Europäer“ gewürdigt. Dafür waren aus dem Ausland zahlreiche Politiker nach Wien gekommen; u.a. die kroatische Kulturministerin Nina Obuljen Korinek, der frühere kroatische Außenminister Mate Grani und der frühere slowenische Außenminister Dimitrij Rupel. Mock hatte sich zu seiner aktiven Zeit vehement für die Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens eingesetzt.

Stark vertreten war beim Requiem auch die Südtiroler Politik mit Landeshauptmann Arno Kompatscher an der Spitze. Der frühe-

re Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder dankte am Ende des Gottesdienstes in einer kurzen Rede dem Verstorbenen für dessen Einsatz für Südtirol und die Südtiroler, damit diese die ihnen zustehenden Rechte und Autonomie erlangen konnten. Die Menschen in Österreich und in Südtirol hätten Alois Mock sehr viel zu verdanken, daß es ihnen heute so gut gehe, sagte Durnwalder. Mock habe für sein Engagement Respekt und Bewunderung bei politischen Freunden wie auch Gegnern erfahren. Er sei zudem immer davon überzeugt gewesen, daß die Europäische Union mehr sein müsse, als eine bloße Wirtschaftsgemeinschaft. Für Mock sei die EU zugleich auch eine Wertegemeinschaft und ein Friedensmodell gewesen.

Schließlich würdigte zum Abschied einmal mehr Außenminister Sebastian Kurz den Verstorbenen. Alois Mock sein ein „ganz großer Österreicher und Europäer“ gewesen. Die Basis für seinen politischen Erfolg sei dabei stets seine menschlichen Fähigkeiten, sein Redlichkeit, sein Anstand aber auch seine Hartnäckigkeit gewesen, so Sebastian Kurz.

Für die musikalische Gestaltung waren u.a. die Chöre „Ars Vivendi“ und „Cantores Dei Allhartsberg“, sowie das Kammerorchester Waidhofen an der Ybbs zuständig. Zudem prägten zahlreiche Abordnungen der Cartellverbände das Bild im Dom.

Das Begräbnis von Alois Mock fand am im engsten Familien- und Freundeskreis in Wien statt. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Alois_Mock



Foto: Kathpress / Georg Pulling

v.l.: Außenminister Sebastian Kurz, Alt-Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Christian Kern, Nationalratspräsidentin Doris Bures, Vizekanzler und Justizminister Wolfgang Brandstetter und Finanzminister Hans Jörg Schelling

Ehrenplakette des Landes Niederösterreich für Waltraut Haas

Niederösterreich hat sich in den letzten 20 Jahren sowohl national als auch international als anerkanntes Kulturland positioniert. Diesen Weg hat Waltraut Haas stets erfolgreich begleitet“, sagte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner am 7. Juni im Marchfelderhof in Deutsch-Wagram, wo anlässlich des 90. Geburtstages der Schauspielerin eine große Geburtstagsfeier stattfand.

„Waltraut Haas ist eine ganz große Künstlerin, deren Filme nichts an Aktualität verloren haben und nach wie vor begeistern. Sie hat damit Millionen Menschen eine Freude gemacht, ist trotz Angeboten aus dem Ausland in Österreich geblieben und hat insbesondere ihre große Liebe zu Niederösterreich, wo sie auch immer noch auf der Bühne steht, unter Beweis gestellt“, betonte Mikl-Leitner.

Die Ehrenplakette des Bundeslandes Niederösterreich, die Mikl-Leitner Haas überreichte, sei mit dem Dank des ganzen Landes verbunden: „Waltraut Haas ist auch ein ganz großes Vorbild – sowohl, was die Freude am Beruf betrifft, als auch dafür, wie man bis ins Alter fit bleibt.“

Waltraut Haas wurde am 9. Juni 1927 geboren und wuchs im Schloßkomplex von



Foto: NLK / Pfeiffer

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (l.) überreichte Waltraut Haas zu deren 90. Geburtstag die Ehrenplakette des Landes Niederösterreich.

Schönbrunn auf, wo ihre Mutter ein Restaurant betrieb. Während des Zweiten Weltkrieges absolvierte sie die Modeschule, danach nahm sie am Konservatorium Wien Schauspiel- und Musikunterricht. Der Durchbruch als Filmschauspielerin gelang ihr 1947 mit

der Rolle des jungen Wachauer Mädels Mariandl Mühlhuber im „Der Hofrat Geiger“, es folgten über 80 Filme. Ab 1. September steht sie in „Der Hofrat Geiger“ bei den Wachau- Festspielen Weißenkirchen auf der Bühne. ■ https://de.wikipedia.org/wiki/Waltraut_Haas

Rudolf Buchbinder mit Wiener Mozart Preis ausgezeichnet

Am 21. Juni wurde im historischen Barockgewölbe des Bösendorfer-Saals im Mozarthaus Vienna, einem Museum der Wien Holding, erstmals der „Wiener Mozart Preis für Aufklärung und Neue Ideen“ verliehen. Gewinner des Awards ist der renommierte Pianist und Leiter des Grafenegg Festivals, Rudolf Buchbinder. Die Auszeichnung ist eine Initiative des Mozarthaus Vienna, unterstützt durch die Kulturabteilung der Stadt Wien.

Zu Mozarts Zeit kamen insbesondere auch in der Musikstadt Wien entscheidende Impulse für geistige, politische und soziale Erneuerung mit Ideen wie Toleranz, freie Meinungsäußerung und Ablehnung obrigkeitlicher Willkür auf. Diese aufklärerischen Gedanken bzw. das Konzept der Aufklärung finden sich auch im musikalischen Werk von Mozart wieder.

„Der Wiener Mozart Preis für Aufklärung und Neue Ideen‘ rückt Persönlichkeiten, die den Aufklärungs-Gedanken aus der Zeit Mozarts auch heute kritisch weiterführen und sich dazu engagieren, in den Mittelpunkt. Der Preis ist eine gute Möglichkeit, Verdienste um Kunst und Kultur



Foto: Stadt Wien / Eva Kelely

v.l.: Gerhard Vitek (Direktor Mozarthaus Vienna), Andreas Mailath-Pokorny (Amtsführender Stadtrat Kultur, Wissenschaft und Sport), Rudolf Buchbinder (Preisträger) und Komm.-Rat Peter Hanke (Geschäftsführer Wien Holding)

in Wien entsprechend zu würdigen“, betonte Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny.

Die Auszeichnung erfolgte in Form einer Urkunde und der Übergabe eines innovativ gestalteten Preises, der Raum und Inspiration für eine Vielzahl an Assoziationen in Zusammenhang mit der Aufklärung läßt.

Der Preis ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit des Mozarthaus Vienna mit der Wiener Silber Manufactur, vertreten durch die EigentümerInnen Brigitte und Georg Stradiot sowie dem Architekten und Designer des Preises, Gregor Eichinger. ■ https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Buchbinder <http://www.mozarthausvienna.at>

Organoide mit »Rückgrat«

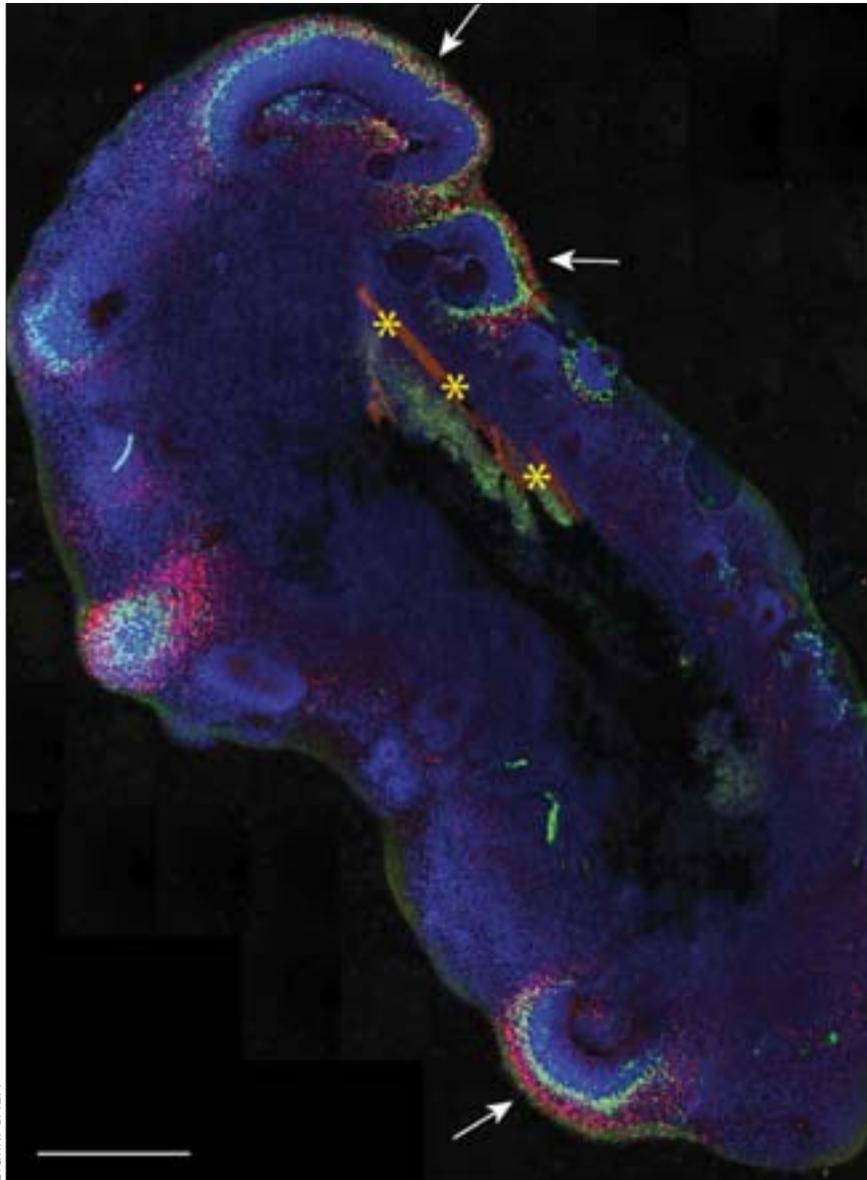
Die nächste Generation der Gehirnmodelle aus dem Labor

Forscher schafften es zum ersten Mal, Gehirn-Organoiden im Labor biotechnologisch weiterzuentwickeln. Mit Hilfe spezieller Polymer-Mikrofasern, die eine Art Gerüst für die heranwachsenden Nervenzellen bilden, werden die Gehirnmodelle dem menschlichen Original in Form und Struktur noch ähnlicher. Die neue Methode birgt enormes Potential, um die komplexe Entwicklung des Großhirns, und Fehler, die dabei passieren können, noch besser zu verstehen.

Vor wenigen Jahren schaffte das Forscherteam rund um Jürgen Knoblich am Wiener IMBA, dem Institut für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, einen wichtigen Meilenstein für die Forschung. Erstmals wurden dreidimensionale Gehirnmodelle aus menschlichen Stammzellen in einem Labor gezüchtet. Damit ebneten die ForscherInnen den Weg in eine neue Ära der Modelorganismen. Mit Organoiden kann man die menschliche Organentwicklung präzise studieren, neurologische Krankheiten gezielt erforschen, Medikamente direkt am menschlichen Gewebe testen und somit Tierversuche reduzieren. Seit ihrer Entdeckung konnten nicht nur neue Erkenntnisse über Krankheiten wie Epilepsie, Schizophrenie oder Mikrocephalie gewonnen werden. Das Forschungsteam feilte zudem an neuen Technologien, um die Gehirnentwicklung eines heranwachsenden Embryos noch besser simulieren zu können.

Ein neuer Meilenstein in der Organoid-Technologie

Nun konnte ein neuer wichtiger Meilenstein gesetzt werden. Wie das Fachmagazin „Nature Biotechnology“ in der Ausgabe vom 31. Mai berichtete, schafften es die WissenschaftlerInnen, die Gehirn-Organoiden biotechnologisch weiterzuentwickeln. „Wir kombinierten die erstaunliche Fähigkeit der Stammzellen, sich selbst in Zellverbänden zu organisieren, mit einer formgebenden Struktur. Dieses Gerüst aus Polymer-Fäden schwimmt im Nährmedium und wird von den Zellen bevölkert“, erklärt Madeline Lancaster, die Erstautorin der Studie. Während sich Organoiden zuvor zu kleinen rundlichen Zellhaufen organisierten, wuchsen die biotechnologisch verstärkten Modelle zu läng-



Grafik: IMBA

Biotechnologisch weiterentwickelte Organoiden, sogenannte enCORs, wachsen im Nährmedium entlang einer Struktur winziger Kunststoff-Fasern und sind dem Original in Form und Struktur noch ähnlicher.

lichen, scheibenförmigen Gebilden heran, die dem embryonalen Gehirn im heranwachsenden Embryo noch stärker ähneln. „Diese sogenannten engineered Cortical Organoids oder enCORs sind in ihrer Entwicklung einheitlicher und lassen sich im Labor sehr gut reproduzieren, obwohl die für Organoiden typische Selbst-Organisation erhalten bleibt. Es ist das erste Mal, daß Gehirn-Organoiden mit biotechnologischen Methoden kombiniert wurden,“ ergänzt die junge Forscherin, die

bereits 2013 zusammen mit Jürgen Knoblich die ersten Gehirnmodelle im Reagenzglas gezüchtet hat und nun am MRC Laboratory of Molecular Biology in Cambridge ihre eigene Forschungsgruppe leitet.

Das biotechnologische „Upgrade“ erlaubt eine gesteuerte Selbst-Organisation der enCORs. Die Organoiden wachsen vorhersehbarer und einheitlicher heran, obwohl die typischen Eigenschaften der verschiedenen Zellverbände erhalten bleiben. Die so-

nannte Rindenplatte – aus der sich im Laufe der Entwicklung die Großhirnrinde bildet – entwickelt sich bei den „biotechnologisch aufgerüsteten“ Organoiden noch besser und erlaubt den ForscherInnen noch präzisere Einblicke in die einzelnen Entwicklungsschritte.

»Neue Generation« von Organoiden

„Diese neue Generation von Organoiden zeichnet sich dadurch aus, daß sich längliche, scheibenförmige Strukturen bilden. Die enCORs ähneln dem Gehirn im menschlichen Embryo noch stärker als bisherige Modelle und bieten den Nervenzellen mehr Oberfläche. Dadurch können wir das Verhalten

der Zellen noch besser beobachten, etwa wie Nervenzellen in einem Teil des Gehirns gebildet werden, in ein anderes Areal wandern und wie sie schließlich ihren richtigen Platz finden. Wir können auch gezielt erforschen, was dabei schiefgehen kann. Dank der neuen Methode werden wir hoffentlich in Zukunft weitere wichtige Erkenntnisse über Fehlbildungen und Fehlfunktionen des Gehirnes wie Schizophrenie, Epilepsie und Autismus ziehen können“, zeigt sich Jürgen Knoblich optimistisch über die nächste Generation der Gehirn-Organoiden.

Über IMBA

Das IMBA – Institut für Molekulare

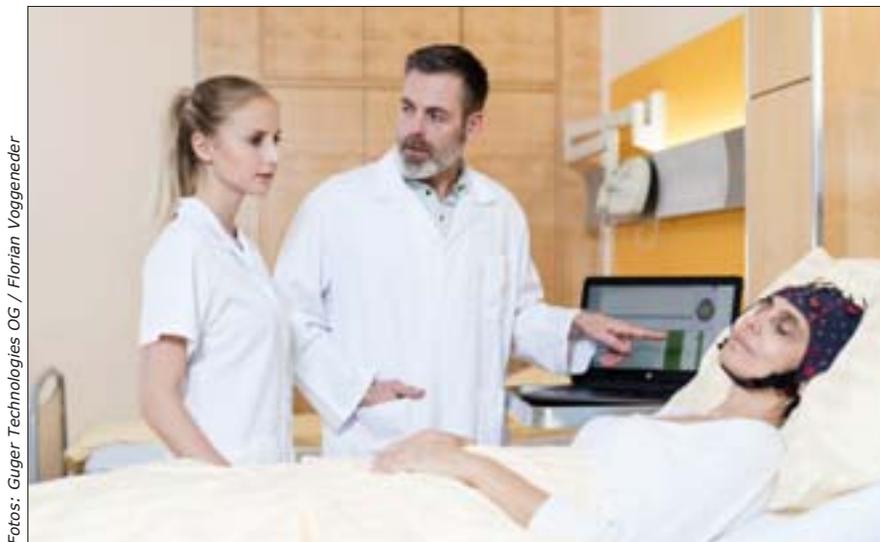
Biotechnologie gehört zu den führenden biomedizinischen Forschungsinstituten in Europa. Im Fokus stehen medizinisch relevante Fragestellungen aus den Bereichen Stammzellbiologie, RNA-Biologie, Molekulare Krankheitsmodelle und Genetik. Das Institut befindet sich am Vienna Biocenter, einem dynamischen Konglomerat aus Universitäten, akademischer Forschung und Biotechnologie-Unternehmen. Das IMBA ist ein Tochterunternehmen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, der führenden Trägerin außeruniversitärer Forschung in Österreich. ■

<http://www.imba.oeaw.ac.at>

<http://www.oeaw.ac.at>

Gehirn-Computer Schnittstelle

mindBEAGLE ermöglicht Kommunikation mit kompletten Locked-In PatientInnen



Fotos: Guger Technologies OG / Florian Voggenreder

»Manche Menschen machen den Anschein, als würden sie sich im Koma befinden. Manchmal jedoch sind sie bei Bewußtsein und nehmen ihre Umwelt wahr«, sagt Christoph Guger, Geschäftsführer von Guger Technologies in Graz.

Das „Frontiers Journal“ für Neurowissenschaften (Neuroscience) publizierte im Mai 2017 das weltweit erste und einzige EEG basierte Brain-Computer Interface (BCI, deutsch: Gehirn-Computer Schnittstelle), das zur Kommunikation mit (kompletten) Locked-In PatientInnen mit Bewußtseinsstörungen eingesetzt werden kann. Durch den Verlust ihrer motorischen und sprachlichen Fähigkeiten können diese nicht mit ihrer Umwelt interagieren. Daher wurden BCIs für diese PatientInnen adaptiert, sodaß sie mit der Kraft der Gedanken gesteuert werden können und besonders einfach in der Anwendung sind. mindBEAGLE

verwendet vibrotaktile Reize an den Händen oder Beinen, oder die gedankliche Vorstellungskraft von Arm- oder Beinbewegungen der PatientInnen, um auf einfache Ja/Nein Fragen zu antworten. Diese Publikation zeigt, daß 9 von 12 Locked-In PatientInnen und 2 von 3 Komplette Locked-In PatientInnen durch mindBEAGLE wieder kommunizieren können und zeigt, inwieweit mindBEAGLE bei PatientInnen mit unterschiedlichen Arten von Bewußtseinsstörungen eingesetzt werden kann.

„Die Ergebnisse in dieser Publikation wurden in natürlicher Umgebung gewonnen und demonstrieren die vielfältigen Einsatz-

möglichkeiten bei PatientInnen mit neurologischen Störungen. PatientInnen haben durch ihre Bewußtseinsstörung teilweise oder gänzlich ihre Bewegungsfreiheit oder Sprache verloren, jedoch schaffen sie es durch mindBEAGLE wieder mit ihrer Umwelt zu interagieren und Entscheidungen zu treffen. Diese Errungenschaft bedeutet eine dramatische



Die Elektroden messen die Gehirnaktivitäten um zu zeigen, ob PatientInnen bei Bewußtsein sind. Ist ein Bewußtseinszustand erkennbar, können diese PatientInnen durch mindBEAGLE kommunizieren.

Verbesserung ihrer Lebensqualität“, erklärt Rossella Spataro, Neurologin am ALS Clinical Research Center an der Universität in Palermo (Italien) und Co-Autorin dieser Publikation im Frontiers Journal in Neurowissenschaften.

<http://www.mindbeagle.at>

Neue Präzisionsmessung schärft Blick auf Antimaterie-Atome

Materie und Antimaterie stehen in einem perfekten Gleichgewicht – zumindest in der Theorie. Denn diese in zahllosen Messungen auf mikroskopischer Ebene bestätigte Symmetrie zwischen Teilchen und Antiteilchen, die zugleich einen Grundpfeiler im Standardmodell der Teilchenphysik darstellt, hat einen großen Haken: Im Universum ist sie nicht zu entdecken. Obwohl gemäß der theoretischen Symmetrie im Augenblick des Urknalls ebenso viel Antimaterie wie Materie erzeugt werden hätte müssen, dominiert im Universum die Materie klar.

Der Entschlüsselung dieses Rätsels ist ein Team von TeilchenphysikerInnen rund um Eberhard Widmann, Direktor des Stefan-Meyer-Instituts für subatomare Physik der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), nun einen Schritt näher gekommen. Es gelang ihnen, eine bereits in den 1930er Jahren entwickelte und mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnete Meß-Methode aufzugreifen und unter Einsatz moderner Technologien maßgeblich zu verbessern.

Erstmals kontinuierlicher Strom an Antiwasserstoff künstlich hergestellt

Mit dieser Meß-Methode, über die die ForscherInnen nun im Fachjournal „Nature Communications“ berichten, ist es möglich, die Energiestruktur sowohl von Wasserstoffatomen als auch von Antiwasserstoffatomen – den leichtesten aus Antimaterie bestehendem Atomen – hochpräzise zu vermessen. Im Rahmen des vom Europäischen Forschungsrat (European Research Council ERC) geförderten Projekts gelang es dabei zunächst, mit der Schaffung eines Antiwasserstoffstrahls am europäischen Teilchenbeschleuniger CERN erstmals einen kontinuierlichen Strom an Antiwasserstoff künstlich herzustellen.

„Die Erzeugung eines Strahls von Antiwasserstoffatomen war der erste Schritt“, schildert Widmann den ersten im Projekt erreichten Meilenstein. „Der nächste war, eine Methode zu finden, mit dem Antiwasserstoff dann auch exakt gemessen werden kann“, so der ÖAW-Teilchenphysiker weiter. Die Herausforderung dabei war, daß die bei der Messung von Wasserstoffatomen zuletzt gebräuchliche Methode mit Antiwasserstoff nicht funktioniert. Es galt daher, die seit den

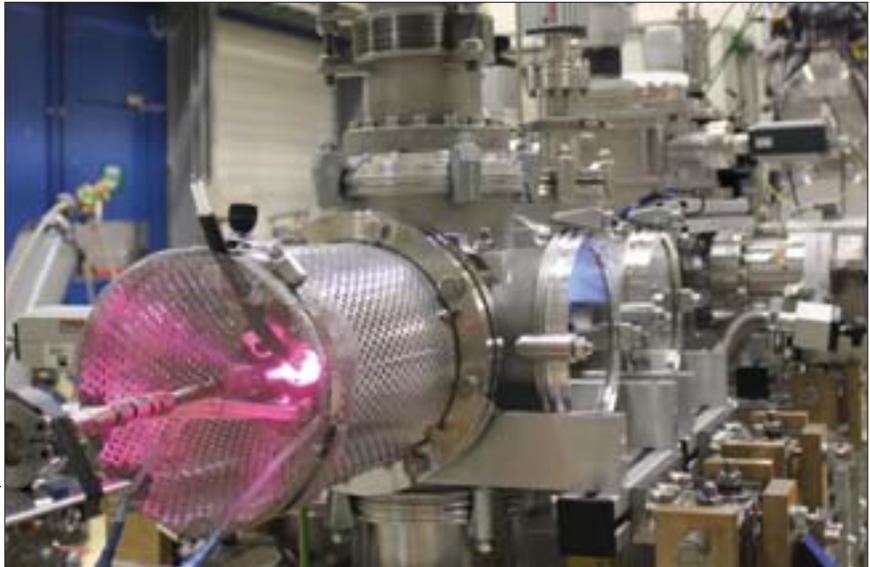


Foto: SMI / ÖAW

Meßaufbau, mit dem Physiker/innen des Stefan-Meyer-Instituts der Österreichischen Akademie der Wissenschaften einen bisher unerreichten Präzisionsgrad für die Messung der Hyperfeinstruktur von Wasserstoff-Atomen erreicht haben.

1930er Jahren bestehende und grundsätzlich für die Messung von Antiwasserstoff tauglichere Methode aufzugreifen und diese entscheidend zu verbessern.

Zehnmals bessere Präzision der Messung von Antiwasserstoffatomen

Am Stefan-Meyer-Institut der ÖAW gelang dies, indem man zunächst ein komplexes mathematisches Modell eines Instrumentariums entwickelte, das sich zur Messung eines Strahls sowohl aus Wasserstoffatomen als auch Antiwasserstoffatomen eignete. Dieses wurde daraufhin in Computersimulationen getestet und anschließend in Form eines Meß-Instrumentariums umgesetzt. Bei den Messungen mit Wasserstoffatomen, die idente Werte zu den bisherigen Messungen mit Wasserstoff lieferten, konnte die Funktionstüchtigkeit der neuen Methode bestätigt werden.

Die Vorzüge der Methode liegen indes, wie Widmann betont, nicht in der Meßbarkeit von vergleichsweise leicht verfügbarem Wasserstoff. Sondern in dem bisher unerreichten Präzisionsgrad bei der Messung der viel aufwändiger herzustellenden Antiwasserstoffatome. Dank des Einsatzes moderner Mikrowellentechnologien konnte man mit der neuen Methode die Genauigkeit dabei im Vergleich zu den letzten vergleichbaren Ana-

lysen deutlich erhöhen. „Die Meß-Präzision ist um den Faktor zehn höher als alles Bisherige“, erklärt Widmann.

Messung von Antiwasserstoffatomen am CERN geplant

Mit dem Erreichen dieses zweiten Meilensteins ist nun der Weg zur Messung von Antiwasserstoffatomen in größerem Umfang geebnet. Dieser Schritt wird am CERN erfolgen, wohin das Meß-Instrumentarium nach den ersten Funktionstests am Wiener Institut gebracht wurde. Sobald es dort gelungen ist, die Qualität von Antiwasserstoffstrahlen noch weiter zu verbessern, sodas die Dichte an Antiwasserstoffatomen in dem Strahl ausreichend hoch ist, geht es dann an das eigentliche Ziel der Forschungen: die bisher exakteste Messung von Antiwasserstoffatomen in der Praxis umzusetzen.

„Die Frage ist“, gibt Widmann einen vorsichtigen Ausblick, „ob bei den Messungen von Antiwasserstoff dasselbe herauskommt wie bei Wasserstoff.“ Denn wenn bei der Energiestruktur der Atome eine Abweichung zwischen Materie und Antimaterie festgestellt werden sollte, kann das wertvolle Hinweise auf die rätselhafte, große Asymmetrie im Welt- raum geben. Und dann wäre eine Revolution in der Teilchenphysik nicht auszuschließen. ■ <http://www.oeaw.ac.at>

CO₂-neutraler Wasserstoff aus Biomasse

Wie man aus Biomasse Wasserstoff herstellen kann, untersuchen TU Wien und voestalpine in einem gemeinsamen Forschungsprojekt.

Ohne Koks gibt es zwar keinen Hochofenprozeß – aber Wasserstoff könnte in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen. An der TU Wien wurde ein Verfahren entwickelt, mit dem man aus Biomasse auf umwelt-schonende Weise ein wasserstoffreiches Gas herstellen kann, das sich dann auf verschiedene Arten in der Eisen- und Stahlindustrie nutzen läßt. Gemeinsam wollen TU Wien und voestalpine nun an diesem Thema weiterforschen. Die langfristige Vision ist es, erneuerbare Energieträger fest im Konzept eines integrierten Hüttenwerkes zu verankern.

Zwei Gasströme: Hier der Wasserstoff, dort das Kohlendioxid

In einem an der TU Wien entwickelten Verfahren wird Biomasse unter hohen Temperaturen so umgewandelt, daß zwei voneinander getrennte Gasströme entstehen: Ein wasserstoffreiches Produktgas und ein CO₂-reiches Abgas. Die Verwendung von Kalk in einem speziellen Wirbelschichtsystem ermöglicht diesen sogenannten Reformingprozeß von Biomasse. In einem integrierten Hüttenwerk, das viele Produktions- und Fertigungsschritte vom Roheisen bis zum fertigen Stahlprodukt vereint, könnte man das wasserstoffreiche Produktgas in verschiedenen Prozessschritten nutzen. Als erneuerbarer Energieträger ließe es sich als umweltfreundliche Alternative zu Erdgas verwenden. Gleichzeitig untersucht man auch den Abgasstrom. Durch das neue Verfahren wird das CO₂ darin angereichert und kann somit effektiv abgeschieden oder weiterverarbeitet werden.

Wasserstoff aus Biomasse

„Chemisch betrachtet ist der wesentliche Reaktionsschritt im Hochofenprozeß die Reduktion des Eisenerzes“, erklärt Johannes Schmid, Projektleiter vom Institut für Verfahrenstechnik, Umwelttechnik und Technische Biowissenschaften der TU Wien. „In natürlichem Erz liegt Eisen in Form von Eisenoxid vor, man muß daher zunächst die Sauerstoffatome von den Eisenatomen trennen.“



Foto: TU Wien

Die Biomasseanlage an der TU Wien

Für diese Reduktion spielt der Kohlenstoff aus dem Koks bzw. vor allem das daraus entstehende Kohlenmonoxid eine entscheidende Rolle. Bis zu bestimmten Mengenanteilen ist allerdings auch Wasserstoff ein mögliches Reduktionsmittel. Die Gesamtprozesskette zur Erzeugung und der Integration vom Wasserstoffgas aus erneuerbaren Quellen bis hin zur Verwendung im Hochofen muß in Zukunft noch weiter erforscht werden. „Wir konnten nun jedenfalls zeigen, daß sich ein Reduktionsgas mit Hilfe eines neuen Verfahrens aus Biomasse gewinnen läßt“, erklären die Projektmitarbeiter Florian Benedikt, Josef Fuchs und Stefan Müller. „Unser Produktgas ist nach unseren Messungen prinzipiell als zusätzlicher biogener Energieträger geeignet. Die Gasqualität entspricht zumindest dem, was voestalpine heute schon für verschiedenste Prozessschritte im integrierten Hüttenwerk nutzt.“

Kohlendioxidnutzung: Noch besser als CO₂-neutral

Der zweite Gasstrom, der beim Biomasse-Reformingverfahren der TU Wien entsteht, enthält CO₂. Gibt man das Kohlendioxid am Ende in die Umgebung ab, schließt man den Kohlenstoffkreislauf: Freigegeben wird nur das CO₂, das vorher als Biomasse von den Pflanzen gespeichert wurde, die man nun genutzt hat. Gibt man das CO₂ nicht in die Umgebung ab, sondern verarbeitet es weiter, dann hat der Prozeß sogar eine nochmals verbesserte CO₂-Bilanz: Man spricht dann von einem „Below Zero Emission“-Prozeß.

Vision: Implementierung erneuerbarer Energieträger in Produktionsprozessen

Prof. Hermann Hofbauer freut sich über die erzielten Ergebnisse: „Die Implementierung erneuerbarer Energien in einen ressourcenintensiven Prozeß wie der Stahlherstellung stellt eine große Herausforderung dar. Das betreffende Forschungsprojekt mit voestalpine ist für unsere Forschungsgruppe deshalb ein Leuchtturmprojekt.“ Um den Biomasse-Reformingprozeß zu optimieren hatte man von 2013 bis 2015 an der TU Wien eine große Forschungsanlage mit einer Gesamthöhe von sieben Metern errichtet. „Nur mit einer solchen Anlage bekommen wir aussagekräftige Ergebnisse, um große industrielle Demonstrationsanlagen konzipieren zu können“, sagt Hofbauer.

„Unsere Ergebnisse zeigen, daß es technisch möglich ist. Für hochwertige Biomasse wie Holzhackschnitzel sind Umsetzungsperspektiven unter den aktuellen Rahmenbedingungen jedoch nicht wirtschaftlich darstellbar. Deshalb sind weiterführende intensive Forschungsarbeiten nötig, um auch kostengünstige biogene Rohstoffe nutzbar zu machen“, erklärt Johannes Schmid.

Neben der Wasserstoffgewinnung über den Prozeß der Elektrolyse stellt die Technologie somit langfristig eine weitere mögliche „grüne“ Alternative für die Stahlproduktion dar. ■

<http://www.tuwien.ac.at>

<https://www.tuwien.ac.at/chemische-verfahrenstechnik-und-energie-technik/zukunftsfähige-energie-technik/vergasung-und-gasreinigung/>

Auf dem Weg in neue Himmelsgebiete

ESA bewilligt neue Weltraummission zur Entdeckung erdähnlicher Planeten

Die Europäische Weltraumagentur ESA hat am 20. Juni beschlossen, mit dem Bau eines neuen Satelliten zur Entdeckung von extrasolaren Planeten zu beginnen. Die Mission „PLATO“ (PLANetary Transits and Oscillations of stars) soll zum ersten Mal systematisch nach erdähnlichen Planeten um andere sonnenähnliche Sterne suchen. Unter der Federführung des Instituts für Astrophysik der Universität Wien sind mehrere österreichische Institutionen an diesem Vorhaben beteiligt.

Über 3.600 „extrasolare“ Planeten wurden bisher um andere Sterne als die Sonne entdeckt. Viele davon sind verglichen mit unserer Erde sehr exotisch – darunter befinden sich viele dem Jupiter ähnliche Gasriesen, die jedoch sehr enge Bahnen um ihre zentralen Sterne ziehen, andere umlaufen kleine Zwergsterne innerhalb nur weniger Tage. Eine der großen Fragen der gegenwärtigen Planetenwissenschaft, nämlich jene nach der Existenz erdähnlicher Planeten, ist in dieser Hinsicht noch wenig untersucht.

Die neue ESA-Mission PLATO hat zum Ziel, diese Situation fundamental zu verändern. Während gegenwärtige boden- oder weltraumbasierte Observatorien vor allem große Planeten um kleine Sterne finden, widmet sich PLATO insbesondere erdähnlichen Planeten, die ähnliche Sterne wie unsere Sonne umkreisen. Damit verbunden ist die Erwartung, „Geschwister unserer Erde“ zu entdecken, auf denen vielleicht flüssiges Wasser vorhanden oder sogar Leben möglich sind.

Die PLATO-Mission wird dies durch 26 parallel geschaltete Kleinteleskope erreichen, welche mit bisher unerreichter Empfindlichkeit ein Achtzehntel des gesamten Himmels auf einmal beobachten kann. Das entspricht einem Durchmesser von fast sechzig Grad oder der elftausendfachen Fläche des Vollmondes am Himmel. PLATO detektiert minimalste „Sternfinsternisse“, die ein paar Stunden andauern und dann eintreten, wenn zufällig ein Planet vor der Scheibe seiner „Sonne“ vorüberläuft – analog zu einer durch unseren Mond verursachten Sonnenfinsternis. Solche Planetenvorübergänge schwächen das Sternlicht aber nur um ca. den zehntau-



© DLK

Künstlerische Interpretation eines fremden Planetensystems

sendstel Teil ab, weshalb hoch spezialisierte Kameras und Teleskope von Nöten sind.

»Wo sind die Geschwister unserer Erde?«

Der neue Satellit sucht Planeten dieser Art, indem er zwei Jahre lang die Helligkeiten hunderttausender Sterne aufnimmt und dabei kleinste Lichtabschwächungen wahrnehmen kann. Mit dieser Methode kann neben dem Durchmesser eines Planeten auch der Abstand vom zentralen Stern sowie mittels feinsten Schwingungen des Sternenlichts auch das Alter des Sterns abgeschätzt werden. Ergänzende Beobachtungen von der Erde aus werden es den WissenschaftlerInnen in Folge auch möglich machen, die Masse des Planeten zu messen und eine Ähnlichkeit zur Erde oder die Verschiedenheit von ihr festzustellen. „Alle Messdaten geben zum ersten Mal Aufschluß darüber, ob unsere Erde eine einsame Ausnahme unter den vielen Milliarden Planeten in unserer Milchstraße ist, oder ob andere, erdähnliche Himmelskörper existieren“, so Manuel Güdel vom Institut für Astrophysik der Universität Wien.

Unter Leitung des Instituts für Astrophysik der Universität Wien tragen in Österreich mehrere Institute zu PLATO bei – finanziell unterstützt wird die Mission durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft FFG. Die Gruppe der Universität Wien befaßt sich einerseits mit der Entwicklung der wichtigen Flugsoftware an Bord des Satelliten: Diese ist durch den ununterbrochenen, immensen Datenstrom von den 26 gleichzeitig beobachtenden Teleskopen besonders herausfordernd und benötigt hoch spezialisierte Hardware, die das Institut für Weltraumforschung der Akademie der Wissenschaften in Graz zur Verfügung stellt.

Das Institut für Astrophysik der Universität Wien beteiligt sich ebenfalls wesentlich an der Vorbereitung des Wissenschaftsprogramms des Satelliten und hat zusammen mit dem IWF Graz die internationale Führung beim zentralen Thema der „habitablen Bedingungen auf PLATO-Planeten“ inne. Dabei geht es um die Erforschung von Umwelteinflüssen, die die entdeckten Planeten eventuell als bewohnbar ausweisen werden. ■ <http://www.univie.ac.at>

Kaltes Wasser: Und es bewegt sich doch!

Bei minus 150 Grad Celsius flüssiges Wasser beobachten, das beherrschen Chemiker der Universität Innsbruck. Nun haben sie gemeinsam mit Forschern in Schweden und Deutschland experimentell nachgewiesen, daß zwei unterschiedliche Formen von Wasser existieren, die sich in Struktur und Dichte stark unterscheiden.

Die Wissenschaft sucht seit langem nach dem Grund, warum ausgerechnet Wasser das Molekül des Lebens ist. Mit ausgefeilten Techniken gelingt es Forschern am Institut für Physikalische Chemie der Universität Innsbruck, Wasser bei Temperaturen von rund minus 150 Grad Celsius in zähflüssigem Zustand zu beobachten und dessen Eigenschaften zu untersuchen. Bereits vor vier Jahren hat das Team um Thomas Lörting Hinweise gefunden, daß stark unterkühltes Wasser aus zwei unterschiedlich dichten Formen existiert. „In unserem Experiment zeigte sich damals, daß es abhängig vom Umgebungsdruck zwei unterschiedliche flüssige Formen von Wasser gibt, eine mit niedriger Dichte und eine hochdichte Form.“ Dieser Befund ist überaus erstaunlich, könnte er doch bedeuten, daß auch ganz normales Leitungswasser aus zwei Flüssigkeiten besteht. Untersucht werden kann das Phänomen freilich nur unter extremen Bedingungen, weil die beiden Flüssigkeiten bei sehr tiefen Temperaturen getrennt voneinander existieren.

Wassermoleküle in Bewegung

Nun hat das Team um Thomas Lörting gemeinsam mit Forschern der Universität Stockholm am deutschen Großforschungszentrum DESY in Hamburg stark unterkühltes Wasser mit Hilfe eines stark gebündelten Röntgenstrahls untersucht. Mit Kleinwinkel-Röntgenstreuung läßt sich nämlich die Bewegung von Molekülen in einer Probe bestimmen. „Wir wollten in diesem Experiment sehen, ob die Moleküle wie in Festkörpern an Ort und Stelle gebunden sind, oder ob sie sich wie in einer Flüssigkeit im Raum umherbewegen“, erzählt Lörting. Die an der Universität Innsbruck erzeugten Proben aus amorphem Eis – also nicht kristallisiertem Eis – wurden am DESY mit Röntgenstrahlen beschossen und so die Bewegung

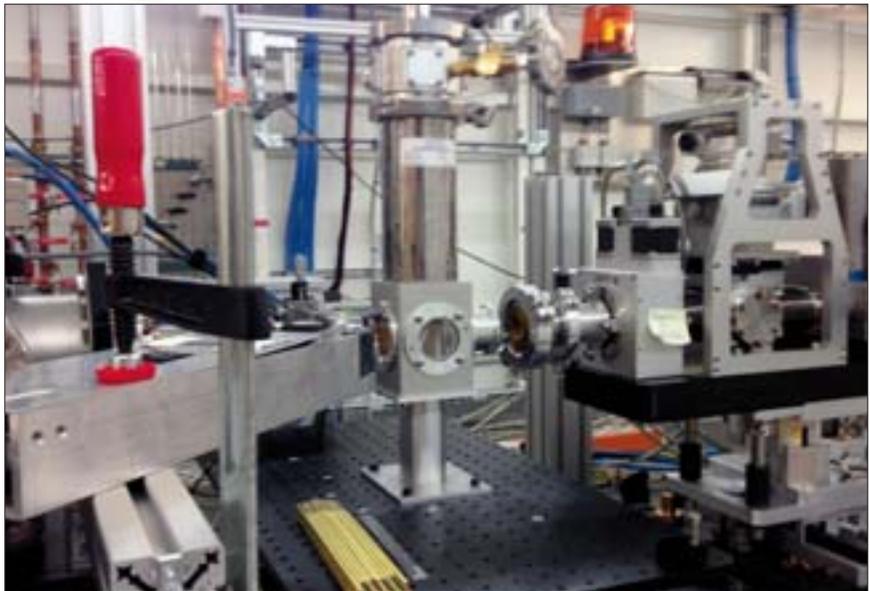


Foto: Uni Innsbruck

Die Messungen wurden in der PETRA III-Experimentierhalle des DESY Hamburg durchgeführt.

der Wassermoleküle abhängig von der Temperatur bestimmt. Dabei zeigte sich, daß ab circa minus 160 Grad Celsius die Bewegung der Moleküle stark zunimmt. „Aus der Analyse der Daten konnten wir als Bewegungsraum eines Moleküls 50 Nanoquadratmeter pro Sekunde bestimmen, was für ein Molekül eine sehr große Fläche ist“, betont Lörting. Auch nach dem Übergang von hochdichtem in niedrigdichtes Wasser bei circa minus 137 Grad Celsius bewegen sich die Moleküle, allerdings nicht mehr ganz so schnell. Diese Dynamik zeigt, daß die zwei Phasen tatsächlich flüssig sind. „Es ist wie ein wahrgewordener Traum beobachten zu

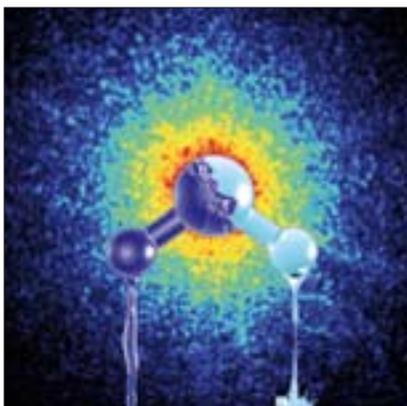
können, wie sich Wasser von einem glasartigen Zustand in eine viskose Flüssigkeit und dann fast sofort in eine weitere, noch zähflüssigere Substanz von sehr viel niedrigerer Dichte verwandelt“, freut sich Katrin Amann-Winkel, ehemaliges Mitglied der Arbeitsgruppe von Thomas Lörting in Innsbruck und nun Forscherin an der Universität Stockholm.

Neue Form der Chemie möglich

In Zukunft wollen die Innsbrucker Wissenschaftler ein Experiment bauen, in dem sie beliebig zwischen den beiden Zuständen hin- und herspringen können. „Dazu müssen wir das System in einen Gleichgewichtszustand bringen, was nur unter hohem Druck möglich ist“, sagt Thomas Lörting. Es gibt bereits Ideen, wie die aktuellen Messungen in einer Hochdruckkammer wiederholt werden können. Die Forscher wollen in den nächsten Jahren aber auch klären, ob Chemie in stark unterkühltem Wasser nur in Zeitlupe abläuft, oder ob dieses Tieftemperatur-Lösungsmittel das Tor zu einer ganz neuen Form von Chemie aufstößt.

Die aktuelle Arbeit entstand im Rahmen der Forschungsplattform Material- und Nanowissenschaften an der Universität Innsbruck und wurde unter anderem vom österreichischen Forschungsförderungsfonds FWF finanziell unterstützt. ■

<http://www.uibk.ac.at>



Grafik: Matthias Karlen

Künstlerische Darstellung der beiden zähflüssigen Formen von Wasser vor einem Röntgenbeugungsbild aus der Studie.

300 Jahre Freimaurer: Das wahre Geheimnis

Neue Ausstellung der Österreichischen Nationalbibliothek
von 23. Juni 2017 bis 7. Jänner 2018 im Prunksaal



© Österreichische Nationalbibliothek

Szenenbild von Mozarts »Zauberflöte«, 1. Akt, 18. Auftritt, »Es lebe Sarastro«, Kolorierter Kupferstich von Joseph Schaffer, um 1794

Im Jahr 1717 wird der Überlieferung nach die Großloge von England gegründet: Damit beginnt die Geschichte der modernen Freimaurerei, die seitdem aus der europäischen Geistes- und Kulturgeschichte nicht mehr wegzudenken ist. In der Ausstellung „300 Jahre Freimaurer. Das wahre Geheimnis“ präsentiert die Österreichische Nationalbibliothek einen Blick hinter die Kulissen dieser ebenso bekannten wie geheimnisvollen Bruderschaft. Über 150 einzigartige Objekte und zahlreiche Installationen und Medienstationen lassen im Prunksaal ihre Geschichte, ihre oft kontroverse öffentliche Wahrnehmung und so bekannte Freimaurer wie Wolfgang Amadeus Mozart oder Helmut

Zilk Revue passieren. Die Exponate der Ausstellung stammen aus den Sammlungen der Österreichischen Nationalbibliothek, den Archiven der Großloge von Österreich, dem Museum der Großloge von England sowie weiteren in- und ausländischen Sammlungen.

Die Anfänge in England

England hatte zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine lange Zeit der Glaubenskriege zwischen Katholiken und Protestanten und Machtkämpfe zwischen König und Parlament hinter sich. Zum Abbau der Feindseligkeiten trug eine neue Geselligkeitskultur bei, an der Bürger und liberale Adelige gleichermaßen

teilhatten. Einer der neuen Begegnungsorte war durch besonders strenge Aufnahmeregeln gekennzeichnet: die Loge der Freimaurer. Diese Abgrenzung nach außen ermöglichte es ihnen, sich innerhalb der Loge trotz aller Standesunterschiede auf Augenhöhe zu begegnen – für die damalige Zeit eine Sensation.

Der Überlieferung nach gründeten vier dieser Logen am 24. Juni 1717 ihre erste Dachorganisation: die Großloge von England. Damit begann die Geschichte der modernen Freimaurerei, einer Bewegung, die schon seit ihrer Frühzeit die Fantasie ihrer Gegner durch ihre strengen Aufnahmebedingungen sowie durch ihre Rituale und Symbole beflügelte.



© Österreichische Nationalbibliothek

Angelo Soliman, Schabblatt von Johann Gottfried Haid nach einem Gemälde von Johann Nepomuk Steiner, um 1750

Eine Bewegung, die aber auch nicht frei von Widersprüchen war und ist: Freimaurer verstehen sich als Vorkämpfer für Freiheit und Gleichheit und doch „zelebrieren“ den Großlogen angegliederte Gruppen in sogenannten Hochgradsystemen geradezu die Ungleichheit ihrer Mitglieder. Auch schließt die weltweit dominierende Spielart der Freimaurerei englischer Tradition bis heute Frauen von ihrer rituellen Arbeit aus. Die Freimaurerei zieht politisch engagierte Menschen an, ist aber keine politische Bewegung. Ihre Mitglieder haben oft aufgrund ihrer bürgerlichen Berufe Einfluß, aber als Freimaurer

üben sie – allen Verschwörungstheorien zum Trotz – keine politische Macht aus. Sie befassen sich mit spirituellen Inhalten, sind aber keine Religionsgemeinschaft. Vernunft und Redlichkeit sind ihnen wichtig, gleichzeitig haben sie eine große Vorliebe für Symbole und pflegen mitunter ein esoterisches Geschichtsbewußtsein: Die Logenbrüder sehen sich symbolisch als Nachfolger der mittelalterlichen Steinmetze (Masons) und ihre Logen als neue Form jener alten Bauhütten (Lodges), die einst die Kathedralen errichtet hatten; sie zählen aber auch die Priester im alten Ägypten, die Anhänger des Pythagoras,

die Tempelritter der Kreuzzüge und die ersten wissenschaftlichen Gesellschaften wie die Royal Society zu ihren Vorläufern.

Eine Idee breitet sich aus

In den 1730er-Jahren breitete sich die Freimaurerei auf dem europäischen Kontinent aus. Auch Franz Stephan von Lothringen, der zukünftige Gemahl von Maria Theresia und Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, gehörte den Freimaurern an. Er wurde 1731 in Den Haag aufgenommen und bald darauf in England zum Meister erhoben. Mehr weiß man nicht von seiner Laufbahn als Freimaurer, aber die Engländer konnten nun einen mächtigen Thronanwärter zu ihren „Brüdern“ zählen.

Im Lauf des 18. Jahrhunderts erweiterte sich das soziale Spektrum. Immer häufiger bestimmten Beamte, Offiziere, Unternehmer und Künstler das Logengeschehen. Manche von ihnen sahen in den Logen einen Ersatz für wissenschaftliche Akademien, für andere zählten Geselligkeit oder spirituelle Erfahrungen in einem Zeitalter, das sich so explizit der Vernunft verschrieben hatte.

Mit der Gründung der Loge „Zur wahren Eintracht“ im Jahr 1781 begann in Österreich eine Blütezeit der Freimaurerei, deren Ideen unter Kaiser Joseph II. so etwas wie allerhöchste politische Anerkennung erlangten. Zu den prominentesten politischen Vertretern in dieser Zeit zählten die Reformen Ignaz von Born und Joseph von Sonnenfels, der die treibende Kraft hinter der Abschaffung von Folter und Todesstrafe war. Der prominenteste Freimaurer der Loge war aber mit Sicherheit Wolfgang Amadeus Mozart.

Mozart, Soliman und die »wahre Eintracht«

Wolfgang Amadeus Mozart trat 1784 der Loge „Zur Wohltätigkeit“ bei, besuchte aber auch regelmäßig die Loge „Zur wahren Eintracht“. Er war von den Freimaurern derart überzeugt, daß er seinen Vater Leopold und Joseph Haydn zum Eintritt in den Bund veranlasste. Mozart widmete den Freimaurern sogar eine Reihe seiner Werke: etwa „Die Maurerfreude“ zu Ehren Ignaz von Borns und die „Gesellenreise“, komponiert wahrscheinlich aus Anlaß der eigenen Beförderung. Seine wohl berühmteste Oper, „Die Zauberflöte“, gehörte nicht dazu, wurde aber gerne im Zusammenhang mit der Freimaurerei interpretiert. Die in der Ausstellung gezeigten Kupferstiche aus dem Jahr 1794 sind die ältesten Szenenbilder der „Zauberflöte“, die sich erhalten haben. Sie geben vermut-

lich eine Inszenierung in Brünn wieder. Im 18. Auftritt des ersten Aktes fährt Sarastro auf einem von Löwen gezogenen Triumphwagen auf die Bühne und wird von einem Chor feierlich begrüßt. Im 19. Jahrhundert entstand die Legende, daß Mozart in der Gestalt des Sarastro dem von ihm tief verehrten Ignaz von Born ein Denkmal setzen wollte.

Ein weiterer prominenter Freimaurer dieser Zeit war Angelo Soliman. Nachdem Soliman im 18. Jahrhundert als Kind in Afrika versklavt und nach Europa verschleppt wurde, hatte er in mehreren Fürstenfamilien die Funktion des Dieners inne. Aufgrund seiner umfangreichen Sprachkenntnisse stieg er sogar zum Prinzenerzieher auf. Im Alter von 60 Jahren fand Soliman Aufnahme in die Wiener Loge „Zur wahren Eintracht“ und wurde innerhalb von nur vier Wochen in den Meistergrad erhoben. Seinem Dienstgeber Fürst Wenzel von Liechtenstein konnte er innerhalb der Loge als Bruder im Sinne zereemonieller Gleichheit begegnen, außerhalb der Loge galten jedoch weiterhin die strengen Standesunterschiede: Soliman ging stets zu Fuß hinter jener Kutsche, die den Fürsten zurück zum Palast brachte, in dem beide wohnten.

Arbeit im Verborgenen

Das rasche Wachstum der Freimaurerei endete 1785 durch eine Verordnung Josephs II.: Um den Wildwuchs an Alchemisten und Mystikern einzubremsen, wurden Freimaurerlogen unter staatliche Kontrolle gestellt, andere „Geheimgruppen“ grundsätzlich verboten. Die Französische Revolution 1789 machte ihre Lage nicht besser, denn manche hielten die Freimaurer für die Drahtzieher hinter der Revolution. In den 1790er Jahren wird die Freimaurerei in Österreich unter Kaiser Franz II. de facto eingestellt. In Folge wurden rituelle Objekte versteckt und viele Brüder wendeten sich von der Freimaurerei ab. Manche wirkten im Verborgenen, gründeten harmlos anmutende Rittervereine oder legten in Gartenanlagen freimaurerische Tempel und Grotten an. In der Euphorie des Revolutionsjahres 1848 wurde zwar für kurze Zeit wieder eine Loge gegründet, doch die Hoffnung auf eine neue Ära der Toleranz erfüllte sich nicht: Nach der Niederschlagung der bürgerlichen Revolution blieb die Freimaurerei in den österreichischen Kronländern verboten. Ungarn aber erhielt nach dem „Ausgleich“ von 1867 ein liberaleres Vereinsrecht, wodurch die Behörde keine Kontrollorgane zu Vereinssitzungen entsenden durfte. Deshalb gründeten österreichi-

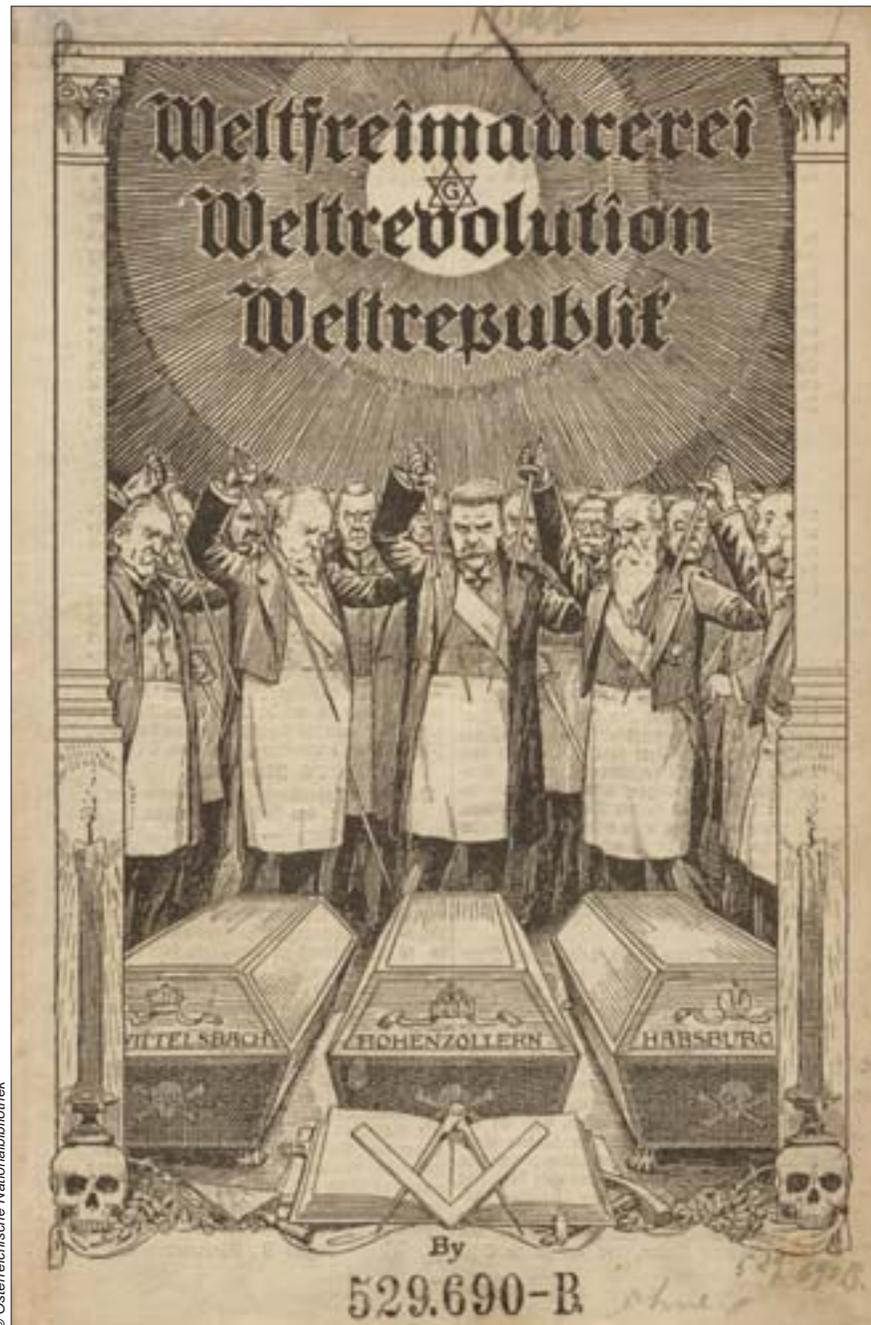
sche Freimaurer jenseits der Grenze, in Sopron und Bratislava, Logen, während sie in Wien weiterhin nur „unpolitische Vereine“ betrieben.

Neuer Aufbruch in der Zwischenkriegszeit

Als mit dem Untergang des Habsburgerreiches in Österreich wieder Logen gegründet werden durften, vervielfachte sich die Zahl der Mitglieder. Obwohl die Sozialdemokratie den Freimaurern durchaus skeptisch gegenüber stand, schlossen sich nach

1918 einige Vertreter des „Roten Wien“ der Bewegung an. Julius Tandler etwa sah in den Projekten der Sozialdemokratie die Umsetzung alter Ideen des Freimaurerbundes. Ferdinand Hanusch war Bruder und Meister vom Stuhl der Loge „Lessing zu den Drei Ringen“ und ab 1922 Großbeamter der Großloge von Österreich.

Auch unter den Konservativen gab es bedeutende Freimaurer wie etwa den langjährigen Generaldirektor der Nationalbibliothek, Josef Bick. In seiner Person vereinigten sich jedoch zahlreiche Widersprüche jener Zeit:



Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik. Eine Untersuchung über Ursprung und Endziele des Weltkrieges, Friedrich Wichtl (Verfasser), 1919

So machte er sich in den 1920er-Jahren zwar um die internationale Ausrichtung der Bibliothek verdient (unter ihm wurde etwa das Esperantomuseum eröffnet), er war aber auch Mitglied in der antimasonischen und antisemitischen „Deutschen Gemeinschaft“. 1921 wurde er in die Wiener Loge „Fortschritt“ aufgenommen, angeblich, um einigen Brüdern zu helfen, diese „judenrein“ zu machen.

Die Gegner werden stärker

Gegner der Freimaurer machten die „jüdisch unterwanderten“ Logen für alle möglichen Katastrophen verantwortlich – von der Oktoberrevolution über den Zusammenbruch der Monarchien bis zur Wirtschaftskrise. Auch am Ausbruch des Ersten Weltkrieges sollen die Freimaurer Schuld tragen, zumindest sah das Friedrich Wichtl so, ein Jurist und Abgeordneter der österreichischen Nationalversammlung. In seinem Pamphlet „Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik“ (1919), das auch in der Schau zu besichtigen ist, bezichtigte er die französische Freimaurerei, Schuld am Ausbruch des Krieges zu tragen. Sie sollen hinter der Ermordung von Franz Ferdinand in Sarajevo stecken und auch davor beim Selbstmord von Kronprinz Rudolf ihre Hand im Spiel gehabt haben. Auf dem Titelbild sind unter anderem zu sehen: der britische Premier Lloyd George (links), der tschechoslowakische Ministerpräsident Karel Kramář (Mitte), US-Präsident Woodrow Wilson, der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau und der deutsche Reichskanzler Gustav Stresemann (zweite Reihe).

»Der Mordprozeß gegen den Juden Bauer«

In der Zwischenkriegszeit kam es zu einem aufsehenerregenden Prozeß gegen den „Juden Bauer“, wie der Kaufmann Gustav Bauer am ausgestellten Plakat genannt wird. Im Frühjahr 1931 wurde ihm vorgeworfen, einige Jahre zuvor seine Geliebte im Lainzer Tiergarten ermordet zu haben. Trotz zahlreicher Indizien für seine Schuld konnte kein endgültiger Beweis erbracht werden, weshalb er freigesprochen wurde. In klerikalen und völkischen Zeitungen wurde behauptet, der Freispruch habe vor allem damit zu tun, daß es unter den Geschworenen Verbindungen zu Freimaurern gebe. Der ebenfalls auf dem Plakat als Redner genannte Walter Riehl war eine Schlüsselfigur des frühen österreichischen Nationalsozialismus: Beim Schattendorf-Prozeß war er Verteidiger jener Angeklagten, die bei einer Demonstration des



Eröffnung des Esperantomuseums, Josef Bick, Generaldirektor der Nationalbibliothek (4. v. l.), Bundeskanzler Johann Schober (3.v.l.) und Hugo Steiner, Gründer des Esperanto-Museums (2. v.l.), 1931



Gesundheitsstadtrat Julius Tandler bei der Eröffnung des Wiener Stadions (heutiges Ernst-Happel-Stadion), Foto von Lothar Rübelt, 1931

sozialdemokratischen Schutzbundes 1927 zwei Menschen erschossen hatten. Alle diese politischen Spannungen mündeten schließlich im „Anschluß“ 1938: Die Nationalsozialisten verfolgten ab nun alle Freimaurer, deportiert und ermordet wurden jüdische und deklariert regimekritische Mitglieder.

Freimaurerei nach 1945

Das Kulturleben Österreichs war in der Nachkriegszeit von den Folgen des Nationalsozialismus und einem konservativen

Katholizismus geprägt. In diesem schwierigen Umfeld erlebte die Freimaurerei eine neue Blütephase. Viele Kreative schlossen sich dem Bund an, um einander in den Logen jenseits von Parteiendünkel und Ideologien begegnen zu können. Besonders viele waren im neuen Medium Fernsehen tätig, beispielsweise Ernst Hagen (Erfinder des „Seniorenclubs“), Kuno Knöbl (Erfinder des „Club 2“), Herbert Prikopa (Moderator der Kindersendung „Auch Spaß muß sein“) und Arminio Rothstein, besser bekannt als Clown

Kultur



© Österreichische Nationalbibliothek

Der Mordprozeß gegen den Juden Bauer [...], Plakat, 1931

Habakuk. Für ihn, der während des Krieges gezwungen war, sich mit seinem jüdischen Vater in einem Keller vor den Nationalsozialisten zu verstecken, bot die Freimaurerei einen wichtigen sozialen und spirituellen Anker.

Ein weiterer bekannter Freimaurer war Helmut Zilk, Mitglied der Wiener Loge „Libertas“, ab 1967 Fernsehdirektor des ORF, danach Unterrichtsminister und schließlich bis 1994 Bürgermeister von Wien. Alexander Giese, der am ausgestellten Bild durch Schärpe, Bijoux, Schurz, weiße Handschuhe und den zweiköpfigen Hammer als Freimaurer erkennbar ist, war von 1975 bis 1987 Großmeister der Großloge von Österreich und stand bis zu seiner Pensionierung 1983 der Wissenschafts- und Bildungsabteilung des ORF-Fernsehens vor, wo er u. a. die Kulturberichterstattung forcierte.

Freimaurerei heute

Heute ist die Bruderschaft fast weltweit vertreten, aber in verschiedene Systeme und Gruppierungen gespalten. In Österreich gibt es aktuell 78 Logen mit etwa 3.500 Mitgliedern. So wie die Logen steht auch ihre Dachorganisation, die Großloge von Österreich, im Vereinsregister, letztere kann über deren Website kontaktiert werden.

Zu ihren bekanntesten Symbolen gehören Zirkel und Winkelmaß. Der Zirkel steht für den Kreislauf des Lebens und zugleich für die Unendlichkeit, da ein Kreis weder Anfang noch Ende hat. Der rechte Winkel steht für Ehrlichkeit und Gerechtigkeit, für eine redliche und vernünftige Handlungsweise, die in der österreichischen Freimaurerei ihre

spezifische Ausformung im „Baustück“, einem kurzen Vortrag, in jeder Logenarbeit findet.

Freimaurer zählen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Toleranz und Humanität zu ihren Grundsätzen. Mit dem Beitritt zu einer Loge verpflichtet sich jeder Bruder, diese

Werte nach bestem Wissen und Gewissen zu leben. Freimaurer streben außerdem nach Selbsterkenntnis, Selbstbeherrschung und Selbstveredelung, denn in ihren Augen kann die Welt nur dann menschlicher werden, wenn jeder an seiner eigenen Humanität arbeitet und das wahre Geheimnis zu ergründen versucht: den Menschen. ■

<http://www.onb.ac.at>

<http://www.freimaurer.at>



Foto: ORF / Andreas Fries

Clown Habakuk (Arminio Rothstein) mit Kasperl und Mimi, 1985



© Österreichische Nationalbibliothek

Zwei Freimaurer, Porzellangruppe nach einem Entwurf von Johann Joachim Kaendler, Großloge von Österreich, um 1740

Maria Theresia und die Kunst

Ausstellung im Unteren Belvedere von 30. Juni bis 5. November 2017



© Belvedere, Wien

Friedrich Heinrich Füger, Kaiserin Maria Theresia im Kreise ihrer Kinder, 1776; Tempera auf Pergament 34,2 x 39 cm

Das Belvedere nimmt den 300. Geburtstag von Maria Theresia zum Anlaß, ihren Bezug zur bildenden Kunst zu beleuchten und neue Aspekte abseits der gängigen historischen Darstellungen der berühmten Habsburg-Herrscherin zu zeigen. Kurator Georg Lechner fördert in der Ausstellung spannende Details zu Tage. So war Maria Theresia in ihrer Kunstauffassung sehr frei und unverbildet. Die rund 120 Werke umfassende Schau zeigt, welche Bedeutung das kulturelle Engagement der „Herrin im Hause Österreich“ für die Nachwelt hatte.

Die Ausstellung zeigt in sechs Abschnitten Maria Theresias Zugang zur bildenden Kunst.

Die Kaiserin war sich ihrer Repräsentationspflicht gänzlich bewußt. Gleichzeitig machte ein geschmäleretes Budget die Erwerbung von Werken alter Meister nur sehr eingeschränkt möglich. So beschäftigte Maria Theresia vor allem zeitgenössische Künstler aller Metiers und bewies damit Mut zu unkonventionellen Lösungen und ein sehr progressives Kunstverständnis. Bis heute prägt die Auftrags- und Ankaufspolitik der Herrscherin einen Teil der Sammlungen des Belvedere.

„Als historische Einstimmung zeigen wir im ersten Abschnitt der Ausstellung Beispiele der Porträtmalerei, die zur Zeit Maria Theresias einen starken Aufschwung erfuhr.

Zu den Lieblingsporträtisten der Kaiserin zählte allen voran Martin van Meytens d. J., der den Geschmack des Kaiserhauses wohl am besten traf“, so Kurator Georg Lechner. Daneben waren es die Werke Jean-Etienne Liotards, aber auch zahlreicher weiterer Künstler, die von der Kaiserin besonders geschätzt wurden.

Ein weiteres Kapitel der Schau widmet sich dem Bildhauer Balthasar Ferdinand Moll, der ebenfalls zu den Favoriten der Kaiserin zählte und mit zahlreichen Aufträgen bedacht wurde. Sein Hauptwerk bildet der noch heute in der Kapuzinergruft befindliche Doppelsarkophag der Monarchin und



© Belvedere, Wien

Johann Christian Brand, Küstenlandschaft mit Saumtieren, 1771; Öl auf Holz, 27 x 37 cm

Sie sehen Werke von folgenden KünstlerInnen:

Karl Josef Aigen Martino Altomonte
 Johann Gottfried Auerbach
 Antonio Bencini
 Wilhelm Beyer
 Gabrielle Beyer (geb. Bertrand)
 Frans van der Borgh
 Christian Hilfgott Brand
 Johann Christian Brand
 Anton Matthias Josef Domanek
 (Domanöck)
 Johann Georg Dorfmeister
 Johann Martin Fischer
 Vinzenz Fischer
 Friedrich Heinrich Füger
 Daniel Gran
 Gregorio Guglielmi
 Johann Baptist Hagenauer
 Philipp Ferdinand de Hamilton
 Peter van den Hecke
 C. Hirsch d.J.
 Franz Christoph Janneck
 Salomon Kleiner
 Martin Knoller

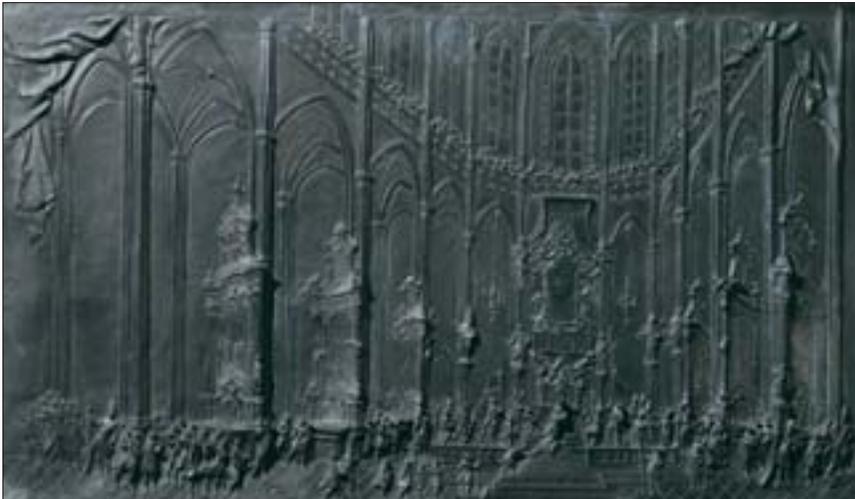
Johann Kupetzky
 Jean-Étienne Liotard
 Ádám Mányoki
 Franz Anton Maulbertsch
 Franz Messmer
 Franz Xaver Messerschmidt
 Martin van Meytens d.J.
 Joseph Ignaz Milderer
 Balthasar Ferdinand Moll
 Jakob Gabriel Mollinarolo
 Franz Anton Palko
 Jean-Baptiste Pillement
 Leonhard Posch
 Philipp Jakob Prokop
 Maximilian Joseph Schinnagl
 Daniel Schmidely
 Jakob Matthias Schmutzer
 Christian Seybold
 Franz Xaver Wagenschön
 Joseph Winterhalter d.J.
 Franz Zächerle
 Franz Anton Zauner

ihres Gemahls Franz Stephan. Die Dubletten der Seitenreliefs mit Szenen aus dem Leben des Herrscherpaares gelangten in die kaiserlichen Sammlungen und werden in der Ausstellung gezeigt.

Wilhelm Beyer war u.a. in Ludwigsburg als Modellmeister in der Porzellanmanufaktur tätig, bevor er im Jahr 1773 vom Kaiserhaus mit der skulpturalen Ausstattung des Schönbrunner Schloßparks beauftragt wurde. Für die zeitgerechte Fertigstellung des Großauftrags mit 36 Statuen wurden 16 Bildhauer beschäftigt, die sich zu prägenden Gestalten auf dem Gebiet der Skulptur entwickelten. Beyer und seinem Kreis ist daher ein weiterer Abschnitt in der Ausstellung gewidmet.

Ein eigenes Kapitel befaßt sich mit Maria Theresias Bezug zum Belvedere. Die Monarchin erwarb das Ensemble mitsamt den Gartenanlagen 1752 von Prinzessin Victoria, der Nichte Prinz Eugens von Savoyen, führte es aber nicht gleich einer konkreten Verwendung zu. „Es war die Entscheidung von Maria Theresia und ihrem Sohn Joseph II., die kaiserlichen Sammlungen von der Stallburg in das ehemalige Repräsentationsschloß

© Belvedere, Wien



Balthasar Ferdinand Moll, *Die Krönung Maria Theresias im Dom zu Prag zur Königin von Böhmen am 12. Mai 1743, Vier Reliefs mit Szenen aus dem Leben Maria Theresias und Franz' I., 1754; Blei-Zinn-Legierung, 63 x 111 cm*

Foto: Belvedere, Wien / Johannes Stoll



Ausstellungsansicht »Maria Theresia und die Kunst«

Prinz Eugens zu verlegen. Damit wurde das Belvedere im Jahr 1777 als Bildungsinstitution und Museum erstmals für alle BürgerInnen frei zugänglich. Die in der Ausstellung präsentierten Gemälde waren bereits damals Teil der Sammlung“, so Stella Rollig, Generaldirektorin des Belvedere.

In einem weiteren Abschnitt rückt die Landschaftsmalerei und hier besonders Johann Christian Brand in den Fokus. 1765 zum Kammermaler ernannt und später mit einer Professur an der Wiener Akademie bedacht, entwickelte sich der Künstler zum bedeutendsten Landschaftsmaler seiner Zeit. Maria Theresia beauftragte den Künstler mit der Reiherbeize in Laxenburg und der Schlacht bei Hochkirch für die Ausstattung der kaiserlichen Residenzen. Beide Bilder befinden sich heute in der Sammlung des Belvedere.



© Galéria mesta Bratislavy

Daniel Schmideley, *Maria Theresia im ungarischen Krönungskleid, 1742; Öl auf Leinwand, 237,5 x 157 cm*

Kurzbiographie von Maria Theresia

- | | |
|--|--|
| <p>1717 Geburt von Maria Theresia als Tochter von Kaiser Karl VI. und Elisabeth Christine von Braunschweig-Wolfenbüttel (13. Mai).</p> <p>1736 Vermählung von Maria Theresia und Franz Stephan von Lothringen (12. Februar).</p> <p>1741 Krönung Maria Theresias zur Königin von Ungarn in Pressburg/Bratislava (25. Juni).</p> <p>1743 Krönung Maria Theresias zur Königin von Böhmen (12. Mai).</p> <p>1745 Franz Stephan wird als Franz I. in Frankfurt zum römisch-deutschen Kaiser gekrönt.</p> <p>1765 Tod Franz' I. Stephans in Innsbruck, woraufhin Joseph Kaiser und Mitre-</p> | <p>gent wird und Leopold Großherzog der Toskana.</p> <p>1776 Entscheidung, daß die kaiserliche Gemäldegalerie ins Obere Belvedere transferiert wird. In der Folge entsteht ein öffentliches Museum, wobei die Werke in einer völlig neuen Ordnung nach künstlerischen Schulen präsentiert werden.</p> <p>1778 Beginn des Bayerischen Erbfolgekriegs, nachdem im Jahr zuvor mit Max III. von Bayern die Wittelsbacher in der bayerischen Linie ausgestorben waren.</p> <p>1780 Tod Maria Theresias (29. November) wie auch zuvor ihres Schwagers Carl Alexander von Lothringen (4. Juli).</p> |
|--|--|

Nicht zuletzt ist den Entwürfen für Deckenfresken und Allegorien ein Kapitel in der Ausstellung gewidmet. Diese gelten als Charakteristikum für das Habsburgerreich zur Zeit Maria Theresias und dienten der Verherrlichung des Herrscherhauses. Die Ausstellung zeigt Ölskizzen von Franz Anton Maulbertsch, Gregorio Guglielmi, Daniel Gran u.a.m. Die großformatigen Ausführungen der Werke sind oft noch erhalten und laden BesucherInnen ein, sich auf Entdeckungsreise auf Maria Theresias Spuren in Wien und Umgebung zu machen. ■

<http://www.belvedere.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Maria_Theresia

Peter Paul Rubens

Kraft der Verwandlung – von 17. Oktober 2017 bis 21. Jänner 2018 im Kunsthistorischen Museum Wien



Peter Paul Rubens, *Beweinung Christi*; Eichenholz, 40,5 x 52,5 cm, 1614 datiert

Bereits zu Lebzeiten war Peter Paul Rubens (1577-1640) hochberühmt. Zu Recht gilt er bis heute als bedeutendster flämischer Barockmaler. Das Kunsthistorische Museum besitzt etwa 40 Gemälde des Meisters und seiner Werkstatt. Dazu zählen farbstarke und figurenreiche Hauptwerke wie die riesigen Altarbilder für die Antwerpener Jesuitenkirche ebenso wie intimere Darstellungen des Pelzchens, des Hauptes der Medusa oder Rubens' spätes Selbstbildnis.

Im Herbst 2017 widmet das Kunsthistorische Museum diesem Protagonisten der Europäischen Malerei eine prachtvolle Ausstellung. Der Wiener Bestand wird dabei mit zahlreichen internationalen Leihgaben zu einem spektakulären Ensemble vereint. Das einzigartige Vorhaben macht Rubens' Werk in Zeichnungen, Ölskizzen, Tafelbildern sowie großformatigen Leinwänden erfahrbar.

Inhaltlich steht die Kreativität des Malers im Mittelpunkt: Rubens verstand es wie kaum ein Zweiter, für sein eigenes Schaffen die Werke anderer Künstler zu nutzen. Jener Dialog mit Kunstwerken seiner berühmten Vorgänger und Zeitgenossen beschäftigte Rubens zeitlebens und prägt sein fünfzigjähriges Schaffen. Stets unterzog der Maler die eigenen Kompositionen immer neuen Wand-

lungen. Gerade solchen Rückgriffen aber verdanken Rubens Werke häufig ihre moderne und dynamische Erscheinung. Solche Beziehungen sind oft erst auf den zweiten Blick erkennbar: Jetzt kann der Besucher diese, zuweilen überraschenden Perspektiven in einer Ausstellung einnehmen und nachvollziehen.

Das Vorhaben wird neben Rubens daher auch Skulpturen aus Antike und Renaissance sowie die Kunst großer Meister wie Tizian oder Caravaggio präsentieren, an deren Beispiel Rubens seine eigenwilligen und radikal neuen Bildformeln entwickelte.

Von 8. Februar bis 21. Mai 2018 wird die Ausstellung in Frankfurt zu sehen sein. ■ <http://www.khm.at>



Peter Paul Rubens, *Selbstbildnis*; Leinwand, 110 cm x 85,5 cm x 2,4 cm, um 1638



Peter Paul Rubens, *Die vier Flüsse des Paradieses*; Leinwand, 110 cm x 85,5 cm, um 1615

Kauft bei Juden!

»Geschichte einer Wiener Geschäftskultur« – Ausstellung im Jüdischen Museum Wien von 17. Mai bis 19. November 2017



© JMW / Sammlung Eduard Konrad

Postkarte vom Stephansplatz mit dem Kaufhaus Rothberger

Die Ausstellung „Kauft bei Juden! Geschichte einer Wiener Geschäftskultur“ widmet sich einem beinahe verschwundenen und vergessenen Teil der jüdischen Wiener Kulturgeschichte. Im Zentrum der Ausstellung stehen die Entwicklungs-, Erfolgs-, Migrations- und Familiengeschichten der Gründer und Besitzer dieser Betriebe sowie ihr maßgebliches Engagement für den Weg Wiens in die Moderne. Der Ausstellungstitel ist ein Appell gegen das Vergessen, ein Aufruf zur Erinnerung an diese bedeutenden Unternehmen und deren Akteurinnen und Akteure hinter den Geschäftsfassaden.

Wiener Stadtgeschichte

Die Entstehung von Kaufhäusern in Wien war Teil einer gesamteuropäischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts. Daß viele der Gründer aus jüdischen Familien stammten, ist heute ebenso wenig bekannt, wie die einsti-

ge Existenz des Textilviertels im ersten Wiener Gemeindebezirk.



Foto: JMW / S. Gansrigler

Medallensammlung der Hofschneiderei Knize & Comp. in Wien

Prominente Häuser wie Gerngross, Zwieback, Neumann, Jacob Rothberger, Braun & Co., Goldman & Salatsch, Jungmann & Neffe, Knize, prägten die mondänen Einkaufsmeilen Wiens auf der Kärntner Straße und der Mariahilfer Straße. Die Ausstellung ruft aber auch die sogenannten Vorstadtwarenhäuser Dichter und Wodicka ins Gedächtnis der Stadt zurück.

Mit ihren Betrieben leisteten diese Familien einen maßgeblichen Beitrag zur Wiener Stadtentwicklung und beeinflussten das wirtschaftliche, topografische, soziale und kulturelle Stadtbild bis in die Gegenwart.

Durch die Zäsur der Schoa verschwand diese von Wiener JüdInnen geprägte Geschäftskultur fast völlig. Erfolgsgeschichten von Vertriebenen lassen sich im Ausland nachzeichnen – wie etwa jene des Kostümbildners und Grafikers Ernst Deutsch-Dryden oder des Architekten, Stadtplaners



© JMW / Sammlung Martin Perle

Postkarte vom Innenraum des Kaufhauses Gerngross auf der Maria Hilferstraße

und Erfinders der Shopping Mall, Victor Gruen. Viele Unternehmen konnten aber an die Erfolge der Zeit vor 1938 nicht mehr anknüpfen.

Jedenfalls beschlossen die meisten nach 1945 nicht mehr nach Wien zurückzukehren. An die bedeutenden Kaufhäuser sowie an die zahlreichen von JüdInnen betriebenen Einzelhandelsbetriebe erinnern heute im Wiener Stadt- und Geschäftsbild nur noch die Namen mancher Nachfolgeunternehmen und in seltenen Fällen Teile der Bausubstanz.

Diesem „Verschwinden“ gegenübergestellt ist die Entwicklung des Textilviertels nach 1945. Bedingt durch Migration und Zuwanderung lassen sich hier individuelle Geschichten von Unternehmen wie Schöps, dem Tuchhaus Silesia, Wachtel & Co, Haritex, Zalcotex u.v.m. erzählen, die auch vom Wiederaufbau der Wiener jüdischen Gemeinde nach 1945 zeugen.

Vielfältige Objekte erzählen diese Geschichten nicht nur aus der Perspektive der Betreiber, sondern berichten von Architektur und Inszenierung, den Designern, der Klientel sowie VerkäuferInnen, SchneiderInnen und SchaufensterdekorateurInnen, aber auch von Anfeindungen, Antisemitismus, Verlust, Flucht und Zerstörung. Die Ausstellung umfasst eine weit gefächerte Auswahl von Objekten – über Artikel, die dort verkauft wurden, Kleidungsstücke, Werbegrafik, Fotografien von Geschäften und ihren Besitzerfamilien, deren private Gegenstände, Büsten und Gemälde, Einrichtungsgegenstände aus den Geschäften bis hin zu Verpackungsmaterial aus den diversen Kaufhäusern.

Drei Erzählstränge

Drei Erzählstränge begleiten die BesucherInnen auf ihrer Reise durch die Geschichte dieser Wiener Geschäftskultur. Von

klassischen Kauf- und Warenhäusern über Einzelhandelsbetriebe, beispielsweise den jüdischen k.u.k. Hoflieferanten, bis hin zu den kleinen Geschäftslokalen des Textilviertels spannt die Ausstellung einen breiten Bogen vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart.

Das Jüdische Museum Wien hat die junge Wiener Künstlerin Kathi Hofer eingeladen, Motive der Ausstellung aufzugreifen und so mittels einer künstlerischen Intervention einen anderen Blick auf das Ausgestellte zu ermöglichen. Als Inspiration für den zweiteiligen Epilog – in Form einer „Stilkritik“ im Ausstellungskatalog und als Installation im Museum – diente ein ausgestelltes historisches Objekt.

Textilmetropole Wien

Fast alle Unternehmen die vorgestellt werden, handelten primär mit Textilien. Diese Schwerpunktsetzung ergibt sich durch die Tatsache, daß die meisten großen Wiener Kauf- und Warenhäuser als Textilhändler begonnen haben und erst im Laufe der Jahrzehnte ihr Sortiment erweiterten.

Topographisch konzentriert sich die Ausstellung, mit Ausnahme der sogenannten Vorstadtwarenhäuser, auf zwei Ballungsräume des Konsums, die zwar auch heute noch dieselbe Funktion innerhalb der Stadt einnehmen, jedoch mit völlig verändertem Antlitz: zum einen der erste Wiener Gemeindebezirk mit seinen einstigen großen Kauf- und

Warenhäusern im Bereich der Kärntner Straße sowie unzähligen kleinen Geschäften rund um den Rudolfsplatz und den Salzgries; zum anderen die Mariahilfer Straße als imposanter Einkaufsboulevard zwischen Innerer Stadt und dem Westbahnhof.

Ziel dieser Ausstellung

Ziel dieser Ausstellung ist es, diese Wiener Geschäftskultur durch ein Sichtbarmachen bzw. Wiederbewusstmachen in das Gedächtnis der Stadt zurückzuholen. So wird den bedeutenden Leistungen von JüdInnen für Wien, derer sich diese Stadt erst in den letzten zwei Jahrzehnten Schritt für Schritt wieder erinnert, ein weiteres Kapitel hinzugefügt.

Um das Flair der Kaufhäuser der Jahrhundertwende ins Museum zu holen, ist im Zuge der Ausstellung im Bereich des Museumscafés Eskeles, eine Vintage-Vitrine in Kooperation mit dem Wiener Label Normalzeit aufgestellt. Dieses Miniatur-Kaufhaus lädt BesucherInnen ein Wiener Produkte mit historischen Bezügen kennenzulernen. ■

<http://www.jmw.at>

Intime Momente vor dem großartigen Ungeheuer Dom

Salzburger Festspiele 2017 – zu Hugo von Hofmannsthals »Jedermann« in der Neuinszenierung von Michael Sturminger von 21. Juli bis 28. August

Nein, auf dem Domplatz ist er heuer noch nicht gewesen, verrät Jedermann-Darsteller Tobias Moretti. Das hebe er sich für einen ganz besonderen, einen intimen Moment auf. „Ich möchte allein sein mit dem Domplatz“ – vielleicht gehe ich in der Nacht hin, sagt der Schauspieler. Viel Zeit hat er nicht mehr, denn die Proben sind im vollen Gange. Drei Proben-Wochen liegen bereits hinter ihm und seinen Schauspielkolleginnen und Schauspielkollegen und drei Wochen haben sie noch vor sich bis zur Premiere.

Auf dem Domplatz werden bereits einige Tonnen Stahl für Bühne und Tribüne verbaut, wie Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler verriet. Sie läutete die Pressekonferenz mit einem Zitat von Max Reinhardt aus dem Jahr 1935 ein: „Da unten sitzen wirklich Tausende von Menschen, die aus aller Welt, weit über Land und Meer hergekommen sind und Jahr für Jahr herkommen, um dieses alte Spiel (Jedermann) zu sehen. ... Aber mit dem Jedermann ist jedenfalls der alte und heute schon an vielen Orten in die Tat umgesetzte Gedanke der Festspiele siegreich geblieben. Er hat hier ein tausendfaches, von Jahr zu Jahr wachsendes Echo gefunden, und der Jedermann, der als Auftakt geplant war, ist zum Mittelpunkt und Symbol der Festspiele geworden.“

Befruchtend, gut und von Neugier be-seelt – so beschreibt Tobias Moretti die bisherigen drei Probenwochen für die Neuinszenierung des Jedermann. Im kleinen Rahmen – sprich auf der Probephöhne – funktioniere das, was da im Vorhinein „herumgekopft“ wurde bereits sehr gut, sagt der Schauspieler. Nun sei er gespannt, ob das, was in diesem intimen Rahmen zwischen den Figuren geschaffen werden konnte, sich auch am Domplatz umsetzen lasse und vielleicht sogar potenziert werde.

Ob er ein Motto für die Proben benennen könne, möchte Schauspielleiterin Bettina Hering wissen, die die Moderation der Pressekonferenz übernimmt. „Nackt und bloß“, antwortet Regisseur Michael Sturminger, er empfinde dieses großartige Ensemble als Geschenk. Alleine Edith Clever in der Rolle



Foto: Salzburger Festspiele / Anne Zeuner

Buhlschaft Stefanie Reinsperger und Jedermann Tobias Moretti

der Mutter des Jedermann zu erleben, das sei den Besuch des Stückes wert. „Ich bin sehr guten Mutes, daß uns der Sprung auf den Domplatz gelingen wird“, sagt Michael Sturminger. „Der Dom, das ist ein großartiges Ungeheuer für mich. Die Fassade ist Architektur gewordene Rhetorik und für mich eine faszinierende Vorgabe“, sagt der Regisseur. Der Domplatz sei für ihn übersetzte Macht, Schönheit und Transzendenz – „Alles Themen, die im Jedermann zentral sind.“ Wenn er vor dem Domplatz stehe und nach oben schaue, werde ihm schon ein wenig schwindelig. Wie winzig klein die Menschen vor dieser Kulisse wirken. Umso faszinierender finde er es, daß im Zentrum des Stückes ein einziger Mann stehe, der sein Schicksal im Spiegel dieser unglaublichen Größe vertreten muß.

Es ist die größte kleinste Rolle der Welt, die Stefanie Reinsperger im Festspielsommer spielen wird und den Journalisten brennt eine altbekannte Frage unter den Nägeln: Wie wird wohl ihr Kleid aussehen? Die Antwort der Schauspielerin ist ein bezauberndes

Lächeln und Schweigen. Natürlich dürfe sie noch nichts verraten, nur so viel: „Ich finde es ganz toll“, sagt sie. Die Buhlschaft sei mehr als nur die Tradition des Klischees der bürgerlichen Vorstellung von Sinnlichkeit, da sind sich Tobias Moretti und Stefanie Reinsperger einig. „Ich verstehe manchmal gar nicht, wo dieses Denken her kommt. Da ist so viel zwischen den beiden – sonst würde er sie nicht ernsthaft fragen, ob sie mit ihm in den Tod kommt. Gerade das Spiel zwischen ihr als Freigeist, die nicht abhängig ist von einem Mann, aber auch die Gemeinsamkeiten – das macht für mich den Reiz, die Erotik und die Anziehungskraft aus“, sagt Stefanie Reinsperger. Sie schaue bei der Arbeit mit Freude und Hoffnung auf ihre KollegInnen. „Wir haben so ein besonderes Vertrauensverhältnis aufgebaut, daß man besonders befreit auf die Suche gehen kann“, sagt die Schauspielerin.

Die Zuschauer dürfen sich auf eine zeitgenössische Inszenierung freuen, so viel verrät Regisseur Michael Sturminger. Und es werde einen Vorhang geben, den tatsächlich

Kultur

noch kein Regisseur vor ihm auf dem Domplatz zum Einsatz gebracht habe. Erst im April wurde bekannt, daß er die Regie übernehmen werde und es eine Neuinszenierung geben wird. Er selbst empfinde das als große Freiheit und Chance. Auch Tobias Moretti ergänzt: „Es war wichtig, daß ein Schnitt gemacht wurde. Man konnte sich mit den beiden Regisseuren Julian Crouch und Brian Mertes nicht auf eine Neuinterpretation einigen, was aber bereits lange vorher als Bedingung festgelegt worden war. Gerade erst habe ich einen Brief von Julian Crouch bekommen, daß er sich auf die neue Inszenierung freue.“ Man sei mit dieser Lösung mit Michael Sturminger nicht nur irgendwie aus dieser Situation herausgekommen, fährt er weiter fort, man habe durch dieses schicksalhafte Hineinschmeißen sogar eine Situation kreieren können, die alle glücklich macht.



Foto: Salzburger Festspiele / Anne Zeuner

Regisseur Michael Sturminger: »Der Dom, das ist ein großartiges Ungeheuer für mich.«

Hugo von Hofmannsthal »Jedermann«

Neuinszenierung
 Michael Sturminger, *Regie*
 Renate Martin, Andreas Donhauser, *Bühne und Kostüme*
 mathias rüegg, *Komposition und Musikalische Leitung*
 Harald Kratochwil, *Choreografie*
 Hubert Schwaiger, Stefan Ebelsberger, *Licht*

Tobias Moretti, *Jedermann*
 Stefanie Reinsperger, *Buhlschaft*
 Peter Lohmeyer, *Tod*
 Hanno Koffler, *Teufel/Jedermanns guter Gesell*
 Christoph Franken, *Mammon*
 Mavie Hörbiger, *Werke*
 Johannes Silberschneider, *Glaube*
 Edith Clever, *Jedermanns Mutter*
 Hannes Flaschberger, *Dicker Vetter*

Stephan Kreiss, *Dünner Vetter*
 Fritz Egger, *Ein Schuldknecht*
 Eva Herzig, *Des Schuldknechts Weib*
 Roland Renner, *Ein armer Nachbar*
 Sigrid Maria Schnüchel, *Der Koch*

Ensemble 013
 und mit Jordan Deschamps, Felix Kreutzer, Saskia Lane ■
<http://www.salzburgerfestspiele.at>



Foto: Tourismus Salzburg GmbH / Günter Breilegger

Ein Blick auf die Altstadt von Salzburg mit dem Domplatz, auf dem seit 1920 Hugo von Hofmannsthal's »Jedermann« aufgeführt wird.

Der oö. ALManach 2017

Vorstellung der Neuauflage und neuer Inhalte zum 20-jährigen Jubiläum

Im Rahmen einer Pressekonferenz im Linzer Landhaus stellte Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger am 12. Juni gemeinsam mit Hubert Ischlstöger, Verantwortlicher für den ALManach, Abteilung Ländliche Neuordnung, und HR Friedrich Jungk, Abteilungsleiter Ländliche Neuordnung, den neuen oö. ALManach der Öffentlichkeit vor, der mit seiner 13. Auflage sein 20jähriges Jubiläum feiert. Er zeigt, daß die Popularität des sanften Tourismus auf unseren Almen steigt – ebenso wie die Wertschätzung der Gesellschaft für die Leistungen der AlmbäuerInnen. Sie stellen unserer Gesellschaft kapital- und arbeitsintensive Leistungen zur Freizeitnutzung zur Verfügung. Doch die Erhaltung gepflegter Almen dient dem Erosionsschutz, der Regenerierung der Trinkwasser-Ressourcen, der Erhaltung geschlossener Ökosysteme und der Biotopvielfalt.

Dementsprechend liegt eine funktionierende Almwirtschaft und eine nachhaltige Entwicklung dieser im Interesse des Landes und wird von der Abteilung Ländliche Neuordnung (Agrarbehörde OÖ) durch Förderungen und fachliche Betreuung aktiv betreut.

„Es ist wesentlich, daß wir um die unverzichtbaren Leistungen unserer Almbäuerinnen und -bauern und die Kombination aus Tradition und Fortschritt, die auf unseren Almen vorherrscht wissen, sie anerkennen und wertschätzen. Dazu muß das vielfältige Gesicht unserer Almwirtschaft, das von der Produktion hochwertiger, lokaler Lebensmittel bis zur Gestaltung und Offenhaltung der Almlandschaft reicht, erlebt werden. Mit nachhaltigem und sanftem Almtourismus, sind wir auf dem richtigen Weg“, so der Agrar-Landesrat.

Der ALManach 2017

Der Almenkatalog des Landes Oberösterreich ist bereits seit 1997 ein Bestseller. Am 13. Juni kam die neue, überarbeitete Ausgabe in den Buchhandel. Die 13. Ausgabe präsentiert sich mit einer Auflage von 52.000 Stück als praktischer Wegweiser zur Entdeckung der oberösterreichischen Almen. Der ALManach bereitet die Leistungen der BergbäuerInnen und den Lebensraum Alm für eine breite Gesellschaft auf und fördert den sanften Tourismus.



Foto: Land OÖ / Ernst Grinberger

Präsentierten den neuen ALManach (v.l.): Hubert Ischlstöger (Projektverantwortlicher für den ALManach, Abteilung Ländliche Neuordnung), Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger und HR Friedrich Jungk (Abteilungsleiter Ländliche Neuordnung des Landes Oberösterreich)

Von den insgesamt 422 aufgelisteten Almen sind 122 ausgewählte Almen näher beschrieben. Diese bieten eine besondere Attraktivität bzw. ein besonderes Angebot für Wanderer und Touristen. Kulinarische Ange-

bote, in Form einer Almschank sind separat gekennzeichnet.

„Oberösterreichs Almen müssen entdeckt und erlebt werden, um die Leistungen unserer engagierten Bäuerinnen und Bauern wahrzunehmen. Sie prägen die gesellschaftliche Wertschätzung für bäuerliche Produkte. Der sanfte Tourismus und der aktuelle Wandertrend tragen wesentlich zur Wertschätzung unserer Kultur-, Natur- und Almlandschaft bei. Der ALManach bietet eine optimale Grundlage um die Schönheit unserer Almen und Berge sicher zu genießen“, so Hiegelsberger.

Neuerungen 2017

2017 wird der ALManach noch praktischer. Das sichere Wandern steht im Fokus. So findet sich neben Sicherheitshinweisen, praktischen Tipps und Informationen zur benötigten Ausrüstung auch der Almknigge für KUH & DU. Hier erfahren die BesucherInnen bewirtschafteter Almen wertvolles und nützliches zum Kontakt mit dem Weidevieh. „Dieser Almenkatalog richtet sich an alle Wander-, Berg-, Natur- und Almenfreunde und präsentiert sich in seiner 13. Auflage sehr klar, praxisnah und als optimaler Begleiter für die Wandersaison“, ergänzt Hubert Ischlstöger, Projektverantwortlicher und Almenbeauftragter.

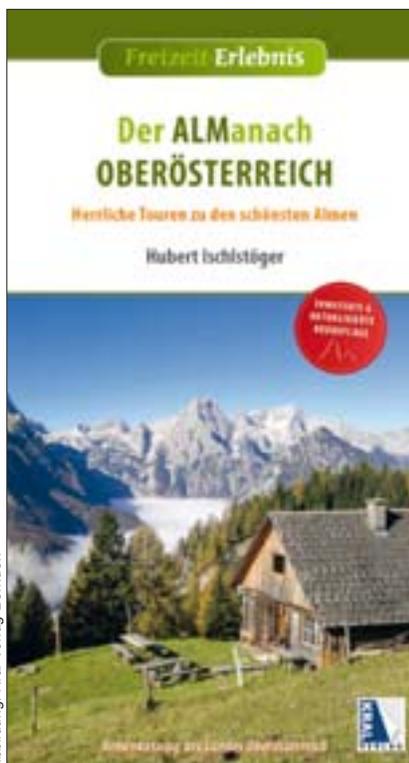


Abbildung: Kral Verlag Berndorf

ÖJ-Reisetip

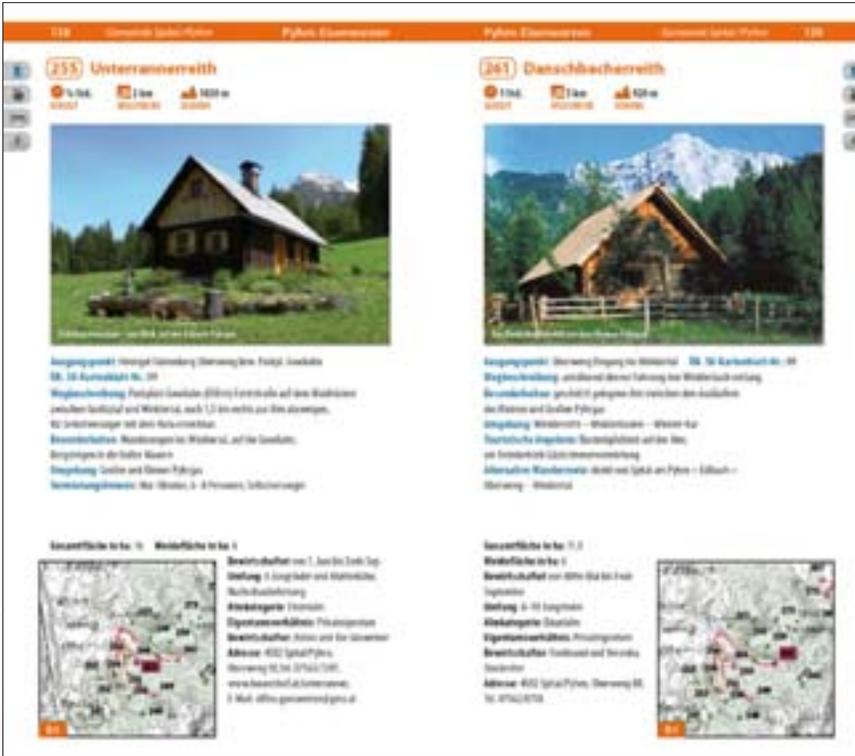


Abbildung: Kral Verlag Berndorf

Zum Beispiel: zwei Almen aus dem Gebiet Phyrn-Eisenwurzen, Gemeinde Spital/Phyrn

ALManach – online

Der ALManach ist auch online abrufbar. Neben den Tipps und Informationen, der Salzkammergut- und der Phyrn-Eisenwurzen-Auslese aus der Print-Version, bieten Suchmöglichkeiten optimierten Wanderspaß. Dabei stehen neben Gemeinden und Regionen auch die Schwierigkeitsgrade und Gehzeiten der Wanderungen zur Auswahl. DORIS-Landkarten mit den Wanderwegen kompletieren die Wanderbeschreibungen zu den Almen.

Almenland Oberösterreich

Oberösterreich unterteilt sich in sechs Almregionen: Salzkammergut West, -Süd, -Nord, Steyr-Kremstal, Pyhrn-Priel und das oberösterreichische Ennstal. In diesen Regionen sind 638 Almen und Almflächen unterschiedlicher Größe in das Almbuch der Agrarbehörde eingetragen. 426 dieser Almen werden aktiv bewirtschaftet. Die Gesamtalmfläche Oberösterreichs beträgt rund 36.500 ha und darauf gibt es einen Bestand von 630 Almgebäuden. Im Jahr 2016 wurden 4.374 Rinder, 61 Pferde, 873 Schafe und 66 Ziegen aufgetrieben.

Entwicklung der oberösterreichischen Almwirtschaft

Der landwirtschaftliche Strukturwandel ist auch im Almbetrieb spürbar und wirkt sich

in einer Extensivierung der Almbewirtschaftung wie der Haltung von Mutterkühen oder Jungvieh und der Aufgabe von Kleinstbetrieben aus. Das Land Oberösterreich setzt gezielte Maßnahmen um die heimische Almwirtschaft zu fördern.

Die Alpfung im Bezirk Gmunden konnte im Zeitraum 2001 bis 2016 um 94 GVE gesteigert werden (+ 9 Prozent). Gründe dafür liegen vor allem in der signifikante Steigerung des Auftriebes bei Einforstungsalmern, die ein Verfahren zur Neuordnung von Wald und Weide durchgeführt haben. Dies betrifft hauptsächlich die Gemeinden Bad Ischl (Rettenbachalm, Reinfalzal) und

Ebensee (Brombergalm, Kösslalm, Laudereralm, etc.).

Der Rückgang der Alpfung im Zeitraum 2001 bis 2016 in den Bezirken Kirchdorf und Steyr beträgt jeweils rund 3 Prozent. Der große Rückgang im Bezirk Vöcklabruck resultiert vor allem aus der kurzzeitigen Einstellung des Almbetriebes einer größeren Alm in den Jahren 2015 und 2016. Ab 2017 wird diese Alm jedoch wieder im Pachtwege bewirtschaftet werden (Hongarmannalm).

Leistungen des Landes für die Almwirtschaft

Die Abteilung Ländliche Neuordnung (Agrarbehörde OÖ) wickelt jährlich zwischen 30 und 60 Almförderungsprojekte ab. Diese kommen aus den Bereichen Neubau oder Verbesserung von Almwirtschaftsgebäuden in regionaltypischer Bauweise, Wasser- und Energieversorgung, Neuschaffung von Almweideflächen durch Rodung und Wegebau. In Summe wurden zwischen 2016 und März 2017 40 Almförderprojekte mit anrechenbaren Gesamtkosten von € 612.000,- und einem Fördervolumen von € 300.000,- von den oberösterreichischen AlmbäuerInnen durchgeführt. „Eine zeitgemäße Almwirtschaft braucht Chancen und eine faire Leistungsabgeltung. Unsere Almen dürfen keine bezahlten Reservate werden, denn sie sind Teil der Arbeits- und Lebenswelt Bauernhof. Die Maßnahmen des Landes leisten daher einen wesentlichen Beitrag zu einer funktionierenden, lebendigen Almwirtschaft in Oberösterreich“, so Hiegelsberger. ■

<http://www.almanach-oberoesterreich.at>

<https://www.almwirtschaft.com>

Als Buch im Handel und beim Kral Verlag erhältlich!

<http://www.kralverlag.at>

ISBN: 978-3-99024-627-6



Screenshot almanach-oberoesterreich.at